

Stenographisches Protokoll

20. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 11. November 1983

Tagesordnung

1. Grüner Bericht 1982
2. Zweite Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind
3. Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe
4. Bundesgesetz über die Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindeschaftsrechts
5. Abkommen mit Italien über Konkurs und Ausgleich
6. Bericht über den Antrag (40/A) betreffend Änderung des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1982, BGBL. Nr. 316/1982, über Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung

Inhalt

Personalien

- Krankmeldungen (S. 1543)
- Entschuldigungen (S. 1543)
- Ordnungsruf (S. 1628)

Tatsächliche Berichtigungen

- Hietl (S. 1574)
- Brandstätter (S. 1574)
- Schwarzenberger (S. 1606)
- Dr. Paulitsch (S. 1627)

Fragestunde (14.)

- Handel, Gewerbe und Industrie** (S. 1543)
 - Steinbauer (65/M); Eigruber, Dr. Veselsky, Burgstaller
 - Dr. Höchtl (66/M); Grabher-Meyer, Dkfm. Löffler
 - Dkfm. Löffler (113/M); Grabher-Meyer, Dr. Neisser
 - Köck (72/M); Dkfm. DDr. König, Grabher-Meyer, Dr. Heindl
 - Heidelore Wörndl (73/M); Landgraf, Eigruber, Dipl.-Ing. Heinz Grabner

Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 1557)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht des

Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (III-21 d. B.) über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1982 gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBL. Nr. 299/1976 (Grüner Bericht) (95 d. B.)

Berichterstatter: Parnigoni (S. 1558)

Redner:

- Ing. Derfler (S. 1558),
Schöber (S. 1563),
Deutschmann (S. 1567),
Hintermayer (S. 1570),
Hietl (S. 1574) (tatsächliche Berichtigung),
Brandstätter (S. 1574) (tatsächliche Berichtigung),
Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden (S. 1575),
Dipl.-Ing. Riegler (S. 1580),
Weinberger (S. 1585),
Helga Wieser (S. 1588),
Mag. Ortner (S. 1592),
Auer (S. 1595),
Staatssekretär Ing. Murer (S. 1597 und S. 1618),
Helmut Wolf (S. 1603),
Schwarzenberger (S. 1606) (tatsächliche Berichtigung),
Gurtner (S. 1607),
Rempelbauer (S. 1609),
Türtscher (S. 1612),
Windsteig (S. 1613),
Lafer (S. 1616) und
Hietl (S. 1619)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend eine Politik für die österreichischen Bauern (S. 1584) — Ablehnung (S. 1621)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutschmann, Schöber, Hintermayer und Genossen betreffend Prüfung der Möglichkeit grunderwerbsteuerlicher Erleichterungen für junge Hofübernehmer (S. 1611) — Annahme E 6 (S. 1621)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Hietl und Genossen betreffend Entlastungen für die österreichischen Weinbauern (S. 1620) — Ablehnung (S. 1621)

Kenntnisnahme (S. 1621)

- (2) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (38 d. B.): Zweite Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind (100 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gradišnik (S. 1621)

Redner:

Dr. Paulitsch (S. 1622),
 Dr. Gradenegger (S. 1624),
 Dr. Paulitsch (S. 1627) (tatsächliche Berichtigung) und
 Mag. Ortner (S. 1628)

Genehmigung (S. 1628)

- (3) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (47 d. B.): Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe (101 d. B.)

Berichterstatterin: Dr. Helene Partik-Pablé (S. 1629)

Redner:

Bundesminister Dr. Ofner (S. 1629)

Genehmigung (S. 1630)

- (4) Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (3 d. B.): Bundesgesetz über die Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindschaftsrechts (78 d. B.)

Berichterstatterin: Edith Dobesberger (S. 1630)

Redner:

Dr. Graff (S. 1630),
 Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller (S. 1633),
 Dr. Gugerbauer (S. 1635) und
 Dr. Khol (S. 1637)

Annahme (S. 1638)

- (5) Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (24 d. B.): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über Konkurs und Ausgleich (77 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Khol (S. 1638)

Genehmigung (S. 1638)

- (6) Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 40/A der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 17. Juni 1982, BGBl. Nr. 316/1982, über Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung geändert wird (107 d. B.)

Berichterstatter: Dkfm. Löffler (S. 1639)

Annahme (S. 1639)

Eingebracht wurden**Antrag** der Abgeordneten

Deutschmann, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Entlastung von jungen

Hofübernehmern bei der unerträglichen Belastung der Grunderwerbsteuer (65/A)

Anfragen der Abgeordneten

Maria Stangl, Dr. Marga Hubinek, Ottolie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend erhöhte Heizkosten durch die erhöhte Mehrwertsteuer (286/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Verschleppung des Strafvollzuges der über den ehemaligen Geschäftsführer der GESIBA, Dr. Anton Muchna, verhängten Freiheitsstrafe (287/J)

Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Türtscher, Dr. Maria Hosp und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Maßnahmen gegen das Waldsterben (288/J)

Dr. Helga Rabl-Stadler, Dr. Steidl, Helga Wieser, Mag. Schäffer, Schwarzenberger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Verzögerungen bei Importverzollungen im Wege der Hausbeschau im Lande Salzburg (289/J)

Dr. Steidl, Helga Wieser, Dr. Helga Rabl-Stadler, Mag. Schäffer, Schwarzenberger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend den Bau der Pinzgauer Schnellstraße (290/J)

Dr. Feurstein, Steinbauer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die zivilrechtliche Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen gegen die Verantwortlichen des AKH-Skandals (291/J)

Dr. Paulitsch und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau des Plöckentunnels (292/J)

Dr. Blenk, Dr. Feurstein, Dr. Maria Hosp, Türtscher, Dr. Paulitsch und Genossen an den Bundeskanzler betreffend den Einsatz von Taxis anstelle von Dienstautos (293/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (183/AB zu 184/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Kottek und Modl.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Pfeifer, Czettel und Braun.

Fragestunde

Präsident: Ich beginne mit der Fragestunde.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: Wir kommen zur Anfrage des Abgeordneten Steinbauer (ÖVP) an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

65/M

Was war das Ergebnis Ihres Gespräches mit dem saudiarabischen Handelsminister über die Finanzierung des Konferenzpalastes?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da ich nicht resortzuständig bin, konnte während des Besuchs des saudiarabischen Handelsministers Dr. Sulaiman Abdul Aziz Al-Solaim keine Vereinbarung bezüglich der Finanzierung des Konferenzzentrums von mir getroffen werden. Lediglich während der Pressekonferenz erwähnte Minister Dr. Al-Solaim auf die Frage eines Journalisten, daß saudiarabischerseits grundsätzlich die Bereitschaft, sich an einer Finanzierung zu beteiligen, bestünde, er jedoch kompetenzmäßig nicht zuständig sei. Mittlerweile ist jedoch die Form der Finanzierung bereits bekannt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Steinbauer: Herr Vizekanzler! Ich würde Ihnen anraten, nicht all Ihre Erklärungen mit dem Hinweis auf Ihre Unzu-

ständigkeit zu eröffnen. Diese ist öffentlich bekannt. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Frage: Inwieweit ist nun nach Ihrer Einschätzung eine Verteuerung des Kredits dadurch eingetreten, daß die Kapitalertragsteuer und die Veräußerungsgewinnsteuer offenkundig den arabischen Partnern geschenkt wurden?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie meinen, daß die Unzuständigkeit bekannt ist, dann entnehme ich als Umkehrschluß, daß Sie meinen, daß die bisherigen Werbeaktionen gegen mich dazu geführt haben, daß meine Zuständigkeiten nicht bekannt sind. Ich hielt es für wichtig, daß Sie wissen, daß ich nach dem Ministeriengesetz für Fragen des Handels, des Gewerbes, der Industrie, des Fremdenverkehrs und der Energiepolitik zuständig bin. Ich ersuche Sie daher, bei den Fragen Derartiges von mir hier nach der Geschäftsordnung des Parlaments zu erfragen.

Präsident: Ich möchte sagen: Das, was der Herr Minister gesagt hat, entspricht den Tatsachen.

Bitte, die nächste Frage.

Abgeordneter Steinbauer: Herr Vizekanzler! Ich wollte mich nicht über die gegen Sie gerichteten freiheitlichen Werbeaktionen, wie Dillesberger et cetera, mit Ihnen unterhalten, sondern wollte nur ergründen, was Sie offensichtlich den Arabern über unser Konferenzzentrum erzählen, denn Minister Dr. Al-Solaim hat sich ja bei seiner Pressekonferenz ununterbrochen auf Gespräche mit Ihnen, die da vorlagen, berufen. Sie haben also entweder dem Araber etwas über das Konferenzzentrum erzählt, obwohl Sie unzuständig waren, oder der Araber hat etwas erfunden, was nicht Gesprächsgegenstand war.

Meine Frage: Was haben Sie Dr. Al-Solaim, obwohl unzuständig, über das Konferenzzentrum erzählt?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Herr Dr. Al-Solaim hatte aus meiner Sicht wichtigere Fragen meines Ressorts mit mir zu besprechen. Wenn er sich

Vizekanzler Dr. Steger

in der Pressekonferenz ständig auf das Gespräch mit mir bezogen hat, dann deswegen, weil Wirtschaftsbeziehungen zwischen Saudi-Arabien und Österreich, wichtige Handelsfragen zwischen diesen beiden Ländern und der allgemeine Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen diskutiert wurden.

Ich halte es für schlecht, würde der Eindruck erweckt, als wären Gespräche über den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen nicht ernst zu nehmen. Ich bekenne mich zur Exportoffensive der österreichischen Bundesregierung, und dazu gehört es auch, daß wir das mit allen Ländern, bei denen das politisch möglich ist, ausbauen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Herr Bundesminister! Eine Frage an Sie als Handelsminister dieser Regierung: Was haben Sie unternommen oder was werden Sie unternehmen, um weiterhin diese Entwicklung in Sachen Wirtschaftspolitik mit Saudi-Arabien zu verstärken, um der österreichischen Wirtschaft mehr Aufträge zukommen zu lassen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Steger**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich plane im Jahre 1984 einen Besuch in Saudi-Arabien mit einer österreichischen Wirtschaftsdelegation, um dort konkrete Gespräche betreffend weiterer Projekte durchzuführen. Das Interesse österreichischer Firmen an einer derartigen Reise in das Königreich Saudi-Arabien ist sehr groß. Ich bin überzeugt, daß auch die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme im Rahmen der Gemischten Kommission Österreich — Saudi-Arabien eine weitere Klimaverbesserung herbeiführen kann.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Veselsky.

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Vizekanzler! Der Herr Abgeordnete Steinbauer hat ja nach Dingen gefragt, für die Sie weder zuständig sind, noch haben Sie dazu Gespräche geführt. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich stelle die Frage, Herr Vizekanzler: Welche Gesprächsthemen hat es in Ihrem Wirkungsbereich mit dem saudiarabischen Minister gegeben und welches waren die Ergebnisse?

Präsident: Herr Minister!

Vizekanzler Dr. **Steger**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe tatsächlich auch über einen Themenkreis gesprochen, für den ich nicht zuständig bin. Dieser Themenkreis war die Intervention für einen österreichischen Staatsbürger, der mit Ausreiseverbot in Saudi-Arabien belegt wurde. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß dieser österreichische Staatsbürger ausreisen kann. Es entspricht einer Gepflogenheit im Rahmen der österreichischen Bundesregierung, daß sich alle Regierungsmitglieder für österreichische Staatsbürger, die im Ausland zu Schaden kommen, vorbehaltlos einsetzen.

Darüber hinaus waren die Gespräche ausschließlich auf Themen bezogen, die mein Ressort betreffen. Im besonderen wurden die guten Beziehungen auf wirtschaftlicher, aber auch auf politischer Ebene mit dem saudiarabischen Handelsminister hervorgehoben, und darüber hinaus wurde von Seiten Österreichs dem saudiarabischen Handelsminister zugesichert, daß wir auch weiterhin die Kontinuität der positiven Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und politischen Beziehungen fortsetzen werden.

Ferner erörterten wir die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, und ich intervenierte bezüglich vermehrter Einkäufe Saudi-Arabiens in Österreich. Konkrete Projektlisten dazu wurden überreicht.

Österreichische Firmen hatten darüber hinweg Gelegenheit, ihre Projekte und Lieferungen direkt vorzutragen in einer Besprechung, die ich gemeinsam mit den Wirtschaftstreibenden durchgeführt habe. Es wurden von den anwesenden Firmen vor allem Probleme in der Abwicklung einzelner Projekte dem Herrn Handelsminister von Saudi-Arabien ganz kurz mündlich vorgetragen und anschließend auch zu schon laufenden Projekten Problemlisten überreicht. Der Herr Minister Dr. Al-Solaim sagte in jedem einzelnen Fall die konkrete wohlwollende Prüfung dieser Probleme zu, und in einigen Fällen ist auch mittlerweile bereits Abhilfe geschaffen worden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller.

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Vizekanzler! Es ist erstaunlich, daß Sie auf die zufällige Frage des Ex-Staatssekretärs schriftliche Verlesungen hier vorbringen. Sie haben somit eine Frage beantwortet, aber

Burgstaller

nach der Geschäftsordnung müßten Sie alle Fragen beantworten.

Herr Vizekanzler! Ich frage Sie: Wie schaut die Sparvariante für das Konferenzzentrum aus Ihrer Sicht aus?

Präsident: Ich darf sagen, Herr Abgeordneter Burgstaller: Schauen Sie sich genau die Frage an. (*Abg. Burgstaller: ... Finanzierung!*) Schauen Sie sich die Frage an! Die Finanzierung ist nicht im Handelsministerium! Aber bitte, der Herr Minister wird Ihnen Antwort geben. Aber in Hinkunft werde ich die Fragen sehr konkret zur Stammfrage annehmen!

Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es entspricht die Behandlung, die manche im Plenum des Hohen Hauses mir momentan zuteil werden lassen wollen, genau dem, wie mich manche im Medienbereich behandeln wollen. Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, daß zwischen den Parteien ein Klima entsteht, wo man sich wechselseitig lustig macht. (*Abg. Dr. Schwimmer: Lesen Sie nach ...!*) Ich habe Hochachtung vor der Arbeit, die Sie im Rahmen Ihres Bereiches durchführen. Ich glaube, es würde niemandem ein Stein aus der Krone fallen, wenn man über Parteidgrenzen hinweg das auch bei Regierungsmitgliedern einer anderen Partei für möglich hielte. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

In dem konkreten Fall war es so, daß das Konferenzzentrum bei den Regierungsgesprächen ausdrücklich erörtert wurde und daß beschlossen wurde, es in einer billigeren Variante zu bauen, die dann geprüft wurde, und daß die Gespräche durch den Herrn Finanzminister so abgeschlossen werden konnten, daß ich jedenfalls voll unterschreibe, daß es eine günstigere Finanzierung ist, als sie derzeit sonst im Fremdfinanzierungsreich international üblich ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 10: Abgeordneter Dr. Höchtl (*ÖVP*) an den Herrn Minister.

66/M

Wie rechtfertigen Sie die hohen Kosten Ihres Sekretariates?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich teile nicht Ihre Meinung,

daß mein Sekretariat hohe Kosten verursacht, und sehe daher keine Notwendigkeit einer Rechtfertigung im Sinne Ihrer Fragestellung.

Wenn Sie aber die Einrichtung von Ministerbüros, die selbstverständlich Kosten verursacht, generell für falsch halten, dann möchte ich ausdrücklich festhalten, daß ich dieser Meinung entschieden entgegentrete.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Höchtl: Herr Minister! Zunächst möchte ich einmal feststellen: Sie haben diese meine Frage nicht beantwortet. (*Ruf bei der ÖVP: Ungeheuerlich!*) Ich würde Sie also wirklich ersuchen, das nachzuholen.

Wenn ich an das erinnere, was Sie vor Ihrem Wechsel in die Regierung hier gesagt haben, haben Sie jeweils sehr stark auf das Sparen Wert gelegt. Allein in den paar Monaten Ihrer Amtszeit haben Sie in Ihrem Ministerium Mehrkosten von 2,2 Millionen Schilling für Ihr großes Büro und Ihre Reisekosten tatsächlich verursacht.

Ist das mit dem vereinbar, was Sie vorher als großen Sparsamkeitsappell jeweils betont haben?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich halte es schon für unzulässig, daß Sie Reisespesen von österreichischen Wirtschaftsdelegationen in einem Atemzug mit der Einrichtung des Büros nennen.

Wenn Sie aber das so aufgeschlüsselt haben wollen, dann darf ich Ihnen sagen, daß in meinem persönlichen Büro das einzige, das neu gemacht wurde, eine Sitzgarnitur ist, die aus dem Fundus Österreichs genommen wurde — also eine alte Sitzgarnitur — und neu überzogen wurde, weil die bisherige Sitzgarnitur zerstochen und aufgerissen war. Fotos können Sie bei mir einsehen. Ich habe, weil ich mit derartigen Fragen gerechnet habe, bewußt diese Garnitur photographieren lassen.

Jedenfalls war ich der Meinung, daß Staatsgäste, die als Minister zu Wirtschaftsverhandlungen nach Österreich kommen, nicht den Eindruck haben sollen, daß die österreichischen Tapezierer nicht in der Lage sind, das ordentlich zu tapezieren! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Höchtl: Soweit man aus den Medien entnehmen kann, lassen Sie Ihre jeweiligen Gäste sehr lang im Vorzimmer warten. Deswegen müssen Sie wahrscheinlich derartige Einrichtungen anschaffen.

Aber ich entnehme Ihnen bisherigen Stellungnahmen, daß Sie nicht bereit sind, dem Hohen Haus zu sagen, wie hoch die Kosten Ihres Sekretariats wirklich sind.

Ich entnehme aber einer Unterlage für den nächstjährigen Budgetvoranschlag, daß sehr massive Steigerungen gerade in Ihrem Ressort zu erwarten sind. Sind 229 665 S im Jahr 1982 für Arbeitsleihverträge vorgesehen gewesen, sind 330 000 S im Jahre 1983 vorgesehen gewesen, so sind für das nächste Jahr in Ihrem Ressort — man muß wirklich zweimal hinsehen, um sich nicht in den Dezimalen zu irren — 4 Millionen Schilling, also zwölfmal soviel, vorgesehen.

Herr Minister! Sie haben meinem Kollegen Staudinger geantwortet, als er gefragt hat, wie Ihr Umfaller in der Sparbuchsteuer zu erklären ist, es wäre notwendig für die stabile Budgetpolitik und für eine geordnete Wirtschaftspolitik. (Zwischenrufe.) Herr Bundesminister! Ich frage Sie deshalb: Wie erklären Sie tatsächlich Ihre zuerst gegebene Antwort mit dem enormen Steigerungsbetrag, den Sie in diesem einen Jahr verursachen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe Verständnis dafür, daß Ihre Partei als Oppositionspartei sehr beleidigt darüber ist, daß ich an Ihrer Stelle hier auf der Regierungsbank sitze. (Rufe bei der ÖVP: Antwort!) Ich habe Verständnis dafür. Ich verstehe aber überhaupt nicht, daß Sie sich auch noch darüber aufregen, daß Sekretäre tätig sind in einem Ministerbüro. Selbstverständlich muß bei einem Ministerwechsel, wenn der vorige Minister 13 Jahre im Amt war, sich dann ein neuer Minister einige Sekretäre mitbringen (Abg. Dr. Höchtl: Zwölftmal soviel!), die ihm dann auch helfen, diesen Themenkreis zu bearbeiten. Diese Beträge, die Sie nennen, sind nicht ausschließlich für meine Sekretäre, sondern auch für andere Personen. Ich darf Ihnen aber eines sagen: Es wurden ausschließlich... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Welche Personen? Es geht ja um zwei Sekretariate, wie Sie sicherlich wissen, Herr Abgeordneter. Es wurden ausschließlich bei diesen Arbeitsleihverträgen Personen aus anderen Privatfirmen genommen. Ich war der Meinung, daß

ein Sekretär eines Ministers nicht weniger zu verdienen hat als in seinem bisherigen Beruf. (Rufe bei der ÖVP: Antwort!) Genau die gleichen Beträge sind es, die ergeben aufaddiert die Summe zusammen mit dem Büro des Staatssekretärs. (Ruf bei der ÖVP: ... ist das Ihre Meinung über Beamte?) Sie wissen ganz genau, daß im Vergleich zu dem, was etwa Ihre Landesregierungen ausgegeben haben, diese Bundesregierung sehr, sehr sparsam ist. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Höchtl: Aber eine zwölftmal so hohe Steigerung nicht!)

Präsident: Nächste Frage: Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Im Gegensatz zu Ihrem Amtsvorgänger Dr. Staribacher haben Sie ja außer dem Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie auch noch die Agenden des Vizekanzlers zu führen. (Ruf bei der ÖVP: So!)

Werden Ihre Mitarbeiter durch Ihre Funktion als Vizekanzler und Handelsminister über das Ressort hinaus wesentlich beansprucht?

Präsident: Herr Minister!

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Mitarbeiter meines Büros haben neben den Agenden aus meiner Tätigkeit als Handelsminister zum Teil auch jene interministeriellen Koordinierungen vorzunehmen, die im Rahmen der Koalitionsregierung notwendig sind. Deswegen sind drei Mitarbeiter ausschließlich für diesen Bereich zuständig. (Ruf bei der ÖVP: Der teuerste Vizekanzler, den es je gegeben hat!)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Löffler.

Abgeordneter Dkfm. Löffler (ÖVP): Herr Vizekanzler! 4 Millionen Schilling machen die Arbeitsleihverträge aus. Es handelt sich um sechs bis sieben solcher Verträge.

Ich darf Sie fragen: An welche Dienstgeber und in welcher monatlichen Höhe werden diese Refundierungsbeträge für diese Arbeitsleihverträge überwiesen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die genaue Anzahl der Arbeitsleihverträge ist einer schriftlichen Anfragebe-

Vizekanzler Dr. Steger

antwortung zu entnehmen, die ich bereits zugestellt habe. (*Abg. Bergmann: Das war nicht die Frage!*) Die von Ihnen genannte Zahl war nicht richtig. Ich möchte ausdrücklich auf diese Anfragebeantwortung verweisen.

Darüber hinaus ist es mir aus Gründen des Datenschutzes (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*) nicht im Detail möglich, die konkreten Beträge zu sagen. Jeder Staatsbürger hat das Recht, daß nicht öffentlich sein persönliches Einkommen als Arbeitnehmer diskutiert wird. Ich werde dieses Recht auf allen Ebenen, wo ich kann, schützen! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Darüber hinaus kann ich Ihnen sagen, daß jeder dieser Dienstnehmer, der mit Arbeitsleihvertrag in mein persönliches Büro gekommen ist, genau dorthin den Betrag überwiesen bekommt, woher er gekommen ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das sind zum Teil Banken, zum Teil die Industriellenvereinigung, zum Teil die Freiheitliche Partei Österreichs. (*Rufe bei der ÖVP: Ah! — Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP.*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 11. Abgeordneter Löffler (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister.

113/M

Wie hoch werden die Personalkosten Ihrer neuen Sektion sein?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin jedenfalls der Meinung, daß ein anderer Abgeordneter, der gerade in einem Zwischenruf meint, unzulässige Parteienfinanzierung ist es, wenn Bedienstete ein Gehalt bekommen, doch eher nachdenken sollte, welche unzulässige Parteienfinanzierung ein Gericht gerade bei seiner Partei festgestellt hat. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Mit der im September dieses Jahres, sehr geehrter Herr Abgeordneter Löffler, im Rahmen meines Ressorts gegründeten Sektion VII, „Wirtschaftliche Koordination und Innovationspolitik“, sind derzeit keine zusätzlichen Personalkosten verbunden. Diese Sektion besteht aus fünf Abteilungen, die sowohl hinsichtlich des Kompetenzbereiches als auch des Personalstandes so gut wie unverändert aus den Sektionen I und IV entnommen und in der neuen Sektion zusammengefaßt wurden. Ein Sektionsleiter wurde bisher noch

nicht bestellt. Das Verfahren dazu ist im Gange.

Der Personalstand umfaßt derzeit 19 Bedienstete der Kategorie A, 9 Bedienstete der Kategorie B, 3 Bedienstete der Kategorie C und 9 Schreibkräfte der Kategorie D. Die Kanzleigeschäfte der Sektion werden bis auf weiteres von der Kanzleistelle der Sektion IV geführt.

Daß eine Vermehrung der Planstellen aus Anlaß der Errichtung der Sektion VII nicht stattgefunden hat, ist bereits daraus zu erkennen, daß die Anzahl der Planstellen in meinem Ressort für das Jahr 1984 gegenüber dem Jahr 1983 sogar um sechs reduziert wurde. Die gesamten Personalkosten der neuen Sektion, gerechnet auf das Budgetjahr 1984, können derzeit nur mit einer Schätzziffer in Höhe von etwa sieben Prozent des gesamten Personalaufwandes für die Zentralleitung angegeben werden, wozu noch anteilige Kosten für die Kanzleiführung sowie für die Betreuung durch das Präsidium und die Buchhaltung kommen.

Präsident: Erste Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. Löffler: Herr Vizekanzler! Der Innovationsbereich ist zweifellos äußerst wichtig. Wenn die neue Sektion nicht eine Abhalfierung der bestehenden Industrie- sektion bedeutet, ist diese Einrichtung sicherlich positiv. Es wird weitgehend davon abhängen, wer der Chef dieser neuen Innovationssektion sein wird.

Ich höre, daß es sechs Bewerber gibt; darunter befindet sich auch Ihr Parteifreund DDr. Elmar Walter. Werden Sie diesen Ministerialrat DDr. Walter zum Chef der neuen Sektion vorschlagen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf durchaus bestätigen, daß die von Ihnen genannte Zahl von sechs Bewerbungen richtig ist. Darunter befindet sich auch der von Ihnen genannte Ministerialrat DDr. Walter, der bisher im Wissenschaftsministerium tätig war, und zwar im Bereich der Wissenschaftsforschung.

Da die Ausschreibungskommission aber noch nicht zusammengetreten ist und mir daher noch kein Gutachten dieser Kommission über die Bewerbung um den genannten Leiterposten vorliegt, ist es mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, eine Aus-

Vizekanzler Dr. Steger

sage darüber zu machen, wer die Leitung der Sektion übernehmen wird. (Abg. Dr. Ettmaier: Wer, glauben Sie, wird es werden?)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dkfm. Löffler: Neben der Innovationssektion ist auch eine Innovationsagentur in Gründung. Besprechungen darüber laufen.

Herr Vizekanzler! Es erhebt sich die Frage: Warum eine Innovationsagentur neben einer Innovationssektion? Stimmen die Gerüchte, daß Sie zum Geschäftsführer der Innovationsagentur eben diesen Ihren Parteifreund DDr. Elmar Walter bestellen wollen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gab bisher kein Gespräch und keine Überlegungen, daß der allfällige spätere Sektionsleiter auch gleichzeitig der Geschäftsführer der Agentur werden sollte. Die Sektion ist noch nicht besetzt, daher kann nichts Definitives gesagt werden. Um die Geschäftsführung der Agentur hat sich jedenfalls Dr. Walter nicht einmal in Gesprächen beworben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Nachdem anzunehmen ist, daß diese neugegründete Sektion eine sehr wichtige Funktion für die Wirtschaft darstellen wird, ist damit zu rechnen, daß gerade in dieser neuen Sektion sehr viel Arbeit anfallen wird. Ich frage Sie daher: Planen Sie, in dieser Sektion in Hinkunft zusätzlich Arbeitskräfte einzustellen? (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist derzeit nicht geplant, mit Ausnahme von zwei Schreibkräften, die für die Sektionsleitung notwendig werden, zusätzliches Personal zu verwenden. Ich bin jedenfalls der Auffassung, daß durch personelle Umschichtungen innerhalb meines Ressorts die Aufgaben bewältigt werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Han-

delsminister! — Ich bitte um Entschuldigung, ich habe gehört, Sie ziehen die Bezeichnung Herr Vizekanzler vor. — Herr Vizekanzler! Ich bin überzeugt, daß die Probleme der Innovationspolitik in Österreich nicht durch die Schaffung einer neuen Bürokratie zu lösen sind. Eine neue Sektion bringt in diesem Zusammenhang vor allem deswegen gar nichts, weil wir ja schon ein Ressort haben, das auf diesen Aufgabenbereich eingestellt ist. Die technisch-wirtschaftliche Innovation ist nämlich auch ein wesentlicher Bestandteil der Organisation des Wissenschaftsministeriums.

Ich möchte daher an Sie die Frage richten: Haben Sie mit dem Wissenschaftsminister Dr. Fischer gesprochen, wie Sie diese Doppelgleisigkeit bewältigen werden, die darin besteht, daß es nun auch in Ihrem Ressort eine Sektion gibt, die genau dasselbe macht, was die Forschungssektion im Wissenschaftsministerium macht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Herr Abgeordneter! Es kann keine Rede davon sein, daß diese Sektion dasselbe machen soll wie die Forschungssektion im Wissenschaftsministerium. Schon der Begründung für die Errichtung dieser Sektion ist deutlich zu entnehmen, daß sie andere Kompetenzen hat, wenn auch diese Aufgaben natürlich oft ministeriell grenzüberschreitend sein können. Dort erwarte ich mir eine gute Koordination der Tätigkeiten, wobei die Gesamtkoordination beim Herrn Bundeskanzler liegt. Aber gerade mit dem Wissenschaftsressort läuft die Gesprächsführung so gut, daß ich davon überzeugt bin, daß es eine besonders enge Zusammenarbeit geben wird.

Einer der Bewerber kommt ja sogar selbst aus dem Wissenschaftsressort, wie bereits ausgeführt wurde. Die Sektion heißt konkret: Wirtschaftliche Koordination und Innovationspolitik. Sie soll also auch andere wirtschaftliche Aufgaben im Rahmen dieses Ressorts koordinieren.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß dann, wenn man sich auf Sozialpartnerschaftsebene bei Vorgesprächen bereits geeinigt hat, daß es eine Innovationsagentur geben soll, offensichtlich auch hier die Meinung vorhanden war, daß der innovative Bereich insgesamt organisatorisch auf eine neue Basis gestellt werden soll. (Abg. Dr. Neisser: Ich habe Sie nach der Sektion gefragt!)

Vizekanzler Dr. Steger

Ich bekenne mich zu der neuen Organisationsform der Innovationsagentur. Bei den Gesprächen im Rahmen der Regierung ist das Handelsministerium bestimmt worden, Eigentümervertreter dieser Innovationsagentur zu sein. Diese Eigentümervertretung allein erfordert schon eine ganz bestimmte Tätigkeit, die auf Beamtenebene abzuwickeln ist. Diese Tätigkeit und einige andere Tätigkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Koordination werden in dieser neuen Sektion durchgeführt werden.

Den Anfragen insgesamt entnehme ich, daß sich manche große Sorgen darüber machen, daß möglicherweise zum erstenmal in der Geschichte der Zweiten Republik ein freiheitlicher Sektionschef in Österreich werden könnte. Ich sage Ihnen jetzt schon, daß ich jedenfalls überhaupt keinen Widerspruch zu der Verfassung und zu der Gesetzgebung der Republik Österreich sehe, wenn auch ein Freiheitlicher einmal Sektionschef in Österreich werden sollte. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 12: Herr Abgeordneter Köck (SPÖ) an den Herrn Minister.

72/M

Verfügt Ihr Ressort über die notwendigen Unterlagen, die die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Energiesituation ermöglichen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Angesichts der im Bereich der Energiewirtschaft gegebenen langen Planungshorizonte verfügt mein Ressort selbstverständlich über eine Reihe von nationalen und internationalen Studien zur zukünftigen Energiesituation, die kontinuierlich auf ihre energiepolitische Relevanz ausgewertet wird. Eine umfassende, auch der breiten Öffentlichkeit zugängliche Darstellung dieser Untersuchungen erfolgte zuletzt im Energiebericht der Bundesregierung 1981.

Im besonderen ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß durch das Institut für Wirtschaftsforschung seit mehreren Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie langfristige Energieprognosen erstellt werden. Diese Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der österreichischen Energiesituation stellt eine bedingte Prognose dar, das heißt, daß sie auf Grund bestimmter Annahmen über die Höhe des zukünftigen Wirtschaftswachstums sowie

einer Vielzahl der den Energieverbrauch bestimmenden Einflußgrößen, wie zum Beispiel energiepolitische Maßnahmen, Einkommen, Anzahl und Größe Energie verbrauchender Geräte, Energiepreise und anderes mehr, zu einer Quantifizierung des zukünftigen Energieverbrauchs niveaus gelangt.

Rückblickend ist dazu festzustellen, daß auf Grund des Zusammenwirkens einiger den Energieverbrauch sehr maßgeblich beeinflussender Faktoren in den letzten Jahren, wie zum Beispiel niedrigeres als erwartetes Wirtschaftswachstum, Wirksamwerden energiesparender Maßnahmen, stark gestiegene Energiepreise und sehr warme Witterung, die oben angeführte Wirtschaftsforschungsprognose den Energieverbrauch in Österreich überschätzt hat.

Um nun die Planungen in der Energiewirtschaft auf eine realistischere Grundlage zu stellen, ist es notwendig, eine Gesamtschau aller Energieträger und Technologien in einem neuen Energiekonzept anzustellen. (*Abg. Heinzinger: Das war schon lange notwendig!*)

Die Arbeiten zur Erstellung dieses neuen Energiekonzeptes sind bereits angelaufen. Dieses Konzept wird einen wesentlichen Bestandteil des nächsten Energieberichtes darstellen, den ich auf Grund des § 20 des Energieförderungsgesetzes 1979 dem Parlament bis zum November 1984 zuzuleiten habe.

Bei der Erstellung dieses Konzeptes werden die in Österreich mit Energiefragen befaßten Wirtschafts- und Sozialpartner, die Energieverwertungsagentur und die führenden Wirtschafts- und Energieexperten, in erhöhtem Maß aber auch Gruppen, die sich dem Umweltschutz verpflichtet fühlen, eingebunden werden.

Erste Grundzüge dieses Konzeptes liegen bereits vor.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Köck: Herr Bundesminister! Österreich ist auf Grund seiner geologischen und geographischen Situation ein ausgesprochen energieimportabhängiges Land. So müssen wir derzeit etwa rund 70 Prozent der gesamten Energie, die in Österreich benötigt wird, aus verschiedensten Ländern nach Österreich importieren.

Es ist klar, daß wir aus dieser Situation heraus eine möglichst vorausschauende Energie-

1550

Nationalrat XVI. GP – 20. Sitzung – 11. November 1983

Köck

politik betreiben müssen. Sie haben gerade gesagt, daß Sie dabei sind, ein sogenanntes Energiekonzept zu entwerfen.

Können Sie uns, Herr Minister, schon einige Grundzüge dieses Energiekonzeptes mitteilen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Konzept wird derzeit in einer sehr großen Arbeitsgruppe erstellt, wo Vertreter aus den verschiedensten Energieträgern, aber auch Umweltschützer und insgesamt daher Vertreter aller politischen Richtungen Österreichs eingeladen worden sind mitzuarbeiten. Nach den ersten beiden Sitzungen, die bereits stattgefunden haben, bin ich sehr optimistisch, daß es am Schluß im Konsenswege möglich sein wird, ein neues Konzept auch im Parlament vorzutragen.

Das letzte Konzept wurde ja im Parlament mit den Stimmen aller drei Parteien beschlossen. Ich habe nur manchmal den Eindruck, daß das in der Öffentlichkeit nicht ausreichend bekannt ist, etwa dann, wenn die Zahlen sich zum Teil anders herausgestellt haben als damals angenommen.

Was den Energiezuwachs betrifft, ist beim Energiekonzept bei den Bedarfserwartungen für Strom ein Zuwachs von 3,9 Prozent jährlich angenommen worden, der in diesem Ausmaß nicht eingetreten ist. Wenn also damals alle drei Parteien dieser Meinung waren, kann man sicher davon ausgehen, daß sich tatsächlich einige Wirtschafts- und Energieentwicklungen überraschend anders dargestellt haben, als sie damals diesem Konzept zugrunde gelegt wurden.

In dem neuen Energiekonzept, sehr geehrter Herr Abgeordneter, werden erstmals aus meiner Sicht klare Kriterien und Richtlinien definiert, die eine Bewertung verschiedener Energieversorgungssysteme im Hinblick auf die zu verfolgenden Zielsetzungen einer Energiepolitik, nämlich Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Umwelt- und soziale Verträglichkeit, erlauben.

Anders als bei den bisher üblichen Energieprognosen, bei denen mit ungestörten Entwicklungen gerechnet wurde, was auf den damaligen Wirtschaftserwartungen und den langjährigen Entwicklungen aufgebaut hat, wird das von mir initiierte Konzept Lösungsansätze aufzeigen, mit welcher Kombination von Energie trägern und Technologien der zu

erwartende Nutzenergiebedarf sichergestellt werden kann und welche Maßnahmen bei Eintreten bestimmter Änderungen auf den Energiemarkten zu ergreifen sind.

Es soll also auch so etwas wie eine sprunghafte oder krisenhafte Entwicklung im Energiebereich dem Parlament bereits jetzt vorgelegt werden, weil man in der Entwicklung der letzten Zeit sieht, daß sehr rasch große Umschichtungen notwendig werden können. Diese Bundesregierung wird Vorsorge treffen, daß eine der wesentlichen Grundlagen des Lebens in Österreich, nämlich die ausreichende Energieversorgung, unter allen Umständen aufrechterhalten werden kann.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Köck: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich weiß, daß das eine heiße Frage ist, die ich jetzt stelle, aber Sie müssen verstehen, wenn ich als Zentralbetriebsratsobmann der Österreichischen Donaukraftwerke nunmehr auch die Frage an Sie stelle, die sicherlich derzeit noch nicht hundertprozentig zu beantworten ist: Ist in diesem Energiekonzept, das Sie vorhaben oder das Sie demnächst vorlegen werden, auch das geplante Kraftwerk Hainburg mit dabei? (Abg. Heininger: Und wenn ja, warum?)

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist beim derzeitigen Stand der Arbeiten an diesem Energiekonzept noch gar nicht diskutiert worden, welche Energieträger in welchem Ausmaß Berücksichtigung finden sollen. Daher kann derzeit auch nicht der politischen Entscheidung über das Kernkraftwerk, aber auch nicht der Entscheidung um das Kraftwerk Hainburg vorgegriffen werden.

Ich habe jedenfalls bei jedem Konzept immer von dem Status auszugehen, der derzeit ist. Derzeit ist festzuhalten, daß das Kraftwerk Hainburg in der Regierungserklärung enthalten ist und ich mich daher dazu bekenne, daß in der Nähe Hainburgs ein Wasserkraftwerk gebaut werden sollte.

Ich persönlich bin auch bekannt als ein Anhänger des Ausbaus der Wasserkraft, wobei ich glaube, daß es falsch ist, jeden kleinen Bach, jeden kleinen Fluß in der Landschaft zuzubetonieren, zu verbauen und durch diverse Einrichtungen abzufangen. Ich halte es für viel richtiger, die großen Flüsse Öster-

Vizekanzler Dr. Steger

reichs, den Donaustrom, zur Energiegewinnung zu verwenden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Energiebericht, der, wie Sie richtig ausgeführt haben, hier im Hause von allen drei Parteien zur Kenntnis genommen wurde, basiert hinsichtlich der Elektrizitätsversorgung auf dem koordinierten Ausbauprogramm der E-Wirtschaft. Dieses wird jährlich revidiert und an die Entwicklung angepaßt. Daher haben wir auch jetzt nicht mehr 3,9, sondern 3,2 und vielleicht in Zukunft 2,8 Prozent Verbrauchszuwachs auf dem Stromsektor.

Demgegenüber hat aber die Energieverwertungsagentur, die ja auch wesentlich vom Bund her finanziert und von den Sozialpartnern mit getragen wird, in der Öffentlichkeit die Auffassung vertreten, daß wir mit einem Stagnieren des Stromverbrauches zu rechnen haben werden. Das ist im klaren Widerspruch zu den Erklärungen Ihres Ressorts und des Berichtes und verunsichert die Verbraucher ebenso wie die Wirtschaft.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Was werden Sie tun, um eine Koordination herzustellen und zu vergleichbaren Aussagen zu kommen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die jeweiligen Energieberichte, die dem Hohen Haus vorgelegt worden sind, Berichte über den Zustand der Energiesituation waren, allenfalls mit Ableitungen, während es jetzt ein Konzept sein soll, das auch ganz andere Möglichkeiten der überraschenden Entwicklung, die man aber trotzdem nach verschiedenen Varianten durchrechnen kann, enthalten soll.

Bei der Erstellung dieses Konzeptes sind natürlich federführend Beamte der Energieabteilung in meinem Ministerium, aber auch mit federführend wichtige Exponenten der Energieverwertungsagentur gemeinsam tätig, unter anderem neben ganz anderen Vertretern der Energiewirtschaft. Ich bin zuversichtlich, daß auch diese Fragen dort ausdiskutiert werden.

Aus meiner Sicht hat es im Sommer bereits einige Mißverständnisse gegeben, weil ich

damals schon drei Rahmenbedingungen für ein neues Energiekonzept angekündigt habe.

Ich darf aber hier ausdrücklich festhalten, daß die Neuerstellung einer Bedarfsprognose die erste Voraussetzung ist, um ein Energiekonzept neu zu entwickeln. Beziiglich dieser Bedarfsprognose bin ich sehr optimistisch, was den Fortschritt der Arbeiten anlangt. Ich glaube, daß die Bedarfsprognose sehr bald gemeinsam erstellt werden kann. Sie ist aber dann erst ein Teil dessen, was im Energiekonzept enthalten sein wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Aus Sicht des Umweltschutzes bieten sich bei der Energieversorgung der Ausbau der Fernwärme und die Errichtung von Kleinwasserkraftwerken besonders an.

Ich darf Sie fragen: Was unternimmt der Bund in Zukunft, um diese zwei aus der Umweltsicht sehr guten Energieformen weiterhin auszubauen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Bereich der Energiepolitik hat es im Verlaufe der letzten zehn Jahre sicher eine dramatische Entwicklung in Österreich dadurch gegeben, daß es kaum einen Bereich gibt, wo so sehr das Verständnis der breiten Öffentlichkeit vorhanden ist, daß es eine sinnvolle Symbiose von Ökonomie und Ökologie geben muß.

Ich bekenne mich dazu, daß bei jedem neuen Energieprojekt die oft sehr, sehr mühsamen Gespräche, die vom Zeitaufwand sehr mühsam sind, mit Umweltschützern und mit der betroffenen Bevölkerung gesucht werden müssen, damit diese Bundesregierung jedenfalls beweist, daß es einen sinnvollen Kompromiß bei jedem Energieprojekt gibt, einen sinnvollen Kompromiß zwischen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen – dazu gehören auch die angeschnittenen Zahlungsbilanzprobleme – und zwischen Umweltschutzproblemen.

Die Fernwärme: Es gibt auf Grund des mit 1. Jänner dieses Jahres in Kraft getretenen Fernwärmeförderungsgesetzes Förderungsmittel, die für die Errichtung von FernwärmeverSORGUNGSANLAGEN und die Erstellung örtlicher und regionaler Energieversorgungskonzepte zum Zweck der Koordinierung der lei-

1552

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Vizekanzler Dr. Steger

tungsgebundenen Energien bedeutend erhöht wurden.

Wird das Angebot des Bundes, bis Ende 1985 eine Investitionssumme von insgesamt 8 Milliarden Schilling zu fördern, voll angenommen und geht man von einem 3prozentigen Zinsenzuschuß aus, so beträgt die maximale jährliche Förderung aus dem Bundeshaushalt 240 Millionen Schilling.

Unter Berücksichtigung der zehnjährigen Förderungsdauer liegt dabei die Summe der Förderung durch den Bund in der Größenordnung von insgesamt etwa 1,5 bis 2 Milliarden Schilling. Die Energieimporte könnten in diesem Fall ab 1986 um rund 200 000 Tonnen Erdöl – äquivalent – und die Belastung der Außenhandelsbilanz um rund 800 Millionen Schilling gesenkt werden. Fernwärmeabnehmer haben die Möglichkeit, nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 beziehungsweise nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 Annuitätenzuschüsse zu Darlehen für den Fernwärmeanschluß zu erhalten.

Kleinwasserkraftwerke: Es gibt seit einigen Jahren intensive Bemühungen im Handelsministerium, auch private Kleinwasserkraftwerksbetreiber zu unterstützen. Im Jahre 1981 wurden für die Förderung von Klein-Kraftwerken insgesamt rund 34 Millionen Schilling an Förderungsmitteln aus dem Bundesbudget zur Verfügung gestellt, die zum größten Teil der Errichtung von Kleinwasserkraftwerken zugute kamen.

Auf Grund einer neu geschaffenen Förderungsaktion wurden im Vorjahr allein seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie 15 Kleinwasserkraftprojekte mit einem Investitionszuschuß gefördert; die Investitionssumme betrug insgesamt 393 Millionen Schilling. Die vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zur Verfügung gestellten Bundesmittel beliefen sich auf 31,5 Millionen Schilling.

Zusätzlich wurde seitens des Bundeskanzleramtes ein gleich hoher Betrag für die Förderung von Kleinkraftwerken, wieder zumeist Kleinwasserkraftwerken, aufgewendet. Auch 1983 werden diese Förderungsaktionen fortgesetzt. Allein mit dem vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Jahre 1982 geförderten Kleinwasserkraftprojekten wurden 14 300 Tonnen Heizöl ersetzt. Das ist nicht nur eine Devisenersparnis von 60 Millionen Schilling, sondern auch eine wesentliche Schadstoffreduktion von insgesamt rund 860 Tonnen SO₂.

Es zeigt sich daher, daß all diese Maßnahmen im Energiebereich, wo man auch kleine und eben im Rahmen der kleinen Betriebe auch private Kraftwerksbesitzer unterstützt, ein sinnvoller, wirtschaftlicher Beitrag sind, aber auch ein sehr wichtiger Umweltschutzbeitrag.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Heindl.

Abgeordneter Dr. Heindl (SPÖ): Herr Bundesminister! Es waren in den bisherigen Energieplänen ebenfalls die Leitlinien für die zukünftige Energiepolitik und die zukünftigen energiepolitischen Maßnahmen enthalten. Sie sagen nun, es soll ein neues Energiekonzept im nächsten Energieplan eingearbeitet werden.

Können Sie mir sagen, nach welchen Grundsätzen vorgegangen wird und inwiefern sich dieser neue Energieplan von den bisherigen Plänen unterscheiden wird und ob auch für Kontinuität gesorgt sein wird?

Präsident: Herr Abgeordneter! Das sind eine Menge Fragen, aber ich glaube, es geht in einem.

Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Sie ausdrücklich dazu einladen, wenn Sie Interesse daran haben, bei der Schaffung dieses Energiekonzeptes mitzuwirken, weil selbstverständlich auch beim befaßten Personenkreis Kontinuität vorhanden sein soll. Es sollen das jene Personen sein, die an früheren Energiekonzepten federführend mitgewirkt haben. (*Abg. Dr. Neisser: Die Antworten sind schriftlich vorbereitet!*) Es gilt ein gleichartiges Angebot selbstverständlich auch für den Herrn Abgeordneten Dr. König.

Ich bin der Auffassung, daß allein diese Personen schon ihr bisheriges Wissen mit einbringen. Auch der Herr Präsident Dr. Stix ist selbstverständlich gerne dazu eingeladen, sich frühzeitig, noch bevor ein derartiges Konzept dem Parlament zugestellt wird, an den Gesprächen zu beteiligen, weil ich glaube, daß die Energiefrage für Österreich eine Grundlage für das gesamte Leben ist, wie es sich in den nächsten 10, 20 oder noch mehr Jahren in Österreich abspielen wird, sodaß es unverantwortlich wäre, den Parteienstreit vor das Sachanliegen zu setzen.

Allein der Zeitablauf hat es aber mit sich

Vizekanzler Dr. Steger

gebracht, daß eine Reihe von Dingen eben neu überlegt werden muß. Es war etwa meine Fraktion ja schon bei den früheren Energieberichten der Meinung, daß die Prognosen bei den Mengen zu hoch gegriffen sind. Mittlerweile geht es nicht darum, sich zu berühmen, daß das damals schon jemand für möglich gehalten hat, sondern es ist einfach festzuhalten, daß die derzeitigen Bedarfsschätzungen wesentlich von bisherigen Berichten abweichen.

Es gilt auch festzuhalten, daß politische Entwicklungen in anderen Ländern der Welt dazu geführt haben, daß man neue Entwicklungen im Bereich der Prioritäten der Energieträger in Österreich miteinarbeiten und mitbehandeln muß. Ich will dabei noch gar nicht von so weitreichenden Überlegungen ausgehen, daß etwa eine Auseinandersetzung im Irak und im Iran noch viel größere Verschiebungen beim Energieangebot an Österreich ergeben könnte.

Die bisherigen Ereignisse — kriegerische Ereignisse, Katastropheneignisse — haben schon bewirkt, daß sich das Energieangebot für Österreich wesentlich verschoben hat. Es müssen daher sowohl die Bedarfsprognose als auch die Dargebotsprognose als Vorfrage neu erstellt werden; mit diesen beiden Wurzeln wird dann das Energiekonzept errichtet.

Ich darf aber an alle drei Fraktionen ausdrücklich die Einladung aussprechen, schon bei der Erstellung des Konzeptes in Gespräche einzutreten — ich persönlich bin dazu bereit —, damit am Schluß eine gute Tradition fortgesetzt werden kann, nämlich daß nach Möglichkeit im Energiebereich alle Fraktionen mitreden, bevor dieses Konzept endgültig fertiggestellt wurde. Denn auch bisher war es im Ausschuß üblich, daß Anregungen anderer Abgeordneter durchaus aufgenommen wurden, bevor es dann die endgültige Verabschiedung gegeben hat.

Ich bekenne mich zu dieser Form der Zusammenarbeit, und ich werde mich persönlich um dieses neue Energiekonzept sehr bemühen, das ich als eine Regierungs-, aber auch als eine Lebensgrundlage für alle Menschen in Österreich betrachte. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 13: Frau Abgeordnete Wörndl (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

73/M

Welche Maßnahmen für den Fremdenverkehr plant Ihr Ressort angesichts der Entwicklung im heurigen Sommer?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie plant angesichts der Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Sommersaison 1983 nachstehende Maßnahmen. — Bitte um Verständnis dafür, daß die Antwort etwas länger wird, es sind eben mehrere Maßnahmen geplant. (Abg. Dr. Neisser: *Das ist unmöglich! Herr Präsident, dafür haben wir kein Verständnis! Diese Farce machen wir nicht mit! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich gehe davon aus, daß zumindest Sie wirklich wollen, daß in einer Lebensfrage der Menschen in Österreich auch echt geantwortet wird, welche Maßnahmen getroffen werden. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Fast 11 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Österreichs stammen aus dem Fremdenverkehr, kaum ein Wirtschaftszweig Österreichs hängt so sehr von den kleinen und mittleren Betrieben ab wie der Fremdenverkehr.

Ich mache mir daher jedenfalls starke Sorgen um die Zukunft dieser Branche, und ich bin froh, daß diese Frage auch gestellt wurde, damit sie umfangreich beantwortet werden kann. Ich verstehe überhaupt nicht, welche Aufregungen es darüber gibt, daß ich sage, ich möchte eine umfassende Antwort auf diese Frage geben. (Ruf bei der ÖVP: *Das ist doch eine Vortrags- und keine Fragestunde!*)

Wenn aber, sehr geehrte Frau Abgeordnete, hier Aufregung im anderen Teil des Hohen Hauses besteht, dann gestatten Sie, daß ich da einige Zahlen vorweg nenne, die offensichtlich noch nicht ausreichend in Österreich bekannt sind. (Abg. Dr. Neisser: *Wissen Sie nicht, was eine Fragestunde ist?*)

Hohes Haus! Man muß sich starke Gedanken machen, wenn bei der Entwicklung des Fremdenverkehrs nach den vorläufigen Zahlen Jänner bis September 1983 ein Rückgang von insgesamt 2,6 Prozent feststellbar war. (Abg. Heinzinger: *Das ist keine Märchenstunde und keine Dichterlesung!*) Wenn man dann noch weiß, daß der Winterfremdenverkehr vergleichsweise noch besser gelaufen ist, dann muß eben eine Fülle von Anstrengungen gemacht werden.

1554

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Vizekanzler Dr. Steger

Dieselbe Frage, die Sie, Frau Abgeordnete, an mich gerichtet haben, hat vor kurzem auch der Obmann der Sektion Fremdenverkehr der Bundeswirtschaftskammer an mich gerichtet. Er war sehr froh, daß ich ihm in einem langen Gespräch die geplanten Maßnahmen erläutern konnte. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir haben bei den Inländern einen Rückgang von 0,6 Prozent bei den Gästenächtigungen, bei den Ausländern einen Rückgang von 3,2 Prozent bei den Nächtigungen. Man sieht also schon an diesen Zahlen, daß die vergleichsweise bessere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich als bei manchen Traditionsmärkten unserer Touristen, etwa in der Bundesrepublik Deutschland, wo ja das reale Wirtschaftswachstum unter dem Österreichs in den letzten Jahren gelegen ist, durchschlägt auf eine Statistik, daß aber die Massenkaufkraft in Österreich offensichtlich noch immer so ist, daß dort bei der Entwicklung der Nächtigungen noch kein relevanter, großer Rückgang feststellbar ist.

Als Sofortmaßnahme, sehr geehrte Frau Abgeordnete, hat sich mein Ressort bemüht, daß zur Hintanhaltung... (*Rufe bei der ÖVP: Das ist eine Farce! Unmöglich! – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: Meine Damen und Herren! Vielleicht könnte man doch ein wenig ruhiger sein. Der Tag wird noch lange dauern, Sie können sich noch alle zu Wort melden, wir haben viel auf der Tagesordnung stehen.

Bitte, Herr Minister. (*Abg. Dr. Schüssel: Die Fragestunde ist nicht für Referate da!*)

Vizekanzler Dr. Steger (fortsetzend): Herr Abgeordneter Dr. Schüssel! Dem Fremdenverkehr ist nicht mit einem Ja oder Nein gedient, wenn es große Schwierigkeiten gibt. Die Regierung kämpft darum, diese Schwierigkeiten zu bewältigen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Als Sofortmaßnahme zur Hintanhaltung des festgestellten Rückganges der touristischen Nachfrage im heurigen Sommer wurde eine zusätzliche Sofortwerbeaktion im Rahmen der Österreichischen Fremdenverkehrs werbung ins Leben gerufen. Ich war glücklich darüber, daß es nach einigen politischen Schwierigkeiten, wo sich zunächst das Land Oberösterreich und das Land Niederösterreich nicht beteiligen wollten – aber nach dem Syndikatsvertrag geht jede Betragserhöhung immer nur dann, wenn sich alle Länder, die Bundeswirtschaftskammer und die Bun-

desregierung einigen –, nicht zuletzt durch die Mithilfe des Herrn Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, am Schluß eine Eingang für diese Aktion gegeben hat. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Weiters bemühe ich mich – die Gespräche dafür laufen –, beim Budget der Österreichischen Fremdenverkehrs werbung eine Erhöhung um 10 Prozent für das nächstjährige Budget zustande zu bringen. Nach den bisherigen Mitteilungen aus den Bundesländern bin ich optimistisch, daß alle zustimmen werden. Auch da sind es derzeit nur mehr zwei Länder, die keine Zustimmungserklärung für diese Erhöhung um 10 Prozent abgeben wollen. Ich werde allenfalls auch diesbezüglich mit dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer sprechen. Offensichtlich ist es ihm leichter möglich, bei manchen Landeshauptleuten deren Zustimmung zu bekommen, nämlich dann, wenn diese politisch einer Partei angehören, die nicht in der Bundesregierung vertreten ist. (*Abg. Dr. Ettmayer: Land des Lächelns! Reden Sie von China?*)

Herr Abgeordneter Ettmayer! Ich weiß nicht, was die Frage österreichischer Fremdenverkehr mit China zu tun hat. Ich darf Ihnen sagen, daß die mehr als 1 Milliarde Menschen Chinas mit Sicherheit nicht nach Österreich als Touristen kommen werden. Dort ist es um andere Themen gegangen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. – Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Aber auch das ist ein interessanter Markt für österreichische Arbeitnehmer. Sie, Herr Abgeordneter Ettmayer, sagen, Sie sind Vertreter der österreichischen Arbeiter und Angestellten in Ihrem Bund. Sie werden doch Interesse daran haben, daß ich für Exporte nach China eintrete. Ich weiß aber nicht, was das jetzt damit zu tun hat. Warum wollen Sie das herabsetzen? Die Bundesregierung kämpft auch dort für Exporte. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. – Abg. Heinzinger: Unglaublich! – Abg. Dr. Schüssel: Das ist geschäftsordnungswidrig!*)

Die Mittel der Fremdenverkehrsförderung wurden gegenüber 1983 nach dem Budgetansatz bereits insgesamt um brutto 155 Millionen Schilling aufgestockt. Das ist der dritte Schwerpunkt. Ich bin sicher, daß auch das einen wesentlichen Beitrag zu einer Qualitätsverbesserung leisten kann. (*Abg. Heinzinger: Ein Sammelsurium von Leerformeln! – Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel.*)

Vizekanzler Dr. Steger

Herr Abgeordneter Dr. Schüssel! Wenn Sie eine unvollständige Antwort auf eine solche Frage haben wollen, dann lesen Sie das „Volksblatt“. Dort stehen meine Antworten bestimmt nicht, aber hier kann ich sie geben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die anfangs 1983 in Kraft gesetzten neuen Richtlinien der Hausaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und der Fremdenverkehrs-Sonderkredit-Aktionen werden sich ebenfalls positiv auswirken, vor allem deswegen, weil die Einmalprämie ab 1984 verstärkt zur Wirkung kommt.

Das fremdenverkehrspolitische Konzept ist bereits in einer neuen Ausarbeitung im Ministerium. Auch da arbeiten Vertreter aus der Bundeswirtschaftskammer, aus den Ländern und aus privaten Fremdenverkehrsträgern voll mit. Ich bin nach den ersten Sitzungen sehr optimistisch, daß in wenigen Monaten ein neues Fremdenverkehrskonzept vorliegen wird, das dringend notwendig ist.

Im übrigen bin ich auch der Auffassung, sehr geehrte Frau Abgeordnete, daß sich das Maßnahmenpaket insgesamt positiv auf den Fremdenverkehr auswirken wird, denn erstmals seit vielen Jahren sind konkrete Maßnahmen ergriffen worden, um das Eigenkapital in den Betrieben zu stärken: Das ist die Streichung der Gewerbekapitalsteuer etwa, das ist die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer, das ist die Herabsetzung der Vermögensteuer bei Betriebsvermögen und das ist die Erhöhung des Steuerfreibetrages für nichtentnommenen Gewinn.

Ich bin sicher, daß auch das ein wichtiger Beitrag war, um diesem wichtigen Wirtschaftszweig neue Hoffnungen zu geben. Wenn die Menschen das erfahren, sind sie davon überzeugt: Auch für diesen Bereich wird es neue und gute Chancen durch die Arbeit der Bundesregierung geben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Wörndl.

Abgeordnete Heidlore Wörndl: Herr Minister! Welche Möglichkeiten sehen Sie, Betrieben, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, zu helfen?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrte Frau

Abgeordnete! Seit 1974 wurden im Rahmen der Aktion „Sicherungsmaßnahmen im Fremdenverkehr“ insgesamt 200 Betrieben konkrete Geldbeträge gegeben, um ihnen zu helfen. Ich bin überzeugt davon, daß diese Sicherungsmaßnahmen ausgebaut werden müssen; budgetär ist dafür jedenfalls Vorsorge getroffen worden. Allerdings werde ich Wert darauf legen, daß bei jeder konkreten Sicherungsaktion auch immer die jeweiligen Bundesländer zu einer Vereinbarung bereit sind, daß auch sie einen Teil des Betrages übernehmen, der im Wege des Zinsendienstes etwa, bei der Verlängerung eines Kredites oder bei direkten Zuschüssen an einen konkreten Fremdenverkehrsbetrieb gegeben wird.

Auch diese zusätzliche Aktion stimmt mich optimistisch, was die Entwicklung im österreichischen Fremdenverkehr betrifft.

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Landgraf.

Abgeordneter Landgraf (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben dargestellt, daß das Belastungspaket, wie wir es sehen, dem österreichischen Fremdenverkehr nur Vorteile bringen würde. Lassen Sie mich bitte nur eine Zahl nennen, Herr Bundesminister: Durch Ihre Zustimmung zu diesem Belastungspaket wird die Fremdenverkehrswirtschaft allein durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer mit 1,6 Milliarden Schilling belastet. Die Betriebe können das nicht überwälzen, das heißt, es geht wieder auf Kosten der Betriebe, weil wir einfach aus Konkurrenzgründen die Preise nicht überwälzen können.

Jetzt zu einem konkreten Vorschlag, Herr Minister. (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*) Sie haben auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs hingewiesen. Ich darf auf die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr verweisen, die leider jetzt auch etwas rückläufig sind, wobei die Ausgaben sehr stark ansteigen. Immerhin konnten wir aber noch im Jahre 1982 das Handelsbilanzpassivum mit 79 Prozent . . . (*Rufe: Frage!*) Die Frage kommt sofort, aber wenn der Herr Minister ein bißchen ausführlicher reden kann, so werde ich es auch dürfen als Sprecher für den Fremdenverkehr. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Peter: Sie kennen wohl die Geschäftsordnung nicht!*)

Herr Minister! Ich will damit sagen, daß zu 79 Prozent das Außenhandelspassivum durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr abgedeckt wurde.

Landgraf

Herr Minister! Ein schwelendes Problem seit Jahren ist der Umstand, daß die Exporttätigkeit des Fremdenverkehrs bisher nicht berücksichtigt wurde. Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen beziehungsweise an Sie dann die Frage richten, Herr Minister... (Abg. Peter: Noch weitere Vorschläge! Eine Frage sollen Sie stellen!)

Präsident Mag. Minkowitsch: Bitte jetzt endlich die Frage! Das ist eine Fragestunde.

Abgeordneter Landgraf (fortsetzend): Herr Minister! Ich richte an Sie die Frage, ob Sie bereit sind, diese Exportleistung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft auch dahin gehend zu unterstützen, daß diese dem österreichischen Fremdenverkehr zugute kommt?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin zu wesentlich mehr bereit, als Sie fragen. Ich bin auch bei Ihnen selbstverständlich zu dem, was ich Ihnen angekündigt habe, bereit, nämlich Belange des Fremdenverkehrs grenzüberschreitend, über Parteidgrenzen hinweg in Ruhe zu besprechen, und dann können wir auch Ihre Vorschläge erörtern.

Ich möchte Ihnen nur sagen, daß die Leistungsbilanz insgesamt vom Jänner bis August 1983 — natürlich ist das Handel plus Dienstleistungen — um 43 Prozent verbessert werden konnte, sodaß sich insgesamt die Devisenentwicklung derzeit positiv darstellt. Tatsächlich mache aber auch ich mir Sorgen, so wie Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß sich die Deviseneingänge im Fremdenverkehr nicht mehr so entwickeln, wie das in den „golden“ Jahren des Fremdenverkehrs der Fall war.

Daß Sie, Herr Abgeordneter, insgesamt an diesem Maßnahmenpaket nichts Positives entdecken können, das glaube ich nicht so richtig. Aber ich gebe zu, daß es auch Schwierigkeiten bringt für die Betriebe, wenn etwa die Mehrwertsteuer linear erhöht wird.

Die Mehrwertsteuer ist eine Steuer, die allerdings zu überwälzen ist. Dort, wo sie überwältzt werden kann, wird das auch geschehen. Es gibt einen Teil der Betriebe, wo das nicht möglich ist. Das ist nicht der gesamte Fremdenverkehrsbereich, sondern das sind jene Fremdenverkehrsbetriebe, die bereits vor dieser Erhöhung Verträge, vor

allem mit dem Ausland, abgeschlossen haben, wo das ja dann in entsprechende Kataloge eingedruckt wird und wo ja Reisebuchungen stattfinden zu diesen alten Beträgen.

Es finden derzeit Gespräche zwischen dem Finanzministerium und meinem Ressort statt, um eine gewisse Erleichterung bei derartigen Abschlüssen bereits zu ermöglichen. Ich muß aber um Verständnis bitten, daß man sehr restriktiv vorgehen muß, weil natürlich alle Branchen gern Ausnahmen von der Mehrwertsteuererhöhung hätten. Ausnahmen im allgemeinen kann es von der Mehrwertsteuererhöhung nicht geben, denn sonst wird der Effekt, der Effekt nämlich, hart und brutal dieses Budget zu stabilisieren, nicht erreicht. Diese Aktion zusätzlich für den Fremdenverkehr wird aber derzeit besprochen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Eigruber. Bitte.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs als Devisenbringer für Österreich hingewiesen. Wir wissen auch, daß im Bereich der Dienstleistung sehr viele Arbeitnehmer beschäftigt sind. Es ist daher für uns als Regierungspartei, die wir Verantwortung tragen in Österreich, sehr wichtig zu wissen, wie es weitergeht in Sachen Dienstleistung und Sicherung der Arbeitsplätze. Wir hatten heuer in verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Ergebnisse im Fremdenverkehr, und ich frage Sie deshalb: Wie sieht in Zukunft die Zusammenarbeit mit den einzelnen Bundesländern aus?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Man muß an dieser Stelle festhalten, was nicht überall bekannt ist, daß der Fremdenverkehr an sich Ländersache ist. Es gibt nur einige Detailbereiche, für die es eine Zuständigkeit auf der Bundesregierungsebene gibt. Der wesentlichste Bereich dafür ist der Bereich der Fremdenverkehrswerbung, und darüber hinaus ist es zur guten Sitte geworden, daß man sich bei der Bundesregierung, auch dann, wenn diese nicht zuständig ist für den Fremdenverkehr, anstellt, daß sie die Sicherungsaktionen für die Betriebe machen soll.

Ich bekenne mich dazu, daß ich es für sinnvoll halte, in einer gesamten Wirtschaftsverantwortung auch diese Sicherungsaktionen

Vizekanzler Dr. Steger

auszubauen. Ich habe aber schon gesagt, daß ich der Auffassung bin, daß Sicherungsaktionen nur möglich sind, wenn sich auch die Länder beteiligen. Ich merkte bei meinen bisherigen Gesprächen, daß es eine sehr unterschiedliche Bereitschaft dazu gibt.

Ich habe vor, mit allen Landeshauptleuten direkte Gespräche zu führen. Einige Landeshauptleute haben mir bereits die Zusicherung gegeben, daß sie sich budgetär beteiligen, wenn Sicherungsaktionen notwendig sind. Etwa der Herr Landeshauptmann Wagner war sofort dazu bereit. Aber auch der Herr Landeshauptmann Wallnöfer, um einen zweiten zu nennen, hat sich bereit erklärt mitzuwirken. Einige andere sind dazu noch nicht bereit.

Die Österreichische Fremdenverkehrs werbung war bisher ein Instrument, wo es zwingend den Konsens zwischen Ländern, Bundeswirtschaftskammer und Bundesregierung geben muß. Ich bekenne, daß ich diesen Konsens immer wieder mit allen Mitteln anstrebe. Ich sage aber auch dazu: Dieser Konsens darf nicht dazu führen, daß wesentliche Schwerpunktaktionen nicht möglich sind, weil ein Land, das vergleichsweise einen kleinen Prozentsatz zu leisten hat, sich nicht daran beteiligt.

Die Länder insgesamt haben einen 20-Prozent-Anteil am Budget der Fremdenverkehrs werbung, das heißt, daß manche Länder zwischen 1,5 und 2,5 Prozent des Budgets tragen. Wenn der Konsens nicht mit allen neun Ländern in diesem Bereich möglich ist, dann wird es andere Formen der Arbeit in der Fremdenverkehrs werbung geben. Es werden dann formell die Länder ausscheiden müssen, und es wird zu einem anderen Vertrag kommen.

Im Rahmen der Österreichischen Fremdenverkehrs werbung kam dieser Vorschlag von Vertretern der Bundeswirtschaftskammer, die gesagt haben, es kann doch nicht immer wieder von einzelnen Ländern eine Blockade bei wichtigen Aktionen passieren, wie das etwa vor allem Niederösterreich bei der letzten Werbeaktion gemacht hat. Ich habe gesagt, daß ich auch dazu gesprächsbereit mit der Bundeswirtschaftskammer bin.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Heinz Grabner. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Heinz Grabner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sie haben soeben den Bereich Werbung als für den Fremdenverkehr besonders wichtig

bezeichnet. In diesem Bereich nimmt der Verein Österreichische Fremdenverkehrs werbung eine besondere Stellung ein, und zwar die Stellung als Vorbild für die gesamte Werbetätigkeit in der österreichischen Fremdenverkehrs wirtschaft.

Wie sehen Sie die künftige Entwicklung der Österreichischen Fremdenverkehrs werbung?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Dr. Steger: Ich halte diese Einrichtung für sehr wichtig, für lebenswichtig für den österreichischen Fremdenverkehr. Gerade meine letzten Reisen, die zum Teil etwas weiter weggeführt haben, etwa in den pazifischen Raum, haben mir den Beweis geliefert, daß dort eine isolierte Werbung eines Bundeslandes überhaupt nicht mehr möglich ist, weil der Fremdenverkehrs interessent aus einer solchen Region, Übersee region, bestenfalls das Land einspeichern kann, aber nicht mehr einzelne Bundesländer innerhalb dieses Landes. Darauf hinaus speichert er manchmal dann noch große Städte in diesem Bereich in sein Bewußtsein ein.

Die Fremdenverkehrs werbung ist das einzige wirksame Instrument, damit alle Bundes länder gemeinsam für Österreich touristisch werben.

Alle Fachreferenten für den Fremdenverkehr auf Regierungsebene, aber auch die Hauptamtlichen für den Fremdenverkehr innerhalb der Ämter der Landesregierungen stehen sehr positiv zum Verein Österreichische Fremdenverkehrs werbung. Ich bin daher zuversichtlich, daß es auch zur Budget erhöhung kommen wird und daß alle Maßnahmen, die dann zu Einschränkungen der Leistungen führen, nicht ernsthaft diskutiert werden müssen. Ich glaube, es wird eine positive Lösung, eine gute Lösung, eine Konsens lösung im Bereich der Österreichischen Fremdenverkehrs werbung geben.

Präsident Mag. Minkowitsch: Die 60 Minuten der Frage stunde sind abgelaufen. Somit ist die Frage stunde beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Mag. Minkowitsch: Eingelangt ist die Anfragebeantwortung 183/AB.

Dem Verfassungsausschuß weise ich die in

1558

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Präsident Mag. Minkowitsch

der letzten Sitzung eingebrachten Anträge zu, und zwar:

Antrag 63/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Peter und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird, und

Antrag 64/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Richterdienstgesetz, das Gehaltsgesetz 1956, das Landeslehrer-Dienstgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstgesetz, das Bezügegesetz, das Einkommensteuergesetz 1972 und das Unvereinbarkeitsgesetz 1983 geändert werden.

Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage:

Bundesgesetz über die Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (104 der Beilagen) zu.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (III-21 der Beilagen) über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1982 gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Bericht) (95 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1982 (Grüner Bericht).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Parnigoni. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Parnigoni: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Dieser umfangreiche Bericht besteht aus Abschnitten und beschäftigt sich mit der Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft, weiters mit den Agrarstrukturen und ihren Veränderungen, darüber hinaus mit der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft im Jahre 1982.

Der Bericht gibt Auskunft über die Verwendung der Mittel gemäß § 10 des Landwirtschaftsgesetzes, Grüner Plan, im Jahr 1982

und enthält Empfehlungen für Förderungsschwerpunkte gemäß § 7 des angeführten Gesetzes.

Der Bericht stellt weiters fest, daß das agrarische Handelsbilanzdefizit gesunken ist, wobei die Importe um 2,2 Prozent, die Exporte aber um 11,8 Prozent gestiegen sind. Weiters wird über eine Steigerung des Rohertrages je Arbeitskraft um 6 Prozent im abgelaufenen Berichtsjahr berichtet. Nicht nur das landwirtschaftliche Einkommen nahm im Vergleich zu 1981 um 7 Prozent zu, sondern auch die Einkommensverhältnisse der Nebenerwerbslandwirte entwickelten sich günstiger.

Die Mittel für den Grünen Plan 1982 sind um 5,5 Prozent erhöht worden, beim Bergbauern-Sonderprogramm wurde eine Steigerung der Mittel um 63 Millionen Schilling, das ist ein Plus von 7,6 Prozent, erreicht.

Hohes Haus! Am 12. Oktober 1983 wurde dieser Bericht im Ausschuß verhandelt. Bei der Abstimmung wurde mehrstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1982 gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Bericht) (III-21 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Sollten Wortmeldungen vorliegen, bitte ich Sie, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Derfler. Ich erteile es ihm.

11.22

Abgeordneter Ing. Derfler (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ist im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes verpflichtet, einen jährlichen Bericht über die wirtschaftliche Lage der österreichischen Landwirtschaft zu erstellen. Dies ist eine sehr objektive Darstellung auf Grund von Buchführungsergebnissen repräsentativ ausgewählter Bauernhöfe.

Ing. Derfler

Nach unserer Auffassung soll dieser Bericht auch die Grundlage des agrarpolitischen Handelns in unserem Lande bilden.

Der vorliegende Grüne Bericht für das Jahr 1982 ist weitgehendst ein Alarmsignal und signalisiert uns das Versagen der sozialistischen Agrarpolitik. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist leider eine unbestreitbare Tatsache, daß die bäuerlichen Einkommen im Jahre 1977 um 2,8 Prozent, im Jahre 1979 um 9,4 Prozent und im Jahre 1981 um 5,1 Prozent real gesunken sind. Und im Jahre 1982, also im Berichtsjahr, mußten die Bauern in sieben von acht Hauptproduktionsgebieten ebenfalls wieder Einkommenseinbußen verzeichnen. Das heißt: Die wirtschaftliche Situation der österreichischen Landwirtschaft spitzt sich zu. Das ist doch ein Alarmsignal und sollte die für die Agrarpolitik Verantwortlichen in unserem Lande zu vermehrtem Handeln aufrufen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist davon aber leider nichts zu verspüren. Das Organ der SPÖ-Bauern, die „Neue Agrarzeitung“, schreibt über den Grünen Bericht 1982 die Schlagzeile: Aufwärtstrend in der Landwirtschaft hält an.

Ich kann mich der Feststellung nicht enthalten: Meinten Sie damit die Entwicklung der Einheitswerte, die Entwicklung der Steuern und Abgaben, insbesondere jetzt wieder die der Beiträge für die Pensionsversicherung? Meinten Sie damit die Entwicklung der Verwertungsbeiträge, die die Bauern zu zahlen haben, oder die vieler anderer Kosten? – Dann muß ich Ihnen recht geben: Da ist ein ganz deutlicher Aufwärtstrend – schmerhaft, bitte sehr – spürbar.

Es zeigt also diese Feststellung, daß man in der Sozialistischen Partei von Seite der Verantwortlichen bewußt diese bäuerlichen Probleme übersieht. Aber dazu kann ich mich nicht recht verstehen. Das weigere ich mich zu glauben. Es scheint mir vielmehr, daß Ihnen eben der direkte praktische Bezug zur bäuerlichen Praxis, zur bäuerlichen Arbeit, zur bäuerlichen Wirtschaft fehlt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Deshalb ist es auch ungleich schwerer, diese bäuerlichen Probleme in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen, als sich eben nur auf trockene, nüchterne, statistische Zahlen verlassen zu müssen.

Der Grüne Bericht des Herrn Bundesmini-

sters für Land- und Forstwirtschaft zeigt ganz eindeutig – und ich sage das nur auszugsweise – einige Fakten auf.

So ist das landwirtschaftliche Einkommen 1982 im Bundesdurchschnitt je Familienarbeitskraft mit 8 631 S festgestellt. Ich betone: Landwirtschaftliches Einkommen.

Mit Ausnahme des Hauptproduktionsgebiets Nordöstliches Flach- und Hügelland mußten alle anderen Produktionsgebiete reale Einkommensrücksläge in verschiedener Höhe hinnehmen.

Es wird auch deutlich aufgezeigt, daß sich der Abstand zwischen dem landwirtschaftlichen Einkommen eines Bauern und dem Einkommen eines Industriebeschäftigten abermals vergrößert hat. Wenn man die Bedeutung dieses Unterschiedes klar erkennen möchte, dann muß ich Ihnen sagen, daß sich seit dem Jahre 1970 – in den zwölf Jahren von 1970 bis 1982 – dieser Unterschied mehr als verdreifacht hat und nunmehr bereits 8 223 S beträgt.

Das zeigt auf, daß ein durchschnittlicher Bauer – es dreht sich ja dabei immer um Durchschnitte, wobei mir die Problematik von Durchschnittsziffern natürlich bekannt ist – an landwirtschaftlichem Einkommen nur etwa die Hälfte eines Industriebeschäftigten erwirtschaften kann.

Das landwirtschaftliche Einkommen der Bergbauern ist im Jahre 1982 – auch wieder im Durchschnitt – mit 5 942 S festgestellt und liegt gegenüber 1981 real um 11 Prozent niedriger. Etwa 36 Prozent der Bergbauern liegen in ihrem landwirtschaftlichen Einkommen unter der sogenannten Arbeitsgrenze, und das, meine Damen und Herren, trotz großen Fleisses, trotz vieler und harter Arbeit und ungleich längeren Arbeitszeiten als in anderen Berufen und vor allem auch Samstag-, Sonntag- und Feiertagarbeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hinter diesen trockenen, lapidaren Feststellungen verbirgt sich das Schicksal, das tragische Schicksal vieler bäuerlicher Familien. Es ist doch ganz unmöglich, daß man diese Schicksale einfach übersieht. Nur ein paar Beispiele:

Ich erinnere Sie an Tausende Milchbauern in den bergbäuerlichen Gebieten, vor allem an kleinstrukturierte bäuerliche Betriebe, die ohne ihr Verschulden heute eine zu geringe Milchrichtmenge haben, die aber mangels

Ing. Derfler

Produktionsalternativmöglichkeiten etwas anderes nicht erzeugen können und die heute mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert sind, eine höhere Richtmenge zu erlangen.

Ich darf auf ein anderes Gebiet hinweisen, weil es gar so kennzeichnend ist: Es gibt Tausende Weinbauern, die ihren Wein um ganze 3 S – pro Liter, bitte sehr – verkaufen müssen.

Wenn im Grünen Bericht festgestellt wird, daß sich bei den Weinbauern das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft gegenüber 1981 etwa verdoppelt hat, dann ist das keine Täuschung, dann ist das eine statistische Feststellung, die darauf beruht, daß im Jahre 1982 die größte Weinernte aller Zeiten in Österreich auf eine schwache Ernte im Jahre 1981 folgte und daß natürlich aus statistischen Gründen die Bewertung dieser weitaus über dem Durchschnitt liegenden eminent großen Weinernte zu den vorher vergleichsweise sehr guten Weinpreisen erfolgte.

Die Weinbauern mußten es aber erleben, daß der effektiv erzielbare Preis aus der Ernte 1982 auf zum Teil weniger als ein Drittel gefallen ist – bitte: nicht „um“ ein Drittel, sondern „auf weniger als“ ein Drittel des vorherigen Preises – und daß große Mengen bisher überhaupt unverkäuflich waren, so daß diese große Ernte nicht effektuierbar war und letzten Endes zu einer Verminderung des Einkommens führte, was natürlich für die tatsächlich relevierten, wirksam gewordenen Einkommensziffern ein völlig anderes Bild ergibt, als auf Grund der statistisch durchaus richtigen Arbeiten im Grünen Bericht aufgezeigt wird.

Wenn ich kurz noch ein Wort über die Bergbauern sagen darf. Dazu stellte ebenfalls wieder die Zeitung der SPÖ-Bauern fest: Dort kam es verschiedentlich zu geringen Einbußen.

Meine Damen und Herren! Reale Einkommenseinbußen um durchschnittlich 11 Prozent sind doch mit „gering“ nicht richtig qualifiziert.

Wir erleben doch immer wieder, daß für die Agrarpolitik der Regierung in den letzten Jahren die Bergbauern eine ganz besondere Zielgruppe gewesen sind. Das hat sich allerdings dahin gehend manifestiert, daß die Bergbauernpolitik eine Reduzierung in Richtung auf die Bergbauernzuschüsse erfahren hat, die zugegebenermaßen aufgestockt wurden.

Aber die für die Bergbauern so wichtige Regionalförderungspolitik – darunter ist zu verstehen die Förderung von Investitionsmaßnahmen auf den einzelnen Höfen und die Verbesserung der Infrastrukturen – hat in ihrer Effektivität gewaltig abgenommen. Auf Grund dieser Entwicklung sollte man doch meinen, daß die Notwendigkeit für geeignete Abhilfemaßnahmen allgemein erkennbar geworden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Tatsache ist aber, daß die Belastungen auch für diese Bauern durch die vorhin schon erwähnte Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge steigen, um nur ein Beispiel zu nennen, oder aber durch die Ablehnung unserer Forderung, den Staatsanteil bei der Exportfinanzierung der Milch aufzustocken.

Man kann sich des ganz deutlichen Eindruckes nicht erwehren, daß der Arbeitsplatz Bauernhof von der gegenwärtigen Bundesregierung nicht im notwendigen Maße gewürdigt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Für die Bergbauern von ganz besonderer Bedeutung ist die Stabilisierung beziehungsweise Verbesserung der Viehpreise. Überhaupt, meine Damen und Herren, ist das Verhältnis zwischen den Preisen für die Milch ab Hof und für Vieh ab Hof auch ein entscheidendes Steuerungselement, um die Produktions in eine vernünftige Richtung zu bringen.

Ein wesentlicher Schlüssel für die Beherrschung und Bewältigung des Milchmarktes liegt in einer aktiven Viehstrategie, und es ist deshalb gerade für die wirtschaftlich schlechter gestellten Bauern in Problemregionen, in Bergbauerngebieten von entscheidender Bedeutung, daß der Markt für alle Kategorien der Rinder funktioniert.

Wenn Sie sich die Entwicklung der Absatzförderungsmittel, die notwendig sind, um die agrarischen Ausfuhren bewältigen zu können, ansehen, dann müssen Sie feststellen, daß seit dem Jahre 1970 bis 1982 die Mittel des Staates für die Bewältigung der Exporte um 47 Prozent angestiegen sind. Die Mittel aber, die die Bauern selbst durch die verschiedenen Verwertungs- und Absatzförderungsbeiträge aufbringen müssen, sind um fast 600 Prozent seit dem Jahre 1970 angehoben worden.

Wir spüren jetzt gerade wieder bei einem äußerst schwierigen Lebendviehexport nach Libyen, daß die Förderungsmittel für diesen Export, die Stützungsmittel, nicht im notwendigen Maß bereitgestellt werden. An und für sich sind es hohe Stützungsmittel. Aber was

Ing. Derfler

hilft es dem Ertrinkenden, wenn er aus der Tiefe von 10 m bis auf die Tiefe von etwa 20 cm unter dem Wasserspiegel gelangt? Die restlichen 20 cm, die er nicht mehr im Auftrieb überwinden kann, sind entscheidend und nicht die 9,80 m, die er hinaufgekommen ist.

So ist es auch bei den Exporten: Wenn 50 Groschen oder 1 S fehlen, dann werden sie nicht bewältigt werden können in einer Sparte, die gerade jetzt vor Einbruch des Winters in die Gefahr einer besonderen Notsituation gerät.

Es wird im Grünen Bericht ganz deutlich aufgezeigt, wie die Preisindizes der Betriebs-einnahmen und der -ausgaben sich im Jahre 1982 entwickelt haben. Der Index der Einnahmen sank um 2,3 Prozent, der der Ausgaben stieg um 4,3 Prozent. Das ist eine beachtliche Differenz.

Es wird im Grünen Bericht wörtlich festgestellt: „Zufolge dieser 1982 gegenläufigen Indexentwicklung öffnete sich die zuungunsten der heimischen Land- und Forstwirtschaft bestehende Preisschere von 33,7 Prozent (1981) auf 42,7 Prozent (1982).“

Das ist in nüchterner, sachlich richtiger Art im Grünen Bericht dargestellt, den der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft dem Hause vorlegte. Aber was uns fehlt, meine Damen und Herren, ist die notwendige Konsequenz, um diese Situation zu verändern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wird im Grünen Bericht ganz deutlich die sinkende Investitionstätigkeit der Landwirtschaft auf Grund der wirtschaftlichen Situation dargestellt. Die Gesamtausgaben der Bauern gingen real um 3 Prozent zurück. Laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstitutes sind die Bruttoinvestitionen für Traktoren und Landmaschinen um 3,8 Prozent, jene für bauliche Anlagen um 14 Prozent rückläufig.

Die Bauern investieren weniger und erfüllen damit eine wesentliche Funktion als Auftraggeber und als Arbeitsplatzsicherer für die übrigen Wirtschaftsbereiche nicht mehr in jenem gewohnten Maß wie in den vorhergehenden Jahren, weil es einfach die schlechter gewordene Einkommenssituation nicht zuläßt. Denn die Investitionsfreudigkeit, meine Damen und Herren, ist bei unseren bäuerlichen Berufskollegen nach wie vor hoch, und die Investitionsnotwendigkeit wäre es auch.

Es wäre also durchaus richtig und sinnvoll, mehr Investitionsanreize zu geben, um damit sowohl in der Landwirtschaft als auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen zu treffen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes verspüren vor allem unsere auf den Nebenerwerb angewiesenen Berufskollegen, denn sie sind — diesbezüglich gab es in diesem Hause auch schon sehr unglückliche Äußerungen — von Kündigungen besonders stark bedroht. Aber obwohl etwa die Hälfte, sogar etwas mehr, aller österreichischen Bauern auf Nebenerwerb angewiesen sind, fehlen Maßnahmen, die einen besseren Schutz dieser Nebenerwerbsbauern zum Ziele hätten.

Besonders negativ beeindruckt uns, daß der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bei der Ausschreibung über die statistische Buchführungsarbeit für den Grünen Bericht des Jahres 1984 die Zahl der Testbetriebe von bisher etwas über 2 600 auf etwas über 2 200, also um circa 450, reduziert hat. Das geht ganz offensichtlich zu Lasten der Information über die Lage der Nebenerwerbsbauern.

Angesichts der Tatsache, daß mehr als die Hälfte unserer bäuerlichen Berufskollegen Nebenerwerbsbauern sind, scheint das ein gewaltiger Mangel zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Aussagefähigkeit, die Aussagekraft des Grünen Berichtes wird damit wesentlich eingeengt.

Es ist ganz interessant: In der Bundesrepublik Deutschland freut man sich darüber, daß es dort nunmehr gelungen ist, die wirtschaftliche Situation der Nebenerwerbsbauern in den dortigen Grünen Bericht einzuplanen und einzubauen. Bei uns will man auf diesen wesentlichen Teil verzichten. Wenn auch der Strukturwandel langsamer wird, wenn auch heute eher die Tendenz besteht, daß Bauern wieder allein vom Ertrag ihres Hofes leben müssen, das heißt, die Zahl der Nebenerwerbsbauern angesichts der angespannten Arbeitsplatzsituation möglicherweise sogar sinken wird, ist doch deshalb die Erhebung der Daten bei diesen Bauern nicht weniger wichtig. Ganz im Gegenteil: Wir erkennen, oder wir müssen erkennen, daß der landwirtschaftliche Einkommensanteil bei den Nebenerwerbsbauern eine größere Bedeutung erlangt, als er das in der letzten Zeit hatte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auf Grund dieser aufgezeigten Fakten, die von mir natürlich nur sehr unvollkommen

Ing. Derfler

aufgezählt werden konnten — ich möchte mir nicht durch eine allzulange Rede jegliche Sympathie verscherzen —, hat die Österreichische Volkspartei eine Reihe von Anträgen mit wirksamen Sofortmaßnahmen für die Landwirtschaft eingebracht. So etwa die schon erwähnte Aufstockung der Bundesfinanzierung für die Milchexporte von 16 auf 18 Prozent, womit man schwerpunktmäßig auf die Anliegen und Nöte kleinerer Milchproduzenten Rücksicht nehmen könnte.

Die zeitgerechte und ausreichende Bereitstellung von Viehexportförderungsmitteln ist gerade für die Bergbauern von größter Bedeutung. Das ist eben auch eine Voraussetzung für einen einigermaßen zu bewältigenden Milchmarkt. Meine Damen und Herren! Die Konzepte für den schrittweisen Aufbau der Ölsaatenproduktion, der Erzeugung von Pflanzen für die Verspritung, sind vorhanden. Die Realisierung dieser Konzepte ist vor allem deshalb wichtig, weil anders die Preis- und Absatzsicherung für den gesamten Brot- und Futtergetreidebereich auf Dauer nicht bewältigbar sein wird. Um gerade da Entlastung zu schaffen, sind diese zusätzlichen pflanzenbaulichen Produktionen unbedingt notwendig, letztlich auch für die Verbesserung der Versorgungssicherheit in unserem Land. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Gerade für kleinere bäuerliche Betriebe in den östlichen Regionen unseres Bundesgebietes ist es von dringlicher Bedeutung, ein Obst- und Gemüseförderungsgesetz zu schaffen, um damit die Stabilität der Produktion bei diesen Sonderkulturen zu ermöglichen. Meine Damen und Herren! Tausende Existenz können damit auf dem Arbeitsplatz Bauernhof gesichert werden.

Wir haben ein Bergbauernförderungsgesetz eingebracht, das vorsieht, durch leistungsgebundene Flächenprämien die Bewirtschaftung in den bergbäuerlichen Regionen langfristig abzusichern, was sicherlich von wesentlicher Bedeutung für die Erhaltung des Erholungswertes unserer schönen Berglandschaft ist. Meine Damen und Herren! Es ist aber notwendig, zu erkennen, daß die Funktion dieser leistungsgebundenen Flächenprämien subsidiär ist und daß es vor allem darauf ankommt, die Bergbauern in ihrer bäuerlichen Existenz zu stärken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir brauchen eine aktive Regionalpolitik, insbesondere im Interesse jener Grenzregionen, die an der Ost- und zum Teil Nordgrenze unseres Landes liegen, wo es sehr darauf

ankommt, eine weitere Bevölkerungsverdünnung zu vermeiden und die Siedlungsstrukturen zu erhalten. Die Bauern haben in den letzten 30 Jahren einen Strukturwandel von atemberaubender Größenordnung bewältigen müssen. Mit weniger als einem Drittel der vollbeschäftigte Arbeitskräfte des Jahres 1950 erreicht die Land- und Forstwirtschaft heute einen Eigenversorgungsgrad, den man in Österreich niemals für möglich gehalten hätte. Ganz im Gegenteil: Weil wir auch — leider Gottes zunehmend — eine Reihe agrarischer Produkte für den Export erzeugen, ruft man uns das böse Wort von der Überschußproduktion zu.

Meine Damen und Herren! Die Rationalisierungserfolge unseres Strukturwandels sind aber — das wollen wir neidlos feststellen — im überwiegenden Maß der Verbraucherschaft zugeflossen, denn würde der Bauer in einem höheren Maß den Erfolg der Rationalisierungstätigkeit für sich beanspruchen können, dann würden wir nicht über zurückbleibende Realeinkommensverhältnisse zu klagen brauchen. Dann würden wir auch nicht mit Forderungen an den Staat herantreten müssen.

Meine Damen und Herren! Das sind aber Forderungen, die angesichts der Entwicklung der Mittelbereitstellung für die von mir vorhin erwähnten Exporte gar nichts anderes bedeuten, als längst gekürzte vorenthaltenen Mittel wieder bereitzustellen. Wir wären schon zufrieden, wenn sich diese Ansätze in der Größenordnung der Geldwertverdünnung, der Inflationsrate, entwickelt hätten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe den hohen Selbstversorgungsgrad mit hochwertigen Nahrungsmitteln erwähnt. Trotz schwieriger Bedingungen funktioniert die Bewirtschaftung der Flächen in den Berggebieten im wesentlichen auch heute noch. Es gibt zwar gewisse Anzeichen für die Aufgabe der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen, aber im großen und ganzen ist sie auch heute noch gesichert und wahrt in Österreich eine Kulturlandschaft, die eben den Erholungswert der österreichischen Berglandschaft garantiert. Die Besiedelung der Grenzregionen ist untrennbar mit der Aufrechterhaltung unserer bäuerlichen Existenz verbunden. Jede weitere Abwanderung ist, unabhängig von der jetzigen Schwierigkeit, in anderen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplätze für die Abwandernden zu finden, auch aus diesen Überlegungen, nämlich der Aufrechterhaltung einer Mindestbesiedlungsdichte und der Aufrechterhaltung landwirtschaftli-

Ing. Derfler

cher Bewirtschaftung in schwierigen Gebieten, zu verhindern. Eine weitere Abwanderung ist dringend zu verhindern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt viele Menschen in unserem Lande, denen die Leistungen der Bauern nicht sonderlich auffallen, sie betrachten sie als selbstverständlich und meinen, die würden sowieso automatisch, sozusagen von selbst, erbracht. Meine Damen und Herren! Aber das kann doch nicht die Meinung derer sein, die Regierungsverantwortung tragen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das kann nicht die Meinung derer sein, die für die Gestaltung der Politik, auch für die Agrarpolitik, in unserem Land verantwortlich sind. Deshalb darf ich Ihnen dringend empfehlen, doch endlich die notwendigen Schlußfolgerungen aus den sachlichen Feststellungen des Grünen Berichtes zu ziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte für die Erstellung dieses wirklich informativen Berichtes all jenen den Dank zum Ausdruck bringen, die an der Erstellung dieses Berichtes gearbeitet haben, vor allem auch den etwa 2 600 Bauern, die als freiwillig Buchführende eine Menge Arbeit auf sich genommen haben, um die Unterlagen für die Erarbeitung des Grünen Berichtes bereitzustellen. Ich muß die Feststellung treffen: Wir anerkennen diesen Grünen Bericht als solides, präzises Informationswerk. Wenn wir von der Österreichischen Volkspartei ihm dennoch nicht die Zustimmung geben können, so deshalb, weil es an den Schlußfolgerungen, die aus diesem Bericht zu ziehen sind, mangelt. (*Beifall bei der ÖVP.*) *11.50*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schober. Ich erteile es ihm.

11.50

Abgeordneter Schober (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu den Ausführungen des Herrn Ing. Derfler etwas sage, wobei ich mich darüber freue, Herr Abgeordneter, daß Sie ein so treuer Leser der „Neuen Agrarzeitung“ sind, möchte ich im Namen meiner Fraktion vorerst meinen Dank an die Beamenschaft und an die Bauern zum Ausdruck bringen, auf Grund deren Arbeit der heute zur Diskussion stehende Grüne Bericht erstellt wurde.

Herr Ing. Derfler! In welcher Weise Sie diese Arbeit qualifiziert haben, haben Sie mit einem Wort demonstriert: Sie haben von einem Versagen gesprochen. Sie haben damit

aber nicht nur die österreichische Agrarpolitik zu disqualifizieren versucht, sondern auch die Arbeit und den Fleiß der österreichischen Bauern. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es ist für mich unverständlich, daß Sie sich dazu hergeben. Ich darf vielleicht doch auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen konservativer und sozialistischer Agrarpolitik eingehen. Der wesentliche Unterschied ist eben, daß wir Sozialisten versuchen, die Landwirtschaft als Gesamtheit zu sehen, daß wir keinen Unterschied zwischen einem großen und lebensfähigen Vollerwerbsbetrieb, den Bergbauern und den Nebenerwerbslandwirten machen. Zu Ihrer Zeit, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben Sie ja überhaupt kein Bergbauern-Sonderprogramm gehabt. (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*) Rufen wir uns in Erinnerung, daß erstmals im Jahre 1972 das Bergbauern-Sonderprogramm vorgelegt wurde, und zwar vom damaligen Bundesminister Dr. Wehs, und daß es nun unter Bundesminister Haiden bereits zum drittenmal verlängert wird.

Zu den Nebenerwerbslandwirten: Wir haben die Nebenerwerbslandwirte in unsere Förderungspolitik, in alle Förderungsmaßnahmen eingebunden. Bei Ihnen waren sie vor 1970 praktisch von jeder Förderung ausgeschlossen. (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben den Multiplikationsfaktor von damals 5 auf praktisch Null gesenkt. Heute beträgt er 1. Das heißt, wir nehmen das Jahreseinkommen, und Sie haben das Jahreseinkommen mit 5 multipliziert. Kaum jemand durfte etwas dazuverdienen, sonst war er bereits von jeder Förderung ausgeschlossen. Ja mehr noch: Ich spreche hier aus meiner Erfahrung, die ich damals als Kammerrat gemacht habe, als sehr viele Nebenerwerbslandwirte zu mir gekommen sind. Sie haben in den Nebenerwerbslandwirten eine Gefahr für den bäuerlichen Berufsstand gesehen. Sie haben die Nebenerwerbslandwirte nicht nur nicht in die Förderung eingebunden, sondern wollten mit Ihrer Politik für den gutsituierter Betrieb diesen großen und wichtigen Teil unseres Berufsstandes gar nicht zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute offenen Auges durch die österreichische Landwirtschaft gehen — ich habe das immer sehr gerne wahrgenommen: vom Burgenland bis nach Vorarlberg, vom Waldviertel bis in meine Südkärntner Heimat —, so finden wir diese Landwirtschaft gekennzeichnet durch

1564

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Schober

blühende Bauernhöfe. Es ist mir unverständlich, Herr Abgeordneter Ing. Derfler, wenn Sie die wirtschaftliche Situation so darstellen wollen, als ob es den Bauern schlecht ginge. Nur jemand, der sich von Haus aus vornimmt, nicht zu sehen, was an Verbesserungen erreicht wurde, kann so reden, wie Sie das getan haben.

Noch etwas: Der Grüne Bericht 1982 weist ja auch das Gegenteil von dem nach, was Sie heute hier gesagt haben. Und zwar betrug im Bundesmittel der Rohertrag je Hektar reduzierter Landwirtschaftsnutzfläche 36 525 S und war im Bundesmittel um 6 Prozent höher. Wir verschweigen nicht, daß es große Schwankungen gegeben hat, nämlich 49 000 S im südöstlichen Flach- und Hügelland und eine weniger befriedigende Weiterentwicklung im Hochalpengebiet auf 26 500 S!

Beachten Sie aber, daß das im Hochalpengebiet bei unseren Bergbauern vor allem darauf zurückzuführen ist, daß der Holzeinschlag drastisch zurückgegangen ist, nämlich um 9 Prozent, und daß sich das natürlich im Einkommen auswirken muß. Das ist auf Grund der internationalen wirtschaftlichen Situation auf dem Holzmarkt zu verstehen. Wir haben international gesehen einen Rückgang bei den Preisen gehabt. Ich glaube, daß auch die Bauern gut beraten waren und wirtschaftlich vernünftig reagiert haben, indem sie in einer Zeit, in der wir einen verhältnismäßig schlechten Holzpreis haben, nicht unbedingt schlägern.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß das Holz noch immer steht, daß es für viele Landwirte eine Reserve darstellt, die man halt dann in Anspruch nimmt, wenn größere Investitionen zu tätigen sind und wenn es eine verhältnismäßig positive Entwicklung gibt.

Ich glaube, umso wichtiger ist es, auch darauf hinzuweisen, wie notwendig gerade jene Bauernpolitik war, die wir gemacht haben, nämlich der Bergbauernzuschuß und alle familienpolitischen Maßnahmen. Wir haben in diesem Bereich die Familienbeihilfe um das Doppelte erhöht. Ich darf darauf hinweisen, daß es im sozialen Bereich Erhöhungen gegeben hat, wie sie vor 1970 noch unvorstellbar gewesen wären. (Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten auch, wenn wir die Einkommenssituation betrachten, offen sagen, daß wir auch Sorgen haben, und zwar im

Bereich der innerbäuerlichen Einkommensdisparität. Hier ist es zweifelsohne so, daß wir in gewissen Produktionsgebieten, wo es hervorragende Produktionsbedingungen gibt, wo es eine verhältnismäßig gute Struktur der bäuerlichen Betriebe gibt, etwa bei den Großbetrieben im nordöstlichen Flach- und Hügelland, eine sehr positive Einkommensentwicklung haben, daß aber die Einkommensentwicklung im Hochalpengebiet stagniert.

Ich glaube, daß uns diese Erkenntnis dazu zwingt, daß wir auch stärker in der Preisbildung differenzieren. Der Anfang wurde gemacht mit der degressiven Zuteilung beim Milchkontingent. Es war dies ein großer Erfolg der Politik unseres Bundesministers Haiden und der sozialistischen Bauern, und wir sollten diese Politik auch bei der Preisbildung für Milch und Getreide fortsetzen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich darf hier, meine Damen und Herren, unseren Bundesminister Haiden zitieren, der bei der 5. Agrartagung der Studiengesellschaft für Bauernfragen dazu Stellung genommen hat. Ich zitiere: „Der Preis für die Ware, die exportiert wird, darf sich allerdings nicht von Jahr zu Jahr weiter vom Weltmarktpreis entfernen. Im Gegenteil, er sollte sich am Weltmarktpreis orientieren. Ein Preisplitting könnte die Alternative sein, bei dem der Preis für den Exportanteil an der Produktion spürbar dem Weltmarktpreis nähergerückt wird.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Es muß auch für jeden, selbst für jene Gruppen innerhalb der Landwirtschaft, die den gutsituierter Betrieb vertreten, verständlich sein, daß man eine differenzierte Preispolitik machen muß für Betriebe, die nur 30 000 kg Milchkontingent haben und liefern können, und für Betriebe mit 300 000 kg Milchkontingent. Das ist doch in allen anderen Bereichen auch der Fall. Ich weiß, daß wir mit der Verwirklichung auch eine sozialpolitische Agrarpolitik zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren! Es wäre ein wichtiger Beitrag zur Einkommensverbesserung, wenn auch die Agrarindustrie, vor allem der für uns Bauern so wichtige und große Bereich des Raiffeisenverbandes, Positives beitragen würde. Wenn wir unvoreingenommen und sachlich die Agrargenossenschaften betrachten, so müssen wir zwangsläufig zur Überzeugung kommen, daß heute in wirklich vielen Bereichen der Förderungsauftrag von Raiffeisen nicht mehr erfüllt wird.

Schober

Ich stehe nicht an, meine Damen und Herren, zu erklären, daß ich sowohl als Agrarpolitiker als auch als Kärntner Bauer eine sehr positive Einstellung zu den Genossenschaften habe, daß ich ein überzeugter Genossenschafter bin, allerdings unter der Voraussetzung, daß im Sinne Friedrich Wilhelm Raiffeisens gearbeitet wird, der die ersten Genossenschaften vor etwas mehr als hundert Jahren mit der Zielsetzung gegründet hat, im damals mit voller Wucht einsetzenden kapitalistischen Zeitalter den Bauern einen wirksamen Schutz vor der Ausbeutung durch das Kapital zu bieten.

Heute haben wir beim Agrarschilling als bürgerlicher Berufsstand nur mehr einen Anteil von 30 Groschen. Besonders im argen liegt es im Molkereibereich, der von Raiffeisen dominiert wird. Daß sich das auch bei der Preisgestaltung für die Milch auswirken muß, ist verständlich. Die letzte Preiserhöhung war für uns Bauern mehr als unbefriedigend. Der Konsument wurde mit 70 Groschen zur Kassa gebeten, die Produzenten haben davon nur mehr 17 Groschen erhalten.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich hier einen interessanten Vergleich anstellen, weil ich glaube, daß in diesem Bereich der Bauer praktisch bereits zum Rohstofflieferanten degradiert worden ist.

Ein österreichischer Bauer muß der Molkerei 17,7 kg Milch verkaufen, um ein Kilogramm Butter im Geschäft wieder zurückkaufen zu können. In der Schweiz sind es 15,5 kg und in den USA nur 10,7 kg. Die Argumentation der Molkereien, daß die Butter durch einen höheren Milchpreis gestützt wird, geht durch diesen Vergleich gänzlich ins Leere und ist nichts anderes als eine bewußte Ausrede.

Meine Damen und Herren! Ich glaube deshalb, daß es zu einer Systemänderung in diesem Bereich kommen sollte (*Beifall bei der SPÖ*), und zwar in der Form, daß es zu einer Aufhebung des Monopols der Molkereien, vor allem im Exportbereich, kommen müßte, daß die Molkereien mehr kaufmännische Verantwortung tragen müßten.

Derzeit ist es so: Verluste werden den Molkereien ersetzt, Gewinne werden abgeschöpft. Es ist also kein Anreiz vorhanden, besonders gut zu wirtschaften.

Schließlich glaube ich, daß es notwendig wäre, die Molkereien in die Exportfinanzierung einzubeziehen, daß nicht nur der Bund und der Bauer dafür Mittel zur Verfügung

stellen, sondern auch jene, die unmittelbar davon profitieren und wo man auch das Verursacherprinzip anwenden kann, weil die Molkereien auch heute noch praktisch eine Werbung betreiben für eine möglichst hohe Milchanlieferung, obwohl sie wissen, daß wir ein Kontingentsystem haben.

Zu dieser Systemänderung gehört meines Erachtens aber auch eine Personaleinflechtung. Ich möchte hier nicht persönlich werden, ich muß aber ein Beispiel zitieren, wo wir in der sozialistischen Bauernorganisation glauben, daß ein unvereinbarer Interessenkonflikt vorhanden ist, wenn nämlich der Abgeordnete Generaldirektor Dr. Zittmayr von der Schärdinger Molkerei gleichzeitig als einer der bürgerlichen Vertreter im Milchwirtschaftsfonds sitzt.

Überlegen Sie sich, meine Damen und Herren, daß das ja unvereinbar sein muß. Denn wenn sich ein Bauer mit einer Beschwerde an die vorgesetzte Dienstbehörde einer Molkerei wendet, in diesem Fall an den Milchwirtschaftsfonds, so sitzt als sein Vertreter jener Generaldirektor im Milchwirtschaftsfonds, der die bürgerlichen Interessen vertreten soll. Das ist doch unmöglich, wir machen uns damit unglaublich. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir, wenn wir unglaublich werden, auch unsere Vorstellungen einer realen und möglichen Agrarpolitik bei den anderen Berufsständen nicht durchbringen können. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich würde an Sie appellieren, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß Sie solche Überlegungen, die ich wirklich nur in sachlicher Form, weil ich Sorge habe, vortrage, auch entsprechend berücksichtigen.

Noch etwas: Wenn man Funktionären des Bauernbundes zuhört — heute haben wir das beim Abgeordneten Derfler als dem Präsidenten des Bauernbundes getan —, so wird immer wieder gejammert, wie schlecht es eigentlich den Bauern geht. Ich komme aus dem Wundern nicht heraus, wenn ich Zeitungen lese, den Wirtschaftsteil aufschlage und wenn ich dann dort zur Kenntnis nehmen muß, wie positiv die Bilanzen der Genossenschaften sind.

Immer größere, immer mehr Gewinne werden ausgeworfen, aber auf der anderen Seite stellt man die Situation der Landwirtschaft so dar, als ob es ihr immer schlechter gehen würde. Das ist ein Widerspruch, den Sie nicht erklären können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

1566

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Schober

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich zu einem besonderen Problem kommen, das ich heute in aller Kürze behandeln möchte, nämlich zum Problem der Schüttgebühr und damit zu einem ungesetzlichen und ungerechtfertigten Abzug vom gesetzlich garantierten Milchpreis, der bei österreichischen Bauern vorgenommen wird.

Es existiert ein Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes, das lautet, daß die Mitglieder einer Molkereigenossenschaft nicht schlechter gestellt sein dürfen als die Nichtmitglieder. Es ist selbstverständlich, daß es eine solche Rechtsfindung gibt, weil das Mitglied ja auch Kapital einbringt und weil es haften muß.

Nun hat man dieses Erkenntnis so ausgelegt, daß man vom gesetzlich garantierten Milchpreis dem Bauern einen Abzug vorgenommen hat, obwohl man eine andere Möglichkeit gehabt hätte, diese Ungleichheit zu beseitigen, nämlich einen Zuschlag zu geben.

Es ist nun geradezu grotesk, in welcher Weise sich Molkereien wehren, einen gesetzlichen Zustand wieder herzustellen, weil es ungesetzlich ist und weil sie im Unrecht sind, wenn eine solche Schüttgebühr abgezogen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe in meinen Händen einen Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, datiert vom September dieses Jahres. Betroffen ist ein Bauer aus Kärnten. Ich brauche seinen Namen nicht zu nennen, aber ich zitiere aus diesem Bescheid.

„In § 1 der Verordnung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vom ... Zahl ..., kundgemacht im Amtsblatt der »Wiener Zeitung«, ist der Erzeugermilchpreis, das heißt der Abgabepreis vom Erzeuger an den zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetrieb, geregelt.“

§ 1 Abs. 9 sieht bestimmte Abzüge wegen Qualitätsmängel vor. Der Abzug einer sogenannten Schüttgebühr, das ist ein zusätzlicher Abzug vom Erzeugerpreis durch genossenschaftlich organisierte Molkereien bei der Auszahlung an Nichtmitglieder, hat daher keine gesetzliche Grundlage. Diese Vorgangsweise der Molkerei kann von Ihnen im Wege der Klage vor den ordentlichen Gerichten bekämpft werden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Überlegen Sie sich die Ungeheuerlichkeit dieser Aussage. Da muß der zuständige Bundes-

minister einem Bauern, der sich auf die rechtsstaatlichen Verhältnisse in Österreich verläßt, den Rat geben, sein Recht gegenüber den Molkereien bei den ordentlichen Gerichten zu suchen! Gibt es etwas Beschämenderes für landwirtschaftliche Genossenschaften als eine solche Tatsache? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wenn Sie, so wie Sie es heute hier getan haben, Herr Abgeordneter Derfler, vorgeben, sich für die Bauern so einzusetzen: Hier haben Sie ein reiches Betätigungsfeld, den Bauern zu ihrem Recht zu verhelfen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Noch zu einem ernsten Thema, das auch Sie, Herr Abgeordneter Derfler, heute hier angesprochen haben. Ich halte es für keinen sinnvollen Weg der Einkommensverbesserung bei den Bauern, wenn der Bauernbund die Geschäfte der Rinderexporteure besorgt. Ich komme damit auf jene Bauerndemonstration von 150 Bauern vor dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am Stabenring vor einigen Tagen zu sprechen, wo Sie gegen eine sogenannte Kürzung der Exportförderung durch Bundesminister Haiden demonstriert haben.

Was ist in Wirklichkeit geschehen? Beim Export wird in amerikanischen Dollars fakturiert, und auf der Grundlage der Kurssteigerung, die eingetreten ist, können die Exporteure jetzt um 1,50 S pro Kilogramm mehr erlösen.

Bundesminister Haiden hat die Stützung nur um 50 Groschen auf 12 S zurückgenommen. Das heißt, daß auf Grund dieser eingetretenen Kursverbesserung des amerikanischen Dollars die Rinderexporteure bei einem 600 kg schweren Rind 900 S mehr verdienen. Und dafür hetzen Sie die Bauern auf die Straße und besorgen die Geschäfte der Exporteure! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Etwas anderes, was Sie auch angezogen haben, können wir auch nicht: neue Forderungen in Milliardenhöhe zu befriedigen und auf der anderen Seite von Steuersenkungen zu sprechen oder diese zu fördern. Das können wir nicht, das kann, glaube ich, nur eine Partei tun, die weiß, daß sie noch sehr lange die Oppositionsbank drücken wird und in diesem Staat keine Verantwortung zu tragen braucht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grüner Bericht 1982. Zum einen: Ich glaube,

Schober

daß er vor allem eine gewissenhafte und fortgeschrittliche Agrarpolitik dokumentiert, die wirklich alle Möglichkeiten im Interesse der österreichischen Bauern ausgeschöpft hat. Zum anderen dokumentiert er den Fleiß und das Können eines Berufsstandes, auf den wir alle stolz sein können. Mein Dank gilt damit vor allem den Bäuerinnen und Bauern Österreichs für ihre harte und schwere Arbeit. Mein Dank gilt aber auch dem verantwortlichen Ressortminister Günter Haiden, der mit Umsicht und Nachdruck ein guter Anwalt der österreichischen Bauernschaft ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Dieser Grüne Bericht beweist, daß die Landwirtschaft in Österreich Zukunft hat. Wir werden ihm deshalb seitens meiner Fraktion gerne die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Dr. Zittmayr:* Schober weiß offensichtlich noch immer nicht, daß der Milchwirtschaftsfonds ein Kollegialorgan ist! Nicht daß ein einzelner entscheiden kann, was dort geschieht! Das weiß er offensichtlich nicht! Er soll sich einmal das anschauen!) 12.11

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

12.11

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich für die heutige Diskussion vorbereitet in der Hoffnung, auch von meinem Vorredner zu hören, was er zur Entwicklung der Landwirtschaft im Jahre 1982 sagt, und ich habe auch gehofft, daß er darauf eingeht, was jene Damen und Herren, die diesen Bericht erstellt haben, im Zusammenhang mit diesem Bericht an Empfehlungen an die Gesetzgebung, an das Landwirtschaftsministerium weitergeben. Ich habe auch gehofft, man werde heute in der nicht sehr einfachen Situation der Landwirtschaft darauf hinweisen, daß man beabsichtigt, verschiedene Dinge zu verändern, zu verbessern, abzustellen, damit es in weiterer Folge wiederum aufwärtsgeht.

Wir wollen den Grünen Bericht nicht mit Zahlenspielen verwässern, wie das mein Vorredner getan hat. Ich möchte nur grundsätzlich darauf hinweisen — ich sage das ganz offen —, wie dieses Zahlenspiel ausschaut. Auch der Herr Staatssekretär Murer hat ja hier einen anderen Weg beschritten, als er vor einem Jahr hier vom Rednerpult aus noch gemeint hat, daß man den Bauern das geben

sollte, was sie brauchen, um überleben zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber heute ist es nun einmal so, daß man anders denkt.

Ich möchte einleitend nur sagen, Herr Staatssekretär Murer: Bauerneinkommen im Aufwind. Er hatte ja die ehrenvolle Aufgabe, den Grünen Bericht 1982 vorzustellen, und hat sicher einige positive Dinge aufgezeigt. Und wenn man diesen Bericht durchgelesen hat, konnte man feststellen: Na ja, ganz kann er dem nicht folgen: Bauerneinkommen im Aufwind, weil er auf der einen Seite das Belastungspaket der Regierung kennt und letzten Endes auch weiß, daß in sechs Produktionsgebieten im Jahre 1982 die Einnahmen zurückgegangen sind. — Bitte, das ist der Grüne Bericht, wenn wir ehrlich sein wollen. — Es hat nur zwei Gebiete in Österreich gegeben, die etwas besser weggekommen sind.

Ich möchte auch dem Herrn Abgeordneten Schober sagen, daß es mich schon wundert, wenn er unserem Bauernbundpräsidenten Abgeordneten Derfler das Wort im Mund so Umdreht und die Behauptung aufstellt, er hätte hier gemeint, die Bauern hätten nichts geleistet, die Behauptung aufstellt, man habe sie von Seiten des Bauernbundes desavouiert. Derfler hat — ausdrücklich im Protokoll nachzulesen — erklärt: Trotz der Schwierigkeiten, trotz des Unverständnisses in dem einen oder in dem anderen Bereich haben die Bauern es zustande gebracht, daß es einen Versorgungsgrad von 95 Prozent gibt. — Das hat der Herr Präsident Derfler an diesem Rednerpult erwähnt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und Sie behaupten gerade das Gegenteil. (*Ruf bei der ÖVP: Typisch Schober ist das!*) Ich glaube, daß es nicht sinnvoll ist, immer wieder — das erleben wir in den letzten Jahren immer wieder — einem etwas in den Mund zu legen, was nicht stimmt, und ich glaube, es dient nicht der Sache. Bitte, es dient nicht der Sache.

Ich sage auch ganz offen, daß wir auf unsere Bäuerinnen und Bauern und Mitarbeiter sehr stolz sein können, daß sie unter diesen Verhältnissen diese Leistungen erbringen, und wir wollen ihnen dafür danken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte auch alle Förderungsbeamten im Ministerium, in den Ländern, in den Kammern mit einschließen, denn alle tragen die Verantwortung für das Geschehen im ländlichen Raum. Ich möchte Sie nur ganz kurz daran erinnern, wie es im Landwirtschaftsgesetz heißt: Zweck des Landwirtschaftsgeset-

1568

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Deutschmann

zes ist es, einen wirtschaftlich gesunden, leistungsfähigen Bauernstand in einem funktionsfähigen landwirtschaftlichen Gebiet zu erhalten.

Ich möchte betonen: in einem funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten. Ja sehen wir denn nicht die Wolken am Horizont, die so vieles in Frage stellen? Ich weiß, daß das nicht direkt zum Grünen Bericht gehört: der saure Regen, die Umweltprobleme. Unsere Werkstatt ist unter freiem Himmel, und wir sind eben daran interessiert, daß dieser ländliche Raum funktionsfähig bleibt und dort auch die Probleme des ländlichen Raumes in allen Bereichen verstanden werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist ein Wunsch, den wir heute auch einbringen wollen und einbringen müssen, weil doch eines Tages gesagt werden könnte: Man hat nur geredet, und deshalb warten wir auf die wirksamen Maßnahmen, von denen man redet, wir warten darauf, damit dieser ländliche Raum intakt bleibt.

Kollege Schober! Ich habe eigentlich vom Grünen Bericht nichts gehört, sondern Ihre Rede war ein Ausflug in das Genossenschaftswesen (*Zwischenrufe des Abg. Schober und bei der ÖVP.*), zur Schüttgebühr im Zusammenhang mit Zittmayr und so weiter im Fonds. Zittmayr hat vorhin ja schon ganz kurz darauf hingewiesen, daß es eine Kollegialbehörde ist, die sich nach dem Gesetz zusammensetzt.

Ich möchte ganz offen (*Abg. Schober: ... aber vom Bauern!*), Herr Kollege Schober, die Frage stellen: Sie haben als SPÖ auf Grund sozialpartnerschaftlicher Übereinkommen und auf Grund der Gesetze die Möglichkeit, in die Fonds, in den Milchwirtschaftsfonds, den Getreidewirtschaftsfonds und auch in die Viehkommission, Bauern zu entsenden. Wieviel Bauern hat die SPÖ in diese Fonds entsendet? (*Ruf bei der ÖVP: Eben!*) Bitte, sagen Sie es mir! (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Schober.*) Bitte, Kollege Schober, nennen Sie mir einen Bauern, einen Bauern, der aus Ihren Reihen in diesen Fonds tätig ist! (*Ruf bei der ÖVP: Sie haben ja keine!*) Wenn Sie mir einen Namen nennen, wäre ich Ihnen sehr dankbar und würde Ihre Aussage in diesem Zusammenhang anerkennen. Aber so muß ich sie zurückweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn das ist etwas, was Sie leider Gottes immer wieder in die Öffentlichkeit zu bringen versuchen. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist eine alte Walze!*)

Herr Bundesminister, ein Wort an Sie im Zusammenhang mit dem Genossenschaftswes-

sen. Ich will es mir ersparen, Ihre Stellungnahme in der letzten Sitzung im Zusammenhang mit dem Budget zu wiederholen, die Sie zum Genossenschaftswesen abgegeben haben. Sie ist genau konträr. Sie haben gesagt, wir brauchen das Genossenschaftswesen. (*Ruf bei der SPÖ: Wir brauchen es auch!*) Sie unterstützen das Genossenschaftswesen. Ich glaube, wir unterstützen alle das Genossenschaftswesen. Aber daß man dann, wenn einem in dem einen oder in dem anderen Bereich etwas nicht gefällt, das gesamte Genossenschaftswesen hier in Frage stellt, das lehnen wir ab. Bitte, das müssen Sie auch verstehen. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Rempelbauer.*)

Außerdem sind die Genossenschaften Mitgliedsgenossenschaften, und dort haben die Mitglieder das Recht, die Entscheidungen so zu treffen, wie sie glauben, daß sie richtig sind. Das möchte ich Ihnen auch sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist in Ihrem Bereich genauso, bei den Konsumgenossenschaften und bei anderen Genossenschaften. Und ich sage ganz offen: Auch hier haben die Mitglieder das Recht, die notwendigen Entscheidungen selbst zu treffen. Ich möchte aber noch etwas sagen in diesem Zusammenhang. (*Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*) Der Herr Abgeordnete Schober hat in seiner Rede darauf bereits hingewiesen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Kehrt vor eurer eigenen Tür! – Abg. Ing. Hobl: Da ist es sehr sauber!*) Herr Bundesminister, wissen Sie, daß der Herr Abgeordnete Schober uns schon eine Vorgabe gibt, die sehr schwierig sein wird? – Er spricht von einer differenzierten Preisgestaltung. Wissen Sie, was das heißt, Herr Bundesminister: differenzierte Preisgestaltung? – Das sind doch Dinge, die das gesamte System in Österreich über den Haufen werfen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Auch Sie, Herr Bundesminister, haben immer die Meinung vertreten, daß jeder Bauer das gleiche Recht hat, für die gleich gute Ware den gleichen Preis zu bekommen. (*Zwischenruf des Abg. Schober.*) Das ist Ihre Meinung. Ich glaube, das wird auch in Zukunft notwendig sein, und zu dem bekennen wir uns.

Herr Minister! Es geht einfach nicht so, daß man heute hier der Auffassung ist: Na ja, ich stelle mir das so vor, der andere stellt sich das anders vor und der dritte will auch etwas ganz anderes, und dann kommt etwas zustande, was wir alle zusammen nicht wollen. Davor müssen wir uns hüten! Das ist eine Situation, die wir nicht zur Kenntnis nehmen und auch nicht zur Kenntnis nehmen können.

Deutschmann

Das Landwirtschaftsgesetz sagt aber noch etwas: daß neben dem intakten ländlichen Raum auch die beschäftigten Personen in der Landwirtschaft die Teilnahme am Fortschritt in der Entwicklung der Volkswirtschaft haben müssen. Und jetzt stellt sich die Frage: War das in der Vergangenheit gegeben?

Herr Bundesminister! Sie haben immer wieder die Auffassung vertreten, man solle nicht die erzielten Erfolge von Jahr zu Jahr zu stark bewerten – einmal ist es besser, einmal ist es schlechter, einmal haben wir eine gute Ernte, dann wieder eine schlechte, einmal gibt es zuviel Regen, dann wieder zuwenig Regen und so weiter –, sondern man müßte einen längeren Zeitraum als Grundlage für die Betrachtung der Situation heranziehen. Ich bin Ihrem Wunsch nachgekommen, ich habe das gemacht und bin leider zu dem Ergebnis gekommen, daß sich hier einiges getan hat, was auch Ihnen nicht gefällt – Sie kennen ja die Werte, die Zahlen der letzten zwei Jahrzehnte, die uns allen vorgelegt werden –: Gerade die sechziger Jahre sind für die Landwirtschaft weit besser ausgegangen als die siebziger und die achtziger Jahre. Ich habe mir wirklich sehr viel Arbeit gemacht, denn ich habe mir das alles herausgeschrieben.

So betrug der Einkommensabstand zwischen den Bauern und den Industriearbeitern im Jahre 1960 pro Monat 1 063 S. Im Jahre 1970 betrug der Abstand bereits 2 574 S. Und wenn wir jetzt das Jahr 1982 als Grundlage dieser Betrachtung nehmen, so ergibt sich ein Abstand von bereits 8 223 S. Genau das hat Präsident Derfler aufgezeigt: daß wir eigentlich am Fortschritt nicht teilhaben konnten und daß es unsere Aufgabe ist, diesen Fortschritt auch für die Landwirtschaft zu nützen, und zur Erreichung dieses Ziels alles unternommen werden muß. Das zeigt sich in weiterer Folge bei unseren Nebenerwerbsbetrieben. Herr Abgeordneter Schober! Sie haben gesagt, uns waren die Nebenerwerbsbetriebe immer ein Dorn im Auge. Bitte, es kann sein, ich will das gar nicht abstreiten, daß der eine oder der andere hier einmal eine negative Aussage darüber gemacht hat, wo kommt das nicht vor. Aber im Grunde genommen wissen wir alle sehr wohl, daß die Nebenerwerbsbetriebe ein Teil der Landwirtschaft sind, daß wir Partner sind im ländlichen Raum und daß man den einen gegen den anderen nicht ausspielen soll. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Schober.*)

Aber was entwickelt sich? Herr Abgeordneter Schober, ich möchte Ihnen auch dazu noch

etwas sagen – ich wollte dieses Thema ja nicht anschneiden –: Wissen Sie, wer in erster Linie dafür maßgebend war, daß die Nebenerwerbsbetriebe nicht an allen Förderungsmaßnahmen teilhaben konnten? – Ihre Regierung! Na selbstverständlich – durch den fiktiven Einheitswert. (*Zwischenruf des Abg. Schober. – Abg. Rempelbauer: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen! – Abg. Dr. Zittmayr: Das stimmt nicht! Früher hat es das nicht gegeben!*) Na selbstverständlich. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das stimmt doch, Sie können das nicht abstreiten. Herr Abgeordneter Schober, ich untersuche jetzt nicht, ob das richtig oder falsch war, weil ich hier keine Stellungnahme darüber abgebe. Aber wenn man uns unterstellt, daß wir diejenigen seien, die für die Nebenerwerbsbauern nichts übrig hätten, so stimmt das nicht, und ich weise das dezidiert zurück. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 1960 waren 37 Prozent der Betriebe im Nebenerwerb, im Jahre 1970 waren es 39 Prozent, und im Jahre 1982 waren bereits 54 Prozent im Nebenerwerb. Im Hinblick auf diese Zahlen können Sie nicht behaupten, daß die Agrarpolitik der letzten zehn Jahre sehr gut war. Warum sind die Bauern in den Nebenerwerb gegangen? Jeder reißt sich um eine zweite Arbeit, damit er einmal das Auskommen hat. Das muß auch einmal in aller Offenheit ausgesprochen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich bin der Auffassung, hier müßte man ehrlich und offen die Situation darstellen. Es steht ja im Grünen Bericht, im Grünen Bericht ist es vermerkt.

Ich möchte noch auf etwas ganz kurz eingehen, was mir auch große Sorgen bereitet. Herr Bundesminister, wir werden in der nächsten Zeit Ihre Hilfe benötigen bei der Bewältigung der Problematik der Hofübergabe. Hier ergeben sich große Schwierigkeiten für unsere Jungbauern. Auch im Grünen Bericht zeigt sich eine Situation aus der Alterspyramide, die sich sehr ungünstig auswirkt. Nur mehr 17 Prozent der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen sind junge Menschen bis zum 34. Lebensjahr. Nur mehr 17 Prozent! Alle anderen sind älter, und ich glaube, das ist eine Sorge, die nicht nur mich, sondern alle angeht.

Diese Sorge ist insbesondere für die bergbäuerlichen Gebiete berechtigt, vor allem was das Einkommen betrifft. Ich möchte ganz offen sagen, daß die Einkommensentwicklung im bergbäuerlichen Gebiet sehr ungünstig ist.

1570

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Deutschmann

Herr Bundesminister, ich möchte gerade in diesem Zusammenhang vermerken, daß wir schon in den Jahren 1981 und 1982, oft sogar unter Protest der Regierungspartei und anderer Sozialgruppen immer wieder darauf hingewiesen haben, daß uns die Importsituation beim Holz größte Schwierigkeiten bringen wird. Und selbst im Grünen Bericht steht doch, daß der Endrohertrag beim Holz im Jahre 1981 schon minus 6,9 Prozent betrug und im Jahre 1982 minus 19,1 Prozent. Heute glauben Sie uns, daß wir richtig urgert haben, als wir meinten, es müßten alle Stellen zusammenarbeiten, es müßte jeder sein Bestes tun, damit wir aus dieser schwierigen Situation herauskommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachträglich durch einen Bericht aufzuzeigen, was die Ursache dieser schlechten Entwicklung war, bitte, das versteht ein Bauer nicht, und das können auch wir nicht zur Kenntnis nehmen. Ich sage Ihnen das ganz offen. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß das Jahr 1982 für die Landwirtschaft nicht gerade das beste war. Ich habe es schon gesagt: In sechs Bereichen sind leider Gottes schwere Einbrüche erfolgt und Minuszahlen verzeichnet worden.

Die Produktionsgebiete können sich nicht ändern, die Bauern, die Bäuerinnen und die Mitarbeiter tun ihr Bestes. Deshalb bin ich der Auffassung, Hohes Haus, daß es notwendig und an der Zeit ist, daß die Bundesregierung die Zielvorstellungen des Landwirtschaftsgesetzes mehr denn je beachtet und daß man die Bauern als gleichberechtigte Partner in der Gesellschaft anerkennt. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.31}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hintermayer. Ich erteile es ihm.

^{12.31}

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da Herr Präsident Deutschmann schon unseren Staatssekretär Murer etwas angegriffen hat (*Abg. Graf: Der traut sich etwas, der Deutschmann, das ist wirklich allerhand!*), möchte ich schon eingangs feststellen, daß das Landwirtschaftsgesetz 1960 beschlossen wurde, unter Ihrer Mitwirkung, und daß Sie bis 1970 die Möglichkeit gehabt hätten, dieses Gesetz so zu verändern, daß es für die Landwirtschaft besser zum Tragen gekommen wäre.

Wenn ich nur daran denke, daß von 1966 bis 1970 während der ÖVP-Alleinregierung zum Beispiel der Weizen verbilligt, das erste Mal die Milchstützung gekürzt und für die Weinbauern die 10prozentige Alkoholsondersteuer eingeführt wurde, so muß ich sagen, daß man damals das Verständnis für die Landwirtschaft vermißt hat.

Und wenn Sie dann zitieren und den einzelnen Rednern vorwerfen, was sie hier sagen, dann kann ich Ihnen auch mit einigen Zitaten aushelfen. Es gibt in Ihren Reihen auch heute noch Politiker ... (*Abg. Dr. Zittmayr: Das Marktordnungsgesetz war auch schon 1966 bis 1970 ein Verfassungsgesetz, damit Sie es wissen! Entweder Sie wissen es, oder Sie wissen es nicht!*) Ich weiß es, Herr Generaldirektor. Natürlich weiß ich es. Aber Sie machen alles schlecht, was jetzt geschieht und was unsere Leute sagen. Wenn wir etwas sagen, dann ist es unrichtig und demagogisch.

Es gibt in Ihren Reihen Leute, die 1962 gesagt haben, sie würden zum Beispiel gegen das Unrecht der Getränkesteuer kämpfen. Als 1968 die 10prozentige Alkoholsondersteuer eingeführt wurde, als draußen die Weinbauern demonstriert haben, haben dieselben Politiker gesagt, sie lassen sich von tagespolitischen Ereignissen nicht unter Druck setzen.

Ein anderer Abgeordneter Ihrer Fraktion sagte 1966: Wir werden eine gute Konsumentenpolitik machen, damit werden wir die Wahl 1970 gewinnen. Das war auch ein Bauernabgeordneter aus Ihren Reihen.

Erst 1971 ist es der Freiheitlichen Partei gelungen, im Zusammenwirken mit der Sozialistischen Partei eine echte Erleichterung für die Weinbauern zu bringen, als die Weinsteuer abgeschafft wurde. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Wenn Sie, Herr Präsident Deutschmann, den Herrn Abgeordneten Schober hier kräftig angreifen, weil er sich erlaubt hat, über die Genossenschaften etwas zu sagen, dann mische ich mich in die Kärntner Probleme nicht ein. Aber daß uns die Sache der Oberkärntner Molkerei mit Unbehagen erfüllt, das, glaube ich, müßten Sie selbst verstehen, insbesondere dann, wenn man mit den betroffenen Bauern spricht und mit ihnen zusammenkommt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Aber gerade aus niederösterreichischer Sicht erlaube ich mir doch auch einige Worte über die Genossenschaften zu sagen. Es wird ja immer behauptet, der Hintermayer ver-

Hintermayer

sucht, sich über den Genossenschaftssektor zu profilieren. Es liegt mir ganz fern, aber ich muß Ihnen ehrlich gestehen, daß mich ein Unbehagen erfüllt, wenn ich sehe, daß hier ein Monopol entsteht und die Mitglieder nicht mehr so zu entscheiden haben, wie sie ursprünglich entscheiden konnten.

Eine weitere Entwicklung, die mich mit Sorge erfüllt: daß der Mittelstand in Niederösterreich durch diese Monopolentwicklung stärkstens geschädigt und weit zurückgedrängt wird. Ich kann Ihnen einige Beispiele... (*Ruf bei der ÖVP: Was ist mit dem Konsum?*) Vergleichen Sie den Umsatz des Konsums mit jenem der Genossenschaften! Ich glaube, die Zahlen würden da deutlich sprechen.

Aber auch die Vorkommnisse muß man überdenken, und da möchte ich den Kollegen der Österreichischen Volkspartei nur die Ereignisse bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Waidhofen an der Thaya in Erinnerung rufen. Letztlich mußte dort der Filialleiter oder der Direktor sogar ins Gefängnis.

In den vergangenen Tagen waren Angestellte von einem Lagerhaus bei mir, die mich gefragt haben, ob es richtig ist, daß sie entlassen werden können, wenn sie nicht alles bei ihren Genossenschaften kaufen. Ich habe mich dann bei einem Vertreter der Arbeiterkammer erkundigt, und der hat mir gesagt, daß das ein schwerer Verstoß arbeitsrechtlicher Natur wäre.

Vor einigen Tagen stand erst in der „Kronen-Zeitung“ ein Artikel, in dem zu lesen war, daß ein Bauer bei der Maislieferung in einem Lagerhaus um 1,5 Prozent mehr Abzüge hinnehmen mußte, als gesetzlich zugelassen wurde. Man hat ihm dann über stärkstes Bemühen diesen Preis wieder zurückgezahlt, aber nur ihm als einzigm, allen anderen noch nicht, wie ich höre. (*Abg. Hietl: Der Mann hat sich entschuldigt! Er hat den Artikel an die „Kronen-Zeitung“ nicht gegeben!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere den Bericht der „Kronen-Zeitung“, mehr kann ich nicht dazu sagen. Es ist zufällig eine Genossenschaft, in der ich selbst Mitglied bin. Ich kenne diesen Mann, und ich glaube, er ist so seriös und so ernst zu nehmen, daß er keine Unwahrheiten sagen wird. Hoffentlich passiert ihm nicht das gleiche wie den Genossenschaftern in Waidhofen, die dann ausgeschlossen wurden, weil sie verschiedenes aufgezeigt haben.

Damit komme ich aber zum Grünen Bericht, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Ruf bei der ÖVP: Endlich!*), zum 24. Grünen Bericht für das Jahr 1982, also für einen Zeitraum, für den die Freiheitliche Partei keine politische Verantwortung auf Bundesebene getragen hat. Aber dies soll nicht heißen, daß wir Freiheitlichen uns von diesem Bericht absentieren wollen. Wir werden ihm zustimmen.

Wie schon im Ausschuß zum Ausdruck gebracht, möchte ich vor allem den Beamten des Ministeriums und den Angestellten der Land- und Forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft für die Mitarbeit an diesem Bericht und für die Redaktion dieses sehr wertvollen Berichtes herzlichst danken. Denn er ist sicherlich eine gute Unterlage, was die Situation in der und um die Landwirtschaft betrifft.

Ich danke aber auch den 2 200 bürgerlichen Betrieben und den 400 Nebenerwerbsbauern, die sich bereit erklärt haben, an der Erarbeitung dieser Unterlagen mitzuwirken.

Ich möchte es aber auch nicht versäumen, vor allem den 603 000 Menschen in Österreich zu danken, die heute noch in der Landwirtschaft tätig sind und der Volksirtschaft sicherlich einen großen Dienst erweisen. Denn eines ist auch ganz klar: daß Selbstversorgung ein sicheres Gefühl vermittelt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Wir dürfen nicht übersehen, daß 1981 und 1982 die Weltwirtschaft und auch die österreichische Wirtschaft durch eine anhaltende ökonomische Stagnation charakterisiert waren.

Das reale Wirtschaftswachstum Österreichs betrug nur 1,1 Prozent, die Arbeitslosenrate erhöhte sich gegenüber 1981 von 2,4 auf 3,7 Prozent. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts war zum großen Teil auf eine Rekordernte der Landwirtschaft zurückzuführen. Ohne Landwirtschaft wäre es nur zu einem realen Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent gekommen. Das muß man klar und deutlich feststellen.

Die Einkommensbildung der Landwirtschaft ist im Endeffekt von zahlreichen Faktoren abhängig. So stieg interessanterweise die Endproduktion der Landwirtschaft um rund 4 Milliarden Schilling von 53 auf 57 Milliarden an, was überwiegend auf die günstige Ernte, weniger auf die Tierproduktion zurückzuführen war. Im gleichen Jahr ging jedoch die Endproduktion der Forstwirtschaft um fast

Hintermayer

3 Milliarden Schilling durch geringeren Einschlag zurück, sodaß in Summe die Endproduktion aus Land- und Forstwirtschaft um rund 2 Prozent auf 68,3 Milliarden Schilling anstieg.

Ein Wort zur Entwicklung des agrarischen Außenhandels, der in den letzten Jahren immer wieder im Mittelpunkt der Kritik gestanden ist.

Wenn man die diesbezüglichen Erfolge der kleinen Länder Dänemark oder Holland ansieht, die ein X-faches ihres Inlandsbedarfes erzeugen, so erkennt man erst die enorme Anstrengung, die diese Länder in dieser Richtung schon vor langer Zeit unternommen haben, sicherlich begünstigt durch die EG-Reglements.

Wenn man hingegen die Entwicklung des österreichischen Agrarhandels betrachtet, so muß man sagen, die Situation war eher betrüblich. Die sogenannte Deckungsquote schwankte um die 40 Prozent. Demgegenüber zeigte sich 1982 eine relativ günstige Entwicklung. Man kann daraus schließen, daß die Bemühungen um die Erschließung neuer Märkte nicht ganz erfolglos waren. 1982 standen agrarischen Einfuhren im Werte von 25 Milliarden Schilling – das sind plus 2,2 Prozent – Ausfuhren in der Höhe von 13 Milliarden Schilling gegenüber, das ist ein plus von 11,8 Prozent. Das heißt, daß die Dekkungsquote im Agrarhandel die 50-Prozent-Marke erreicht hat, ja sie betrug fast 52 Prozent.

Wir müssen dabei bedenken, daß wir in den Export Getreide, Rohprodukte, Vieh, Wein, also Produkte mit niedriger Verarbeitungsstufe, einbringen, Massenprodukte, während es sich beim Import um hochwertig verarbeitete Produkte handelt: Spezialbrot, Milchmixgetränke, Käse und so weiter. Hier möchte ich an das Gewerbe und an die Genossenschaften appellieren, in diese Sparte einzutreten und im Inland noch das erzeugen, was wir zurzeit aus dem Ausland einführen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse aus 1982 kann man geteilter Meinung sein, je nachdem, von welcher Seite man die Entwicklung betrachtet. Der Optimismus spricht von einer halbgefüllten Flasche, der Pessimist wird sagen, die Flasche ist halb leer.

Im Bundesmittel konnte nominell bei den Haupterwerbsbetrieben eine Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens je Familiенarbeitskraft von 7 Prozent registriert wer-

den. Es betrug damit 103 000 S oder rund 8 600 S monatlich. Dieser Wert ist sicherlich wie jeder Mittelwert bei differenzierter Betrachtung nicht allzu aussagekräftig.

Wir haben acht landwirtschaftliche Produktionsgebiete, davon war nur in zwei Gebieten ein Zuwachs zu verzeichnen, und zwar im nordöstlichen Flach- und Hügelland mit 56 Prozent und im Voralpengebiet mit 3 Prozent. In den übrigen sechs Gebieten war ein nomineller Rückgang festzustellen, was für die Betroffenen – das soll man nicht verschweigen – sicherlich sehr bedauerlich ist.

Der nominelle Durchschnittszuwachs von 7 Prozent entspricht einer realen Steigerung von 1,9 Prozent.

Der Grüne Bericht 1982 enthält lobenswerteweise erstmals auch mehrjährige Einkommensbeobachtungen, und zwar wurden Dreijahresmittel errechnet, weil die Betrachtung eines einzigen Jahres wegen der witterungsbedingten Ernteschwankungen nicht zielführend ist. Wir haben dies schon in der Oppositionszeit immer für richtig befunden. Im Dreijahresmittel konnte im Mittel aller Haupterwerbsbetriebe ein nomineller Zuwachs von 12 Prozent erreicht werden. Bei einer solchen mehrjährigen Betrachtung schnitten alle Produktionsgebiete positiv ab.

Die Aufnahme von mehrjährigen Betrachtungen in den Grünen Bericht 1982 ist der erste Schritt zu einer Versachlichung der agrarpolitischen Einkommensdiskussion. Das Herausgreifen von nur einem Jahr gibt ein verzerrtes Bild.

Zum Weinbau: Grundlage für die Einkommensberechnung der Weinbaubetriebe stellen 74 Weinbaubetriebe dar, die zu 40 Prozent im Weinviertel, zu 40 Prozent im Burgenland und zu 20 Prozent in der Wachau liegen. Die durchschnittliche Weingartenfläche der erhöhten Betriebe beträgt etwa 5,5 Hektar. Der Ertrag in diesen Betrieben betrug im Jahre 1982 95,7 Hektoliter Wein pro Hektar. Der österreichische Gesamtdurchschnitt 1981 war 42 Hektoliter, der österreichische Gesamtdurchschnitt 1982 88 Hektoliter. Insbesondere die Betriebe der Wachau und des Weinviertels konnten nach einer sehr schwachen Ernte 1981 im Jahre 1982 eine noch nie dagewesene Rekordernte einbringen.

Insgesamt war der Rohertrag um zwei Drittel höher als 1981. Diese Steigerung war zu rund 66 Prozent auf die größeren Vorratslager – das ist heute schon erwähnt worden – und

Hintermayer

zu 33 Prozent auf bessere Einnahmen zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Einkommenszahlen zu sehen:

Das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft stieg in der Wachau von 93 000 S im Jahre 1981 auf 193 000 S, was einer Steigerung um 106 Prozent entspricht.

Im Weinviertel nahm das Einkommen um 160 Prozent zu und stieg von 76 000 S auf 198 000 S im Berichtsjahr.

Im Burgenland stieg das Einkommen um 76 Prozent von 96 000 S auf 169 000 S.

Sicherlich sehen wir dem Bericht 1983 mit Bangen entgegen und fragen uns, wie die Zahlen in diesen drei Regionen ausschauen werden.

Das sind gewiß imposante Steigerungen, die man nicht leugnen kann, die jedoch vor allem auf die höheren Lagervorräte zurückzuführen sind.

Außerdem soll man nicht übersehen, daß das Einkommen im Weinbau jahraus, jahrein ständig wechselt, da er ein sehr sensibler Betriebszweig ist. Und die Lager sind weiterhin voll!

Deshalb möchte ich den Herrn Minister heute bitten, daß er die Novelle, die wir heuer im Sommer beschlossen haben, die uns den Export von Prädikatsweinen in der Flasche ermöglicht, ehestens zur Durchführung bringt, damit wir dieses Ventil öffnen können. Und bitte nicht zu engherzig zu sein, nicht nur die Beerenauslese zu begünstigen, sondern vielleicht auch die Auslese einzubeziehen.

Die Freiheitlichen haben in der Opposition sehr oft den Paritätsvergleich gefordert, das soll nicht geleugnet werden. Wir glauben auch jetzt in der Regierungsverantwortung, daß ein solcher Vergleich im Grünen Bericht verankert sein sollte.

Da ich nunmehr Mitglied der sogenannten §-7-Kommission bin, werde ich mich bemühen, diese Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

Natürlich gibt es unterschiedliche Auffassungen, was als Vergleichslohn herangezogen wird: Industriearbeiter, Industrieangestellter; der Vergleich von Brutto- und Nettolöhnen ist nicht geklärt; Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft: der Eigenverbrauch der Landwirte wird mit Erzeugerpreisen

bewertet, der Konsument kauft aber zu höheren Verbraucherpreisen.

Ich werde mich trotz dieser Wenn und Aber in der Kommission bemühen, dazu beizutragen, daß es zu einer vernünftigen Regelung kommen kann.

Ein sehr wesentliches Ziel wird es sein, auch weiterhin gegen die Einkommensdisparität zu Felde zu ziehen. Dies wird sicherlich ein langfristiges, aber sehr wichtiges Ziel sein, denn die Landwirtschaft ist von der Wirtschaftspolitik ja nicht wegzustreichen.

Wenn wir im Grünen Bericht dann noch lesen können, daß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft schneller zunimmt als in anderen Wirtschaftszweigen, so wird uns klar, daß das zu der großen Abwanderung geführt hat. Immer weniger Leute arbeiten in diesem Berufsstand, jedoch ist die Flächenproduktivität geringer, daher ist das Einkommen nicht mitgewachsen.

Mir fehlt vielleicht ein Hinweis auf Alternativen. Diesbezüglich möchte ich eines allen Verantwortlichen im Hause und darüber hinaus ans Herz legen. Unser Staatssekretär Ing. Murer ist beauftragt worden, das Biospritprojekt mit Volldampf einer Vollendung zuzuführen. Ich weiß, daß im Handelsministerium Zustimmung besteht, daß im Gesundheitsministerium Einvernehmen und Zustimmung bestehen, die Verhandlungen im Verkehrsministerium und im Finanzministerium sind bereits eingeleitet.

Aber ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, sofern Sie in den Sozialpartnergremien vertreten sind, daß Sie auch Ihres dazu beitragen, daß es zu einem akkordierten Abkommen kommt. Denn wir wissen, bei 5 Prozent Beimischung könnten wir schon 40 000 bis 50 000 Hektar Weizenfläche entziehen und diesen Produkten zuführen.

Meine besondere Bitte geht an die Bundeswirtschaftskammer, denn sie vertritt ja auch den Mineralölhandel und die ÖMV, und von dort kommen die ablehnendsten Töne. Ich bitte daher die Herren der Bundeswirtschaftskammer, auch die Landwirtschaft endlich einmal zu unterstützen. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Die ÖMV ist bekanntlich verstaatlicht!*)

Ja, die Bundeswirtschaftskammer vertritt vor allem den Mineralölhandel, und von dort gibt es auch die größten Schwierigkeiten. Ich habe schon einmal erlebt, daß bei einem Vor-

1574

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Hintermayer

schlag, gefärbtes Dieselöl für die Landwirtschaft, von den Mineralölhändlern der größte Widerstand gekommen ist und das dann letztlich abgeblasen werden mußte. Das habe ich in Erfahrung gebracht, Herr Abgeordneter.

Was ich noch erwähnen möchte und im Grünen Bericht verankert hätte, ist die Forschung. Es gibt im agrarischen Bereich sicherlich noch auszuschöpfende Ressourcen. Das wären vielleicht die Biowelle, die wir ausnutzen könnten, alternative Produkte, aber auch solche technischer Art. Mir sind die Ansätze für die Weinbauforschung zu gering, für die Obstbauforschung sind sie überhaupt kaum zu finden.

Ich muß Ihnen sagen, ich bin in letzter Zeit mit Problemen des Obstbaues konfrontiert worden, und ich habe große Besorgnis, daß wir hier von den Nachbarländern Ungarn, Italien und vielleicht auch Frankreich überflügelt werden.

Die Imkerei ist zwar ein sehr kleiner Betriebszweig, ich weiß aber, daß wir sehr viel Honig importieren müssen. Vielleicht wäre das der Zuerwerb für manchen Landwirt, der keinen Arbeitsplatz mehr in der Industrie findet.

Denn ich glaube, daß man mit den Bauern in den letzten Jahren sehr vieles probiert und versucht hat und daß der Bauer bereit war, ein Exerzierfeld abzugeben. Vielleicht ist das auch der Grund, daß es da und dort zu großen Schwierigkeiten in bäuerlichen Betrieben gekommen ist oder kommt, weil der Bauer versucht hat, immer wieder die Ratschläge zu erfüllen, einmal das, was ihm empfohlen wurde, zu praktizieren, und einmal das. Und dann ist ihm eben die Kapitaldecke zu klein geworden.

Ich meine, daß die Forschungsanstalten, die Schulen und ähnliche Institutionen die Versuchskaninchenrolle übernehmen könnten und nicht die Bauern allein das alles machen sollten.

Natürlich würde ich bitten, daß auch die allgemeinen Empfehlungen, die im Grünen Plan festgehalten sind, überlegt und berücksichtigt werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß aus dem Grünen Bericht hervorgeht, daß die Einkommensentwicklung äußerst unterschiedlich verlaufen ist. Dies bringt mit sich, daß ein Mittelwert wenig aussagt. Er bezeugt eine nominelle Einkommensteigerung von

7 Prozent, wobei auf Grund der Superernte das nordöstliche Flach- und Hügelland exzellent abgeschnitten hat, die Berggebiete jedoch einen Rückgang von 6 Prozent hinnehmen mußten. Die Weinbaubetriebe haben 1982 nach einer mäßigen Ernte 1981 sehr gut abgeschnitten, freilich mit der Sorge: Wie wird es 1983?

In Summe kann man behaupten: 1982 war ein gutes, für manche oder für viele ein mäßiges Bauernjahr, jedoch mit sehr unterschiedlichen regionalen Ergebnissen.

Wir werden den Bericht zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) *12.58*

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Hietl zum Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

12.58

Abgeordneter **Hietl (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hintermayer hat hier in verschiedenen Aussagen unrichtige Darstellungen gegeben, auf die ich noch zurückkommen werde. In einem Fall aber handelt es sich meiner Meinung nach um eine echte geschäftsstörende Aussage, die ich berichtigen muß.

Tatsache ist, die „Kronen-Zeitung“ hat das Lagerhaus Absdorf beschuldigt, bei Mais trocknung den Ausputz doppelt verrechnet zu haben. Der Abgeordnete Hintermayer hat erklärt, dies sei einem Mitglied dort passiert.

Ich erkläre: Das stimmt nicht. Der besagte Bauer — der Name ist bekannt — hat erklärt, daß dieser Zeitungsbericht nicht von ihm stammt und er sich für allfällige Äußerungen, die er in dieser Richtung gemacht hat, entschuldigt hat, weil es nicht den Tatsachen entspricht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Dann war es halt ein anderer!) *12.59*

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Brandstätter zum Wort gemeldet. Ich mache auch ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

12.59

Abgeordneter **Brandstätter (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hintermayer hat gesagt, daß durch die Genossenschaften der Mittel-

Brandstätter

stand stärkstens geschädigt wird. Diese Behauptung ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß die Zusammenarbeit der Genossenschaften mit der mittelständischen Wirtschaft bestens funktioniert, weil die vielen Investitionen, die die Genossenschaften machen, eben gerade von dieser mittelständischen Wirtschaft durchgeführt werden.

Eines ist allerdings eine Tatsache, daß dadurch, daß den Bauern so ein großer Teil ihres Einkommens vorenthalten wird, natürlich auch die Genossenschaften weniger Mittel zur Verfügung haben, um investieren zu können, aber das ist keine Schuld der Bauern, sondern das ist eine Schuld dieser Regierung.

Darüber hinaus ist gerade die mittelständische Wirtschaft auch als Kundschaft bei den Genossenschaften immer wieder mit dabei und, ich möchte ganz offen sagen, gerne gesehen. Also es kann von einer Schädigung keine Rede sein.

Und weiters haben Sie gesagt, daß die Genossenschaftsmitglieder nicht mehr so entscheiden können, wie das notwendig wäre. — Es ist selbstverständlich, daß die Entscheidung bei den Mitgliedern liegt. — Ganz im Gegenteil: Es werden heute Sprengelversammlungen durchgeführt, damit in kleineren Kreisen die Mitglieder sich eher zu Wort melden können als bei Generalversammlungen.

Also auch hier ist Ihre Behauptung unwahr.
(Beifall bei der ÖVP.) 13.00

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

13.01

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ja wirklich nicht erwartet, daß der Herr Präsident Derfler bei der Debatte zum Grünen Bericht 1982 die Regierungspolitik über den grünen Klee lobt. (*Abg. Dr. Mock: Das wäre doch zuviel verlangt, Herr Minister!*) Das habe ich nicht erwartet.

Herr Abgeordneter Mock! Ich mute es der Opposition nie zu, daß sie über ihren eigenen Schatten springt. Dafür haben wir schon Verständnis. Nur sollte die Opposition nicht die halbe Wahrheit in den Mittelpunkt stellen. Das hat aber der Herr Abgeordnete Derfler

bedauerlicherweise getan. Ich möchte das darstellen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Er hat die alte Tradition des Herrn Abgeordneten Riegler übernommen, bei der Einkommensdarstellung immer ein Jahr zu übersiehen. Wenn ich dasselbe mache — ich halte das nicht für richtig —, müßte ich sagen: Wir haben im Jahr 1976 eine reale Einkommensentwicklung von plus 5 Prozent gehabt, im Jahr 1978 von plus 6 Prozent und im Jahr 1980 — bitte dreimal unterstrichen! — von plus 18 Prozent! Das ist in einem Jahr das Sechsfache dessen, was in der Hochkonjunktur für die Gewerkschaften als Ziel an realem Einkommenszuwachs gegolten hat. Bitte: In einem Jahr das Sechsfache! Und im Jahr 1982 plus 2 Prozent.

Auch das wäre nur die halbe Wahrheit, weil die realen Einkommensverluste verschwiegen sind. Aber dann soll der Herr Abgeordnete Derfler, bitte, doch nicht so argumentieren. Das ist doch keine Argumentation, die Gewicht haben kann. Ich wünsche mir einen Bauernbundpräsidenten, der Gewicht hat. Mit einem Gewichtigen — ich bin auch gewichtig — redet man sich leichter, und dann kann man sich darauf verlassen, daß das, was vermeintlich ist, auch gilt.

Das wollte ich zur Einleitung sagen. Also bitte, immer die volle Wahrheit!

Die Wahrheit ist doch, daß nun einmal — ob man das haben will oder nicht — in der Landwirtschaft die Einkommensentwicklung vom Rohertrag abhängt. Vor allem vom Rohertrag. Natürlich auch von den Preisvereinbarungen. Natürlich auch davon, wie sich die Betriebsmittelkosten entwickeln. Natürlich auch davon, wie Organisationsänderungen in den Betrieben vorgenommen werden oder vorgenommen werden können. Das kommt ja noch dazu.

Aber der Rohertrag hat eine entscheidende Komponente, und der Rohertrag wechselt natürlich je nach den Verhältnissen in einem Jahr von Jahr zu Jahr.

Daher haben wir auch 1982 im Hinblick auf die unterschiedlichen Verhältnisse sehr ungleiche Rohertragszuwächse. Der gesamte land- und forstwirtschaftliche Rohertrag erreicht 68,3 Milliarden Schilling. Plus 1,35 Milliarden Schilling. Die pflanzliche Produktion nimmt aber um 23 Prozent zu. Bitte: Um 23 Prozent! Das heißt: Es schlägt eine ungewöhnlich gute Ernte, eine ungewöhnlich gute

1576

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Getreideernte — und es war auch die Hackfrucht sehr gut, es war der Obstbau ganz ausgezeichnet —, zu Buch, und das wirkt sich dann auch aus.

Wir hatten zum Beispiel im nordöstlichen Flach- und Hügelland im Jahr 1981 ein Gesamteinkommen von 288 000 S und im Jahr 1982 — bitte: kein Hörfehler, kein Druckfehler! — von 424 000 S. Nun darf man nicht verschweigen, daß wir in den anderen Produktionsgebieten eine unerfreuliche Entwicklung haben. Nur dürfen wir da auch nicht dieses eine Jahr für sich isoliert sehen.

Das, Herr Abgeordneter Deutschmann, haben Sie leider getan. Man muß das auch im Zusammenhang mit den vorangegangenen Jahren sehen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Der Herr Abgeordnete Schober hat schon darauf hingewiesen und andere auch; der Herr Abgeordnete Hintermayer: Für das Einkommen in den Berggebieten — und im übrigen überall, wo wir einen hohen Anteil Waldwirtschaft haben — schlägt natürlich die schlechte Wirtschaftslage in der Holzwirtschaft durch, die wir weltweit haben. (Zwischenruf des Abg. Deutschmann.) Die wir weltweit haben! Das hinzufügen wäre sehr dankenswert gewesen, Herr Abgeordneter Deutschmann.

Nun dürfen Sie noch etwas nicht übersehen. Der schlechte Holzpreis ist natürlich eine echte Mindereinnahme, aber nicht die zurückgestellte Schlägerung. Ich darf da eine kurze Anmerkung machen: Die zurückgestellte Schlägerung ist ja nicht minus 9 Prozent weniger Derbholzeinschlag. Wenn wir nämlich nur die bäuerlichen Betriebe hernehmen — und das müssen wir ja wohl, wenn wir den Grünen Bericht diskutieren, denn wir haben in den Ergebnissen nur bäuerliche Betriebe und keine Großbetriebe; wenn Sie vorschlagen, wir sollen die Großbetriebe in Hinkunft hineinnehmen, so würde dies das Bild für die bäuerliche Familie verfälschen, verschlechtern, es würde aber das Bild für die gesamte agrarische Situation erheblich verbessern —, haben wir einen Mindereinschlag von 14 Prozent.

Und bitte: Der Rohertrag Forstwirtschaft ist um 2,68 Milliarden Schilling zurückgegangen. Zwei Drittel davon Mindereinschlag sind 1,8 Milliarden Schilling. Diese 1,8 Milliarden Schilling fehlende Einnahmen, fehlender Rohertrag sind der Rohertrag von morgen, weil ja das Holz nicht verlorengeht, sondern nach wie vor im Walde steht. Das ist ja der

wesentliche Unterschied zur Produktion dort, wo wir es mit einjährigen Produktionen zu tun haben. (Zwischenruf des Abg. Brandstätter.)

Wenn Sie längerfristig vergleichen: Von 1970 bis 1982 ... (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Brandstätter.) Herr Abgeordneter Brandstätter! Wenn Sie mir in dankenswerter Weise ein bißchen zuhören, bin ich Ihnen sehr verbunden. (Abg. Brandstätter: Ich habe Ihnen zugehört, Herr Minister!)

Von 1970 bis 1982 haben wir einen realen jährlichen Einkommenszuwachs von 3,7 Prozent und von 1975 bis 1982 immer noch von 2,4 Prozent. Bitte: Daß ein Unterschied ist zwischen Zeiten der Hochkonjunktur und Zeiten der Rezession, Zeiten einer weltweiten Krise, das dürfte sich ja wohl herumgesprochen haben. Sehen Sie sich die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft in den Industriestaaten der Europäischen Gemeinschaften an! Ich werde mir dann noch einige Hinweise dazu erlauben.

Nun zu den bergbäuerlichen Einkommen. Sicher: Das Jahr 1982 war schlecht. Ich habe schon auf den Einfluß der Forstwirtschaft hingewiesen: Zurückstellung der Einschläge und auch schlechter Holzpreis.

Aber, meine Damen und Herren: Wir haben für die bergbäuerlichen Betriebe eine Einkommensentwicklung, die in diesem Zeitraum von 1975 bis 1982 real 2,92 Prozent plus jährlich gebracht hat. Es gibt viele Bereiche der Wirtschaft, in denen sich die Beschäftigten alle zehn Finger abschlecken würden, wenn jährlich 2,92 Prozent realer Einkommenszuwachs erzielbar wären. Es ist ja so, daß damit die Bergbauern trotz des schlechten Jahres 1982 aufgeholt haben, weil insgesamt der Zuwachs von 1975 bis 1982 — ich sagte es schon — jährlich 2,4 Prozent ausmacht.

Ich möchte mich mit einer anderen Frage in diesem Zusammenhang auseinandersetzen, weil ich den Herrn Dr. Fahrenberger zuhören sehe. Da gibt es dann Zeitungen, die eine Darstellung einer Interessenorganisation, der gesetzlichen Interessenvertretung — die das Recht hat, aus ihrer Sicht die Dinge etwas einseitig darzustellen —, bringen. Die sagt: 36 Prozent der Bergbauern sind unter der Armutsgrenze. Und es gibt Journalisten, die das ungeprüft übernehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist doch jeder Einkommensvergleich oder

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

jeder Vergleich mit der Armutsgrenze problematisch und unhaltbar, wenn ich nur von dem landwirtschaftlichen Einkommen ausgehe, wobei wir ja bekanntlich 56 Prozent Nebenerwerbsbetriebe und 6 Prozent Zuerwerbsbetriebe haben. 62 Prozent der Betriebe haben ein außerlandwirtschaftliches Einkommen.

Herr Präsident Derfler bedauert auf der einen Seite, daß die Nebenerwerbsbetriebe in der Darstellung für die Zukunft angeblich zuwenig berücksichtigt werden, und gleichzeitig stellt er Vergleiche an, bei denen das außerlandwirtschaftliche Einkommen nicht berücksichtigt wird.

Ich möchte das anschaulicher darstellen. Wenn Sie einen Hotelier in Kitzbühel haben oder wo immer, der von seinem Hotel ganz gut lebt, der noch zusätzlich 5 Joch landwirtschaftliche Nutzfläche hat, und auf diesen 5 Joch landwirtschaftlicher Nutzfläche verdient er meinetwegen 2 000 S im Monat, dann muß ich sagen, deshalb rückt er nicht unter die Armutsgrenze. Da darf ich mir doch den Vergleich mit den Richtsätze nicht erlauben, wie sie in der Sozialversicherung gelten. Und dieses Beispiel könnten Sie beliebig fortsetzen.

Das außerlandwirtschaftliche Einkommen haben wir insbesondere in den niedrigen Einkommenskategorien. Was das landwirtschaftliche Einkommen betrifft, so ist es ja logisch — dieser Trend besteht in allen Industriestaaten —, daß die Bauern im Zuge der technischen Entwicklung, wenn die Bodenausstattung zu niedrig ist, ein kombiniertes Einkommen suchen. Das ist in der Bundesrepublik so, in der Schweiz, in Frankreich, überall, wo Sie hinschauen, ist das der Fall. Nur bei uns soll diese Entwicklung nicht eintreten. Ich glaube, das wäre eine Illusion.

Man müßte dazu noch viel sagen. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob jemand zu Verbraucherpreisen einkauft, um seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen, oder ob die Entnahmen bewertet werden. Es ist ein Unterschied, ob die Reparatur des Hauses Betriebskosten sind oder ob Miete zu bezahlen ist. All diese Vergleiche sind ja problematisch und schwierig.

Ich möchte Ihnen nur eines sagen, weil in der letzten Zeit auch ein wenig von der Dorferneuerung gesprochen worden ist. Die Dorferneuerung ist sehr wichtig, nur braucht man sie wahrlich heute nicht zu entdecken. Wir haben von 1970 bis 1982 40 000 landwirtschaftliche Wohngebäude und an die 32 000 Wirt-

schaftsgebäude mit Hilfe des Staates, also des Steuerzahlers, verbessert. Wir haben allein in dieser Zeit an die 16 000 km Güterwege errichtet. Um nur ein Bild davon zu bekommen: Das ist zwanzigmal die Entfernung Wien—Bregenz. Das ist der halbe Erdumfang, wenn wir es einfach ausdrücken wollen.

Meine Damen und Herren! Die Ausstattung unserer Betriebe hat sich in diesem Zeitraum in einer Weise verbessert, die man wirklich zweimal lesen muß. Im Jahre 1971 — immer die Erhebungsjahre 1971, 1981 verglichen — hatten 38 Prozent der Betriebe Bad oder Dusche und WC in der Wohnung. Und 1981 haben dies 72 Prozent der Betriebe. Im Jahre 1971 hatten rund 50 Prozent der Betriebe kein Wasserklosett im Haus, jetzt haben nur noch 20 Prozent der Betriebe einen Abort draußen. Wir haben also noch Substandard, aber die Verhältnisse haben sich doch ungewöhnlich dynamisch verbessert. Das kann doch niemand bestreiten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich möchte das noch ein bißchen pointierter sagen. Bitte, meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich! Das Bauernhaus, das ein Armenhaus ist mit dem Wasser auf dem Hof und mit dem Abort irgendwo draußen, war doch das Symbol der Bauernbundzeit bis zum Jahre 1970. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich bitte um Vergebung, ich glaube, das war jetzt polemisch. Ich werde mich bemühen, nicht mehr polemisch zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wesentliche Indiz . . . (*Weitere Zwischenrufe.*) Ja, es war insofern die halbe Wahrheit, als wir natürlich eine Entwicklung wollen, weil es natürlich weitergehen muß und weil Zeiten, die zurückliegen, ob ÖVP-Zeiten oder nicht, natürlich die Zeiten sind, die diese Entwicklung noch nicht miterlebt haben, wie wir sie jetzt erreicht haben. Ich darf das selber auch relativieren.

Meine Damen und Herren! Der Wohlstandsindikator ist im Grunde genommen doch der Verbrauch. Sehen Sie sich doch die Verbrauchsentwicklung, wie sie im Grünen Bericht dargestellt ist, an! Wir haben 1982 einen Verbrauch je Haushalt von 208 000 S. Wenn ich die Eigenentnahme aufwerte, sind es 238 000 S im Durchschnitt und in den Bergbauernbetrieben 217 000 S. Wir haben gegenüber den übrigen Haushalten, was den Verbrauch betrifft, keine Disparität mehr. Ich glaube, das kann man sagen. Noch eine Feststellung . . . (*Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.*) Auch die Größe der Familie muß man

1578

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

berücksichtigen, das ist richtig. Die bäuerliche Familie ist etwas größer, aber dafür sind die Verbrauchszahlen auch etwas höher, wenn man es umrechnet.

Meine Damen und Herren! Die Arbeitsproduktivität hat sich ungewöhnlich verbessert. Sie ist um 17,7 Prozent gegenüber dem Jahr 1981 gestiegen. Und die Flächenproduktivität noch um 14 Prozent. Aber, meine Damen und Herren, dann darf man halt nicht bedauern, daß auch die Abwanderung ein bißchen weitergegangen ist. Sie ist ja Gott sei Dank nicht mehr so dynamisch wie früher, aber Abwanderung bedeutet natürlich Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Es ist auch nicht richtig, daß die Disparität zwischen der Landwirtschaft und den Arbeitern in der Industrie gestiegen ist. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Deutschmann hat sich mit dieser Frage beschäftigt.

Wenn Sie die durchschnittlichen Monatsverdienste je Arbeiter in der Industrie, und zwar netto — das wird man doch wohl netto vergleichen müssen —, mit dem Gesamteinkommen — bitte, natürlich mit dem Gesamteinkommen, das ist ja der einzige zulässige Vergleich (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann*) — vergleichen, ergibt sich folgendes Bild: 1982: Monatsverdienst eines Arbeiters in der Industrie netto 10 664 S, in der Landwirtschaft Nettoparameter 10 005 S; eine Differenz von 659 S, oder : wir erreichen 93,8 Prozent.

Jetzt nehme ich das Jahr 1968 her, ein Jahr der ÖVP-Alleinregierung. Nettoarbeiterverdienst pro Monat 3 347 S, Bauerneinkommen — Gesamteinkommen — netto 2 696 S. Differenz fast gleich hoch, 651 absolut, und relativ ungleich höher. Wir haben eine Disparität. Die Bauerneinkommen — Gesamteinkommen — erreichen 80,56 Prozent und nicht 93 Prozent. Also ein bißchen sind wir schon weitergekommen.

Ich möchte mich nun mit einigen Fragen auseinandersetzen, die konkret gestellt worden sind.

Der Herr Abgeordnete Derfler hat gemeint, die kleinen Bauern mit den zu geringen Richtmengen müßte man besonders beachten. Einverstanden! Ich bin sofort dafür. Wir haben Marktordnungsverhandlungen vor der Türe. Tun wir etwas, damit für die kleinen Bauern größere Richtmengen festgesetzt werden können! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Keine Verteilung mehr nach dem Überlieferungsausmaß,

das stimuliert nur die Anlieferung — das ist ja, glaube ich, der Sündenfall bei dieser Marktordnungsregelung gewesen —, und Zuteilung nach anderen, nach regionalen Kriterien und auch nach der Größe der tatsächlichen Richtmengen. Einverstanden damit.

Was die Libyen-Exporte betrifft, wurde die Frage schon beantwortet. Es geht praktisch um die Kursgewinne. Beim letzten Abschluß haben wir einen Dollarkurs von ungefähr 16,50 S gehabt, beim jetzigen Abschluß sind es 18,50 S. Der Dollar ist wieder gestiegen, 18,60 waren es, glaube ich. Um diese Kursgewinne geht es.

Ich glaube, es ist nicht der richtige Weg, wenn sich Bauernfunktionäre für die Geschäftsinteressen der Exporteure, die sicherlich auch legitim sind, vorspannen lassen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Derfler spricht sich für Sonderkulturen aus. Ich bin auch dafür, daß etwas geschieht, und zwar rasch. Aber die Politik des Bundes ist auf das abzustellen, was in allen Teilen Österreichs not tut. Sonderkulturen zu fördern ist eine Aufgabe der Länder. Ich würde mir nur wünschen, wenn diejenigen, die das immer wieder aus guten Gründen besonders in den Mittelpunkt rücken, weil dort diese Frage sehr vordergründig und notwendig ist, etwa die steirischen Politiker, dafür sorgen, daß wir endlich ein Landesgesetz bekommen. Pflanzenbau ist der Verfassung nach auch eine Aufgabe der Länder.

Bei der Förderung könnte man sagen, in der Privatwirtschaftsverwaltung kann der Bund fördern — er muß nicht, es können die Länder fördern — sie müssen nicht. Aber in einer Frage, die so elementar für ein Bundesland ist wie die Sonderkulturen in der Steiermark, kann ich nur sagen: Wo bleibt das steirische Förderungsgesetz? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Schober hat im Zusammenhang mit meinem Referat, das ich kürzlich gehalten habe, die Frage einer künftigen Entwicklung der Marktordnung mit einem Preissplitting zur Debatte gestellt. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Deutschmann hat diese Frage aufgegriffen.

Ich halte sie für sehr wichtig, ich möchte nur einige Mißverständnisse ausräumen. Das ist keine Frage, die wir ausschließlich und allein in Österreich entscheiden könnten. Das ist auch keine jener Fragen, die bei den

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Marktordnungsverhandlungen, die vor der Tür stehen, schon eine Rolle spielen können.

Wir haben aber folgende Entwicklung, und das muß man doch auch sehen: Die Vorräte an Agrarprodukten steigen von Jahr zu Jahr. Nun braucht man sie nicht als Überschüsse zu bezeichnen, wenn der Ausdruck stört. Aber es ist eine Tatsache, und für die Bauern ist es ja in höchstem Maße ein Zustand, von dem man verstehen muß, daß sie schwer damit fertig werden. Wenn sie fleißig sind, wenn sie tüchtig sind, wenn sie erzeugen und erzeugen, sagt man ihnen, sie erzeugen Überschüsse. Aber es ist eine Tatsache.

Meine Damen und Herren! Wir haben in der Europäischen Gemeinschaft und in den Vereinigten Staaten heute Milchprodukte liegen, die das doppelte Ausmaß des Welthandelsvolumens eines Jahres ausmachen. Wir haben die Auseinandersetzung zwischen der Europäischen Gemeinschaft auf der einen Seite und den Amerikanern, Australiern, Kanadiern und so weiter auf der anderen Seite um die Frage der Exportstützungen.

Die Europäische Gemeinschaft ist mit ihrem Stützungssystem am Ende — am Ende! Sie muß reformieren, sie kann nicht anders. Sie ist praktisch zahlungsunfähig und hat sich jetzt mit einem Überbrückungsbudget über die Runden geholfen. Die Verhandlungen kommen jetzt.

Meine Damen und Herren! Diese Situation, daß die Industriestaaten immer mehr und mehr erzeugen, mit immer höher werdenden Exportstützungen Märkte suchen, die nicht da sind, und jene, die den Bedarf haben, keine Kaufkraft haben, nämlich die Entwicklungsländer, muß ja zum Kollaps führen!

Man wird eines Tages — und das wird vermutlich rascher auf uns zukommen, als wir glauben — von den hohen Exportstützungen abrücken. Wir haben ja derzeit keinen echten Weltmarktpreis. Dann wird es wieder echte Weltmarktpreise geben. Die Preise werden höher sein als heute, gemessen am heutigen Wert der Währung, die Preise werden wieder höher sein. Wir werden dann nicht die Entwicklungsländer dort konkurrenzieren, wo wir nachher dann Entwicklungshilfe geben. Für diese Zeit brauchen wir ein System, bei dem wir unsere Exportpreise an den Weltmarktpreisen orientieren. Das kommt wie das Amen im Gebet. Ich sage Ihnen das heute, das bleibt nicht aus.

Dann aber müßten wir einen Weg des

Preissplittings suchen. Im Prinzip haben wir ja schon einen ersten Schritt bei der Milch getan. Ich sehe nicht ein, warum à la longue das für das Getreide nicht möglich sein soll, wo wir weniger soziale Probleme haben, wenn es bei der Milch durchaus möglich ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Zur Schüttgebühr nur eine Feststellung: Der Herr Abgeordnete Deutschmann hat diese Frage moniert, und der Herr Abgeordnete Schober hat sie zur Debatte gestellt. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß ohne Genossenschaftswesen bei unserer Agrarstruktur die Bauern schwer bestehen könnten, weil sie die gemeinsame Vermarktung und die gemeinsame Betriebsmittelbeschaffung brauchen.

Ich bin keineswegs derjenige, der rasch bei der Hand ist, wenn es darum geht, die Genossenschaften zu tadeln. Daß es mitunter Zustände gibt, die nicht tragbar sind, wird aber doch niemand bestreiten. Sie werden doch auch nicht die immer wieder zutage getretenen Affären in Abrede stellen wollen, die es infolge menschlicher Unzulänglichkeit gegeben hat. (*Abg. Brandstätter: Wo passieren keine Fehler?*)

Sehr richtig, wo gibt es das nicht? Das ist auch richtig.

Eine dieser Unzulänglichkeiten, wo wirklich kein Einsehen vorhanden ist, ist doch das Vorgehen der OKM gegenüber diesen Bauern dort, und wir werden das bei der Marktordnung sicher regeln müssen; anders geht es nicht. Man kann doch die Leute nicht auf den Zivilrechtsweg verweisen. Aber in der derzeitigen Situation habe ich keine andere Möglichkeit.

Herr Abgeordneter Deutschmann! Die Einbeziehung der Nebenerwerbsbauern in das Förderungssystem, das hat die Regierung seit dem Jahr 1970 gemacht. Der fiktive Einheitswert — ich sage es nicht gerne — ist unter der ÖVP-Regierung sehr spät eingeführt worden. Dr. Schleinzer hat den fiktiven Einheitswert eingeführt und niemand anderer. Allerdings sehr spät, ich glaube, 1969 oder vielleicht sogar im Frühjahr 1970. Den hat Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer eingeführt und niemand anderer.

Darf ich dir das in aller Form übermitteln und an Hand von Dokumenten nachweisen. Ich werde das sehr gerne tun, damit diese unrichtige Darstellung in Zukunft vermieden werden kann, wenn es geht.

1580

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Zum Holzimport. Es hat sich zum Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses sicher schon durchgesprochen, daß Holz liberalisiert ist und eine Entliberalisierung nicht möglich ist. Der Herr Klubobmann Dr. Mock hat mit dem Kopf genickt, sehr beifällig genickt bei dieser Passage, Herr Präsident. Er weiß nicht — ich darf ihm das jetzt in aller Form auch mitteilen —, daß die Bundeswirtschaftskammer nur deshalb massiv interveniert, weil wir streng bei der phytosanitären Kontrolle vorgehen, und ich bin nicht bereit, davon abzugehen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) — *Abg. Deutschemann: Aber, Herr Minister, warum sind Sie auf dieses Thema eingegangen?*)

Das heißt, der Abgeordnete Deutschmann beklagt hier von diesem Rednerpult aus, daß Holz hereinkommt, und die Bundeswirtschaftskammer schimpft mich, weil ich nicht durch die phytosanitäre Kontrolle sozusagen ein technisches Handelshemmnis aufbaue, das ja unzulässig wäre, zu dem ich ja nicht berechtigt wäre. (*Abg. Deutschemann: Herr Minister! Was hat der Handelsminister zu den Forderungen der Landwirtschaft gesagt?*)

Dem Herrn Abgeordneten Hintermayer darf ich versprechen, daß die Verordnung im Zusammenhang mit den Prädikatsweinen kommen wird. Ich habe mir vorgestellt, daß wir bei der Trockenbeerenauslese beginnen. Ich habe auch angekündigt: mit 1. Jänner 1984, damit man sich darauf vorbereiten kann. Wir beginnen nächste Woche die Wein enquête. Wir könnten dort diese Frage zur Debatte stellen, und wenn einigermaßen Einvernehmen besteht, dann bin ich gerne bereit, daß wir über die Trockenbeerenauslese hinausgehen.

Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich doch die Entwicklung in den westlichen Industriestaaten an! Nach der COPA-Analyse — das ist eine internationale Organisation der Landwirtschaft, der Bauern — haben wir von 1979 bis 1981 — die letzte Analyse ist noch nicht da — eine reale Einkommensminderung der Landwirtschaft von 24 Prozent. In der Bundesrepublik allein 1979 minus 21,9 Prozent, 1980 minus 12,6 Prozent — das ist das Jahr, in dem wir real 18 Prozent plus gehabt haben —, 1981 minus 7,3 Prozent.

Ich sage Ihnen: Wir halten jeden Vergleich mit den westlichen Industriestaaten gut und gerne aus. Die Schweiz macht etwas mehr, das gebe ich zu. Aber die Schweiz hat einen Selbstversorgungsgrad von etwa 55 bis 60 Pro-

zent und finanziert die Agrarpolitik mit der Abschöpfung. Das ist bei uns längst nicht mehr möglich.

Gestatten Sie, daß auch ich den Beamten der § 7-Kommission, den dortigen Mitarbeitern, natürlich auch den Förderungsbeamten im Ressort, in den Kammern und in den Landesregierungen danke und daß ich vor allem den österreichischen Bauern dafür danke, daß sie alles in allem ein gutes Jahr 1982 bewältigt haben. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

13.33
Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

13.33
Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines muß man dem Herrn Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden wirklich zuerkennen: Seinen Karl Marx hat er sehr gut gelernt. Ich glaube, daß wir jetzt ein Meisterbeispiel an Dialektik erlebt haben, wie man in der Lage ist, aus weiß schwarz zu machen und die Dinge so darzustellen, daß sie gerade in das Gegenteil verkehrt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und eines, Herr Minister, möchte ich in aller Bescheidenheit auch festhalten: Ich glaube, daß nicht Sie beurteilen werden, ob Präsident Derfler ein gewichtiger Bauernvertreter ist oder nicht; das werden die Bauern beurteilen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß es Ihnen auch nicht sehr gut ansteht, von der Regierungsbank gegenüber den Abgeordneten im Hohen Hause den Oberlehrer zu spielen. Vielleicht stört Sie das, weil Sie jetzt den Saal verlassen. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ich komme gleich wieder! Bitte um Entschuldigung!*) Bitte sehr. Aber das wollte ich Ihnen noch gesagt haben, Herr Minister.

Wenn die Bauern heute dieser Debatte und der Darstellung des Ministers zugehört hätten, müßten sie sich überlegen, von welchem Land hier eigentlich gesprochen wird. Denn eine Darstellung, wie wunderbar alles ist, steht einfach in krassem Gegensatz zu dem, was Tausende Bauernfamilien in Österreich erleiden müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist ja nicht so, daß hier einige Abgeordnete mutwillig ein schwarzes Bild vom Zustand der österreichischen Landwirtschaft

Dipl.-Ing. Riegler

malen. Wenn Sie hinausgehen in die Dörfer, in die Gräben, in die Bergbauernhöfe, dann werden Sie sehen, daß ungeheuer viel gearbeitet wird, daß eine ungeheure Bescheidenheit notwendig ist und daß es sehr viel versteckte Arbeitslosigkeit und sehr viel versteckte Armut gibt, die in diesem Grünen Bericht gar nicht aufscheinen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Tatsache ist jedenfalls, daß wir aus den Grünen Berichten 1981 und 1982 — denn es hat ja geheißen, von 8 Produktionsgebieten haben 7 auch im Vorjahr einen realen Einkommensverlust erleiden müssen — und auf Grund der aktuellen Entwicklung im Jahr 1983 feststellen müssen, daß sich unsere österreichischen Bauern auf einer Talsohle ihrer wirtschaftlichen Entwicklung befinden, und das muß uns Sorgen machen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn ich frage Sie: Wenn es so großartig wäre, wie es jetzt in der Wortmeldung des Herrn Ministers dargestellt wurde, warum sind dann auch im Jahr 1982 weitere 6 500 Menschen gezwungen gewesen, ihre Haupterwerbstätigkeit in der Landwirtschaft aufzugeben, trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, die ja die Abwanderung wesentlich schwieriger gemacht haben? Das sind doch Tatsachen, an denen man nicht vorbeisehen sollte.

Und was die Bergbauern betrifft, Herr Minister: Es wird nicht so viele Bergbauern geben, die Hoteliers sind. Wenn Sie die Probleme wirklich ernst nehmen, dann werden Sie sehen, daß es sehr wohl diese Bergbauernfamilien gibt, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze mit ihrem Einkommen existieren müssen und die das nur tun, weil sie an ihrem Boden hängen, weil sie Verantwortungsbewußtsein haben für den Hof, den sie übernommen haben. Wenn wir diese menschliche Einstellung nicht hätten, dann garantiere ich Ihnen, daß weite Regionen bereits entleert wären. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und, Herr Minister, bei allem Verständnis für Polemik: Es ist ja so, daß leider eine Sitte eingerissen ist, die seinerzeit der Herr Klubobmann Dr. Pittermann heftigst bekämpft hat, nämlich das Polemisieren von der Regierungsbank. Das ist leider eine Unsitte, die Faktum ist. Aber, Herr Minister, ich möchte wirklich sagen: Es ist eine Geschmacklosigkeit gegenüber einem Landwirtschaftsminister Thoma, der in den fünfziger Jahren ein Elektrifizierungsprogramm durchgesetzt hat — ich kann mich persönlich erinnern, ich komme von einem extremen Bergbauernhof:

im Jahre 1952 ist zu unserem Hof die Weger schließung durchgeführt worden, und das war eine völlige Veränderung der Lebensmöglichkeiten, die damit erreicht wurde, und im Jahre 1958 haben wir den elektrischen Strom bekommen —, zu sagen, Symbol für die ÖVP-Zeit war, daß der Abort draußen war. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das ist auch eine Geschmacklosigkeit gegenüber einem Landwirtschaftsminister Hartmann, der im Jahr 1960 das Landwirtschaftsgesetz geschaffen hat, der den Grünen Plan in Österreich eingeführt hat und der über die Partegrenzen hinweg eine der profiliertesten Persönlichkeiten der Agrarpolitik in Österreich war. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und es ist meines Erachtens auch eine Geschmacklosigkeit gegenüber dem Landwirtschaftsminister Schleinzer, der sich in einer sehr schwierigen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung bemüht hat... (*Zwischenruf des Bundesministers Dipl.-Ing. Haiden.*)

Sie haben gesagt: Kennzeichen für die ÖVP-Zeit war, daß der Abort draußen war. Diese Charakterisierung der agrarpolitischen Bemühungen, nicht nur der Landwirtschaftsminister, sondern der gesamten Beamenschaft des Ressorts, der Landwirtschaftskammern und der Landesregierungen, das Bemühen der Interessenvertretungen und die Leistungen der Bauern so zu qualifizieren, das richtet sich von selbst, Herr Minister! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und was den Einkommensvergleich betrifft: Wir werden hier immer wieder diskutieren können. Diesen Einkommensvergleich, den Sie heranziehen, den können wir nur als Humbug bezeichnen. Denn was geschieht? Es wird dem bäuerlichen Einkommen alles zugeschrieben, was die Phantasie nur hergibt, bis zur guten Luft, der Eigenverbrauch und alles. Es wird auf der anderen Seite bei den Arbeitnehmereinkommen nicht berücksichtigt, daß es vielleicht auch dort Sonderfaktoren gibt. Wenn man schon einen Nettovergleich vornimmt, dann muß er korrekt sein, dann muß er mit gleichen Maßstäben messen. Eine Vorgangsweise aber, die ein Bild darstellt, das lediglich Ihrer politischen Argumentation entspricht, darf nicht gelten.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich die Entwicklung wirklich anschauen, dann finden Sie, daß man über die einzelnen Zahlen sicher diskutieren kann, aber die Tendenz ist doch offenkundig: Bei einem Vergleich der

1582

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dipl.-Ing. Riegler

Bruttoeinkommen in der Landwirtschaft und bei den Industriebeschäftigten ist die Differenz von 2 574 S im Jahr 1970 auf 8 223 S im Vorjahr angestiegen. Da kann man nicht sagen, es hätte sich hier nichts zum Nachteil der bäuerlichen Bevölkerung geändert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte auf die Einkommenstendenzen gar nicht näher eingehen, denn ich habe schon erklärt: Tatsache ist, daß sich die österreichischen Bauern derzeit in einer Talsohle ihrer Entwicklung befinden. Das hat negative Auswirkungen für die gesamte Volkswirtschaft, denn, wie Präsident Derfler schon gesagt hat, es heißt das: weniger Aufträge für Industrie, Gewerbe und Handel sowie weniger produktiv abgesicherte Arbeitsplätze auf den Bauernhöfen. Beides würden wir im Interesse aller Berufsgruppen dieses Landes dringend brauchen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Was mich am meisten an Ihrem Debattenbeitrag verwundert hat: Sie haben über den Grünen Bericht 1982 gesprochen, und es ist kein Wort vorgekommen, wie Sie sich vorstellen, daß die Existenzprobleme Zehntausender Bauernfamilien bewältigt werden sollen. Ich frage Sie, Herr Minister: Was soll ein junger Milchbauer aus Ihrer Rede ableiten, der mit 10 000, 15 000, 20 000 Kilogramm Lieferrecht existieren muß? Das heißt, er hat ein Roheinkommen von 40 000, 50 000, 60 000 S, das heißt, er kommt auf Monatseinkünfte um etwa 2 000 S; keine Antwort darauf in Ihrem Debattenbeitrag! (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haide n: Wir haben ja noch die Budgetdebatte!*)

Sie haben auf die Marktordnung verwiesen, Herr Minister! Wir haben einen Antrag eingebracht, der eine erste Entlastungsmaßnahme durch ein verstärktes Exportengagement des Bundes bringen könnte. Jetzt können Sie sagen: Es ist leicht, vom Staat Geld zu verlangen. Aber wir haben uns dazu bekannt, daß man etwas tut, wenn es um die Existenz von Menschen geht, ganz gleich, in welchem Wirtschaftsbereich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn es um die Existenz von 20 000, 30 000 Milchbauernfamilien im Waldviertel, im Mühlviertel, in den schwierigsten Bergregionen, in den Grenzregionen geht, dann wäre es nicht zuviel verlangt, über diesen unseren Antrag die Verhandlungen aufzunehmen und eine rasche Entscheidung herbeizuführen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was von sozialistischer Seite immer wieder anklingt, ist, den Klassenkampf in die

Bauernschaft hineinzutragen: diesen etwas versprechen, das man den anderen wegnimmt. Auf diesem Weg werden wir nicht mitgehen, denn die Situation der bäuerlichen Einkommen ist so, daß niemandem mehr etwas weggenommen werden kann, sondern daß wir uns bemühen müssen, denen zu helfen, die es am schwersten haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Was war aus Ihrem Beitrag für die Weinbauernfamilien erkennbar? 20 000, 30 000 Weinbauernfamilien haben auf Grund der Preiszusammenbrüche, auf Grund des Auseinanderlaufens der Kosten und der Einkommen, um die Existenz zu kämpfen. Keine Andeutung, welche Konsequenz Sie aus dem Grünen Bericht ableiten wollen. Es gibt nur die Aussage, das Einkommen der Weinbauern sei um weiß Gott wieviel Prozent gestiegen, obwohl Sie doch wissen müssen, daß es in der Praxis völlig anders aussieht.

Herr Minister! Oder die Spezialkulturen. So einfach kann es sich jeder machen: Dort, wo ein Problem auftritt, sagen Sie: Da gibt es ja die Bundesländer. Wenn alle Landwirtschaftsminister vor Ihnen so agiert hätten, dann würde die Situation der österreichischen Bauern wesentlich trauriger aussehen, als das heute der Fall ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder zur Frage der Bergbauern: Wir haben nicht deshalb bei Ihnen vorgesprochen, weil wir irgendwelchen Viehexportfirmen helfen wollten, sondern weil es uns darum geht, eine der wichtigsten Einkommensquellen unserer Bergbauern zu sichern, nämlich den Absatz jener Rinder, die im Herbst von den Almen kommen, die zu diesem Zeitpunkt verkauft werden müssen und die verkauft werden sollen, ohne daß es zu einem Preiseinbruch kommt; deshalb waren wir bei Ihnen. Ich sage Ihnen ganz offen: Das Hin- und Hertaktieren, das Herumdrücken — erst 20 Groschen, gestern dann hat es geheißen, Sie haben 5 Groschen gnädig dazugelegt, als der Präsident Lehner bei Ihnen vorgesprochen hat —, das ist eine Kleinkrämerie gegenüber den bergbäuerlichen Belangen, die ihresgleichen sucht, das muß ich wirklich festhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ihre politische Linie bei der Bergbauernpolitik war es eben, von der Investitionsförderung, von der Absatzsicherung zum Bergbauernzuschuß umzuschichten. Nun hat Ihnen Dr. Fahrnberger bei einer Pressekonferenz unlängst vorgerechnet, daß auf jene Bergbauernbetriebe bezogen, die diesen Zuschuß bekommen — das ist nur die Hälfte

Dipl.-Ing. Riegler

der Betriebe —, dieser Bergbauernzuschuß pro Bergbauernbetrieb 12 S pro Tag ausmacht.

Man kann sagen: Das ist auch etwas, bei bescheidenen Einkommen ist jeder Schilling etwas wert. Aber mit 12 S pro Tag, mit einem Schilling pro Stunde werden Sie, Herr Minister, keine Bergbauernfamilie oben halten können. Das ist eine wichtige Ergänzung. Wir haben Verbesserungsvorschläge dazu mit einem Bergbauernförderungsgesetz eingebracht. Das Entscheidende muß aber sein, daß die bäuerliche Existenz gesichert wird, das heißt Preis- und Absatzsicherung und Hilfestellung bei den notwendigen Investitionen. Da gehen Sie genau den gegenteiligen Weg. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder was unsere Nebenerwerbsbauern anlangt: Es ist sicher nicht der Weg, die Arbeitsplätze der Nebenerwerbsbauern zu sichern, wenn mit einer Belastungsmaßnahme die Betriebe in neue Schwierigkeiten gebracht werden, gerade die Betriebe in den strukturschwachen Regionen entlang der toten Grenze, wo es wirtschaftlich ohnehin schwer ist. Das sind Arbeitsplätze, auf die unsere Nebenerwerbsbauern besonders angewiesen sind. Was wir uns hier vorstellen, ist einfach die Gleichberechtigung dieser Nebenerwerbsbauern bei der Entscheidung über eine notwendige Kündigung, bei der Zuerkennung der Arbeitslosenversicherung oder beispielsweise auch bei der Behandlung im Rahmen der Aktion 57.

Herr Minister! Wir hätten uns erwartet, daß von Ihnen Aussagen kommen, was Sie konkret weiterentwickeln wollen, um die Situation der überbelasteten Bäuerin in Familie und Betrieb zu erleichtern, oder die Zusage, unseren jungen Bauern zu helfen, ihnen eine Chance zu offerieren, ihnen Zuversicht zu geben. Denn wir werden sehr froh sein müssen über jeden jungen Bauern, der bereit ist und sagt: Ich steige in diesen Beruf ein, ich nehme die Schwierigkeiten und das Risiko auf mich. Helfen wir doch, diesen Leuten Mut zu geben, sagen wir: Die Agrarpolitik, die Wirtschaftspolitik will versuchen, dir den gesicherten Weg in die Zukunft zu erleichtern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber Sie haben dazu keine Aussagen gebracht, weil Ihnen einerseits die Mittel fehlen, weil Ihnen agrarpolitische Maßnahmen im politischen Kräftespiel anscheinend nicht möglich sind. Dazu kommt dann noch die bürokratische Behinderung, die wir bei ver-

schiedensten Entscheidungen immer wieder feststellen müssen.

Herr Minister! Ich habe erwartet, daß die internationalen Vergleiche kommen werden. Sie haben gesagt: Wie wunderbar! Steigende Einkommen in Österreich — sinkende Einkünfte in der EG.

Herr Minister! Ich habe mir die Zahlen von der Bundesrepublik Deutschland und von der Schweiz geben lassen. Wie sehen die Einkommen der Bauern dort aus?

In der Bundesrepublik die letzte verfügbare Einkommensrechnung 1981/82: Ein landwirtschaftliches Einkommen je Familienarbeitskraft von 13 352 S, im Vergleich: Österreich 8 631 S. Da hilft die Darstellung der Prozentveränderung wenig, wenn das Einkommen eines Berufskollegen in der Bundesrepublik de facto um 55 Prozent höher ist als das des Bauern in Österreich.

Ganz anders schaut es aus, wenn man die Schweiz heranzieht. Im Durchschnitt aller Betriebe der Schweiz ein landwirtschaftliches Einkommen von 24 613 S je Monat, im Vergleich: Österreich 8 631 S. Wenn Sie nur die Bergbauernbetriebe in der Schweiz hernehmen, haben Sie dort 16 332 S monatlich. Bei uns bewegt sich das Einkommen der Bergbauern zwischen 5 500 S und 6 500 S. Das sind die Realitäten, meine Damen und Herren! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gradenegger.*) Aber, Herr Gradenegger, melden Sie sich zu Wort. Auf Ihre Zwischenrufe möchte ich gar nicht eingehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das sind die Fakten, wie sie sich für die Bauern wirklich darstellen. (*Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.*)

Herr Bundesminister, was mich besonders verwundert: Wir vermissen eine Reihe von Empfehlungen, die sich aus dem Grünen Bericht ableiten müßten: Etwa zur Schaffung neuer Produktionsalternativen, zur besseren Preis- und Absatzsicherung, zur Investitionsankurbelung. Aber Sie halten ja nicht einmal die Empfehlungen ein, die schwarz auf weiß im Grünen Bericht stehen. Da heißt es zum Beispiel: Maßnahmen zur Verbesserung der Flächenstruktur, Kommassierung, Geländekorrekturen, Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebsstruktur und so weiter.

Was ist wirklich geschehen, Herr Minister? Gerade mit diesen infrastrukturverbesserten Maßnahmen haben Sie radikal ausgeräumt im Budget. Wir werden anlässlich der Budgetdebatte noch ausführlich darüber dis-

1584

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dipl.-Ing. Riegler

kutieren. Aber nur ein Beispiel: Für agrarische Operationen waren im Jahr 1970 53 Millionen Schilling im Budget. Für das Jahr 1984 haben Sie 23 Millionen vorgesehen. Oder bei den Geländekorrekturen: im Jahre 1970 waren es 26 Millionen, für nächstes Jahr sind es 8,9 Millionen. Das geschah bei einer Inflationsentwicklung, die in diesen 14 Jahren Platz gegriffen hat. So befolgen Sie die Empfehlungen des Grünen Berichtes, Herr Bundesminister! Das heißt, Sie selbst führen das, was die Fachleute als Konsequenzen ausgearbeitet haben, durch Ihre Vorgangsweise einfach ad absurdum. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Überhaupt fällt eines auf, und das zeigt ja die Tendenz in der Entwicklung: Die Bundesausgaben sind von 1970 bis 1984 um 330 Prozent gestiegen. Die Ausgaben für die Agrarförderung stiegen um 133 Prozent, die Ausgaben für die Absatzsicherung durch den Bund um 47 Prozent. Und jetzt hören Sie zu, meine Damen und Herren: Das, was die Bauern an Verwertungsbeiträgen bezahlen müssen, liegt um 580 Prozent über dem Wert von 1970.

Das ist die Tendenz Ihrer Agrarpolitik, die die Bauern immer schmerzhafter zu spüren bekommen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben Ihnen, Herr Bundesminister, wir haben dem Herrn Bundeskanzler, wir haben dem Herrn Handelsminister und wir haben dem Herrn Finanzminister immer wieder ganz konkret Vorschläge unterbreitet, und ich bekenne mich dazu. Kritisieren ist zuwenig, man muß sich überlegen, wie die Probleme bewältigt werden können.

Natürlich wird man diskutieren können über das, was wir vorschlagen. Man wird sagen können: Das geht, das muß anders gemacht werden, dazu sind wir bereit. Aber Sie diskutieren ja nicht, Sie wischen einfach vom Tisch, was wir Ihnen hier vorschlagen.

Daher möchte ich, um das noch einmal zusammenzufassen, in einem Entschließungsantrag jene Maßnahmen beantragen, die wir für notwendig erachten, um die Zukunft der österreichischen Bauern zu sichern. Ich bringe daher den

Etschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Ing. Derfler, Deutschmann und Genossen zum Grünen Bericht 1982 (III-21 der Beilagen) in der Fassung des Ausschußberichtes (95 der Beilagen) betreffend eine Politik für die österreichischen Bauern

ein. Um Zeit zu sparen, möchte ich die Begründung nicht im einzelnen zitieren.

Im Interesse einer Politik für die Bauern in Österreich stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Etschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß

die Bundesbeteiligung der Milchexportfinanzierung von 16 auf 18 Prozent angehoben wird, um den benachteiligten kleineren Milchbauern endlich wirksam helfen zu können,

das Biosprit- und Ölsaatenprojekt zum ehestmöglichen Zeitpunkt realisiert werden kann, um die Preis- und Absatzsicherheit für den gesamten Brot- und Futtergetreidebereich nachhaltig zu sichern,

Mittel für die Viehexportförderung ausreichend und vor allem zeitgerecht bereitgestellt werden, um den Viehmarkt insbesondere im Interesse der Bergbauern zu stabilisieren und die Voraussetzungen für die Entlastung des Milchmarktes zu schaffen,

durch ein Obst- und Gemüseförderungsgesetz eine verbesserte Preis- und Absatzsicherheit für Obst, Wein, Gemüse und Sonderkulturen im Interesse der kleineren bäuerlichen Betriebe gewährleistet werden kann,

die zusätzliche Belastung der Bauern durch die Anhebung der Pensionsversicherungsbeiträge zurückgenommen wird,

die 5prozentige Erhöhung der Einheitswerte mit 1. Jänner 1983 zurückgenommen und die steuerliche Belastung des Weinbaues reduziert werden,

die Arbeitsplätze der Nebenerwerbsbauern besser abgesichert werden durch

eine Verbesserung des Kündigungsschutzes,

den Wegfall der Einheitswertgrenze für den Bezug von Arbeitslosengeld und

eine gerechte Behandlung der Nebenerwerbsbauern bei der „Aktion 57“,

Dipl.-Ing. Riegler

jungen Hofübernehmern durch einen Hofübernehmerkredit im Rahmen der Agrarinvestitionskreditaktion der Start in die Selbständigkeit erleichtert wird.

Soweit unser Entschließungsantrag. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ja, dort, wo Sie Ihre Verschwendungen haben, gibt es genug einzusparen, Herr Abgeordneter. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lassen Sie mich abschließend eines auch noch kurz festhalten: Ich war etwas überrascht über den Beitrag des Herrn Abgeordneten Hintermayer. Er hat sogar den Abgeordneten Pfeifer übertroffen. Der Abgeordnete Pfeifer war immer zehn Jahre zurück in seinen Diskussionsbeiträgen, der Abgeordnete Hintermayer ist es um 20 Jahre, denn er hat mit den Jahren 1962 und 1963 herumargumentiert.

Was das gefärbte Dieselöl betrifft, so darf ich den Abgeordneten Hintermayer erinnern: Das war das erste Bauernopfer, das die FPÖ im Jahre 1970 zugunsten eines parteitaktischen Vorteiles gebracht hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte es mir ersparen, den Herrn Staatssekretär Murer an das zu erinnern, was er als Abgeordneter von diesem Pult aus gesagt hat. Ich könnte hier sehr viel zitieren aus den Stenographischen Protokollen. Ich sage Ihnen, Herr Staatssekretär: Die Ambitionen und die guten Absichten unbenommen, die Sie als Berbauern bewegen, aber Tatsache ist eben, was wir immer gesagt haben: Innerhalb der Konstellation Sozialisten und Freiheitliche ist eine Kurskorrektur nicht möglich. Ich kann hier einen Zeugen anführen, der derzeit wohl die höchste Autorität innerhalb der Sozialistischen Partei darstellt, nämlich den nun neu gewählten Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Dr. Sinowatz.

Die „Kleine Zeitung“ vom 5. November 1983, also brandaktuell, berichtet über die Klausur der Nationalratsfraktion der SPÖ. Hier schreibt die „Kleine Zeitung“: Mit der ÖVP sei eine Regierungsbildung unmöglich gewesen, meinte Sinowatz. Und dann unter Anführungszeichen: „Mit ihr wär's nicht gegangen“, weil die ÖVP eine größere Abweichung vom bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs verlangt hätte, „während wir mit der FPÖ einen Großteil unseres Programms durchbringen.“

Genau das ist es, was wir gesagt haben. Sie können nur den sozialistischen Weg mitvoll-

ziehen. Wir wollen eine Kurskorrektur, und diese Kurskorrektur haben Sie auch in der Agrarpolitik nicht zustande gebracht. (*Beifall bei der ÖVP.*) 13.59

Präsident Dr. Stix: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weinberger. Ich erteile es ihm.

14.00

Abgeordneter Weinberger (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Bei den verschiedenen Debatten, die wir im Hohen Hause über den Bereich der österreichischen Landwirtschaft führen, bei den Marktordnungsgesetzen, bei den Budgetdebatten und heute wieder zum Grünen Bericht, haben wir eines gemeinsam: daß wir die Aussage treffen, daß wir die österreichische Bauernschaft brauchen, daß wir die Produkte der Landwirtschaft brauchen. Wir brauchen die Bauern auch als Behüter und Beschützer unserer Umwelt.

Nur, meine Damen und Herren, wenn es dann um die Maßnahmen geht, die diese Regierung gesetzt hat, wenn es also um die Diskussion geht, was geschehen ist oder was noch hätte geschehen können, dann scheiden sich die Geister.

Der Abgeordnete Riegler, der als dritter Hauptsprecher der ÖVP — Präsident Derfler hat gesprochen, den habe ich nach seiner Rede nicht mehr im Haus gesehen; aber es steht mir nicht zu, zu urteilen ... (*Abg. Graf: Hätte er sich abmelden sollen bei Ihnen?*) Das braucht er nicht, ich stelle es nur fest, und Feststellungen, Herr Präsident Graf, werden erlaubt sein! (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Graf: Beruhigen Sie sich!*)

Auch Präsident Deutschmann hat bereits dazu Stellung genommen. Die Debatte war äußerst ruhig, glaube ich, feststellen zu können.

Kollege Riegler hat also, so wie er es dem Minister vorgeworfen hat, polemisch hier repliziert. (*Ruf bei der ÖVP: Wo ist der Staatssekretär außer Dienst?*)

Er meinte unter anderem etwas, und ich bin froh, daß ich mir den Artikel mitgenommen habe; ich wollte ihn nicht verwenden: Wohl-

1586

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Weinberger

fahrtsstaat vergißt Bergbauern!, steht hier als große Überschrift. Eine Aussage, und das ist eigentlich interessant, von Ihrem Chef, vom Leiter des Agrarinstituts.

Riegler hat dazu Stellung genommen. Er meinte, daß die Zuschüsse pro Tag für die österreichische Landwirtschaft nur 12 S betragen hätten. (*Abg. Deutschmann: Bergbauern!*) Bergbauernzuschüsse. Danke für die Berichtigung. Ich darf in aller Form feststellen: Es war etwas mehr. Es waren pro Betrieb im Jahr 6 139 S. So steht es hier, wie es durch die österreichische Presse gegangen ist. Aber diese Feststellungen sollen nur dazu beitragen, daß man weiß, was die Bauernschaft bekommen hat, was unter anderem die Bergbauern bekommen haben.

Nur eines geht nicht, meine Damen und Herren: Hier bringen Sie auch zum Ausdruck: Zuschüsse sind Bagatelle. — Ich glaube, wenn wir im Jahr 1983 an Bergbauernzuschuß bei den Einheitswerten bis zu 50 000 S 10 500 S zur Verfügung stellen, so ist das eine außerordentliche Leistung und keine Bagatelle. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich würde mich, meine Damen und Herren, sehr freuen, wenn auch die Länder hier mithalten würden. Ich habe schon voriges Jahr bei der Agrardebatte festgestellt, daß mein Bundesland Tirol weit hinten geblieben ist. Sie waren im Anfang der siebziger Jahre fast auf gleicher Höhe wie der Bund, und man mußte feststellen, daß sie weit, weit hinter den Bundesmitteln zurückgeblieben sind: 30 Millionen zu 60 Millionen.

Es steht sicher allen Abgeordneten zu, Einwände vorzubringen, Kritiken anzubringen. Aber die landwirtschaftlichen Begleitmaßnahmen, die von der Bundesregierung getroffen werden, einfach herunterzumachen, als ob überhaupt nichts geschehen wäre, dem können wir nicht zustimmen, meine Damen und Herren!

Die bisherige Aussage war meistens so, auch heute haben wir das gehört, und auch in der Präsidentenkonferenz zum Anlaß des 75jährigen Jubiläums war in dieser Aussage zu lesen, daß die Einkommen wohl gestiegen sind im Jahre 1982, daß aber die Ursache dafür nur der Fleiß der Bauern, das Wetter und die ausgezeichnete Beratung der bäuerlichen Vertretung waren. Darunter ist aber gleich gestanden: Die schlechten Einkommen der Bergbauern! Und selbstverständlich so wie jedes Jahr: Wer hat die Schuld? — Natürlich die Bundesregierung!

So geht es, glaube ich, nicht.

Die Bundesregierung von 1970 bis zum Jahre 1983 hat, meine ich persönlich, und jeder kann das in den Grünen Berichten der letzten Jahre nachlesen, Außerordentliches geleistet, und das wurde auch von der österreichischen bäuerlichen Bevölkerung immer wieder anerkannt. Das möchte ich festhalten, es gehört mit zur Diskussion. Ich freue mich, daß in der Erklärung der Bundesregierung vom 31. Mai festgestellt wird, daß die Bergbauernpolitik weitergeführt und fortgesetzt wird, und zwar mit den direkten Einkommenszuschüssen, einer verstärkten Förderung der kleinen Bauernbetriebe sowohl im Voll-, Neben- und Zuerwerbsbereich, einem dritten Bergbauern-Sonderprogramm.

Ich möchte daran erinnern, die Sozialisten waren es im Jahre 1972, die ein erstes Bergbauern-Sonderprogramm eingeführt haben. Das Zweite Bergbauern-Sonderprogramm wird mit Ende dieses Jahres auslaufen, und wir werden zu einem dritten Bergbauern-Sonderprogramm zwischen 1984 und 1988 kommen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

6,7 Milliarden Schilling in diesen Bergbauern-Sonderprogrammen bis zum Jahre 1983 sind ebenfalls eine außerordentliche Leistung des Bundes!

Erlauben Sie mir als Tiroler Abgeordnetem, jetzt eine Feststellung zu treffen: Ich bin seit zwei, drei Jahren dahinter, daß die Bundesregierung dafür Sorge tragen wird, daß es für jene Bergbauernbetriebe, die in extremen Lagen ihre tägliche Arbeit verrichten müssen, zu einer vierten Bergbauernzone kommt. Ich glaube, das sind wir jenen Leuten schuldig, die händisch in den extremsten Berglagen für unsere österreichische Bevölkerung ihren Beitrag leisten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Zum Grünen Bericht selbst. Ich möchte mich kurz halten, denn Kollegen nach mir werden noch näher darauf eingehen.

Unser Herr Bundesminister hat die Einkommensentwicklung aufgezeigt. Es ist richtig, 1,9 Prozent real befriedigen nicht. Sie befriedigen vor allem nicht in den Bergregionen, wo wir ein echtes Minus zu verzeichnen haben.

Kollege Riegler hat im Landwirtschaftsausschuß, als wir den Grünen Bericht behandelt haben, gemeint, daß die Zuschüsse bei weitem nicht ausreichen, dieses Minus wettzumachen. Ich möchte ihm nur sagen: Wenn es

Weinberger

diese Zuschüsse nicht geben würde, dann würden wir gut ausschauen! Aber ausgleichen können wir bei Gott nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist von unserem Herrn Bundesminister gesagt worden, daß der Holzverkauf stagniert hat, und er hat gemeint, die Bäume bleiben stehen. Er wurde daraufhin belächelt. Es hat keine Katastrophen gegeben, keine Unwetterschäden und so weiter, aber es ist sicher ein Pech für die Landwirtschaft, wenn die Holzpreise zurückgehen oder wenn wir im Ausland nicht so viel absetzen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, weil es hauptsächlich die Bergbauern betroffen hat — den Flachlandbauern ist es ja zum Großteil sehr gut gegangen, was die Getreideernten und so weiter anlangt, aber trotzdem möchte ich das festhalten, wenn gesagt wurde, daß es im Durchschnitt für die österreichische Bauernschaft von 1975 bis 1982 zu einem Reallohnzuwachs von 1,85 gekommen ist —: Die Bergbauern haben sogar um 1 Prozent besser abgeschnitten. Das dürfen wir in unserer Diskussion und in unserer Debatte nicht vergessen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht aufzählen, weil noch viele Redner nach mir kommen, was alles geschehen ist laut Grünem Bericht. Wir haben fast 2 Milliarden Inhalt, wir haben, was mich besonders freut, wieder 1 368 Höfe an das Verkehrsnetz anschließen können, wir haben bei den Telefonen weitergemacht, wir haben bei der Elektrifizierung weitergemacht. Natürlich, die Höfe, die noch nicht erschlossen sind, warten darauf, daß sie erschlossen werden, nur: die Mittel fehlen uns leider dazu. Und die Mittel für die Herstellung dieser Güterwege, für diese Hoferschließungen werden immer höher werden, weil diese Menschen einfach weiter weg wohnen.

Besonders möchte ich aber die 359 Millionen Schilling Bergbauernzuschüsse erwähnen. Das ergibt, wie ich schon sagte, den durchschnittlichen Zuschuß von 6 200 S.

Meine Damen und Herren! Die bisherige Regierung unter Dr. Kreisky hat, wenn es auch einige der Kollegen von der rechten Seite nicht gern hören, Außerordentliches geleistet. Beziiglich der Einkommen, zu denen wir durch verschiedene Maßnahmen der Regierung, des Landwirtschaftsministers beigetragen haben, sollten wir eines nicht vergessen: Die österreichische bäuerliche Bevölkerung hat am sozialen Aufstieg dieses Lan-

des genauso teilgenommen, und ich werde mir erlauben, Sie an einige Dinge zu erinnern.

Vor allem sind es die familienpolitischen Bereiche, die ich ansprechen möchte. Ich weiß schon, meine werte Kollegin Wieser wird nachher vielleicht einer etwas anderen Meinung sein.

Die Mütterbeihilfe, die voriges Jahr eingeführt worden ist, ist ein großer Vorteil für die Mütter im landwirtschaftlichen Bereich. Nur ist noch nicht ganz das erreicht worden, was wir uns vorgestellt haben. Es haben ungefähr 5 400 Frauen diese Mütterbeihilfe in Anspruch nehmen beziehungsweise sich eine Hilfe auf den Hof holen können und haben Mittel in Anspruch genommen, die nicht gering sind. Es sind ja immerhin 250 S im Tag oder 7 500 S im Monat: das möchte ich in Erinnerung rufen. 16 Prozent dieser Mütter haben allerdings die Geldleistung in Anspruch genommen.

Ich möchte noch einmal sagen: Wir sind mit den 16 Prozent nicht ganz zufrieden, und deshalb gilt es noch weiterzuarbeiten.

Ich möchte aber hinzufügen: Die Einführung des Mutter-Kind-Passes hat allen Müttern sehr geholfen.

Die Geburtenbeihilfen mußten leider gekürzt werden; ich habe keine Freude damit, das muß ich ehrlich sagen. Viele Österreicher werden sagen: Endlich einmal ist man in diesem Bereich nicht mehr so großzügig. Die Heiratsbeihilfe bleibt, wie sie war. Lehrlingsbeihilfen, Schulfahrten, Schulbücher: all diese Dinge sind auch der österreichischen Bauernschaft zugute gekommen, und wir freuen uns darüber.

Ich freue mich ganz besonders als einer, der sehr viel mit den kleinen Bauern redet, der auf einem ganz kleinen Bergbauernhof auf die Welt gekommen ist und viele Jahre dort droben in dieser kleinen Landwirtschaft bis zum Berufseinstieg mitgearbeitet hat.

Eines ist unmöglich: Ich kann aus einem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb mit 2 oder 3 ha nicht einen mit 10, 20 ha machen.

Wenn Sie Vergleiche anstellen, meine Damen und Herren — und ich muß Sie darum ersuchen —, so müssen Sie sich die Struktur dieser Bergbauernbetriebe einmal näher anschauen. Ich kann auch nicht einen Teilzeitbeschäftigen mit zwei oder vier Stunden

1588

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Weinberger

Arbeitszeit mit einem, der ganztägig beschäftigt ist, vergleichen.

Es freut mich besonders, daß die bäuerlichen Pensionen — ich weiß, man hört es nicht gern — auch ein Beitrag dazu sind, daß es der bäuerlichen Bevölkerung besser geht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber ich verstehe eines nicht: Bei der Sozialversicherungsdebatte im Hohen Haus am 21. Oktober haben Kollege Flicker und noch ein anderer Kollege gemeint, die Bauern würden von der SPÖ- und FPÖ-Regierung in Zukunft noch mehr ausgenommen werden als bisher.

Meine Damen und Herren! Sie sind nicht bereit, Ihren Beitrag zu leisten, daß die Pensionen erhöht werden können. (*Abg. Helga Wieser: Das stimmt ja nicht!*) Nirgendwo, Kolleginnen und Kollegen, wird es eine Möglichkeit geben, daß die Arbeiter sagen: Wir lassen uns das nicht gefallen! Die anderen sollen es zahlen, die Angestellten, die Beamten.

Wir, so glaube ich, müssen alle zusammenhalten, damit wir die schwierigen Zeiten, die vor uns stehen — wir kennen die Entwicklung im Pensionsbereich —, bewältigen können. Ich stelle hier eindeutig fest: Wir nehmen die Bauern nicht aus, sondern genau das Gegenteil ist richtig: Wir geben ihnen immer mehr und mehr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe einen kurzen Zwischenruf gehört, der da lautet: Na ja, mein Gott! — Ich darf daran erinnern, 1965 betrug die Pension im Durchschnitt 257 S, sie liegt derzeit bei 2 639 S und macht mit den Zuschüssen und Zulagen insgesamt 3 500 S aus. Es ist keine Frage: 725 Millionen Schilling dazumal, 8 Milliarden Schilling heute: eine stolze Bilanz, muß ich sagen, der Bundesregierung oder einer stolze Bilanz des Bundes.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich feststellen, daß man mehr tun könnte, daß man mehr tun sollte. Nur: Der Regierung fehlen zurzeit die notwendigen finanziellen Mittel. (*Zwischenruf des Abg. Hietl.*) Lieber Kollege Hietl, wir haben diese finanziellen Mittel nicht, und ich weiß nicht, wo sie die ÖVP hernehmen möchte. (*Abg. Hietl: Ihre Verschwendungen einsparen, ganz einfach!*) Sie sprechen von Steuersenkung, Sie sprechen von Einsparungen. Sie sagten in der Vorwahlzeit, Sie könnten 60 Milliarden Schilling einsparen. Vielleicht können Sie sich noch daran erinnern. 60 Milliarden Schilling einzusparen und auf der anderen

Seite etwas dazuzugeben, ist unmöglich. Meine Damen und Herren! Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen, wie so oft gesagt wurde, sondern wir haben große Sorgen. Wir haben große Sorgen in der Wirtschaft, wir haben größte Sorgen in manchen Branchen unserer Wirtschaft, und wir spüren auch diese Schwierigkeiten. Aber es ist uns gelungen, durch eine gute Politik diese Schwierigkeiten nur in abgeschwächter Form in Österreich zu haben. Die Bestätigung hiefür finden wir in den einzelnen Berichten der OECD, die uns unsere Aussagen immer wieder bestätigen.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns darüber freuen, daß wir besser dastehen als die meisten der westlichen Industrieländer. Wir sollten uns darüber freuen, daß Österreich nach wie vor ein Schaufenster eines sozialen und wirtschaftlichen Aufstieges ist, daß wir ein Land sind, das den sozialen Freuden hat.

Wir können die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, nur gemeinsam bewältigen. Daher möchte ich alle bitten — unter alle meine ich alle Fraktionen, ob es nun die Opposition ist oder die beiden Regierungsfraktionen —: Wir müssen gemeinsam danach trachten, diese Dinge zu bewältigen, wir müssen sie bewältigen im Interesse der österreichischen Landwirtschaft, wir müssen sie aber darüber hinaus auch im Interesse aller Österreicherinnen und Österreicher bewältigen. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{14.16}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Helga Wieser. Ich erteile es ihr.

^{14.16}

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einleitend möchte ich dem Herrn Minister Haiden gratulieren, daß er den Herrn Staatssekretär Schober losgeworden ist. (*Ironische Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP.*) Er hat in Staatssekretär Murer sicherlich einen qualifizierten Mitstreiter gefunden.

Als Salzburger Abgeordnete verstehe ich aber nicht, daß sich die Salzburger SPÖ einen derartigen Herrn auf ihre Liste setzen ließ. Ich muß Ihnen sagen, so etwas würde der ÖVP nicht passieren. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Es wurde hier besonders hervorgehoben, es sei

Helga Wieser

gerade die SPÖ gewesen, die die Nebenerwerbslandwirte in die Förderung einbezogen hätte.

Ich möchte Sie aber davon in Kenntnis setzen, daß der fiktive Einheitswert sehr oft ein sehr triftiger Grund dafür ist, daß die Nebenerwerbslandwirte die Förderungen nicht in Anspruch nehmen können. Die landwirtschaftlichen Förderungen des Landes Salzburg zum Beispiel werden unabhängig vom fiktiven Einheitswert gewährt. Daran könnte sich die Bundesregierung ein Beispiel nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Den Vorwurf, daß der Herr Minister Schleinzer seinerzeit den fiktiven Einheitswert eingeführt hat, müssen wir deswegen zurückweisen, weil Sie in den letzten 13 Jahren so viele Dinge allein beschlossen haben, die zum Nachteil der österreichischen Bevölkerung waren. Es wäre höchste Zeit, wenn Sie endlich einmal etwas zum Vorteil der österreichischen Bevölkerung beschließen würden. (Beifall bei der ÖVP.)

Mein Kollege Weinberger hat schon geahnt, daß ich natürlich unwillkürlich darauf, daß hier ständig den Bauern die familienpolitischen Maßnahmen, die jeder Österreicher in Anspruch nimmt, vorgerechnet werden, entsprechend reagieren würde.

Es würde mir nicht im Schlaf einfallen, einem Arbeitnehmer vorzurechnen, daß er die Kinderbeihilfe bekommt, denn entweder bekommen sie alle, oder es bekommt sie keiner. Ich glaube, wir sollten endlich einmal damit aufhören, den Bauern ständig, bis zu den Schulbüchern, vorzurechnen, was ihnen der Bund schenkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Außerdem, meine Damen und Herren: Der Bund schenkt überhaupt keinem etwas. Das sind die Steuermittel, die alle einzahlen, und die Bundesregierung verteilt sie dann. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Die Vorstellungen des Herrn Landwirtschaftsministers, daß wir an die Weltmarktpreise herankommen müssen: Also bitte, ich jedenfalls kann mir das noch nicht vorstellen.

Wie wollen Sie denn einem Bergbauern klarmachen, daß er mit den Weltmarktpreisen auskommen soll, wo er ohnehin schon genug Schwierigkeiten mit dem Gelände hat und dort eine wesentlich kürzere Vegetation hat? Man muß eben zur Kenntnis nehmen, daß alle landwirtschaftlichen Produkte gestützt sind. Warum will man denn gerade in

Österreich mit dem Abbau dieser Stützungen beginnen? (Abg. Dr. Reinhardt: Ihr seid dagegen!)

Vielleicht noch ganz kurz zu den Ausführungen des freiheitlichen Kollegen Hintermayer. Es war zu erwarten, daß er dem Grünen Bericht die Zustimmung gibt, aber der Sinneswandel ist hier sehr offenkundig. Er stimmt dem Grünen Bericht zu, der von dem Budget erstellt wurde, das im vorigen Jahr der Herr Abgeordnete Murer abgelehnt hat. Man muß diese Bocksprünge wirklich erst einmal erleben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es hat sich der Herr Abgeordnete Hintermayer als ganz besonders Wahlziel vorgenommen, die 5prozentige Einheitswerterhöhung rückgängig zu machen. Solange der Herr Abgeordnete Hintermayer im Parlament ist — wir haben ihn auch schon in Agrardebatten verfolgen können —: kein Wort mehr, meine Damen und Herren! Das muß er aber auch erst den freiheitlichen Wählern klarmachen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Bergbauern-Sonderprogramm, das jetzt sozusagen in die dritte Phase laufen soll: Man muß nur alles erleben bei den Sozialisten, man muß sehr alt werden, um einmal finanzielle Verbesserungen zu erleben. Ich möchte aber doch sagen: Wenn das Bergbauern-Sonderprogramm so vorzüglich ist wie das Beschäftigungsprogramm — je mehr Beschäftigungsprogramme wir bekommen haben, umso mehr Arbeitslose haben wir bekommen. Ich hoffe nur, daß das bei den Bergbauern nicht eine derartige Auswirkung hat.

Nun zum Grünen Bericht. Mehr als 600 000 Österreicher leben mehr oder weniger gut von den Erträgen der Landwirtschaft, und im Grünen Bericht kommt die finanzielle Situation zum Ausdruck. Ich möchte aber auch feststellen, daß wir daran interessiert wären, in mehreren Produktionsgebieten feststellen zu können, daß es Einkommensverbesserungen gibt. Wir von der Opposition sind nicht daran interessiert, ständig sagen zu müssen, daß das Einkommen zurückgeht, denn letztlich werden wir auch in unserer politischen täglichen Arbeit mit diesen Problemen konfrontiert. Wir haben auch kein Interesse daran, eine Berufsgruppe krankzujammern.

Ich glaube, daß wir daran interessiert sein müssen, politische und wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, daß eben auch die jüngere Generation wieder Freude hat, den Beruf zu ergreifen, und daß sie nicht immer

1590

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Helga Wieser

mehr mit dem Problem der Abwanderung konfrontiert wird.

Es ist von seiten der bäuerlichen Bevölkerung sehr schwer verständlich, daß sie trotz vieler Stunden Arbeit mehr, ohne Urlaub letztlich unter dem Strich zu wenig verdient. Das müssen wir uns doch alle vor Augen führen, und ich glaube, wir müssen gemeinsam hier herangehen, doch eine finanzielle Verbesserung zu erreichen.

Ich möchte aber auch feststellen, daß wir mit Genugtuung festgestellt haben, daß im nordöstlichen Hügelgebiet eine wesentliche Einkommensverbesserung zu bemerken war. Nur, es ist ein Problem, wenn in sieben Produktionsgebieten negative Einkommensentwicklungen festzustellen sind und nur in einem Produktionsgebiet eine Verbesserung zu bemerken ist.

Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, es tröstet eine Bergbäuerin nicht, wenn man ihr ständig von der innerlandwirtschaftlichen Einkommensdisparität etwas vorposaunt und vorspricht und sie mit ihren ständigen finanziellen und körperlichen Belastungen nicht mehr zu Rande kommt.

Es tröstet eine Bergbäuerin nicht, wenn man ihr in allen möglichen und unmöglichen Statistiken vorrechnet, daß sie eigentlich mehr eingenommen hat, wenn letztlich aber in ihrer eigenen Geldbörse ständig das Geld ausgeht.

Es tröstet eine Bergbäuerin nicht, wenn in der Öffentlichkeit als besonders tüchtig und lobenswert bezeichnet wird, was sie für die Volkswirtschaft leistet, und wenn man ihr dann von der verantwortlichen Seite her den gerechten Lohn nicht zubilligt. Das ist eine Politik, die nach außen hin ganz nett klingen mag, aber in der Realität sehr gefährlich ist.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen auch erkennen, daß, wenn weitere finanzielle Einbußen und natürlich die damit verbundenen Schwierigkeiten noch weiter zu bemerken sind, die Abwanderung sicherlich forciert wird und so wie bisher und in noch verstärktem Ausmaß von der Substanz gelebt wird. Natürlich ist es nicht Zweck der Übung eines Bauern, daß er ständig Grundstücke verkauft, um sich sozusagen über Wasser zu halten, denn letztlich müßte er von dem Ertrag leben können.

Die Einkommensunterschiede sind heute schon ganz besonders hervorgehoben worden.

Es würde zu weit gehen, wenn ich sie jetzt noch einmal betonen würde.

Wie hat denn dieses ganze Dilemma begonnen? Meine Damen und Herren! Es wurden in den siebziger Jahren Einheitswerterhöhungen durchgeführt, als schon zu erkennen war, daß das landwirtschaftliche Einkommen ständig zurückgeht. Der Einheitswert ist ein Ertragswert, und umso unverantwortlicher ist es, wenn trotz schlechter Erträge den bäuerlichen Familien ständig steigende neue Belastungen zugemutet werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Bauernpension ist eine segensreiche Einrichtung. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß sie in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung beschlossen wurde. Ich weiß auch, daß die Bauernpension hohe zusätzliche Mittel erfordert. Aber ich weise den Vorwurf zurück, daß wir nicht das nötige Finanzielle dazu tun, daß diese Bauernpensionen auch finanziert werden können. Meine Damen und Herren! Was wollen Sie denn eigentlich den Bauern noch nehmen?

Oder der ständige Vorwurf, sie zahlen keine Steuern. Wovon sollen sie denn Steuern zahlen, wenn sie kein Einkommen haben? Ich glaube, das ist doch eine sehr spürbare Entwicklung, und man kann doch nicht ununterbrochen gegen das Wissen um diese Situation in der Öffentlichkeit polemisch argumentieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Auch hier wurde schon der Dank den Bäuerinnen gegenüber ausgesprochen. Ich möchte es ebenso tun. Wir haben heuer im Winter im Rahmen der Wintertagung einen Bäuerinnentag durchgeführt, bei dem der Herr Bundespräsident ganz besonders auf die Verdienste der Bäuerinnen hingewiesen hat, wo er nicht nur ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten herausgestrichen hat, sondern wo er vor allem auch ihre innere Bindung an die Familie und vor allem ihre Fähigkeit, die Familie zu festigen, ganz besonders hervorgehoben hat.

Ich möchte auch das Mutterschaftsgeld, das heute schon erwähnt wurde, sehr lobend erwähnen. Es ist eine gesundheitspolitische Maßnahme, die für uns von größter Bedeutung ist. Wir haben nur das Problem, daß es immer mehr bürokratisch und immer schwieriger wird, in Österreich zu einer Förderung zu kommen.

Außerdem, glaube ich, ist es notwendig, wieder einmal zu erwähnen, daß man gegen-

Helga Wieser

über der Bäuerinnenschaft nicht ständig den Verdacht sozusagen an den Tag legen soll, daß mit dem Geld das Gegenteil von dem gemacht wird, was ursprünglich vorgesehen war. Im Grunde genommen sind die Bäuerinnen heute sehr aufgeklärt und informiert; informiert auch über die Bedeutung dieser gesundheitspolitischen Maßnahme. Umso weniger verstehe ich das Ansinnen von Frau Staatssekretär Dohnal, spezielle Kräfte auszubilden, die dann verpflichtend den Bäuerinnen in die Familie gesetzt werden. Wir brauchen keine Entwicklungshelfer! Das möchte ich von vornherein einmal feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es ist ein Tatsache, daß die Bäuerin heute im Jahr 3 700 Stunden arbeitet, und das in einer Zeit, wo man in anderen Bereichen immer von einer Arbeitszeitverkürzung redet. Die bäuerlichen Familien verstehen nicht, daß immer weniger immer mehr arbeiten sollen und immer mehr immer weniger arbeiten sollen.

Das sind Bereiche, die man aufzeigen muß. Wenn wir nicht gemeinsam zu einer Verbesserung drängen, dann sehen wir uns außerstande zu erreichen, daß hier für verschiedene Entwicklungen auch das entsprechende politische Verständnis an den Tag gelegt wird.

Ich glaube, daß wir auch noch ganz kurz vor allem auf diese marktpolitischen Fehlentwicklungen hinweisen müssen, die uns letztlich in das Dilemma gebracht haben, daß eben hier das Einkommen hinten und vorn nicht mehr langt. Wir wissen, wenn wir uns an die EG-Verhandlungen erinnern, daß wir mit dem berühmten Agrarbriefwechsel dann unter die politischen Räder geraten sind, daß wir mit der Ostliberalisierung auch größte Schwierigkeiten in den Gemüse und Obst erzeugenden Bundesländern sozusagen zustande gebracht haben und daß vor allem der politische Wille fehlt, entsprechend notwendige Verhandlungen zu führen und zur richtigen Zeit die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir wissen doch heute genau in diesem sensiblen Marktbereich: Wenn ich hier die Verhandlungen falsch, zu spät führe, dann habe ich einfach dieses Geschäft verloren, denn wenn wir uns einbilden, daß Gott und die Welt auf unsere Produkte wartet, dann irren wir uns. Wenn es wir nicht tun, dann sind zehn andere da, die mit einem entsprechenden Angebot auf dem Weltmarkt auftreten.

Das gleiche ist bei den Libyen-Exporten.

Herr Staatssekretär! Sie waren ja auch bei den Libyen-Exportverhandlungen und vor allem bei der Demonstration. Es ist unverständlich, daß gerade hier wieder die Bergbauern unter die Räder kommen, denn die Libyen-Stiere — Sie wissen als Fachmann doch Bescheid — stehen eben hauptsächlich in den Bergbauernhöfen und in den Gebieten, wo nicht Getreide oder Silo-Mais produziert werden kann, also dort, wo sozusagen nur mit dem gewöhnlichen Heu die Stiere gefüttert werden, die wir auf dem Inlandsmarkt nicht absezten können. Umso unverständlicher ist mir das Verhalten, das hier der Herr Bundesminister an den Tag gelegt hat.

Meine Damen und Herren, so gäbe es noch viele Dinge. Der Herr Abgeordnete Schober hat von Spannen gesprochen. Der „beste Finanzminister aller Zeiten“, seinerzeit der Herr Finanzminister Androsch, war es ja, der als erstes diese Inlandsstützungen — über 1 Milliarden Schilling — in zwei Raten abgebaut hat. Warum muß denn der Konsument heute so hohe Mittel für Milchprodukte bezahlen? — Weil eben der Herr Finanzminister Androsch als erstes diese finanziellen Einschränkungen durchgeführt hat.

Es gäbe noch sehr viele Dinge zu erwähnen, die letztlich auch zu der heutigen, sehr prekären Situation geführt haben.

Wenn uns immer vorgeworfen wird, wir sollten sparen: Es ist mir ganz klar, daß überall gespart werden muß. Es wäre mir unverständlich, wenn bei der Erstellung des Grünen Berichtes gespart werden würde, so wie es der Minister im Ausschuß bereits erwähnt hat. Ich würde ihm einen guten Rat geben: Er soll sich die „Agrarwelt“ sparen und soll dafür alle Nebenerwerbsbauern in den Grünen Bericht einbeziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ähnlich ist es bei den Einkommensvergleichen, die hier auch schon erwähnt wurden, höchst an der Zeit, und wir könnten uns so manche politische Diskussion durch eine sachliche ersetzt denken. Das wäre sicherlich ein gangbarer Weg.

Sie, Herr Bundesminister, und auch Sie, Herr Staatssekretär, sind jetzt am Zug, endlich etwas für die Bauern zu tun und nicht ständig eine Politik gegen die österreichischen Bauernfamilien zu unterstützen! (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{14.32}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Ortner. Ich erteile es ihm.

1592

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

14.32

Abgeordneter Mag. Ortner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich meiner Vorrednerin hinsichtlich ihrer sicherlich polemischen Äußerungen nicht anschließen und ich möchte diesen Worten nicht die schlechten Taten folgen lassen. Ich möchte mich sehr sachbezogen mit dem beschäftigen, was jetzt zur Debatte steht. Das ist der Grüne Bericht für das Jahr 1982. Ich möchte aber nur jene Anregung aufnehmen, die der Herr Abgeordnete Riegler gemacht hat. Er hat gesagt, er möchte jene Äußerungen, die der jetzige Staatssekretär Murer damals gemacht hat, nicht wiederholen. Ich als Vertreter der Freiheitlichen Partei werde selbstverständlich die Ausführungen des nunmehrigen Staatssekretärs aus der damaligen Zeit wiederholen.

Die Freiheitliche Partei hat ja am 16. Dezember 1981 dem Kapitel 60 die Zustimmung verweigert. Und damals hat Ing. Murer die Probleme der bäuerlichen Bevölkerung in dieser Bundesregierung Österreichs klar aufgezeigt. Es hat sich hier nicht um Detailprobleme gehandelt, sondern er hat neben gerechtfertigter Kritik aber auch die Tatsache vermerkt, daß damals schon die finanziellen Leistungen des Bundes, also aus dem Steuertopf heraus, eine anzuerkennende Steigerung erfahren haben, was damals insbesondere auch durch die höhere Dotierung des Bergbauern-Sonderprogramms möglich war. Er hat aber damals auf das Hauptproblem schon hingewiesen, das meines Erachtens den gesamten bäuerlichen Bereich durchzieht, auf das Problem nämlich des Verhältnisses der Mengenproduktion zu den staatlich reglementierten Preisen. Ich gehe nicht fehl in der Annahme, daß es gerade diese beiden Hauptprobleme sind, die sich immer wieder in den Marktordnungsgesetzen widerspiegeln; ein Problem daher, das damals bei den Ausführungen des Herrn Ing. Murer genauso aktuell war, wie es heute ist.

Die Freiheitliche Partei hat aber schon damals — nachzulesen in den Stenographischen Protokollen — auf ihre Bereitschaft zur Mitarbeit hingewiesen. Und zu beiden, zur Kritik und auch zur Mitarbeit, steht die Freiheitliche Partei heute und wird auch morgen dazustehen. Sie beweist es durch die Teilnahme an dieser Bundesregierung. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Dieser vorliegende Bericht gibt eine klare Diagnose auf die Fragen: Wie hat sich die Einkommenssituation entwickelt? Wie schaut es mit den Beschäftigungszahlen aus? Wie

schaut es mit der Produktivität aus? Und wie ist die soziale Lage der Bauern? Ich glaube, daß dieser Bericht sehr ausführlich ist, sodaß man ihn als gute Diagnose hernehmen kann. Und wenn man eine Gesamtdiagnose des Bauernstandes hennimmt, muß man bei Würdigung aller Betrachtungsweisen sagen: Die Lage des österreichischen Bauernstandes ist nicht so, wie sie von der ÖVP in ihrer Schwarzmalerei hingestellt wird, sie ist aber bei Gott auch nicht als rosig zu bezeichnen.

Ich bin der Auffassung, daß sich die Lage des österreichischen Bauernstandes als eine sehr ernste darstellt, wobei noch das Problem besteht, daß es ja zwischen den einzelnen Regionen, aber auch zwischen den einzelnen Erwerbsarten riesige Unterschiede gibt. Wir haben ja heute schon gehört, daß es zwischen den einzelnen Regionen im Norden und Osten Österreichs und jenen des bergbäuerlichen Gebietes riesige Unterschiede gibt. Wir sehen ja auch, daß derzeit gerade das Bergbauerngebiet zu den ernstesten Problemregionen zählt. Das heißt, dieser Grüne Bericht kann uns in die Lage versetzen, dieser Diagnose vielleicht auch jene Therapien folgen zu lassen, die bei einer emotionslosen Erledigung dieser Fragen eine Rolle spielen sollten.

Es ist heute schon von mehreren Vorrednern der Dank gegenüber dem Bauernstand ausgesprochen worden. Ich möchte diesem Dank noch eine ganz spezielle Note geben, indem ich auch jenen Bereich der bäuerlichen Bevölkerung heranziehe, der einen unheimlich hohen und wertvollen Beitrag zur österreichischen Volkskultur bringt. Die Freude, die gerade im bäuerlichen Bereich dem Volkstum, den Liedern, der Sprache, der handwerklichen Schöpfung, und dies fast ohne öffentliche Unterstützung, dargebracht wird, stellt diesen Berufsstand in ein besonderes Licht. (*Beifall bei der FPÖ.*) Gerade wir Freiheitlichen mit unseren Bekenntnissen zu den Werten der Volkskultur wissen dies ganz besonders zu schätzen. Hier also einmal auch ein nuancierter Dank an die bäuerliche Bevölkerung für ihren Beitrag zur Erhaltung der österreichischen Volkskultur.

Die Einkommensentwicklung verlief, wie aus dem Grünen Bericht ja zu entnehmen ist, in keiner Weise homogen, sondern zeigt ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen den Erträgen in den Bestlagen und jenen in den Berglagen. Ich lebe ja selbst in einer der extremsten Bergregionen Österreichs, ich lebe von den Bauern in meiner Tätigkeit in der Rechtsberatung, und ich kann sagen, daß

Mag. Ortner

die Schwarzmalerei nicht richtig ist. Es sind aber die Sorgen sicherlich ernst.

Ich glaube, daß gerade dieser Bericht Anlaß sein wird, ganz speziell über die bergbäuerlichen Probleme richtig nachzudenken. Gerade in diesen Regionen hat die Entwicklung in der Forstwirtschaft große Probleme mit sich gebracht, weil es vor allem — das ist heute auch noch nicht ausgesprochen worden — im Bereich der Hoferschließungswege, im Bereich des landwirtschaftlichen Güterwegebaues sehr wohl zu großen Leistungen bei der Errichtung dieser Wege gekommen ist, aber in vielen Hochlagenbereichen die Erträge aus der Forstwirtschaft und vor allem auch vieler Agrargemeinschaften dazu verwendet werden, jene Güterwege, die mit hohen Kosten gebaut werden, auch zu erhalten. Wenn nunmehr diese Erträge aus der Forstwirtschaft nicht mehr vorhanden sind, dann gelangt auch das öffentliche Wegenetz hinsichtlich seiner Erhaltung in ein relativ schwieriges Problem. (Abg. Helga Wieser: Siehe Salzburger Güterwege-Erhaltungsfonds!) Tut mir leid, wir haben in Kärnten derzeit noch ein Erhaltungsgesetz. Es freut mich aber, daß gerade in diesem Grünen Bericht dieses Problem angesprochen wird, und ich bin überzeugt davon, daß mit freiheitlicher Mitarbeit auch diesem Problem der Erhaltung der Güterwege ein ganz spezielles Augenmerk zugewendet werden wird.

Wenn man nun den Grünen Bericht etwas kritisch betrachtet, so zeigt er, daß vor allem auch im Bereich der Eigenkapitalbildung, da sich hier ein starkes Gefälle zum Nachteil des alpinen Bereiches ergibt, eine Vermögensrente kaum zu erzielen ist. Diesem Problem der Eigenkapitalbildung trägt dieser Bericht meines Erachtens vollinhaltlich Rechnung, wenn er wortwörtlich davon spricht, daß ohne ein Mindestmaß an Eigenkapitalbildung ein gesicherter Betriebsbestand kaum zu erwarten ist. Eine Erkenntnis, die sich sicherlich nicht nur auf den Bauernstand bezieht. Für den Bereich des Einkommens spielt natürlich dann der erzielbare Preis eine entscheidende Rolle.

Damals schon hat Ing. Murer — ich zitiere ihn neuerlich — gesagt: Die Preispolitik, durch das Preisgesetz geregelt, das in den Paritätischen Kommissionen zusammenge stellt wird, wir so gehandhabt, daß die Landwirte Österreichs zu Billigproduzenten degradiert werden; und der Zwang zur totalen Rationalisierung zwingt die Bauern immer mehr, zur Bank zu gehen, Geld aufzunehmen und Schulden zu machen.

Man drängt also die Bauern immer mehr in eine Mehrproduktion, um den fehlenden Preis auszugleichen. Wir haben in Österreich — das dürfte kein Geheimnis sein — keinen freien Markt für die landwirtschaftlichen Produkte, sondern wir haben preisgeregelte Märkte.

Auch der heute schon erwähnte seinerzeitige Landwirtschaftsminister Hartmann drückte dieses Problem aus, indem er sagte: Mit der Methode, mit immer weniger Bauern immer mehr zu produzieren, wird man die Probleme auf Dauer nicht lösen können. — Ich kann mich dieser Diagnose nur vollinhaltlich anschließen.

Ing. Murer führte damals noch weiter aus — Sie sehen, ich habe vor seinen Ausführungen bei Gott nicht jenen Respekt, den der Herr Kollege Riegler hat —: Eine verantwortungsvolle Agrarpolitik kommt nicht umhin, über diese Mehrproduktion zu reden. — Dem ist auch aus heutiger Sicht der FPÖ nichts hinzuzufügen. (Abg. Fachleutner: Die Initiative ergreifen!)

Herr Kollege, ich kann Ihnen nur eines sagen: Zwischen dem, was man sich vorstellt, und dem, was möglich ist, besteht ein Unterschied. Das Mögliche in die Realität umzusetzen, das ist die Kunst in der Politik. Ich bin überzeugt davon, daß wir in der Person unseres Staatssekretärs den besten Mann an diesem Platz haben, der zur Lösung der Probleme der Bauernschaft auch aus eigener Sicht die größten Beiträge leisten wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte aber noch einen weiteren Gedanken zur Problematik des Produktivitätszuwachses äußern. Wir haben gehört, daß es gerade in der Landwirtschaft zu einer überdimensionalen Steigerung der Produktivität gekommen ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch dieser Produktivitätszuwachs, wie alles im Leben, einen hohen Preis hat.

Es kommt zu einer Überforderung der menschlichen Arbeitskraft; gerade das Gesundheitsproblem im Bereich der Landwirtschaft ist hier anzureißen. Es kommt zu einem hohen mechanischen Einsatz, der wiederum nur dadurch möglich ist, daß man im Bereich der Eigenkapitalbildung seine eigene Decke schön langsam auf den Kopf bekommt.

Es ist aber auch ein hoher Einsatz von chemischen Mitteln und von antibiotischen Mitteln erforderlich, und es kommt zu einer Entfernung von den natürlichen Fütterungs-

1594

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Mag. Ortner

grundlagen und zu einem Zwang zur Massentierhaltung.

Das sind alles Dinge, die bekannt sind, aber ich glaube, es wäre richtig, daß man auch die negativen Folgen dieses Produktivitätszuwachses einmal klar auf den Tisch legt.

Es zeichnet diesen Bericht die Tatsache aus, daß auch die Probleme, die mit dem Produktivitätszuwachs zusammenhängen, klar dargelegt werden und daß somit Gelegenheit ist, dazu Stellung zu nehmen.

Wenn man die Berichte in den letzten Monaten und Jahren vergleicht, erkennt man die Tendenz, daß die Furcht vor denaturierten Lebensmitteln immer größer wird. Hier ist der ständig steigende Einsatz von Pestiziden in den Mittelpunkt der Kritik geraten. Auch die österreichische Regelung, die Schädlingsbekämpfungs-Höchstmengenverordnung aus dem Jahr 1976, steht mit zur Debatte. Ich könnte mir vorstellen, daß es in Anbetracht der heutigen Erkenntnisse der Wissenschaft, aber auch der Medizin notwendig wäre, die Höchstwertmengenverordnung auf ihre Angemessenheit zu überprüfen. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, daß es sicher nicht mehr notwendig ist, das in vielen Ländern bereits verbotene DDT weiterhin in Österreich in Geltung zu belassen. Ich glaube, daß es vor allem im Bereich der chlorierten Kohlenwasserstoffe möglich wäre, zu einer strengeren Handhabung zu kommen.

Ich habe mich zwar bemüht herauszubekommen, warum die Zulassung von chlorierten Kohlenwasserstoffen bei Fleischprodukten zulässig ist, nicht aber bei Gemüseprodukten. Es hat mir bisher darüber niemand eine Auskunft geben können.

Vielleicht, Herr Minister, wäre es möglich, daß man in den Grünen Bericht in Zukunft nicht nur die Mengen der Kunstdüngererzeugnisse hineinnimmt, sondern auch jene Mengen an Pestiziden, die von der österreichischen Landwirtschaft auf den Äckern versprüht werden. Wir wissen, daß dies ein großer Problembereich ist. Die Mengenproduktion steht eben auf der einen Seite, wir brauchen eine Schädlingsbekämpfung. Wir wissen aber auch, daß es im Bereich der Lagerhaltung zur weiteren chemischen Behandlung dieser Produkte kommt, was letztlich wiederum zu einer Denaturierung führt.

Ich habe schon erwähnt, daß ich aus einem Bereich komme, wo ich praktisch inmitten von Bergbauernbetrieben zu Hause bin, und

ich möchte als ganz wichtiges Moment die beabsichtigte Einführung — so steht es in der Regierungserklärung — der 4. Bergbauernzone anführen.

Wenn heute schon die Statistik so verschieden ausgelegt wurde, so meine ich, daß bei den landwirtschaftlichen Einkommen in der Zone 3 von rund 6 000 S die jährliche Zuwendung eines Betrages von 10 500 S einen ganz wesentlichen Beitrag zum bäuerlichen Erwerbseinkommen liefert. Eine staatliche Zuwendung von fast zwei Monatseinkommen ist ein effektiver Beitrag zur Sicherung der Lebensgrundlagen unserer Bergbauern. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Es zeigt sich aber auch, daß gerade die bergbäuerlichen Betriebe sehr wenig Möglichkeiten haben, auf Alternativprodukte auszuweichen. Durch die langen Anfahrtswege und die weiten Entferungen von den Konsumentenzentren ist die Vermarktung der bergbäuerlichen Produkte sicherlich schwierig.

Ich möchte daher hier die Ausweitung der Förderungsmöglichkeiten im Bereich des bäuerlichen Fremdenverkehrs in die Debatte bringen, weil ich der Auffassung bin, daß mit immer weiteren staatlichen Direktstützungen zwar die notwendige Existenzsicherung betrieben wird, daß es auf der anderen Seite unbedingt notwendig sein wird, auch im bergbäuerlichen Bereich zu anderen Einkommensarten zu kommen.

Ich meine, daß hier die Einkunftsart Fremdenbeherbergung eine ganz wesentliche Funktion erfüllen kann. Diese Einkunftsart bietet auch deshalb Möglichkeiten, weil, wie aus Untersuchungen zu entnehmen ist, ein großer Teil der Nächtigungen in Österreich in den bergbäuerlichen Gebieten stattfindet.

Das unterstreicht die eindeutige Vorrangstellung, die diesem Raum für Erholungssuchende aus dem In- und Ausland zukommt. Das zeigt aber auch die hohe gesellschaftliche Bedeutung der Bergbauern für die Erhaltung jener Landschaft, die die Gäste aus dem In- und Ausland in Österreich und im bergbäuerlichen Bereich suchen.

Das Einkommen der Bergbauern aus der Gästebeherbergung ist allerdings nicht so, wie es da und dort angenommen wird. Auch das unterliegt starken regionalen Schwankungen von geringfügigen Beträgen bis hin zu echten Nebenerwerbseinkommen.

Ich glaube, daß man zusammenfassend zu

Mag. Ortner

dem Grünen Bericht jene Meinung vertreten sollte, die heute auch schon im Hohen Hause angeklungen ist, nämlich die einer differenzierten und sachbezogenen Haltung. Nicht Polemik wird die Probleme des Bergbauernstandes lösen, sondern, ich bin überzeugt, eine gute Zusammenarbeit aller.

Vor allem die in Zukunft anstehenden Marktordnungsverhandlungen werden beweisen, ob den Worten, die heute gesprochen wurden, gerade im Bereich der Milchangelegenheiten, aber auch der landwirtschaftlichen Genossenschaften Taten folgen werden.

Die Freiheitliche Partei bekennt sich voll und ganz — und ich als Kärntner Freiheitlicher genauso — zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Aber genauso, wie wir uns dazu bekennen, stehen wir auch nicht an, jene Dinge zu kritisieren, die unserer Meinung nach zu kritisieren sind. Einige davon sind heute angeklungen, einen Problembereich hat man auch schon mit Namen genannt.

Ich meine, daß die eigene Leistung und die Vermarktungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften sicherlich mit dazu beitragen, daß die bergbäuerlichen Bereiche in Zukunft keine stiefmütterliche Position mehr einnehmen und daß die gesellschaftliche Bedeutung unserer Bergbauern jenen Stellenwert in der Regierungspolitik bekommt, die dem gesamten Bauernstand zukommt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{14.49}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Auer. Ich erteile es ihm.

^{14.49}

Abgeordneter Auer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Agrarprogramm der SPÖ heißt es, man trete ein für die Sicherung eines Einkommens für alle in der Landwirtschaft Tätigen, das dem allgemeinen Niveau entspricht. Und dann darf ich die Zeitungen zitieren, die Presse, die Nachrichten und so weiter, wo es dann heißt: Ein Viertel der Bauern lebt in Armut. Fast vergessene Armut. Bergbauern geht es miserabel.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir behandeln heute sozusagen die Lage der Landwirtschaft, die Ist-Abrechnung einer Berufsgruppe, die erwiesenermaßen besonders hart arbeiten muß, die nachweisbar den Tisch der Österreicher mit Lebensmitteln bester und einwandfreier Qualität deckt, wie

vor kurzem auch der Herr Gesundheitsminister Dr. Steyrer auf eine Anfrage hin bestätigt hat.

Nun möchte man meinen, daß eine derartige Leistung auch ihre Anerkennung finden sollte, noch dazu wenn man bedenkt, daß kein Berufszweig eine derartig tiefgreifende Umwälzung, einen derartigen Strukturwandel verkraften mußte, sodaß man zu Recht von einer wirtschaftlichen und technischen Revolution sprechen kann.

Es ist zweifellos eine Leistung, wenn heute ein Bauer den Nahrungsmittelbedarf von 26 Personen sicherstellt, wenn die Landwirtschaft einen Selbstversorgungsgrad von 95 Prozent sicherstellt. Und darum möchte man glauben, daß diesen Menschen, die unter so schwierigen Bedingungen arbeiten, die keinen Samstag, keinen Sonn- und Feiertag in dem Ausmaß wie andere nützen können, weil sie einfach die Arbeit mit den Tieren tun müssen, die von einer 40-Stunden-Woche, geschweige denn von einer 35-Stunden-Woche nur träumen können (*Zustimmung bei der ÖVP*), daß diesen Menschen ein gerechter Lohn zuerkannt wird. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP*.)

Leider reiht sich der Grüne Bericht des Jahres 1982 nahtlos an die meisten seiner negativen Vorgänger an.

Tatsache ist nun einmal, daß sieben von acht Produktionsgebieten einen realen Einkommensverlust aufweisen. Also nur in einem Produktionsgebiet ist ein realer Einkommenszuwachs nachzuweisen. Ich komme als Landwirt aus einem Gebiet, wo kein derartiger Einkommenszuwachs nachzuweisen ist. Im Gegenteil. Wenn man sich auf Grund der Gegebenheiten mit tierischen Produkten sein Einkommen, so wie viele Zigaretten andere Landwirte, sichern muß, so mußte man sich, wie eindeutig aus dem Bericht hervorgeht, mit Einkommenseinbußen so wie im Jahr zuvor abfinden.

Tatsache ist, daß im Bundesdurchschnitt gesehen das landwirtschaftliche Einkommen im Jahr je Familienarbeitskraft monatlich 8 631 S betrug — ganz abgesehen davon, daß viele Gebiete 1982 katastrophale Einkommenseinbußen hinnehmen mußten; aber darauf haben andere Redner meiner Partei deutlich hingewiesen. Bei einem durchschnittlichen Einkommen je Familienarbeitskraft von 8 631 S brutto frage ich mich, mit welcher sachlicher Begründung hier noch

1596

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Auer

jemand behaupten kann, den Bauern ginge es ohnehin nicht schlecht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Minister meint, seine Politik sei in Ordnung. Der Herr Staatssekretär unterstützt ihn dabei; aber vielleicht sieht er durch das Aufsetzen der Koalitionsbrille nicht mehr so gut. Wäre ja möglich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn ein Landwirt — um ein tatsächliches Beispiel zu nennen, und ich werde hier noch andere folgen lassen — im Jahre 1982 für ein 100-Kilo-Schwein — und bis das fertig ist, dauert es von der Geburt bis zum Schlachtgewicht immerhin sieben Monate — einen Erlös von zirka 2 300 S erzielte — übrigens bei bester Extremqualität — und denselben Erlös bereits im Jahre 1966 bekommen hat, wenn ein Bauer 1982, damit er einen Vorarbeiter, einen Maurerpolier für einen Tag bezahlen konnte, täglich ein Schwein aus dem Hof treiben mußte, wenn er für einen mittelschweren Traktor Treibstoff um 1 000 S täglich verfahren muß, wenn ein Landwirt — und ich habe hier, bitte, den Originalkaufvertrag — im Jahre 1967 einen 70-PS-Traktor mit einem Vier-Schar-Egg-Pflug um 150 880 S bekommen hat und heute hiefür 450 000 S leisten muß, wenn ein Landwirt, um seine Trocknerei in Betrieb nehmen zu können, im Jahre 1970 pro Liter Heizöl leicht 1,10 S zu bezahlen hatte und heute das Sechsfache und wenn, nachdem heute die Holzproblematik so oft angezogen worden ist (*Zwischenruf des Abg. Rempelbauer*) — bitte, Herr Kollege Rempelbauer, lassen Sie sich etwas Zeit, Sie kommen schon noch dran (*Beifall bei der ÖVP.*) —, ein Landwirt im Jahre 1952 — bitte, das sind Erzeugerpreise, ich habe hier die Originalrechnungen — für einen Festmeter Rundholz 400 S bekommen hat und heute nicht ganz das Dreifache, er aber andererseits 1952 für einen Vorarbeiter eines Zimmereibetriebes 6,10 S zu leisten hatte und heute das Vierzigfache, dann frage ich mich, wohin diese Politik führt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn er für eine Heuerntemaschine 1970 6 100 Kilo Milch benötigte, heuer aber bereits die doppelte Menge, wenn ein durchschnittlicher 20-Hektar-Betrieb über 60 000 S pro Jahr für Kunstdünger aufwenden muß und wenn ein Landwirt mit einem Einheitswert von 500 000 S 1970 einen monatlichen Sozialversicherungsbeitrag von 1 070 S zu leisten hatte, ab 1. Jänner 1984 aber von 6 100 S zu leisten hat, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Grenze des Zumutbaren und der Leistungsmöglichkeit überschritten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Selbst wenn Sie eine gerechte Agrarpolitik nicht berühren sollte, wenn Sie schon nicht willens sind, dieser Berufsgruppe ein gerechtes Einkommen zu ermöglichen, dann könnte ich mir zumindest vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der linken Regierungshälfte, daß Sie als Arbeiterpartei, als die Sie sich immer bezeichnen, zumindest dem Landwirt, der unzählige Milliarden investiert, im Interesse der Aufrechterhaltung dieser Arbeitsplätze ein gerechtes Einkommen ermöglichen würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Fragen Sie in den Betrieben, in denen Landmaschinen erzeugt werden, wie die Auftragslage steht. Fragen Sie einmal! Fragen Sie, wie es um die Zahlungskraft der Landwirtschaft bestellt ist, wenn Sie es uns nicht glauben wollen.

Es ist doch kein Zufall, bitte sehr, wenn in den letzten paar Jahren allein in Oberösterreich weit über 300 Konsolidierungsansuchen eingereicht werden mußten.

Fragen Sie jene Mitarbeiter, die täglich mit den Sorgen der Landwirtschaft konfrontiert sind; dann müßte der Grüne Bericht 1982 auch bei Ihnen ein Alarmsignal auslösen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie nicht anders zu erwarten war, wurde die Lage der Landwirtschaft von den Rednern der sozialistischen Koalition durch die rosa leuchtende Brille mit blauem Verstärker gesehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Interessant sind ja die „wunderbaren“ Darstellungen des Herrn Ex-Staatssekretärs Schober gewesen. Jetzt ist er nicht da. — Entschuldigung, er ist schon da. (*Abg. Dr. Neisser: Er ist von hinten nicht so leicht erkennbar!*) Er ist von vorne auch nicht schöner! (*Heiterkeit.*)

Interessant sind ja die „wunderbaren“ Darstellungen des Herrn Ex-Staatssekretärs Schober gewesen — man könnte es betiteln: Auszug aus der Märchenstunde —, jenes Mandatars, der von seinem freiheitlichen Kollegen Dr. Haider einmal als „politischer Untermieter aller Parteien, aber das sei seine Sache“ bezeichnet worden ist, der zwar groß im Reden, aber immer klein in den Taten war.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als es den Wirbel mit der Sauna gegeben hat, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP. — Bewegung bei der SPÖ. — Abg. Rempelbauer: Mein Gott!*) Ich weiß schon, Herr Ex-Staatssekretär,

Auer

daß Ihnen das nicht gefällt. Tatsache ist eines: Sie kamen in der Sauna ins Schwitzen, und die Bauern unter Ihrer Politik! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber eines ist für die Landwirtschaft das einzige Gute: daß Ihre politische Wiese vom Wähler am 24. April ein für allemal abgemäht worden ist. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

In den vergangenen Jahren wurde meistens von der linken Seite dieses Hauses das ungünstigste Wetter für die Lage der Landwirtschaft verantwortlich gemacht. 1982, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ, war aber ein schönes Jahr. Die Bauern aber wissen, daß Ihre Politik, Ihre Verringerung der Mittel für den Grünen Plan, welche nachweisbar von 0,83 Prozent auf 0,53 Prozent vom Jahre 1970 auf 1982 herabgesetzt worden sind, der Hauptgrund für die schlechte Lage der Landwirtschaft ist. Unter diesem Gesichtspunkt wird auch die anhaltende Flucht aus der Landwirtschaft verständlich. Es fehlen uns weit über 1 Milliarde Schilling.

Es ist bedauerlich, daß der Einkommensabstand zwischen den Bauern und der übrigen Bevölkerung ständig zuungunsten der Landwirtschaft wächst. Wir Bauern wissen schon, daß der Absatz von Nahrungsmitteln nicht im bisherigen Tempo gesteigert werden kann. Wir sind uns bewußt, daß die Spezialisierung nicht bis ins Extreme vorangetrieben werden kann. Wir wissen aber auch, daß man die Entwicklung, die man im allgemeinen so schön mit dem Wort „Fortschritt“ umschreibt, nicht einfach über Bord werfen kann, sondern daß eine bessere Zusammenschau von wirtschaftlichen, ökologischen und menschlichen Gesichtspunkten langfristige und planvolle Handlungen erfordert, sowohl auf der Ebene des einzelnen Betriebes als auch in der Politik.

Leider ist diese so notwendige Vorausplanung für die Landwirtschaft in der Politik der SPÖ nicht vorhanden. Es wäre daher wichtig, andere Produktionszweige zu eröffnen; von einigen Rednern wurde ja das Biosprit-Projekt bereits angezogen.

Ich muß noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen: Wir Bauern sind es gewohnt, die Schätze der Natur nachhaltig zu nutzen. Wir glauben auf Grund unserer Erfahrungen, daß sich das gesamte Wirtschaftsleben mehr am Grundsatz der Nachhaltigkeit orientieren sollte. Es ist auf die Dauer einfach nicht zu verantworten, unsere Wirtschaft aus-

schließlich auf Energie und Rohstoffquellen aufzubauen, die nur in beschränkter Dauer genutzt werden können.

Da die Versorgung mit Nahrungsmitteln in ausreichendem Umfang gesichert ist, kann die Land- und Forstwirtschaft in größerem Umfang als bisher Energiequellen, Energieträger und Rohstoffe zur Verfügung stellen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Energie und Rohstoffe aber nicht aus dem Raubbau von Schätzen, die die Natur in Jahrtausenden angelegt hat, sondern aus Quellen, die dauernd fließen.

Ergreifen Sie von der SPÖ endlich die Chance, reden Sie weniger davon, sondern tun Sie mehr — im Sinne der Landwirtschaft, zum Nutzen der Bevölkerung, zur Bewältigung der Zukunft! Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ, könnten Sie einen erfolgreicherem Grünen Bericht vorlegen. Im Interesse vor allem der jungen Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen, wäre es wichtig, eine Agrarpolitik entsprechend dem Landwirtschaftsgesetz zu machen, damit der Bauer wieder Zukunft hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) 15.03

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Ing. Murer.

15.03

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. **Murer:** Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß gestehen, daß ich heute ein bißchen aufgeregt bin, weil ich als Regierungsmitglied das erste Mal zum Hohen Haus von der Regierungsbank aus rede, zumal es doch noch gar nicht so lange her ist, daß ich Oppositionsabgeordneter war. (*Abg. Kraft: Und ganz anders geredet habe!*)

Als ich Oppositionsabgeordneter war und hier am Rednerpult (*Abg. Kraft: Das Gegen teil von dem wie heute gesagt habe!*) ähnlich wie Sie heute zur Lage der Landwirtschaft Stellung genommen habe, habe ich es so ähnlich gehalten wie Sie von der ÖVP, daß ich nämlich immer das berühmte Wasserglas vor mir gesehen habe. Natürlich habe ich als oppositioneller Abgeordneter den halbleeren Teil des Glases mehr betont als vielleicht jetzt, wo ich sage: Das Glas ist zumindest auch halb voll.

Aber ich glaube, als Staatssekretär, als Agrarstaatssekretär habe ich die Aufgabe, einen sehr ausgewogenen Weg zu gehen. Ich habe einerseits die Leistungen aufzuzeigen,

1598

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Staatssekretär Ing. Murer

die die Bauern vollbracht haben, aber auch jene Leistungen, die die Bundesregierung vollbringt — natürlich unter Bedachtnahme auf eine zukünftige Entwicklungsmöglichkeit, die wir für unsere Landwirtschaft brauchen, wo wir immer wieder neu gestalten müssen.

Herr Kollege Deutschmann! Sie haben völlig recht, wenn Sie heute einen Zeitungsbericht zitiert haben, in dem ich den Grünen Bericht vorgestellt und gesagt habe, daß das Bauerneinkommen im Aufwind wäre. Natürlich habe ich vieles mehr gesagt, aber das haben Sie nicht zitiert.

Ich habe mich bemüht, bei der ersten Präsentation des Grünen Berichtes sehr differenziert — so wie der Grüne Bericht es darstellt — auf die Problematik der Härten in der Landwirtschaft einzugehen. Auf der anderen Seite kann man aber nicht verschweigen, daß es eben Produktionsgebiete gibt, die ständig sehr große Einkommenssteigerungen zu verzeichnen haben, wie dies auch der Grüne Bericht 1982 wieder aufzeigt.

Ich glaube, wir sollten uns dazu bekennen: Wenn wir 30 Millionen Schilling zur Erstellung eines Grünen Berichtes ausgeben, der auf der Arbeit, auf der Basis von 2 200 Haupterwerbsbetrieben und rund 400 Nebenerwerbsbetrieben beruht, so sollte man hier die differenzierte Arbeit, die im Grünen Bericht zum Ausdruck kommt, nicht verschweigen, sondern diese sehr deutlich in die Öffentlichkeit tragen. Ich war immer schon der Meinung, daß man auch dann, wenn die Negativseiten aufgezeigt werden, daß es etwa nicht gelungen ist, noch bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, den Weg nicht abschneiden sollte; wir müssen entsprechende Maßnahmen für die Zukunft setzen, um die Probleme besser in den Griff bekommen zu können.

Ich denke hier besonders an die von der Natur benachteiligten Gebiete, an die Grenzregionen, an die kleinen und mittleren bäuerlichen Vollerwerbsbetriebe, die nach wie vor, wie dies auch der Grüne Bericht sagt, unter oft sehr großen Schwierigkeiten ihr Dasein fristen.

Ich habe, Herr Kollege Deutschmann, nicht gesagt, daß die nominelle Einkommenssteigerung von 7 Prozent das Allheilmittel der Landwirtschaftspolitik ist, sondern ich habe sehr wohl gesagt, daß man sich bei dieser Gesamtbetrachtung die Globalwerte differenzierter anschauen soll, denn dann wird man auch merken, und zwar sehr deutlich merken,

dass eine 56prozentige Einkommenssteigerung in einem Produktionsgebiet dazu beitragen kann, ein verzerrtes Bild einem Agrarpolitiker zu geben, und zwar dann, wenn er nicht das tut, was ich gesagt habe, nämlich die Dinge differenziert zu betrachten.

Herr Bundesminister Haiden hat vorhin in seiner Wortmeldung sehr deutlich gesagt, daß auch er die globale Betrachtung, eine Betrachtung von einem solchen Ausgangspunkt, ablehnt; er ist auch für eine Differenzierung eingetreten.

Ich bekenne mich dazu, daß der Grüne Bericht eine sehr wertvolle Hilfe für uns ist, nämlich zu sehen, wie die agrarpolitischen Maßnahmen einer Regierung gegriffen haben. Wir können weiters daraus ableiten, welche Maßnahmen für die Zukunft gesetzt werden sollen, um eventuell vorhandene Härten aus der Welt zu schaffen, um Veränderungen durchzuführen, wozu wir von der Bundesregierung sehr bemüht sein werden.

Ich möchte kurz den Abgeordneten Fachleutner zitieren, weil er sehr richtig gemeint hat, wir sollten Initiativen ergreifen.

Herr Kollege Fachleutner! Ich weiß, Sie sind ein Mann der Initiativen, wie man das manches Mal in Niederösterreich gehört hat. Sie haben mich aufgefordert, initiativ zu werden. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe mich sofort, als ich vom Herrn Kollegen Deutschmann gehört habe, daß es bei dem Getreideüberschuß, den wir in dem Jahr haben, vernünftig wäre, darüber nachzudenken, ob wir nicht eine Futtermittelgetreideverbilligungsaktion für die Berggebiete machen sollten, zu einer Initiative entschlossen. Ich habe also die Worte des Kollegen Deutschmann aufgenommen und bin sofort initiativ geworden. Wir vom Landwirtschaftsministerium haben die Präsidenten der Landwirtschaftskammern eingeladen und ihnen angeboten, sich zunächst mit 70 Groschen — Aufbringungsmodus: eine Hälfte Bund, die andere Hälfte aus den Verwertungsbeiträgen — zu beteiligen, etwa 50 000 Tonnen Gerste in Form von Futterverbilligung in die Berggebiete zu bringen, und zwar deshalb, weil es dort den heißen Sommer über sehr große Dürreschäden gegeben hat. Gerade die Bergbauern hätten es sehr wohl verdient, wenn man etwa 35 Millionen dadurch zustande gebracht hätte, also 35 Millionen Einkommenstransfer in die Bergbauerngebiete hätte machen können.

Wir vom Landwirtschaftsministerium hätten das sehr gerne gemacht. Präsident Astner

Staatssekretär Ing. Murer

aus Tirol und der Herr Präsident Deutschmann aus Kärnten haben uns unterstützt, auch aus der Steiermark habe ich nichts Negatives dazu gehört. Aber es hat eben gewisse einflußreiche Präsidenten gegeben, vor allem in Niederösterreich, die aus ganz bestimmten Gründen dagegen waren und es uns vom Landwirtschaftsministerium unmöglich machten, den Bergbauern Verbilligungen über den Futtermitteltransfer von 35 Millionen Schilling zu geben.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Machen Sie es uns doch nicht so schwer, Millionen in die Berggebiete zu bringen! Seien Sie doch nicht überall dagegen! Helfen Sie uns im Landwirtschaftsministerium, dann werden wir es auch schaffen! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Fachleutner: Herr Staatssekretär, Sie sind nicht auf dem laufen! —*)

Bitte hören Sie mir zu; ich bin ein sehr ehrlicher Mensch, darum möchte ich Ihnen auch sagen, was weiters passiert ist. Ich bin immer für die Wahrheit, Herr Kollege Fachleutner.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern hat uns jetzt 40 000 Tonnen Roggen und 7 000 Tonnen Hafer angeboten. Ich hoffe, es werden heute einige Bergbauern zuhören, denn ich kann ihnen sagen, daß das kein gutes Tauschgeschäft für unsere Bergbauern ist, denn an 40 000 Tonnen Roggen und 7 000 Tonnen Hafer hat bestenfalls die Futtermittelindustrie ein Interesse, aber die Bergbauern können damit wirklich nicht viel anfangen. (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.*)

Wir wollten ja für die Bergbauern eine differenzierte Aktion machen, aber Sie können doch mir nicht erzählen, daß die Bergbauern mit einer solchen Roggenaktion groß die Milchwirtschaft ankurbeln und wir hier einen Einkommenstransfer machen können! (*Ruf bei der ÖVP: Was ist Ihr Vorschlag?*)

Ich habe Ihnen das doch schon vorhin gesagt: Wir wollten 50 000 Tonnen Gerste in die Berggebiete bringen, damit die Bergbauern nicht den sehr teuer importierten Sojaschrot mit etwa 6 S kaufen müssen, damit die Handelsbilanz dadurch nicht verschlechtert wird, und vieles mehr. Wir wollten das ja, waren ja initiativ.

Ich habe eine Auseinandersetzung mit Präsident Bierbaum gehabt, die ich aber gerne geführt habe, denn einen Dialog mit dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer sollte man haben. Es ist immer gut, wenn die Kam-

mer gut mit der Regierung zusammenarbeitet. Ich habe das sehr ernst genommen.

Herr Präsident Bierbaum hat gesagt: Murer, erst dann, wenn du mir beweisen kannst, daß man dadurch einen Mehrabsatz initiieren kann, will ich dir glauben, dann können wir das vielleicht machen.

Ich habe sofort das agrarwirtschaftliche Institut beauftragt, eine solche Ausarbeitung zu machen, um dem Präsidenten Beweise zu liefern.

Innerhalb von zehn Tagen habe ich Ergebnisse in der Hand gehabt, und ich habe mich gefreut, daß die Beamten dieses Institutes so tüchtig und rasch gearbeitet haben, denn nur rasche Information kann uns helfen. Freunde, das Ergebnis: Wir hätten einen Mehrabsatz von 33 000 Tonnen dadurch initiieren können! Das wäre wahrlich eine große Initiative gemeinsam mit den Präsidenten gewesen, mit der wohlwollenden Unterstützung der Präsidenten aus den Berggebieten. Aber die Präsidenten aus dem Flachland waren halt wieder einmal dagegen.

„Flachlandpräsidenten“ gegen „Bergbauernpräsidenten“ — das bringt für die Bergbauern nichts. Deshalb: Ergreifen wir Initiativen; helfen wir zusammen! Machen wir etwas für die Bergbauern! (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Leitner: Wozu haben wir eine Regierung?*) Herr Kollege, das haben Sie bis heute noch nicht „überriß“, aber Sie werden es vielleicht noch einmal merken. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Weil wir gerade über die Bergbauern sprechen: Ich habe vorhin gehört — ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat —, daß, was die Bergbauernförderung anlangt, nicht viel beziehungsweise fast gar nichts geschieht.

Ich bin ein steirischer Bergbauer, ich habe mir die entsprechenden Zahlen herausgesucht, und ich möchte einen Vergleich anstellen, und zwar deshalb, weil behauptet wird, der Bund tue für die Bergbauern nichts beziehungsweise fast gar nichts. Daß es manches Mal heißen kann, es geschieht zu wenig, das würde, glaube ich, auch kein Abgeordneter der Regierungsparteien übelnehmen. Auch als Staatssekretär, glaube ich, daß noch sehr vieles verbessert werden kann, und wir werden uns auch sehr bemühen.

Ich kann aber den Vorwurf, der Bund tue

1600

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Staatssekretär Ing. Murer

bezüglich Bergbauernförderungen nichts, nicht gelten lassen. Bergbauernzuschüsse, Vergleich Land Steiermark und Bund — auch die Länder haben große Verantwortung hier mitzutragen und tragen diese teilweise auch —: Bund etwa bei 12 509 Betrieben, die Steiermark bei etwa 12 700, also beide Ausgangswerte sind ziemlich gleich. Der Bund schießt den 12 509 Bergbauern etwa 77 Millionen zu und das Land Steiermark 24,75 Millionen Schilling.

Ich glaube, daß dieser Vergleich zeigt, daß sich der Bund doch sehr anstrengt. Natürlich kann man, wie ich gesagt habe, noch viel verbessern. Daraüber, glaube ich, brauchen wir auch nicht zu streiten.

Zu den Exporten nach Libyen, Frau Kollegin Wieser, möchte ich folgendes sagen: Als steirischer Bauer weiß ich, daß die Exporte nach Libyen für uns Bergbauern besonders wichtig sind. Ich weiß aber auch, daß der Bund, gerade das Landwirtschaftsministerium nicht erst jetzt, sondern schon seit dem Sommer hohe Beträge bereitstellt, damit die Exporte über Bari beziehungsweise die Exporte nach Libyen möglich sind. Die „Dollarangelegenheit“ hat der Minister erklärt. Mir ist es nur sehr verdächtig vorgekommen, als ich gehört habe, daß die Bauern vor dem Ministerium demonstrieren: Ich glaube, Sie hätten auch in der Steiermark kurz bei der „Landstube“ vorbeischauen müssen.

Ich weiß, daß Förderungsbeträge den Sommer über, als der Agrosserta-Genossenschaftsverband nach Bari exportiert hat, vom Land sehr wohl in einem schönen Ausmaß gegeben wurden. Jetzt aber, da Lebendviehexporte nach Libyen abgewickelt werden sollen — über eine andere Firma —, da gibt es leider Gottes vom Land bis heute keine Zustimmung.

Meine Damen und Herren! Das ist für unsere Bergbauern nicht gut. Ich glaube, eine kleine Demonstration wäre auch vor der steirischen „Landstube“ zwecks Ausgewogenheit nötig. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayer.*)

Herr Kollege Zittmayer! Ich möchte über Unterlagen, die ich hier habe, nicht öffentlich reden, reden über Dinge, die uns vielleicht in Schwierigkeiten bringen könnten, ich bin aber gerne bereit, Ihnen dann die entsprechenden Unterlagen zu geben. Ich habe Hintergrundinformationen, die ich auch gerne mit Ihnen besprechen möchte. Wir haben ja

vereinbart, über gewisse Dinge nicht öffentlich im Parlament zu reden. (*Zwischenruf.*)

Der Herr Präsident Derfler hat heute gesagt, daß es derzeit zu keiner großen weiteren Steigerung der Investitionslust, die in der Landwirtschaft vorhanden ist, kommt. Daß der Investitionsanreiz für die Landwirtschaft zwar gegeben ist, Herr Präsident Derfler, wissen auch Sie. Aber ich gebe Ihnen recht, wenn wir uns darauf einigen könnten, daß vielleicht zu viele Bauern diesen Investitionsanreiz über die Agrarinvestitionskredite nicht wahrnehmen können, weil die Mittel zu gering sind.

Dann glaube ich: Wir könnten uns ganz offen darüber unterhalten und uns einigen — wenn wir eine Bevölkerungsgruppe haben, die gern investiert und vor allem im ländlichen Bereich investiert, was wieder vielen kleinen und handwerklichen Betrieben zugute käme —, daß wir nicht bremsend sein sollen, sondern ein breit angelegtes Investitionsprogramm für die Landwirtschaft in Angriff nehmen sollten. Verlangen Sie das von uns aber bitte schön nicht, wenn wir fünf Monate in der Regierung sind, und in einer Zeit, wo es eine Budgetkonsolidierung gegeben hat, wo wir froh waren, daß wir auch im Agrarbudget einige Erhöhungen durchsetzen konnten, um die wichtigsten Programme im Agrarbudget durchzubringen.

Aber ich glaube, daß die Bundesregierung hinsichtlich dieser Forderung oder Überlegung sicherlich gesprächsbereit sein wird, daß wir die Investitionsförderung für unsere Landwirtschaft ausdehnen können. Ich habe ein Investitionsförderungskonzept langfristiger Natur erstellt. Wir werden das sicher in den nächsten Monaten diskutieren, um dann einen größeren Rahmen der Investitionsmöglichkeit für unsere Bauern schaffen zu können, weil auch das Arbeitsplatzsicherung ist, weil das Beschäftigung für die Klein- und Mittelbetriebe und für unsere Lehrlinge im ländlichen Raum ist.

Ich habe darüber auch bereits mit Gewerkschaftsvertretern und Arbeiterkammervertretern gesprochen. Ich würde mich freuen — wenn wir das dann hier im Parlament bekanntgeben —, wenn Sie dann doch hoffentlich einmal sagen könnten, daß doch einiges geschieht. Ich werde Ihnen anschließend noch sagen, was wir doch trotz der kurzen Zeit schon getan haben.

Der Kollege Schober hat eher in die Genossenschaftsrichtung gesprochen. Mich kennen

Staatssekretär Ing. Murer

Sie als Genossenschafter. Ich möchte das wiederholen, was ich bei der Rohmilch-Tagung in Wolfpassing gemeint habe. Ich habe offen gesagt, daß ich glaube, daß unsere Genossenschaften in Österreich jetzt und für die Zukunft eine große Aufgabe bekommen, eine viel größere Aufgabe, als sie bisher Aufgaben wahrgenommen haben, nämlich den Bauern wirklich zu helfen, eine Hilfe für unsere Landwirtschaft zu werden und nicht nur eine Anstalt zu sein, wo man sagt: Liefert die Rohmilch, wir werden sie verkaufen! Ich glaube, daß unsere Genossenschaften große Aufgaben im Sinne von Raiffeisen haben, indem sie den Förderungsauftrag ernster nehmen als bisher.

Ich kenne Genossenschaften in Österreich, die das tun. Aber ich weiß, daß es viele gibt, die davon noch nicht Gebrauch gemacht haben. Beispiel Kärnten. Ich möchte sagen: In Kärnten gibt es Bauern, die deshalb einen Milchgeldabzug in Kauf nehmen müssen, weil man sie auf Grund von kritischen Äußerungen gegenüber Genossenschaftsfunktionären fristlos aus der Mitgliedschaft entlassen hat, sie trotz Begehrungs nicht mehr aufgenommen hat und sie dafür mit Milchpreisentzug bestraft. Das muß geändert werden! Wir werden im neuen Marktordnungsgesetz entsprechend vorsorgen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Mitgliederbestimmung!*)

Herr Kollege Zittmayr! Auch über die Mitgliederbestimmung könnten wir allerhand reden. Sie wissen ja, wie man das macht. Ich habe das Papier nicht mit. Deshalb kann ich es nicht vorzeigen. Aber ich weiß, wie man in Kärnten die Mitgliedschaften zusammenge stellt hat. Das ist aber eine andere Frage.

Ich glaube aber in diesem Zusammenhang dem Hohen Haus auch sagen zu können: Ich werde mich sehr um eine Genossenschaftsreform in den nächsten Jahren bemühen. Daß wir eine Genossenschaftsreform durchführen wollen, das ist doch gar keine Frage. Auch die Genossenschaftsfürsten, unsere Genossenschafts-Oberstorgane, mit denen ich ständig im Kontakt bin, meinen, daß wir punktuell eine Reform im Genossenschaftsbereich gemeinsam machen sollen. Ich möchte mich dafür gern verwenden. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Herr Kollege Riegler! Ich möchte... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Herr Kollege Zittmayr! Wenn wir beides gemeinsam regeln könnten, das heißt, diese Reform

zustande bringen könnten, dann wären wir die Besten in Österreich, glaube ich.

Aber ich möchte zu den Ausführungen des Kollegen Riegler ein sehr ernstes Wort sagen. Herr Kollege Riegler, Sie haben von der Nichteinführung des gefärbten Diesels gesprochen. Das ist auch sehr weit zurückgegriffen. Zugegeben. Ich möchte die Erbsünden der ÖVP nicht aufzählen, weil wir alle mit kleinen Erbsünden behaftet sind. Ich denke lieber an die Zukunft.

Aber weil Sie gesagt haben: Es war das erste Bauernopfer der FPÖ!, sage ich: Das war ein Bauernopfer der ÖVP-Alleinregierung! Sie hätten es nämlich viel einfacher gehabt, das durchzusetzen. Warum haben Sie es nicht gemacht? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber Sie hätten ja voraussehen können, daß sich die Situation ein bissel ändert. Das wäre doch viel einfacher gewesen. Warum haben Sie es nicht gemacht? (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Riegler! Sie haben sehr richtig gesagt: Wenn man Verantwortung trägt – und die tragen wir schließlich alle; wir im besonderen, weil wir ja regieren und Sie nicht; deshalb werden wir uns auch besonders anstrengen –, soll man etwas tun, wenn es um die Existenz der Menschen geht.

Ich glaube, wir sind uns einig, Herr Kollege Riegler, daß es gerade in Berggebieten, Grenzlandgebieten, Übergangslagen, auch in der Umgebung des Wienerwaldes, der für die Wiener sehr wichtig ist, viele kleine und mittlere Vollerwerbsbetriebe gibt, die wirklich in Existenznot sind. Die wirklich in Existenznot sind!

Ich rufe die Sozialpartner auf, bei der neuen Marktordnungsgesetzgebung mitzuhelfen, daß wir punktuell und nicht per Computer an die Arbeit gehen, um diesen kleinen und mittleren Vollerwerbsbetrieben jenes Maß an Einkommen durch die Produktion zu ermöglichen, das sie brauchen, um zu leben.

Diese Form, die wir derzeit haben, haben ja nicht wir gemacht, sondern die haben die Sozialpartner gemacht. Wir haben ja darauf hingewiesen. Als ich hier stand, Herr Kollege Riegler, habe ich ja gesagt, daß das nicht gehen kann, wenn ich viel liefern muß, damit ich eine winzige Menge kriege. Das ist die Grundvoraussetzung, daß kleine Betriebe absterben und sich die größeren auch nicht halten können.

1602

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Staatssekretär Ing. Murer

Deshalb glaube ich, daß wir das reformieren sollten. Ich bin gern bereit, meinen Beitrag dazu zu liefern. Es gibt sehr viele Ideen. Ich hoffe, daß wir gemeinsam einen Weg finden, der es ermöglicht, daß in Zukunft eine entsprechende Preispolitik im Milchbereich durchgeführt werden kann.

Herr Kollege Riegler! Sie wissen doch: Je mehr Milch initiiert wird durch solche Maßnahmen, desto weniger ist die Möglichkeit gegeben, Preisanhebungen durchzuführen. Deshalb glaube ich: Die Mengenpolitik war und ist falsch, wir sollen sie ändern! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Aber ich möchte zum Abschluß meiner ersten Wortmeldung als Regierungsmitglied kommen (*Abg. Graf: Hoffentlich ist es auch die letzte!*) und Ihnen, Herr Kollege Riegler, sagen, daß ich wirklich nicht Ihrer Ansicht bin, daß Freiheitliche, wenn sie sich an einer starken sozialistischen Gruppe beteiligen, um eine Regierung zu bilden, hier nichts ändern können.

Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen, die zumindest in der Landwirtschaft Ansätze gezeigt haben, und ich glaube, daß wir gemeinsam mit dieser Regierung, an der die Freiheitlichen beteiligt sind, Änderungen sehr wohl auch für die Landwirtschaft werden durchsetzen können.

Daß ich mich besonders um das Biospritprojekt bemühe, brauche ich nicht besonders bekanntzugeben. Es könnte volkswirtschaftlich, gesundheitspolitisch und agrarpolitisch eine der Grundvoraussetzungen sein, daß eine Produktionsumlenkung ermöglicht und nicht der Weg weitergegangen wird, daß das Gesamtbudget mit Hunderten von Millionen weiterhin mehrbelastet werden muß, weil wir auch im Bereich einer Budgetkonsolidierung daran denken sollten, daß Umlenkungsmaßnahmen eine wertvolle Hilfe sein können.

Investitionskraft der Landwirtschaft: Dazu habe ich gesagt, ich werde mich bemühen, mit einem breitausegelagten Investitionsprogramm die Bundesregierung zu begeistern, damit ich dafür die Zustimmung bekomme.

Die 4. Bergbauernzone haben wir angekündigt, die werden wir schaffen. Ich bitte, daß der Präsident Derfler nicht jetzt schon gegen die 4. Bergbauernzone ist, sondern mithilft, daß wir für diese schwergeprüften Gebiete die 4. Bergbauernzone wirklich einführen können.

Niemand von der Opposition — das hat mich eigentlich gekränkt —, keiner der bisherigen Redner der Opposition hat ein gemeinsames Anliegen aus der Zeit, als wir noch gemeinsam in der Opposition waren, erwähnt: daß wir das Mehrwertsteuerrecht beseitigen konnten. (*Abg. Deutschemann: Wir haben einen Antrag eingebracht!*)

Herr Kollege! Da haben Sie noch gar nicht an einen Antrag gedacht, als wir das schon gemacht haben (*Heiterkeit bei der ÖVP*), das möchte ich Ihnen nur sagen. Dazu hätten wir Sie gar nicht gebraucht, denn das war im Maßnahmenpaket schon drinnen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Dazu hätten wir Sie nicht gebraucht.

So kann man auch Opposition machen, daß man nachher, wenn wir etwas Gutes erreicht haben, sagt: Das haben sowieso alles wir getan! (*Abg. Deutschemann: Er war noch gar nicht im Parlament, wie wir den Antrag schon eingebracht haben!*)

Eine langzeitige Forderung der Weinbauer, Flaschenweinexporte einzuführen, haben wir zu Beginn der Regierungszeit im Ministeriat rasch durchgezogen und durchgebracht.

Ich darf nun zu dem kommen, was mich persönlich am meisten anregt, an Sie heranzutreten, hier mitzuhelpen und uns auch Unterstützung zu geben, weil die Bundesregierung diesbezüglich sehr viel tut und schon getan hat: das ist der Kampf gegen das Waldsterben, der richtigerweise hier erwähnt wurde.

Die Bundesländer tun immer so, als würden sie alles machen, aber der Bund tue nichts. Ich kenne viele Bundesländer, die, außer einigen Schwerpunkten aufzunehmen, gar nichts getan haben. Aber die Bundesregierung hat im Umweltschutzbereich 500 Millionen hergegeben, damit wir das Waldsterben in den Griff bekommen.

Ich möchte Ihnen ankündigen, daß nächste Woche eine Konferenz mit den Landeshauptleuten stattfinden wird, wozu das Ministerium eingeladen hat, damit wir dieses Waldsterben mehr in den Griff bekommen als bisher.

Ich glaube — und damit möchte ich schließen —, daß wir uns auch darauf einigen können, daß Politik der Kampf dafür sein müßte, unseren Menschen, unseren Tieren und unseren Pflanzen in Zukunft das Leben auf diesem Planeten ermöglichen zu können. Dafür

Staatssekretär Ing. Murer

unterstützend zu arbeiten, soll unser aller Begehrungen und Wunsch sein.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, hoffe ich, daß Sie von den Ländern her uns kräftig unterstützen werden. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 15.35

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wolf Helmut.

15.35

Abgeordneter Helmut Wolf (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Riegler ist momentan gerade nicht da! (Abg. Graf: Wir richten ihm alles aus! — Ruf bei der ÖVP: Da sitzt er ja!) Er hat Karl Marx auf Grund der Dialektik des Herrn Bundesministers zitiert. Er ist ganz vorne, er ist mittlerweile nach vorn getreten. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Lieber Kollege Riegler! Sie haben Karl Marx zitiert auf Grund der Dialektik und haben gesagt, Haiden muß ihn gelesen haben.

Wenn ich das Genossenschaftswesen, insbesondere das agrarische Genossenschaftswesen in Österreich und die Hilflosigkeit der Bauern in diesen Genossenschaften betrachte, dann muß ich sagen, daß Karl Marx für alle Funktionäre der Genossenschaften bisher anscheinend Pflichtlektüre war. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Sie glauben, das war ein guter Gag!) Das war es sicher.

Herr Kollege Riegler! Sie haben weiter auf die großen Probleme insbesondere in den strukturschwachen Gebieten hingewiesen und haben unter anderem das Waldviertel zitiert. Ich habe gestern in der „Presse“ folgendes gelesen: „Die Proteste gegen die beabsichtigte Schließung der Molkereien in Waldkirchen reißen nicht ab. Für die Waldviertler Gemeinde hätte der Verlust von 31 Arbeitsplätzen katastrophale Folgen, stellte gestern der Grenzlandausschuß der Diözese Sankt Pölten fest.“

Lieber Herr Kollege Riegler! Hier hätten Sie die Möglichkeit, einzutreten und mit dazu beizutragen, daß Arbeitsplätze in regional schwachen Gebieten erhalten bleiben. (Abg. Dr. Zittmayr: Fragen Sie Ihre Kollegen im Milchwirtschaftsfonds, was die dazu sagen! Das ist keine Entscheidung der Genossenschaften!) Lieber Kollege Zittmayr! Auf den Fonds kommen wir noch zurück! (Abg. Dr. Zittmayr: Wenn Sie sich nicht auskennen, dann reden Sie nicht über Dinge, die Sie

nicht wissen!) Wir kommen noch dahin, Herr Kollege Zittmayr.

Herr Kollege Riegler! Sie haben weiter Alternativprojekte urgert.

Wenn wir heute einen so großen genossenschaftlichen Sektor im Agrarbereich haben, der auf Grund der Berichterstattung in der „Raiffeisen-Zeitung“ vom 23. Juni 1983 im Jahre 1982 eine Gesamtbilanzsumme von rund 536 Milliarden Schilling aufzuweisen hat, dann wundere ich mich, daß bei Raiffeisen nicht mehr für die Zukunft der bäuerlichen Bevölkerung getan wird, dann wundere ich mich, warum im Raiffeisenbereich nicht mehr Innovatives geleistet wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Riegler! Sie kennen bestimmt diese Graphik (zeigt sie vor), Sie kennen die Betriebe . . . (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Das ist das Raiffeisenblatt, lieber Kollege Zittmayr. Da ich auch Raiffeisenfunktionär bin, bekomme ich auch diese Zeitung zur Verfügung gestellt. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Riegler.)

Herr Kollege Riegler! In dieser Graphik finde ich keinen Betrieb, der sich mit der Verbesserung der bäuerlichen Struktur beschäftigt. Aber ich finde darin zum Beispiel, daß sich Raiffeisen mittlerweile in der Versicherungsbranche eingekauft hat, ich finde, daß Raiffeisen sich heute an Reisebüros beteiligt, ich finde, daß bäuerliche Gelder, Genossenschaftsgelder im Ausland veranlagt werden, statt sie den Bauern hier zugute kommen zu lassen. (Abg. Ottolie Rochus: Sie messen mit zweierlei Maß! Was macht der Konsum nicht alles!)

Lieber Herr Kollege Zittmayr! Sie haben gesagt, in der Genossenschaft gibt es . . . (Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ja keine Wohlfahrtseinrichtung! Eine Genossenschaft ist ein wirtschaftliches Unternehmen und kann nicht regional Strukturpolitik machen! Wissen Sie das noch immer nicht?)

Lieber Herr Kollege Zittmayr! Ich weiß es sehr genau, ich kenne mich aus. (Abg. Dr. Zittmayr: Was Sie daherreden, ist eine Katastrophe!)

Herr Kollege Zittmayr! Das ist das „Raiffeisenblatt“, kennen Sie es? (Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Schobert: Das ist seine Jungfernrede! Das ist unfair von Ihnen!)

1604

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Helmut Wolf

Sie haben in der vorherigen Wortmeldung gesagt, bei Raiffeisen ist die Mitbestimmung möglich. Ich sage Ihnen jetzt, wie die Mitbestimmung tatsächlich ausschaut. (Abg. Dr. Zittmayr: Sie können ja zu unserer Generalversammlung kommen, dann können Sie mitbestimmen!) Nein, ich sage es jetzt, einen Augenblick Geduld. (Zwischenrufe zwischen Abg. Dr. Zittmayr und Abg. Rempelbaumer.)

Herr Kollege Zittmayr, einen kurzen Bericht aus dem Raiffeisenverband Tirol, aus einer Vorstandssitzung. Hier heißt es: „Hauptgegenstand der Vorstandssitzungen des Raiffeisenverbandes Tirol waren die neuen Einheitssatzungen für Raiffeisenkassen. Dabei hat der Vorstand den ausdrücklichen und einstimmigen Beschuß gefaßt, daß von den vorliegenden Mustersatzungen für Raiffeisenkassen in keinem Fall abgegangen werden darf.“

Das ist die Mitbestimmung. Es darf von der Mustersatzung nicht abgegangen werden. Das steht in der Raiffeisenzeitung, das ist bestimmt kein befangenes Blatt. (Abg. Dr. Schwimmer: Mustersatzungen gibt es auch in der Sozialversicherung!) Die gibt es, aber es besteht bei einer Genossenschaft die Möglichkeit, die Satzungen nach ihren Bedürfnissen zu adaptieren. In Tirol war es nicht möglich, weil das vom Verband nicht zugelassen worden wäre.

Herr Kollege Riegler! Was den von Ihnen eingebrachten Entschließungsantrag anlangt, möchte ich an Sie die Frage stellen, ob dieser Entschließungsantrag auch an jene Stellen herangetragen wird, die auf Grund unseres Bundes-Verfassungsgesetzes den Auftrag haben, für die Landwirtschaft da zu sein. Das sind in erster Linie die Bundesländer, und mir ist nicht bekannt, daß der Bauernbund beziehungsweise daß die Landes-Landwirtschaftskammern Resolutionen verfaßt haben, die in die Richtung tendieren, die Verbesserung der Möglichkeiten für die agrarische Bevölkerung in den Bundesländern zu bewerkstelligen. (Abg. Ottilie Rochus: Im Burgenland hört man das jede Woche, aber er hört es nicht, der Kery, nicht einmal lesen tut er es, nicht einmal ignorieren!)

Liebe Frau Kollegin Rochus! In den letzten Sitzungen waren in diesem Haus immer wieder die Sätze und die Redewendungen zu hören: Weniger Staat, mehr Privatinitiative! Die heutige Diskussion über den Grünen Bericht sagt genau das Gegenteil: nur Rufe nach mehr Staat, nach mehr Subvention,

nach mehr Unterstützung; wenn es ums Geld geht, dann ist auch für die Agrarwirtschaft der Staat gut genug. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wir haben mittlerweile den Milchbereich, wir haben den Viehbereich, wir haben den Fleisch- und den Getreidebereich in die Marktordnung einbezogen. Von Ihnen liegt ein Entschließungsantrag vom 5. Juli 1983 im Haus, in dem es heißt, daß alle weiteren agrarischen Produktionsbereiche, insbesondere Wein, Obst, Gemüse und Gartenbauzeugnisse, mit einbezogen werden sollten. Dieser Antrag wird der Behandlung zugeführt werden. Es ist eben auch hier verwunderlich, daß, wenn es um Zahlen geht, wenn es um die Überschußverwertung geht, der Appell an den Staat immer wieder in den Vordergrund tritt.

Meine Damen und Herren! Gerade die heutige Diskussion hat gezeigt, daß die Einkommensdisparität nicht mit dem normalen Marktmechanismus bewältigt werden kann, daß die Einkommensparität für die bäuerliche Bevölkerung meines Erachtens nur über gezielte Regelungen herbeigeführt werden kann. Deshalb war es auch eine der ersten Maßnahmen der sozialistischen Regierung Anfang der siebziger Jahre, Direktzuschüsse einzuführen. Der Zweck dieser Direktzuschüsse war in erster Linie die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft, es war weiters die Erhaltung der notwendigen Besiedlungsdichte auf dem Land und in den Tälern. Es war schlußendlich die Sicherung der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Ich erinnere mich noch gut, daß, als im Jahr 1971 300 S erstmals direkt zur Auszahlung gelangten, von „Tabakgeld“ die Rede war. Mittlerweile ist dieses Tabakgeld von 300 S im Jahr 1971 bis zum Jahr 1983 auf die ansehnliche Summe von 10 500 S für Vollerwerbsbetriebe in der Zone 3 angewachsen, und vor allen Dingen – es erscheint mir notwendig, das hier und heute auch zu sagen – bekommen es alle Bauern, nicht nur die Vollerwerbsbauern, sondern es bekommen das auch die Zu- und Nebenerwerbsbauern, was bei den Landesförderungen nicht immer der Fall ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Das Bergbauern-Sonderprogramm, das im Jahr 1972 eingeführt wurde, das über das zweite Programm fortgesetzt wurde, hat sich immerhin von 260 Millionen Schilling bei der Einführung auf über 1 Milliarde entwickelt, insbesondere zur Verbesserung der Einkommenssituation auf dem Land beziehungsweise

Helmut Wolf

in schwierigen Bergregionen, zur Verbesserung der Infrastruktur für die Wege, Telefon und E-Netz-Erschließung, für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen beziehungsweise zur Verbesserung der Waldstruktur.

Ich habe schon betont, auf Grund des Bundes-Verfassungsgesetzes sind die Länder zuständig für Agrarfragen, und die Länder sind schlußendlich auch dem Bund gefolgt, indem sie eigene Landesförderungsgesetze beschlossen haben. Als erstes Bundesland Vorarlberg 1974. Tirol, Salzburg, Nieder- und Oberösterreich sowie die Steiermark sind gefolgt.

Es ist jetzt aber interessant, gerade in diesem Bereich die Entwicklung der Aufwendungen der Länder in Relation zum Bund in den letzten fünf Jahren zu verfolgen. Der Herr Präsident Derfler hat in seiner Wortmeldung beziehungsweise in seinem Debattenbeitrag gesagt, er wäre glücklich, wenn die Inflationsanpassung bei diesen Förderungsmaßnahmen Platz greifen würde. Herr Präsident Derfler! Wenn ich jetzt diese Vergleiche mit einigen Bundesländern hervorheben möchte, dann sprechen diese Vergleiche beziehungsweise die Zahlen eine deutliche Sprache. Der Bund hat Niederösterreich im Jahr 1978 18,1 Millionen Schilling für Bergbauernzuschüsse zur Verfügung gestellt. Die Förderungssumme des Landes betrug damals für Bergbauernprobleme beziehungsweise für Flächenbewirtschaftungen 37,4 Millionen Schilling. Im Jahr 1982 hat sich der Bundeszuschuß von 18 auf 62,3 Millionen Schilling erhöht, die Landesmittel haben sich in fünf Jahren von 37 380 000 auf 37 331 000 S reduziert. Herr Kollege Derfler! Sie als niederösterreichischer Agrarvertreter hätten hier die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, daß gerade für diese regional schwachen Gebiete mehr geschehen würde. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Ing. Derfler: Ich habe nur von der Förderung gesprochen, Sie kennen den Unterschied noch immer nicht!*)

Herr Kollege Derfler! Ich weiß, die Zahlen sind Ihnen natürlich nicht ganz sympathisch, aber sie sprechen eine ganz eindeutige Sprache. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wenn ich das Bundesland Salzburg hernehme: Der Bund gibt im Jahr 1978 9,4 Millionen Schilling, das Land 15,9 Millionen Schilling, der Bund gibt im Jahr 1982 28,1 Millionen Schilling, das Land 20 Millionen Schilling. Das Land hat um 30 Prozent erhöht, der Bund hat um 300 Prozent erhöht.

Ich nehme die Steiermark her: Der Bund im Jahr 1978 26,5 Millionen, im Jahr 1982 77 Millionen, das Land 1978 23 Millionen, 1982 24 Millionen. Man könnte diese Beispiele fortführen.

Ich glaube, hier bestünde die Möglichkeit, daß die ÖVP besonders in den von ihr dominierten Ländern der Landwirtschaft jene Förderung zukommen ließe, die sie von der Bundesregierung immer wieder anfordert.

Aber es ist auch interessant, die gesamtösterreichische Zahl den Länderförderungen gegenüberzustellen, und hier stelle ich fest, daß im Jahre 1978 der Bund 120 Millionen Schilling ausgegeben hat, im Jahr 1982 waren es 358 Millionen; die Länder wendeten 1978 insgesamt 150 Millionen Schilling und 1982 177 Millionen Schilling auf.

Meine Damen und Herren! Der Herr Staatssekretär hat angekündigt — der Minister hat es schon früher gesagt —, daß beabsichtigt ist — das ist auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen —, eine Erschwerniszone, eine Zone 4, einzuführen. Mit dieser Erschwerniszone 4 sollen die besonders schwierigen Betriebsverhältnisse in Zone-3-Gebieten abgegolten werden. Es werden hierfür auch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Ich hoffe, Herr Präsident Derfler, daß auch die Präsidentenkonferenz und der Bauernbund diese Bestrebungen der Bundesregierung, nämlich der schwierigen Situation in Zone-3-Betrieben in Form einer Erschwerniszone 4 Rechnung zu tragen, unterstützen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Je rascher diese Unterstützung von Ihnen kommt, umso eher kann diesen schwer arbeitenden Bauern geholfen werden.

Ein anderes schwerwiegendes Problem ist meines Erachtens die Milchwirtschaft; die Milchwirtschaft insbesondere, weil auf Grund der Überschußproduktion in allen Industriestaaten die Weltmarktpreise fallen. Die Kontrolle über die Produktion haben wir durch die Einführung der Richtmengen in den Griff bekommen, insbesondere Österreich, Schweiz und Kanada. Norwegen hat seit neuestem auch die Mengenregelung eingeführt, die EG — haben wir gehört — ist jetzt dabei, eine Quotenregelung einzuführen.

Was uns aber gerade in den letzten Wochen sehr bedrückt hat, ist der Milchpreis. Österreich hat heute einen der höchsten Konsumentenmilchpreise und einen der niedersten

Helmut Wolf

Produzentenmilchpreise. Was dazwischen liegt, ist alles Agrarwirtschaft, die von den Genossenschaften in Österreich geführt wird.

Wenn Sie sich umsehen, dann schaut die Entwicklung des Preises so aus: Die hohen Konsumentenpreise und die niederen Produzentenpreise sind schlußendlich eine Folge der meines Erachtens falschen Interessenpolitik der ÖVP beziehungsweise des Wirtschaftsbundes. (Abg. Ing. Derfler: Jetzt wissen wir es! — Abg. Graf: Sind Sie noch zu retten? Erstens macht die ÖVP keine falsche Politik!) Herr Kollege Graf! Es ist ja nicht verwunderlich, daß es so ist. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wer im Geschäftsführenden Ausschusses des Milchwirtschaftsfonds für die Bauern sitzt. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. (Abg. Graf: Aber Sie werden es mir ja jetzt sagen!) Ich werde es Ihnen sagen. Es ist dies der Dr. Klaus Wejwoda, seines Zeichens ein Beamter der Präsidentenkonferenz, es ist dies seines Zeichens der Herr Generaldirektor Dr. Zittmayr (Abg. Graf: Ich habe es gewußt, Herr Kollege! — Heiterkeit), und es ist dies seines Zeichens der Landesinnungsmeister und Generaldirektor Dr. Pichler von der Agrosserta. Bei weitem kein Landwirt. Es ist auch nicht verwunderlich, daß dadurch die Interessen der Bauern auch tatsächlich nicht vertreten sind. (Zustimmung bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Hietl: Sind Sie ein Landwirt, Herr Kollege? — Ruf bei der ÖVP: Wo sind die Vertreter der Arbeiterkammer?)

Die Vertreter der Arbeiterkammer haben in erster Linie die Interessen der Konsumenten zu vertreten. Die Vertreter der Arbeiterkammer und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sind sehr kompromißbereit und haben eigentlich dem österreichischen Konsumenten eine der höchsten Konsumentenpreise zugemutet. Leider hat sich diese Bereitschaft nicht für die Bauern ausgewirkt, leider sind die Produzentenpreise zurückgeblieben. (Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)

Tatsache ist, daß gerade auf dem Milchsektor einige Maßnahmen notwendig sein werden, insbesondere für die Probleme in den Grünlandgebieten. Ich glaube, daß es nicht mehr so sein kann, daß Kontingenterhöhungen durch Überlieferungen stattfinden. Es ist insbesondere dem Antrag der Bundesregierung, nämlich (Abg. Marga Hubinek: Warum so lang? Sie sollen auf die Uhr schauen! — Abg. Steinbauer: Er ist von der Bundesbahn die Verspätungen gewöhnt!) die Absatzförderungsbeiträge der Zone 2 und 3 abzuschaffen, zuzustimmen. Ich glaube, hier

wäre etwas mehr Solidarität bei den Bauern in den Gunstlagen zu erwarten. (Abg. Hietl: Sind 3,13 S Absatzförderungsbeitrag pro Liter Milch zumutbar? Ja oder nein!) Lieber Herr Kollege Hietl, für das haben auch Sie gestimmt hier im Haus. (Abg. Hietl: Sagen Sie einmal, wissen Sie überhaupt, was Sie reden?) Ich weiß schon, was ich rede, Herr Kollege Hietl! Sie scheinbar nicht. (Zustimmung bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Hietl: Wann und wo habe ich zugestimmt?) In der letzten Marktordnungsgesetznovelle steht drinnen, daß der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag bis zu 3,50 S betragen kann, und für diesen Betrag haben auch die ÖVP-Abgeordneten gestimmt. Stimmt es, Herr Präsident Minkowitsch? Stimmt es oder stimmt es nicht? Um das geht es ja. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Der Kollege Riegler hat einen Antrag eingebracht, der vorsieht, daß der Anteil des Bundes von 16 auf 18 Groschen erhöht werden soll. (Ruf bei der ÖVP: Prozent!) Prozent, ja! Es wirkt sich ja in Groschen nicht so aus! (Abg. Deutschemann: 16 Prozent und 16 Groschen sind ganz etwas anderes!) Herr Präsident Deutschmann, haben Sie sich einmal Gedanken gemacht, wie sich dieser Bundesbeitrag für die einzelnen Richtmengen auswirkt? (Abg. Deutschemann: Sehr wohl!) Dann hören Sie zu! (Abg. Deutschemann: Ja, 1 Prozent sind 1 000 Tonnen!) Dieser Bundesbeitrag macht auf Grund der angelieferten Menge im vergangenen Jahr 56 Groschen pro Liter zugelieferter Milch aus. Bei einem bergbäuerlichen Milchlieferanten macht dieser Betrag 8 400 S aus, bei einem Lieferanten aus einer Gunstlage macht dieser Betrag 46 000 S aus und bei den Großlieferanten macht dieser Betrag 100 000 S aus.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ich glaube, gerade auf diesem Sektor gilt es, den Hebel anzusetzen, auf diesem Sektor werden wir in Zukunft mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität walten lassen müssen, um den besonders schwachen Bergbauern zu helfen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 15.55

Präsident: Der Abgeordnete Schwarzenberger hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

15.55

Abgeordneter **Schwarzenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Wolf hat Vergleichszahlen der Direktzuschüsse zwischen den einzelnen Bundesländern und der Bundesmittel für diese Bundesländer gebracht und hat unter anderem

Schwarzenberger

erwähnt: Das Land Salzburg gab 1982 20 Millionen Schilling an Direktzuschüssen. Dies ist unrichtig! Das Land Salzburg vergab 1982 30 350 000 S an Direktzuschüssen für Bergbauern und liegt damit über der Summe der Bundesmittel für den Bergbauernzuschuß für das Land Salzburg.

Weiters hat der Abgeordnete Wolf erklärt, alle Vollerwerbsbetriebe der Zone 3 erhielten 1982 einen Bergbauernzuschuß von 10 000 S. Das ist ebenfalls unrichtig! 10 000 S erhielten nur 12,98 Prozent der Bergbauern der Zone 3. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{15.56}

Präsident: Nächster Redner: Abgeordneter Gurtner.

15.57

Abgeordneter Gurtner (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben bei meinem Vorredner reklamiert, daß er seine erste Rede hält, und wir sollen ihn nicht mit Zwischenrufen stören. Sie haben allerdings vergessen, ihm auch zu sagen, daß er bei der ersten Rede nicht allzu aggressiv drauflosgehen soll.

Ein paar Dinge, die er angeschnitten hat: man kann nicht das eine fordern und das andere verlangen. Die Frage mit den Genossenschaften, die er angeschnitten hat. Ich sage das deswegen, weil auch der Herr Minister und der Herr Staatssekretär davon gesprochen haben. Bitte, eine grundsätzliche Feststellung: Die Genossenschaften sind ein wirtschaftliches Unternehmen. Die Mitglieder erwarten, daß dieses Unternehmen natürlich auch wirtschaftlich geführt wird. Und wenn der Vorredner beklagt, daß die Bauern in den Genossenschaften nichts zu reden haben, und gleich darauf eingesteht, daß er bei einer Genossenschaft Funktionär ist, dann muß ich eigentlich sagen, ich bin auch Funktionär in einer Genossenschaft, wir bestimmen dort. Ich bitte, Herr Abgeordneter Wolf, tun Sie dies in Ihrer Genossenschaft auch. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Staatssekretär Murer ist leider nicht da — ich verstehe es ja, er muß einmal weggehen (*Heiterkeit*) —, trotzdem ein paar Worte zu seinen Ausführungen: Er hat gesagt, daß er ein bissel aufgeregt ist bei seiner ersten Rede als Staatssekretär auf der Regierungsbank. Ich kann diese Aufregung schon verstehen und auch mitfühlen. Trotzdem entschuldigt es nicht, daß die freiheitliche Fraktion, die zwar immer betont, sie ist für den Grünen Bericht 1982 nicht zuständig, trotzdem diesen Grünen Bericht von der Regie-

rungsbank aus und auch von den Abgeordneten her eben verteidigt.

Zu seiner Feststellung, daß die Futtermittelverbilligungsaktion nur deswegen gescheitert ist, weil der eine Präsident so und der andere etwas anderes gesagt hat: Die Futtermittelaktionen, die bisher gestartet wurden, sind von der Finanzierung her von der Regierung, vom Staat getragen worden.

Erstmalig hat man sehr lange darüber verhandelt, weil man auch die Bauern miteinbeziehen wollte. Bei den Verhandlungen ist dann vor zehn Tagen herausgekommen, daß der Antrag gestellt worden ist, daß man Roggen und Hafer in die Futtermittelaktion mit einbeziehen soll.

Zum Grünen Bericht: 1982 war, wie wir ja alle wissen, ein gutes Bauernjahr. Leider, wie der Grüne Bericht ausweist, hat sich dieses gute Jahr nicht im Einkommen der Landwirte niedergeschlagen. Es wurde schon vorher ausgeführt, daß in sechs beziehungsweise in sieben Produktionsgebieten reale Einkommensverluste hingenommen werden mußten. Man könnte sich dabei amüsieren, wenn man sich nicht ärgern müßte: Es wird hier immer wieder nicht Gleiches mit Gleichem, sondern es werden Äpfel mit Birnen verglichen. Das ist nicht möglich.

Es sind schon einige Einkommenszahlen genannt worden, ich möchte sie aber noch einmal wiederholen.

Das landwirtschaftliche Einkommen betrug 1982 im Bundesdurchschnitt je Familienarbeitskraft 8 631 S im Monat. Nimmt man die öffentlichen Zuschüsse und den außerbetrieblichen Zuerwerb dazu, so sind es 9 757 S. Im Vergleich dazu verdient der durchschnittliche Arbeitnehmer Österreichs 15 370 S, und das ist uns nicht zuviel. (*Abg. Hesoun: Wo verdient er das?*) Was uns stört, ist die Differenz zwischen den beiden Einkommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist natürlich unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß immer mehr Bauern gezwungen werden, einen Nebenerwerb aufzunehmen. 56 Prozent — das ist heute schon gesagt worden — bewirtschaften ihre Betriebe heute im Nebenerwerb.

Umso verwunderlicher ist es, Herr Minister, daß bei den Ausschreibungen zum Grünen Bericht für das nächste Jahr die Nebenerwerbslandwirte fehlen. Es drängt sich hier

1608

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Gurtner

direkt der Eindruck auf, daß die Bundesregierung die Nebenerwerbler abgeschrieben hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade die Arbeitsplatzpolitik muß für diese Gruppe, nämlich für die Nebenerwerbsbauern, Vorrang haben. Auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten muß die Arbeitsplatzpolitik natürlich darauf Rücksicht nehmen, daß die Nebenerwerbsbauern eine Doppelfunktion ausüben, daß sie ihre landwirtschaftlichen Betriebe vereinfacht haben und daß ein Zurück in den Vollerwerb mit hohen Investitionen und mit Einkommensverlusten verbunden ist.

Es ist daher unsere Forderung recht und billig, daß wirklich alles zu geschehen hat, daß unsere Nebenerwerbsbauern auf ihren Arbeitsplätzen so behandelt werden wie die anderen Arbeitnehmer eben auch.

Parallel dazu erwarten wir eine dynamische zukunftsorientierte Agrarpolitik, damit möglichst viele Vollerwerbslandwirte auch Vollerwerbslandwirte bleiben können und nicht auf den überfüllten Arbeitsmarkt drängen.

In dem Zusammenhang drängt sich natürlich die Frage auf, und es ist schon darüber gesprochen worden: Wo bleiben die Alternativproduktionen? Es wird sehr viel darüber geredet, sehr viel darüber geschrieben, es liegen fertige Konzepte auf dem Tisch. Der Herr Staatssekretär sagt, er ist für das Biosprit-Projekt zuständig. Ich frage: Herr Bundesminister, wie lange müssen wir noch auf diese Alternativprodukte warten, wie lange müssen wir noch warten, bis Sie in dieser Frage aktiv werden?

1981/82 betrug der durchschnittliche Selbstversorgungsgrad — das wurde heute auch schon erwähnt — 95 Prozent. Dieser Wert kommt durch die hohen Importe von Eiweißfuttermitteln, von Energie und von Düngemitteln zustande. In Krisenzeiten würde daher dieser Selbstversorgungsgrad sehr schnell um 20 bis 30 Prozent sinken. Die Selbstversorgung bei Ölen und bei pflanzlichen Fetten beträgt zur Zeit nämlich nicht einmal 5 Prozent.

Wir werden daher den eingegangenen Verpflichtungen des Staatsvertrages und der wirtschaftlichen Landesverteidigung kaum gerecht.

Mit einem stufenweisen Einführen der Alternativprodukte Biosprit und Ölsaaten

könnten Tausende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gesichert werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie der Grüne Bericht 1982 ausweist, ist vor allen Dingen die Produktivität in der Landwirtschaft sehr stark gestiegen. Sie stieg zwischen 1970 und 1980 um 111 Prozent gegenüber 56 Prozent in der Industrie. Leider sind diese Produktionsfortschritte im Rahmen der politischen Entscheidungen umverteilt und nicht dem Einkommen der Bauern zugeschlagen worden.

Die österreichische Landwirtschaft hat auch neue Wege beschritten. Die Erzeugergemeinschaften, die bürgerlichen Mahl- und Mischgemeinschaften, die Erzeugerringe, der Verband bürgerlicher Waldbesitzer, die Maschinen- und Betriebshilfsringe sind solche neuen Formen moderner bürgerlicher Selbsthilfe. Sie haben in den letzten Jahren wohl deswegen eine so stürmische Aufwärtsentwicklung erlebt, weil sie in ganz hervorragender Weise geeignet sind, die zweifellos vorhandenen strukturellen Nachteile unserer klein- und mittelbürgerlichen Struktur zu vermindern.

Wie der Grüne Bericht ausweist, gab es Ende 1982 in Österreich 226 Maschinen- und Betriebshilfsringe mit 34 978 Mitgliedern; das waren um 9 Prozent mehr als 1981, die zwischenbetrieblich wahrhaft partnerschaftlich zusammengearbeitet haben.

Wenn wir um die Effizienz dieser Ringe Bescheid wissen und wenn wir auch wissen, wie viele noch abseits stehen, dann ist das eigentlich kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Im Hinblick auf die schwieriger werdende wirtschaftliche und soziale Situation und auf die wünschenswerte Besitzfestigung sind wir, so hoffe ich, Herr Staatssekretär und Herr Bundesminister, wohl einer Meinung, daß wir alles tun müssen, daß noch mehr Bauern für diese Zusammenarbeit in den Maschinen- und Betriebshilfsringen gewonnen werden können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Für diese Menschen müssen die Lebenschancen für die Zukunft verbessert und gesichert werden. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel beim Finanzausgleich und der fehlende Wohngemeindeausgleich hungern gerade diese ländlichen Gebiete aus.

Gurtner

Eine Änderung dieser Ungerechtigkeit würde die Infrastruktur sichern, würde auch Arbeitsplätze zu den Arbeitnehmern bringen, und damit würden das Pendeln und die Abwanderung aus diesen ländlichen Bereichen gebremst werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Alle Berufsgruppen im ländlichen Raum sind aufeinander angewiesen. Entsteht ein Ungleichgewicht, gibt es hier eine Verschiebung, dann beginnt die ganze Region zu kranken, wie leider Gottes viele Beispiele zeigen. Es muß daher im Interesse aller Verantwortlichen liegen, alles zu tun, um zu gewährleisten, daß die Vielfalt der Berufsgruppen, daß die öffentlichen Einrichtungen im ländlichen Raum funktionsfähig erhalten werden.

Ich möchte dazu und abschließend feststellen, daß die Geschichte gezeigt hat, daß ein gesunder Bauernstand noch immer eine der tragfähigsten Säulen eines freien, unabhängigen und neutralen Staates ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) 16.10

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Remplbauer.

16.10

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Grüne Bericht 1982 zur Lage der österreichischen Bauernschaft muß im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden. So ist das Berichtsjahr 1982 gekennzeichnet von einer weltweit anhaltenden ökonomischen Stagnation, und die Beschäftigungssituation hat sich eher verschlechtert als verbessert und ist gekennzeichnet von einer allgemeinen Konjunkturschwäche und einem stagnierenden Welthandel.

Herr Präsident Derfler! Sie haben heute in Ihrer Rede vom Versagen in der Landwirtschaftspolitik gesprochen. Wenn Sie, Herr Präsident, die verfehlte jahrelange agrarpolitische Arbeit des Bauernbundes gemeint haben, dann darf ich Ihnen ausnahmsweise recht geben.

Und in Abwandlung dessen, was der Herr Bundesminister in seiner Darstellung gebracht hat, möchte ich sagen: Symbol dieser Bauernbundpolitik war das Häuschen mit dem Herzerl in der Nähe der Düngerstätte.

Heute ist das Gott sei Dank alles verschwunden, dank der Agrarpolitik der sozialdemokratischen Regierung durch zwölf bis

dreizehn Jahre (*Abg. Dr. Zittmayr: Seid ihr Sozialisten oder Sozialdemokraten?*), die nun fortgesetzt wird von dieser Koalitionsregierung und verantwortet wird von unserem Landwirtschaftsminister. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wenn Sie mit mir durch das Land fahren, und ich kann Sie durchaus auch in meine Agrargemeinde einladen, dann hat sich das Bild in diesen letzten fünfzehn Jahren etwa völlig gewandelt. Wir haben heute schön gebaute Wirtschaftsgebäude, schöne Bauernhöfe, die mit Blumen geschmückt sind, die eingerichtet sind wie jedes andere moderne Haus. Und die Förderungen sind heute allen Bauern offen. Früher war das ja ein Privileg weniger Funktionäre des Österreichischen Bauernbundes.

Und zur Kollegin Wieser möchte ich sagen: Wer brachte denn das Geld in das Bauernhaus, das früher sicherlich in weitaus geringerem Maße gegeben war? – Es war die Agrarpolitik dieser Bundesregierung und die Agrarpolitik unserer Minister, die für die Landwirtschaftspolitik verantwortlich zeichnen.

Das Bild ist doch heute so – das können Sie nicht bestreiten –: Der Bauer erhält, der tüchtige Bauer erhält Kredite für Investitionen, für den Ausbau seines Betriebes. Die Bäuerin – das wurde heute schon behandelt – erhält die Betriebshilfe im Falle der Mutterschaft, und es sind immerhin 28 000 S, die wir großteils aus Bundesmitteln zur Verfügung stellen.

Und für die Kinder gibt es die freie Schulfahrt, die kostenlosen Schulbücher, die Familienbeihilfe, die für Kinder über zehn Jahre 1 200 S ausmacht. Ich erinnere nur zum Vergleich: Zuletzt in der Zeit der ÖVP-Regierung waren es 200 S. Und ich darf auch ohne Vorwurf daran erinnern, daß gerade aus der bäuerlichen Bevölkerung der Anteil zum Familienlastenausgleich relativ gering ist, das aber, was aus dem Familienlastenausgleich an die bäuerlichen Familien geht, relativ hoch ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Weil die Frau Kollegin Wieser von der vielen Arbeit der Bäuerinnen, von der Beschwerlichkeit, von den Schwierigkeiten, von der langen Zeitdauer gesprochen hat: Ich kann das durchaus unterstreichen. Es ist richtig so.

Aber es muß doch wohl auch der Vergleich erlaubt sein: Das gilt nicht nur für die Bäuerinnen. Das gilt in sehr hohem Ausmaß, in vielen Fällen in noch höherem Ausmaß auch

1610

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Remplbauer

für die Industriearbeiterin, die um fünf Uhr früh aufsteht, die Familie versorgt, den Weg zur Arbeitsstätte auf sich zu nehmen hat und nach getaner Arbeit natürlich wieder für ihre Familie sorgt. (Abg. Helga Wieser: Das hat kein Mensch bestritten!)

Liebe Kollegin Wieser, ich tue ja nichts anderes als das ergänzen, was Sie hier in Ihrem Debattenbeitrag zu erwähnen vergessen haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Und dasselbe gilt natürlich auch für den Industriearbeiter und durchaus auch für den Angestellten, gar keine Frage.

Ich glaube, wir sind uns einig darüber: Wenn wir mehr Verständnis für die Arbeitswelt des anderen aufbringen, dann können wir uns durchaus treffen. (Abg. Helga Wieser: Herr Abgeordneter Remplbauer! Wir rechnen auch den Arbeitern und den Angestellten nicht ununterbrochen vor, was sie bekommen!) Wir werfen ja nichts vor. (Abg. Helga Wieser: Na bitte!) Ich ergänze lediglich das – ich sage es noch einmal –, was Sie zu erwähnen vergessen haben. Der Gerechtigkeit wegen selbstverständlich. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Weil sich mit Zahlen trefflich streiten lässt, möchte ich auch noch ein paar Zahlen zum Export, zum Außenhandel bringen. Auch hier können wir auf schöne Erfolge im Bericht 1982 verweisen.

So ist zum Beispiel das Agrarhandelsbilanzdefizit von 13 Milliarden Schilling auf rund 12 Milliarden Schilling gesunken. Die Dekkungsquote – Herr Präsident Minkowitsch, auch wenn Sie lächeln – hat sich sehr, sehr positiv entwickelt. – Vielleicht ist es ein zustimmendes Lächeln. (Abg. Mag. Minkowitsch: Also bitte!) – 1973 war sie 34 Prozent, 1982 beinahe 52 Prozent. Das ist wahrlich ein Erfolg der Agrarpolitik dieser Bundesregierung und der Landwirtschaftsminister dieser Regierung. (Beifall bei der SPÖ.)

So hat sich beispielsweise das Außenhandelsdefizit mit der EWG um rund 600 Millionen Schilling verringert, und wir verzeichnen hier eine Deckungsquote von mehr als 55 Prozent. Wir haben Exportsteigerungen bei der Weinausfuhr, beim Getreideexport um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Und wenn ich nur eine Zahl zum Vergleich anführe: 1965 betrug die Getreideeinfuhr in Österreich noch nahezu 900 000 Tonnen. Im Berichtsjahr 1982 haben wir eine Ausfuhr von

nahezu 500 000 Tonnen zu verzeichnen. Das war sicherlich eine großartige Leistung unserer Landwirtschaft, durch den Fleiß der Bauernschaft erreicht, durch die Produktivitätssteigerung, gar keine Frage. Wir wollen das voll anerkennen.

Bei den Molkereierzeugnissen war ebenso eine leichte Steigerung, besonders bei der Käseausfuhr, was wir sehr positiv verzeichnen.

Ganz positiv ist der Export von rund 190 000 Stück Zucht-, Nutz- und Schlachtrindern. Der Ausfuhrwert macht nahezu 2,5 Milliarden Schilling aus. Ausfuhrländer, Exportländer: Italien mit einem Anteil von nahezu 70 Prozent und die Bundesrepublik Deutschland von etwa 28 Prozent bei den Schlachtrindern. Libyen und Italien waren die Hauptexportländer bei den Schlachtrindern. Ich erinnere in diesem Zusammenhang, nachdem etwa 70 Prozent dieser Ausfuhren allein nach Libyen gingen, an den Ausspruch unseres Bundeskanzlers über einen bestimmten Körperteil, der nicht unzutreffend gesagt wurde, als große Kritik geübt wurde, weil er den Staatschef von Libyen nach Österreich eingeladen hat.

Zum Agrarimport: Auch hier eine positive Entwicklung. Der Agrarimport beträgt etwas mehr als 10 Milliarden Schilling.

Verständlicherweise müssen wir Produkte importieren, die wir in Österreich nicht erzeugen. Ich verweise lediglich auf einige Produkte wie Kaffee, Tee und Kakao, die allein etwa 4,7 Milliarden Schilling ausmachen. (Abg. Dr. Zittmayr: Und Pflanzenfette, die wir nicht einführen müßten, wenn wir sie selber produzieren würden!) Ich darf dazu die Süßfrüchte anführen, Reis, Ölkuchen aus Sojabohnen und so weiter.

Zur Produktion und Vermarktung: Große Probleme haben wir derzeit auf dem Milchmarktsektor. Es ist heute schon darüber diskutiert worden.

Der Herr Bundesminister hat gemeint: Wenn es einen Sündenfall bei der Marktordnung gegeben hat, dann bei der Einführung der Richtmengenregelung, die sich natürlich durch die Steigerung der Milchanlieferung schwierig entwickelt hat. Wir werden bemüht sein, bei den künftigen Marktordnungsverhandlungen vor allem die Interessen der kleinen Milchproduzenten besser zu berücksichtigen.

Remplbauer

Wir laden heute schon Sie vom Bauernbund, Sie von der ÖVP dazu ein, mit uns zu gehen und vor allem bei der Degression etwas zu tun oder vielleicht auch beim Preis, um – ich möchte hier nur ungefähre Zahlen nennen – bei einer Grundanlieferung von etwa 30 000 Kilo pro Jahr eben eine Besserstellung der Kleinlieferanten zu erreichen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben in diesem Sinne auch Inlandsverbilligungsaktionen durchgeführt bei Butter, Käse, Butterschmalz, Mager-, Buttermilch und Milchpulver. Wir geben verbilligt Schulmilch ab sowie Butter für das Bundesheer, die Haushaltungsschulen und Kindererholungsheime. Auch Automatenmilch gibt es in den Unterkünften des Bundesheeres. Der Milchpreisausgleich erfordert aber trotzdem im Jahre 1982 1 827 Millionen Schilling.

Zu den Einkommen ganz kurz noch, weil immer wieder Vergleiche angestellt werden: Kollege Riegler hat gemeint, er müßte den Lohn eines Industriearbeiters in Österreich mit dem eines Bauern in der Schweiz vergleichen. Ich bitte, Gleiches mit Gleichem zu vergleichen. Vergleichen wir die Löhne, die die Bauernschaft hat, Kollege Riegler, in Österreich und in der Schweiz. Und vergleichen wir auch die Löhne der Industriearbeiter. Da ist eben ein großer Unterschied zwischen dem Realeinkommen für Arbeiter und Angestellte, aber auch in der Bauernschaft.

Kollege Riegler! Wollen wir es gemeinsam so halten, dann könnten wir uns da leicht einigen. Entscheidend für das Einkommen in der Landwirtschaft ist sicherlich der Rohertrag. Der Herr Bundesminister hat darauf verwiesen, daß in einem der acht Produktionsgebiete Österreichs, nämlich im nordöstlichen Flach- und Hügelland, ein Wert von 456 000 Schilling erreicht werden konnte. Das ist ein Wert, den es bisher nie gegeben hat. Ich nenne dazu gleich das Alpengebiet mit etwa der Hälfte dieses Wertes.

Darin zeigt sich auch die große Problematik in der Landwirtschaft: die Einkommensdisparität auf Grund der Produktionslagen und auf Grund der Betriebsgrößen. Es war immer unsere Aufgabe in der Agrarpolitik der letzten zwölf, dreizehn Jahre, hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen, indem wir Nebenerwerbsbetriebe, Kleinbetriebe und vor allem die Bergbauern ganz besonders durch Direktförderungen unterstützt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Bevor ich abschließend zum Grünen

Bericht noch kurz einiges darlege, möchte ich einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutschmann, Schober, Hintermayer, Remplbauer und Genossen betreffend Prüfung der Möglichkeit grunderwerbsteuerlicher Erleichterungen für junge Hofübernehmer einbringen. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten auf die Begründung verzichten und lediglich den Entschließungsantrag zur Kenntnis bringen.

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht zu prüfen, inwieweit bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer bei bürgerlichen Übergabeverträgen (Wert des Wohngebäudes; vom Jungbauern zu übernehmende Lasten wie Agrarinvestitionskredit, Auszahlungsverpflichtungen an Geschwister und so weiter) Steuerbelastungen vermieden werden können, die mit der Leistungsfähigkeit des übergebenen Betriebes in einem Mißverhältnis stehen.

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Abschluß kommen. Die Maßnahmen der Bundesregierung und des Landwirtschaftsministeriums dienen vor allem im Förderungsbereich der Land- und Forstwirtschaft, dienen aber zugleich auch der Stärkung der Wirtschaft des ländlichen Raumes überhaupt. Förderungsmittel des Grünen Planes machen im Jahr 1982 nahezu 2 Milliarden Schilling aus. Dazu zählt das Bergbauern-Sonderprogramm mit 890 Millionen Schilling. Es werden die Grenzland-Sonderprogramme weitergeführt. Es gibt AI-Kredite und Sonderkredite in entsprechender Höhe. Wir haben die Bundesmineralölsteuervergütung mit nahezu 1 Milliarde Schilling im Berichtsjahr, und die Förderungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft bedürfen natürlich auch der Abstimmung mit der Regionalförderung, mit der Industrieförderung und mit der Gewerbeförderung, vor allem aber auch der Abstimmung mit der Siedlungs- und der Sozialpolitik.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung, das Landwirtschaftsministerium und die Regierungsparteien werden sich bemühen, auch in Zukunft die Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes zu erfüllen und entsprechende Förderungsmaßnahmen zu setzen, vor allem Förderungsmaßnahmen für die Kleinlandwirte, für die Nebenerwerbslandwirte und – ich betone das noch einmal – im

1612

Nationalrat XVI. GP – 20. Sitzung – 11. November 1983

Remplbauer

besonderen für die Bergbauern. Wir nehmen daher den Grünen Bericht 1982 in diesem Sinne gerne zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{16.27}

Präsident: Der eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Türtscher.

^{16.28}

Abgeordneter **Türtscher (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn ich heute von dieser Stelle aus zur Lage der Bergbauern in Österreich sprechen soll, dann möchte ich das schon in Respekt vor meinen Berufskollegen ohne jede Polemik tun. Es freut mich sehr, daß als Ergebnis der heutigen Debatte zum Grünen Bericht ein gemeinsamer Antrag verlesen wurde, der von den Genossen Deutschmann, Schober und Hintermayer eingebracht wurde und der sich mit den Übergabebedingungen und mit Erleichterungen für junge Hofübernehmer befaßt. Ich danke für diesen gemeinsamen Antrag. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bevor ich aber nun zu meinen eigentlichen Ausführungen kommen möchte, muß ich doch noch auf einige Aussagen meiner Vorredner eingehen. Ich möchte hier den Äußerungen meines Landsmannes, des Abgeordneten Wolf, der Vollständigkeit halber noch etwas hinzufügen. Im Land Vorarlberg werden an Direktzahlungen an die Bergbauern aus Landesmitteln 25 631 000 S ausbezahlt. An Bergbauernzuschuß des Bundes, den ich hoch einschätze, aber der Richtigkeit halber auch bekanntgeben möchte, werden 15,5 Millionen Schilling in unser Land bezahlt. Die Zahlen stammen aus dem Jahre 1982.

Eine Aussage wurde hier nicht gemacht, nämlich daß im Land Kärnten heute noch vom Lande aus kein Bergbauernzuschuß ausbezahlt wird, sondern nur der Bundeszuschuß.

Ich möchte hier eines anknüpfen: Der Herr Abgeordnete Schober hat unserem Präsidenten Derfler heute in bezug auf die Genossenschaften gesagt, daß er noch ein reiches Betätigungsgebiet in dieser Beziehung hätte. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Schober sagen: Im Interesse Ihrer Bergbauern im Lande Kärnten hätten Sie in diesem Punkte auch noch ein reiches Betätigungsgebiet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wie Ihnen allen wurde auch mir dieser Grüne Bericht zugesellt. Seite 5 trägt die Überschrift: „Die Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft.“ Im weiteren steht hier folgender Satz: „Das Volkseinkommen stieg nominell um 8,4 Prozent auf 848,4 Milliarden Schilling. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft war mit 31,5 Milliarden Schilling nominell um 0,6 Prozent (real: – 5,6 Prozent) niedriger als 1981.“

Diese Zahlen zeigen die Situation im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Gebiete Österreichs. Die Entwicklung für die Bergbauern ist schmerzlicher. Auf Seite 67 steht zur Ertragslage im Bergbauergebiet: „Das Landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft war mit 70 041 S um 6 Prozent“ nominell (real: – 11 Prozent) geringer als 1981.“

Laut Tabelle 121 lag dieser Jahreswert für die Bergbauern der Zone 3 im Alpengebiet bei 57 021 S.

Dies sind Aussagen des Grünen Berichtes und nicht Zahlen der Präsidentenkonferenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie konnte eine solche Entwicklung eintreten für einen Berufsstand, welcher so notwendige Aufgaben wie Versorgung mit Nahrung und verschiedenen Rohstoffen und die Erhaltung der Landschaft zu erfüllen hat? Wie konnte es geschehen, daß die Bergbauernfamilien mit ihrem Einkommen zur Armutsgrenze hin abgesunken sind trotz Bergbauernzuschuß?

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, gestatten Sie mir einige Vorgänge darzulegen, welche zu dieser Entwicklung geführt haben. Im ersten Jahrzehnt der Nachkriegszeit wollte die Bevölkerung von den Bauern eines rasch, genügend und gute Nahrungsmittel. 1950 arbeiteten noch fast 1 Million Menschen in der Landwirtschaft, und der sogenannte Normalhaushalt gab damals noch 60 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel aus.

Im zweiten Nachkriegsjahrzehnt trat durch die Mechanisierung ein gewaltiger Produktionsanstieg ein. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln wurde gesichert, weniger Bauern mit weniger Arbeitskräften, aber hohen Investitionen wurden die Devise. Der Prozentsatz für Nahrungsmittelausgaben sank laufend und liegt heute bei 24 Prozent. Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen liegt unter 30 000 in Österreich.

Türtschner

Als in den späten sechziger Jahren politische Macher in der EWG im Lebensstil und in der Produktionsweise der bäuerlichen Familienbetriebe keinen Sinn mehr sahen, wurde es gerade für die Bergbauern hart. Und ich möchte wünschen, wir alle könnten sehen, wie der Siedlungs- und Erholungsraum im Alpengebiet und im Grenzland aussehen würde, wenn nicht zumindest ein Teil der bäuerlichen Familien aus Liebe zur Heimat und zur übernommenen Lebensaufgabe ausgeharrt hätten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ich frage daher: Wäre es nicht endlich an der Zeit, zur Art und zum Lebensstil der Bergbauern eine Grundhaltung zu beziehen, welche diese Menschen respektiert und damit auch ihre wirtschaftliche Existenz sichern will? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kein Bergbauer wünscht es sich, auf Zuschüsse als Teil seines Einkommens angewiesen zu sein. Jeder möchte statt dessen einen Produktionsauftrag mit echten kosten-deckenden Preisen. Lebendig sehe ich noch in meiner Erinnerung einen jungen Bergbauern vor mir, welcher bei einer Diskussion zum Thema Direktzahlungen die Frage an mich stellte: Soll das nun mein Schicksal werden, daß ich trotz Arbeit von früh bis spät vom Ertrag dieser Arbeit nicht leben kann?

Es schiene mir also eine Frage der Gerechtigkeit zu sein, daß hier der Bund seine Vorgangsweise besseren Länderregelungen anpassen würde, damit der Almosencharakter aus den Direktzahlungen für immer verschwindet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn ich noch einmal auf mein Bundesland zurückkommen darf: In Vorarlberg bezahlen wir Bewirtschaftungsprämien nach bewirtschafteter Fläche pro Hektar und nach Erschwernislage aus. Und ich wiederhole, daß diese Summe von 25,6 Millionen Schilling, die zur Zeit ausbezahlt werden und die im nächsten Jahr erhöht werden wird, eine große Wirkung gezeigt hat gerade darin, daß weitgehend die Entmutigung abgebaut wurde und daß eine weitere Entsiedlung aus den Berggebieten und die Verwilderung der Landschaft verhindert wurde.

Um den im Grünen Bericht geschilderten Verhältnissen Abhilfe zu schaffen, ersuche ich daher den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, den Bergbauern-zuschuß leistungsgerecht und in einer Höhe auszubezahlen, wie dies den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes entsprechen würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ich erlaube mir zum Schluß einen Absatz aus jenen Ausführungen zu zitieren, welche ich im Jahre 1971 vor Einführung der Bewirtschaftungsprämie als Ergebnis von Beratungen mit Berufskollegen an die Vorarlberger Landespolitiker gerichtet habe und die auch im bundesweiten Bereich Geltung haben sollten: Der Grundgedanke der Förderung der Bergbauern muß sein, daß der Wert ihrer Arbeit für die Allgemeinheit von der Öffentlichkeit anerkannt wird. Wird also vorerst der Existenz eines Berufsstandes Berechtigung und Aufgabe zugesprochen, so ist die Folgerung, daß Einschätzung und Abgeltung nach dem geleisteten Aufwand an Arbeit und Investitionen und nicht nur am Produktionserfolg bemessen werden dürfen. Das Grundrecht, daß der Arbeit auch der gerechte Lohn zusteht, hat auch für die Bauern zu gelten. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) ^{16.37}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Windsteig.

^{16.37}

Abgeordneter **Windsteig** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Auf einige Äußerungen während der nun schon sehr langen Diskussion über den Grünen Bericht und damit über die österreichische Landwirtschaft eingehend möchte ich zu der Frage Stellung nehmen, warum Nebenerwerb, warum Flucht aus der Landwirtschaft beziehungsweise wann denn die Flucht aus der Landwirtschaft begonnen hat. Wir sollen die Dinge doch so sehen, wie sie tatsächlich sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sicherlich noch sehr viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, weil es in erster Linie darum ging, sich selbst und die Familien zu ernähren, und erst weitaus später, als die Entwicklung dahin ging, daß aus der Landwirtschaft auch Marktleistung erbracht werden soll und damit mehr und mehr die Ernährung der österreichischen Bevölkerung sichergestellt werden soll, ist die Intensität der Landwirtschaft ganz anders geworden.

Da kam aber auch noch dazu, daß weltweit eine Strukturveränderung in der Landwirtschaft insgesamt vor sich gegangen ist, die natürlich auch von Österreich nicht ferngeblieben ist. Und daher die Abwanderungen aus der Landwirtschaft.

Viele Landwirte sind in den Nebenerwerb gegangen; das ist schon richtig. Sie sind in den Nebenerwerb gegangen, um entsprechende Einkommensverhältnisse für sich und

1614

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Windsteig

für ihre Familien zu erzielen, und dazu hat nicht zuletzt auch die österreichische Politik beigetragen, die es ermöglicht hat, überhaupt umzuschulen. Gerade die sozialistische Bundesregierung hat seinerzeit Maßnahmen auf dem arbeitsmarktpolitischen Sektor gesetzt, die vielen Landwirten in unserem Bereich die Möglichkeit eröffnet haben, vollberuflich, nicht nur als Hilfsarbeiter, sondern als ausgebildeter Facharbeiter in andere Berufe umzusteigen, trotz der Schwierigkeiten, die wir in all diesen Berufssparten auch noch haben.

Wenn einige Kollegen vorhin immer davon gesprochen haben, es wäre kein Interesse daran, eine Berufsgruppe krankzujammern, ja meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sollte man sich dessen eingedenk sein und nun endlich Taten setzen, die geeignet sind, in gemeinsamer Arbeit die Probleme der österreichischen Bevölkerung und damit auch der österreichischen Landwirtschaft in entsprechender Form zu lösen. Wir haben in diesem Bereich einiges zu tun.

Ich kann es daher nicht verstehen, wenn man einen Entschließungsantrag wie den Ihren einbringt, wo man im vorhinein weiß, daß dieser von den anderen Parteien nicht angenommen werden kann. Er zeigt sich als ein Antrag, der lediglich geeignet ist, für die Öffentlichkeit in der Presse gut zu erscheinen, um dann noch sagen zu können, die Regierungsparteien hätten diesen Antrag abgelehnt.

Ganz anders die Vorgangsweise bei dem zweiten Entschließungsantrag des heutigen Tages, wo wir schon hören, daß es ein gemeinsamer Entschließungsantrag ist, und ich würde eher vorschlagen, mehr noch als bisher diese Vorgangsweise zu wählen, denn in der gemeinsamen Arbeit ist man in Österreich noch immer weiter gekommen, als wenn man nur von Haus aus Opposition betreiben wollte.

Ich selbst komme aus dem, wenn Sie nach dem Grünen Bericht 1982 gehen, irgendwie bevorzugten niederösterreichischen Flach- und Hügelland, das im Nordosten Österreichs liegt. Ich möchte daher etwas auf die Problematik eingehen, die sich gerade hier stellt, und zwar auf die Frage Getreide- und Weinbau, die ja mehr oder weniger die Hauptproduktionszweige in unserem Bereich sind.

Wir haben in der Getreideproduktion des Jahres 1982 5,03 Millionen Tonnen zu verzeichnen gehabt; das war um 15,4 Prozent mehr als im Jahre 1981. Damit wurde gleich-

zeitig auch noch die Rekordernte des Jahres 1980 mit einem Prozent übertroffen. Und daraus ergeben sich natürlich für die Landwirtschaft, aber auch für die ganze österreichische Bevölkerung Probleme.

Wodurch entwickelte sich diese Produktion? — In erster Linie war es die Produktivitätssteigerung, aber auch die Ertragssteigerung. Wir hatten beispielsweise bei Weizen Hektarerträge in der Größenordnung von 4,28 Tonnen je Hektar, was um 14 Prozent mehr war als im Jahre 1981. Bei der Gerste waren es 4,23 Tonnen je Hektar; das sind um 25 Prozent mehr als im Vorjahr. Und beim Mais hatten wir 7,85 Tonnen je Hektar, also 8 Prozent mehr als im Jahre 1981.

Diese Produktivitätssteigerung ist sicherlich auf die günstigen Witterungs- und Ertragsbedingungen des Jahres 1982 zurückzuführen.

Wenn wir die Gesamtproduktion des Jahres 1982, die 5,03 Millionen Tonnen betrug, mit jener der Jahre 1971/72/73, die rund 3,2 Millionen Tonnen ausmachte, vergleichen, dann ergibt das eine Steigerung um 1,8 Millionen Tonnen; das entspricht einer durchschnittlichen Steigerung von 150 000 Tonnen pro Jahr. Ich werde dann auf diese meine Ausführungen noch einmal zurückkommen.

Ein zweiter Faktor, der zu diesem günstigen Abschluß auf dem Getreidesektor beitrug, ist, daß die Anbaufläche wesentlich angestiegen ist. In den Jahren 1970/71/72 waren es im Durchschnitt noch 967 000 Hektar, im Jahre 1982 betrug die Anbaufläche bereits 1 062 376 Hektar. Da stellt sich die Frage, warum wohl so viele Landwirte darauf umgestiegen sind, mehr an Produktionsflächen für Getreideanbau zu verwenden. Nicht nur deswegen, weil sie sich darauf spezialisieren, sondern es war sicherlich auch die Preisentwicklung auf dem Getreidesektor mit entscheidend. Diese ist unter Mitwirkung und Verantwortung der Regierung — wir wissen um die Problematik der Marktordnung — in einer Form vor sich gegangen, die es den Landwirten ermöglicht hat, durch den Getreideanbau mehr zu verdienen, und deshalb sind auch so viele Bauern auf den Getreideanbau umgestiegen.

Die Frage, die sich im Zusammenhang mit dem Import und Export im Getreidebereich für uns stellt, ist sicherlich sehr interessant. Wir haben im Wirtschaftsjahr 1982/83 rund 700 000 Tonnen Getreide exportiert. Wenn man das vergleicht mit den früheren Jahren,

Windsteig

mit der Tatsache, daß wir seinerzeit Schwierigkeiten hatten, selbst den Inlandbedarf zu decken, und noch im Jahre 1971 für diesen Zweck 63 000 Tonnen Weizen, 29 000 Tonnen Hafer, 108 000 Tonnen Gerste und 95 000 Tonnen Mais importieren mußten, dann ist das eine gewaltige Leistung der österreichischen Landwirtschaft, die absolut Anerkennung verdient.

Eine weitere Problematik ist die Frage der Spezialisierung. Es ist festzustellen, daß sich viele Landwirte auf gewisse Produktionszweige spezialisiert haben. Leider Gottes gibt es bundesländerweise eine sehr unterschiedliche Marktorientierung. Wenn wir die Marktleistung betrachten – das ist der Prozentsatz der auf den Markt gebrachten Menge im Vergleich zur Gesamtproduktion im jeweiligen Bundesland –, dann können wir riesige Unterschiede feststellen.

In Niederösterreich betrug die Marktleitung beim Weizen 84 Prozent, beim Roggen 79 Prozent. Im Burgenland 68 Prozent beziehungsweise 70 Prozent, in Oberösterreich 44 Prozent und 14 Prozent, wobei der erste Wert immer für Weizen steht und der zweite für Roggen. Das nächste Bundesland in der Reihenfolge ist aber schon die Steiermark mit nur mehr 3,4 Prozent beim Weizen und mit 7,6 Prozent beim Roggen. Auch eine Problematik, die zu denken gibt.

Zur Lösung der Gesamtproblematik fand Österreich bereits zur Marktordnung, und wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß auf Grund des Marktordnungsgesetzes und der jeweiligen Verhandlungen und Beschlüsse im Hohen Haus der Bund 1 Milliarde Schilling im Jahre 1982 für die Stützung der Preise im Bereich der österreichischen Landwirtschaft ausgegeben hat.

Dazu kam ein Verwertungsbeitrag in der Höhe von 274 Millionen Schilling, der von den Bauern, von den Produzenten kommt, womit der Export der Überproduktion auch gesichert werden kann.

Dem ist noch hinzuzufügen, daß nicht zuletzt auch der Konsument mit dazu beiträgt, denn er hat ja letzten Endes auch vom Gesamterzeugerpreis die entsprechende Kalkulation auf dem Markt zu bezahlen.

Als Schlußfolgerung dieser meiner Ausführungen möchte ich eine rein theoretische Frage stellen, die sich aus der praktischen Frage ableitet: Wie soll es weitergehen?

Die theoretische Frage ist jene: Wenn bis 1990 beispielsweise die Entwicklung so wäre, wie sie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, nämlich jährlich um durchschnittlich 150 000 Tonnen Getreide mehr, dann würde das in den nächsten sieben Jahren zusammen soviel ausmachen, daß wir 1990 an die 6 Millionen Tonnen Getreideproduktion verzeichnen würden. Und hier ergibt sich nun die Frage, nicht nur für die Landwirtschaft selbst, sondern für die gesamte Bevölkerung Österreichs: Wie soll das finanziert werden? Wie kann man mit diesen Problemen fertig werden?

Dazu gibt es einige Vorschläge: Anbauflächen verringern, die Frage Biosprit und das Ölsaatenprojekt werden ins Kalkül gezogen. Hier stellt sich wiederum die Frage: Welche bestmögliche Lösung ist hier zu finden?

Wir haben die Frage der Ölsaaten bereits mehrfach angeschnitten. Die Schwierigkeiten, die aus den GATT-Verträgen noch immer bestehen, wären zu beseitigen. Wo aber wird ein entsprechendes Äquivalent an Handelsprodukt herangezogen werden, um dem gerecht werden zu können? Eine andere Möglichkeit wäre die Rapsproduktion, wobei es hinsichtlich der qualitativen Beschaffenheit des Rapses ein Problem gibt, mit dem man sich noch näher auseinandersetzen muß. Und es ist hier die Frage zu stellen, ob der Wert des Produktes dem Preis, der dafür bezahlt werden müßte, auch einigermaßen gerecht würde. Ich glaube, daß dabei ein viel zu hoher Preis bezahlt werden müßte.

Ganz wenige Worte nur noch zu dem auch bei uns sehr problematisch gewordenen Weinbau. Sie wissen, daß wir im Jahre 1982 eine Rekordernte beim Weinbau gehabt haben. Hier war eine ähnliche Situation zu verzeichnen, wie sie bereits in den sechziger Jahren gewesen ist.

Wir haben uns bemüht, diese Problematik in den Griff zu bekommen. Es ist uns nicht ganz gelungen, und man könnte die Frage stellen: Wieso? Wir haben nach wie vor eine große Überproduktion, und die Frage der Vermarktung stellt sich mehr denn je.

Wie ist es dazu gekommen? – In den siebziger Jahren wurde eine Studie von Prof. Köttel veröffentlicht, der gemeint hat, die Österreicher werden im Jahre 1980 pro Kopf der Bevölkerung mehr als 50 Liter Wein trinken. Die Studie war vorher in Auftrag gegeben worden.

Windsteig

Das hat dann mehr oder weniger dazu geführt, daß begonnen wurde, die Flächen, die für den Weinbau genutzt wurden, auszuweiten. Es gab eine ganz große Flächenerweiterung, wodurch das Problem nicht mehr in den Griff zu bekommen war.

Wenn wir die Produktion der letzten fünf Jahre im Durchschnitt betrachten, so wurden 62 Hektoliter pro Hektar produziert. Multipliziert man dies mit der derzeitigen Weinanbaufläche von rund 60 000 Hektar, würde das 3,7 Millionen Hektoliter ergeben. Wenn man das nun durch die 7 Millionen Österreicher dividiert, wäre ein Kopfverbrauch von 53 Liter Wein erforderlich, um diese Produktion auch aufnehmen zu können. Tatsächlich liegen wir derzeit bei 35 Liter pro Kopf; also hier zählt jeder Einwohner, vom Kind bis zum Greis.

Ich glaube, daß neben den Maßnahmen, die von der Bundesregierung bereits 1982 eingesetzt haben, nämlich Lagerraumbeschaffung, Unterstützung der Bestrebungen, mehr Lagerraum zu bekommen, noch weitaus mehr erforderlich ist, den Weinabsatz in das Ausland zu verstärken. Aber das kann nicht im Gegeneinander geschehen, sondern nur in vernünftiger Zusammenarbeit. (*Beifall bei der SPÖ.*) 16.52

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Lafer.

16.52

Abgeordneter **Lafer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich heute allen Abgeordneten dieses Hauses ein Apfelpräsent überreicht habe, dann nicht deshalb, um sozusagen Sympathien einzuhämmern, sondern weil heute der Tag des Apfels ist und ich glaube, daß es Ihnen mundet wird. Ich bitte auch, daß Sie reichlich von dem Apfelpfennig Gebrauch machen werden. (*Allgemeiner Beifall.* — *Abg. Weinberger: Eine ausgezeichnete Einführung!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute den Grünen Bericht 1982 über die Lage in der Landwirtschaft diskutieren und behandeln, so müssen wir leider mit Bedauern feststellen, daß die Landwirtschaft im Jahre 1982 in fast allen Produktionsgebieten Einkommensverluste hinnehmen mußte. Und diese Entwicklung ist schon fast ein Jahrzehnt feststellbar. Im Jahre 1977 gab es reale Einkommensverluste von 2,8 Prozent, im Jahre 1979 von 9,4 Prozent und im Jahre

1981 von 5,1 Prozent. Auch in diesem Jahr sind reale Einkommensverluste gegeben.

Diese negative Entwicklung ist auch im ländlichen Raum deutlich spürbar. Ich kann das selbst in meinem engeren Wirkungsbereich, in meinem eigenen Heimatbereich täglich feststellen, und das ist immer wieder zu beobachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle, so glaube ich, sind uns darüber einig, daß wir die Arbeitsplätze halten und neue schaffen wollen. Die Österreichische Volkspartei hat die Vollbeschäftigung zum höchsten Ziel ihrer bisherigen und auch zukünftigen wirtschaftspolitischen Arbeit erklärt, moralisch, menschlich, sozial unbedingt notwendig.

Nun glaube ich, auch Arbeitsplätze auf dem Bauernhof müssen gehalten, und es könnten auch neue geschaffen werden. Und so müssen wir laut Grünen Bericht feststellen, daß wieder 6 500 Personen aus der Landwirtschaft abgewandert sind. Warum sind sie abgewandert? — Weil das Einkommen zu gering war, weil sie sich einen Zweitberuf suchen mußten.

Alle diese Menschen belasten letzten Endes zusätzlich den Arbeitsmarkt. Es wäre, glaube ich, klüger und wirtschaftlich vernünftiger, wenn man dafür sorgen würde, daß auch die Landwirtschaft ein entsprechendes Einkommen hat, weil dann die Landwirtschaft auch als Auftraggeber für Gewerbe und Industrie auftreten würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen an einigen Zahlen den Strukturwandel und die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vor Augen führen.

Im Jahre 1951 waren noch 990 000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, im Jahre 1970 waren es 453 000, und im Jahre 1982 sind es nur mehr 287 000 Menschen. Das heißt, 702 000 Erwerbstätige beziehungsweise 71 Prozent haben die Landwirtschaft verlassen und sich woanders Arbeit gesucht.

Aus den Zahlen ist auch erkennbar, daß die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen immer größer geworden ist, während jene der Selbstständigen immer kleiner geworden ist, infolge des höheren Einkommens bei den Unselbstständigen.

1960 mußten für 10 Hektar reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche 2,5 Arbeitskräfte eingesetzt werden. 1982 sind es nur mehr ein

Lafer

bißchen mehr als 1,1 Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft die gleiche Fläche, nämlich 10 Hektar, bewirtschaften. Hier ist also eine Produktivitätssteigerung, hervorgerufen durch die Technik, die Wissenschaft, die Beratung, auch durch die Hilfestellung der Interessenvertretung und vor allem durch den Fleiß der Bauern möglich gewesen.

Meine sehr Geehrten! Es ist heute schon einige Male erwähnt worden: Kein 40-Stunden-Tag, keine Diskussion um die 40-Stunden-Woche, keine Diskussion um die 35-Stunden-Woche, sondern 60 und 70 Stunden in der Woche und Sonn- und Feiertag muß gearbeitet werden. Ich glaube, das muß man auch einmal hervorstrecken.

Es gab trotzdem eine große Steigerung, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1950 der Ertrag je Hektar bei Weizen 17,9, 18 Doppelzentner betrug, und im Jahre 1982 waren es 42,8 Doppelzentner je Hektar. Bei Körnermais, auch in der Steiermark sehr viel ausgepflanzt, waren es 1950 20,5 Doppelzentner und im Jahr 1982 78, fast 80 Doppelzentner. Hier ist eine großartige Leistung vollbracht worden.

Die Milchleistung betrug 1950 1 895 kg je Kuh und 1982 3 689 kg je Kuh. Wir kennen die Schwierigkeiten und die Probleme.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo gibt es noch eine Berufssparte, die für diese Überschüsse selbst einen Beitrag leisten muß? Die Landwirtschaft wurde genötigt, in all diesen Sparten einen Verwertungsbeitrag zu leisten. Ich glaube, diese Leistung muß auch anerkannt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Trotz dieser enormen Leistungen in der Landwirtschaft ist das Einkommen real im Jahre 1982 um 20 Prozent niedriger als im Jahre 1970, während das übrige Volkseinkommen in diesem Zeitraum real gestiegen ist. Hier ist eine Umverteilung auf Kosten der Bauern erfolgt. Diese Entwicklung ist auch im Alltag, im praktischen Leben jederzeit feststellbar und sichtbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grenzbereich haben viele Kleinbauern und Nebenerwerbsbauern mehr oder weniger die Armutsgrenze erreicht. Ohne Sozialleistungen, die die Pensionisten und auch die kinderreichen Familien bekommen, wäre die Ausgabenseite oft nicht zu bewältigen. Ich darf das hier ganz klar feststellen.

Auch die Schuldenbelastung der Landwirtschaft hat in der letzten Zeit enorm zugenommen. In der Steiermark zum Beispiel wurden im Jahre 1981 20 Konsolidierungsansuchen gestellt und im Jahr 1983 bis jetzt schon über 200. Ich glaube, hier spiegelt sich diese Entwicklung ganz klar wider.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich vorhin erwähnt habe, daß der Arbeitsplatz auf dem Bauernhof als gleichwertig mit jedem anderen Arbeitsplatz zu betrachten sei und daß es notwendig sei, neue Arbeitsplätze zu schaffen, so werden uns die Spezial- und Sonderkulturen Obst und Gemüse die Möglichkeit geben, Tausende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Jährlich, auch im Grünen Bericht 1982 sichtbar und ausgewiesen, werden um zirka 6 bis 7 Milliarden Schilling Obst und Gemüse importiert. Die Obstimporte betrugen allein im Jahr 1982 zirka 400 000 Tonnen, 40 000 Waggons mit einem Gesamtwert von 2,8 Milliarden Schilling.

Ich möchte auch das erste Quartal 1983 erwähnen, weil ich hier eine besondere Schwierigkeit erblicke. Und zwar wurden im ersten Quartal 1983 129 000 Tonnen Obst importiert, davon 50 000 Tonnen Orangen und Mandarinen, 5 000 Waggons in den ersten vier Monaten.

In dieser Zeit hatte die Obstwirtschaft vor allen Dingen in der Steiermark, aber auch in anderen Gebieten mit größten Absatzschwierigkeiten zu kämpfen. 5 000 bis 6 000 Waggons Obst aus der Eigenproduktion waren gelagert. Es mußten von diesen Lagerbeständen 500 bis 1 000 Waggons der Verwertung zugeführt werden, sie konnten nicht verkauft werden, obwohl in der gleichen Zeit 5 000 Waggons Orangen und Mandarinen importiert wurden. Ich glaube, hier ist eine große Schwierigkeit gegeben.

Was den Preis der verkauften Menge betrifft, so wurden nur 2,20 S für Klasse I und II erzielt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit sind nicht einmal die Gestehungskosten gedeckt. 2,20 S war der Auszahlungspreis für die heurige Obsternte, die auf Lager genommen werden mußte! Es waren viele, die ihren Verpflichtungen, die sie vorher eingegangen sind, nicht nachkommen konnten.

Ich bin mir dessen bewußt, daß die Dinge nicht so leicht zu regeln sind. Aber es freut mich, daß mein Vorredner gesagt hat: Wir müssen gemeinsame Wege finden. Ich glaube,

1618

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Lafer

bei den Verhandlungen über die Marktordnungsgesetze ist es sicher notwendig, daß wir gemeinsame Wege finden. Ich glaube, auch in dieser Sache müssen wir einen gemeinsamen Weg finden, nicht um eine Förderung, sondern um eine gesetzliche Absicherung zu erreichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Regierung müßte den Rahmen schaffen. Der Herr Minister hat heute gesagt, daß das die Länder machen müssen, daß die Länder Sonder- und Spezialkulturen fördern müssen. Die Länder brauchen in dieser Sache keine Gesetze verabschieden, sondern die Gesetze müssen von der Regierung geschaffen werden. Es müssen Gesetze gemacht werden, durch die die Absicherung gegeben ist. Herr Staatssekretär! Ich bitte Sie, das dem Herrn Minister zu sagen.

Auch heuer wurden Tafeltrauben Klasse II importiert, obwohl das gesetzlich nicht zugelassen ist. Wir haben auch dagegen interveniert. Trotzdem sind Trauben der Klasse II hereingekommen und haben natürlich den Absatz unserer Produkte schwer behindert. Es müssen die Gesetze schon eingehalten werden! (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn man bedenkt, daß im Jahr 1982 immerhin 40 000 Tonnen Trauben, 4 000 Waggon-Trauben mit einem Wert von 300 Millionen Schilling importiert worden sind – und heuer wird es sicherlich die gleiche Menge sein –, dann werden die Schwierigkeit und Problematik deutlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieselbe Unsicherheit gibt es auch auf dem Gemüsesektor. Im ersten Quartal 1983 wurden 22 000 Tonnen Gemüse mit einem Wert von 250 Millionen Schilling importiert. Viele dieser Gemüseprodukte könnten von unseren Gärtnerinnen und Gemüseproduzenten selbst erzeugt werden, jedoch besteht hier ungleicher Wettbewerb infolge der Energiekosten und auch anderer Dinge. Und vor allen Dingen ist auch hier keine Absicherung gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Staatssekretär! Es müßte doch möglich sein, für all diese Spezial- und Sonderkulturen eine Absicherung zu erreichen. Die Österreichische Volkspartei hat schon seit Jahren einen Antrag auf ein Obst- und Gemüsegesetz eingebracht. Ich glaube, es ist an der Zeit, entweder im Marktordnungsgesetz oder durch ein eigenes Gesetz eine Absicherung dieser Betriebssparten vorzunehmen, denn hier könnten neue Arbeitsplätze geschaffen wer-

den. Ansonsten müßten sicher Rodungen durchgeführt werden, wie es bei der schwarzen Johannisbeere ohnedies schon der Fall ist.

Ein Beispiel: Beim Kren hatten wir die gleichen Probleme und Schwierigkeiten. Auch hier hat man durch ein Zollgesetz diese Probleme gelöst und geklärt, und es gibt keine Schwierigkeiten mehr, weil eben eine Absicherung durch liberalisierte Einfuhr gegeben ist.

Zum Schluß kommend darf ich zusammenfassend feststellen: Die Land- und Forstwirtschaft hat durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit große Leistungen erbracht. Ich möchte an dieser Stelle allen Bäuerinnen und Bauern und der ländlichen Jugend für ihren Fleiß, für ihre Opferbereitschaft und für ihren Einsatz danken. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn sie waren es, die letzten Endes zur Erreichung der Selbstversorgung für alle Österreicherinnen und Österreicher mit beigetragen haben.

Ich muß jedoch feststellen, daß die sozialistische Regierung der Arbeit und dem Fleiß der Bauern nicht die richtige Anerkennung zukommen ließ. Der Grüne Bericht bestätigt es. Das Einkommen der Bauern ist rückgängig, und die Belastungen werden auf allen Gebieten vor allem auch durch das kommende Belastungspaket enorm vergrößert.

Jede berechtigte Unterstützung und Forderung der Bauern müssen mit Vorsprachen beim Minister, mit Protesten und Kundgebungen erkämpft werden. Ist das notwendig? Ich glaube, die Erfüllung der Forderungen steht uns gesetzlich zu!

Die Bauern müssen selbst Verwertungsbeiträge bezahlen; ich habe das schon erwähnt.

Wegen der Schlechterstellung des Bauernstandes durch die dreizehnjährige Regierungszeit der SPÖ kann die Österreichische Volkspartei dem Bericht nicht die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.08

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Staatssekretär. Ich erteile es ihm.

17.08

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. Murer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur zwei, drei Minuten. Eine wichtige Information möchte ich Ihnen nicht vorenthalten.

Staatssekretär Ing. Murer

(*Abg. Graf: So wichtig kann das gar nicht sein!*)

Was den Entschließungsantrag aller drei Parteien betrifft, muß ich sagen: Wir haben, wie Sie wissen, im Juli eine Konstituierende Sitzung im Landwirtschaftsministerium in bezug auf Junghofübernehmer einberufen. Wir haben zwei Arbeitskreise gebildet, die sehr tüchtig mitgearbeitet haben, wofür ich mich herzlich bedanken möchte.

Am 17. Oktober konnte ich den Endbericht und die Ergebnisse zu dieser Thematik im Landwirtschaftsministerium präsentieren.

Ich möchte Ihnen nur noch ankündigen: Wir werden noch in diesem Jahr entscheiden und auch bekanntgeben, welche Maßnahmen das Landwirtschaftsministerium nun ganz konkret setzen wird. Sie wissen, der Bogen reicht sehr weit: von Begünstigungen im AIK-Bereich bis erstmals zu Steuererleichterungen für unsere Junghofübernehmer in Österreich. Ich glaube, darüber können wir uns auch alle sehr freuen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 17.10

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hietl. Ich erteile es ihm.

17.10

Abgeordneter Hietl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Grünen Bericht des Jahres 1982, wobei es jetzt sehr verlockend wäre, auf die verschiedenen Diskussionsbeiträge der Abgeordneten der Regierungsparteien einzugehen, aber angesichts der Zeit — Freitag abend — werde ich mir das heute ersparen. Das sagt aber nicht, daß diese Ausführungen unwidersprochen im Raume bleiben sollen.

Aber so wie Kollege Lafer heute den Tag des Apfels hier verkündet hat, darf auch ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß seit zwei Stunden etwa in der Stadt Wien die Taufe des österreichischen Weines vorgenommen wird, zweifellos ein Produkt, das seit Jahrzehnten nicht in der gleichen Güte wie heuer gewachsen ist. Ich hoffe, daß nicht nur durch die Taufe dieses Jahrganges Anerkennung gefunden wird, sondern daß man sich auch im gesamten österreichischen Parlament bewußt ist, daß man für diesen Produktionszweig das Entsprechende beitragen muß, daß es nicht so ist, wie es aus dem Grünen Bericht hervorgeht, daß speziell bei der Produktion von Wein von 1975 bis 1981 nur zwei-

mal Einkommenszuwächse zu verzeichnen waren und viermal Einkommensverluste für die Weinhauerschaft hingenommen werden mußten.

Der Verlust zwischen 1975 und 1981 beträgt 9 Prozent pro Jahr, meine Damen und Herren. 9 Prozent pro Jahr Verlust! Das muß doch zu denken und zu der Überlegung Anlaß geben, daß man die Wünsche, die die Weinproduktion vorbringt, nicht einfach beiseite schiebt, sondern gemeinsame Überlegungen anstellt: Wie kann man hier positiv darauf einwirken? (*Beifall bei der ÖVP.*) Der Reinertrag 1975 hat noch ein 4,4 Prozentiges Aktivkapital ergeben, während 1981 bereits ein Minus des Aktivkapitals von 2,7 Prozent zu verzeichnen war. Das spiegelt die tatsächliche Einkommenssituation des österreichischen Weinbaues wider.

Und man kann jetzt nicht 1981 mit 1982 im Einkommen vergleichen. Die Zahl ist nicht effizient, wenn ich eine ausgesprochen schwache Ernte 1981 mit einer großen Ernte 1982 vergleiche und dadurch in Prozentzahlen zweifellos zu einem Ergebnis komme, daß man annehmen könnte, hier gäbe es ein besonders positives Ergebnis. Tatsache ist, daß das Produkt Wein einem freien Preis unterworfen ist und es dadurch zu verschiedenen hohen Preisen je Jahr und Ernte kommt und es in Einzelfällen passiert ist, daß 1981 bei der kleinen Ernte ein höheres Ergebnis an Einkommen erzielt werden konnte, als dies verschiedentlich 1982 der Fall war.

Tatsache ist, daß der Preis für Wein im Faß das Niveau von 1950 erreicht hat. Wem will man das noch zumuten? — Weder dem Arbeiter, weder dem Angestellten, weder einem Unternehmer noch einem Bauern. Im Weinbau hat sich das tatsächlich ereignet. Und so muß man die Situation sehen.

Die Ernte wird nach der Situation, wie wir sie gegenwärtig bei Abschluß der Weinernte sehen, etwa 3,5 Millionen Hektoliter betragen — das habe ich schon gesagt — und von einer hervorragenden Qualität sein, mehr als 90 Prozent der Weine in Kabinetts- und Prädikatsstufe. Nur: Das schöne und erfreuliche Ergebnis in der Qualität spiegelt sich bedauerlicherweise — wie bereits ausgeführt — nicht in der Einkommenssituation wider.

Es wurden am Schluß der Aktion noch 16 Millionen Kilogramm Trauben aufgekauft, wobei die Länder Niederösterreich und Burgenland viel dazu beigetragen haben. Es konnte dadurch eine gewisse Stagnation im

1620

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Hietl

Preis erzielt werden, damit er nicht noch mehr nach unten gegangen ist.

Die Winzergenossenschaften haben 51 Millionen Kilogramm Trauben übernommen. Hier wurde mit wesentlicher Bedeutung zu einer Erleichterung der Lage beigetragen.

Der Weinhandel hat von sich aus versucht, auch hier einzugreifen und helfend zur Seite zu stehen.

Wenn wir die Situation gemeinsam von dieser Warte aus betrachten, dann glaube ich feststellen zu dürfen, daß von unserer Seite aus alles getan wurde, hier entsprechende Abhilfe zu schaffen.

Was sind die Ursachen, daß wir in der Einkommenssituation, meine Damen und Herren, nicht weiterkommen? Steigende Kosten der Betriebsmittel, steigende Kosten der Maschinen, Verteuerung aller Investitionen, Erhöhung der Sozialbeiträge, ein wesentlicher Faktor, hervorgerufen auch durch die Erhöhung der Einheitswerte. Das muß man doch alles in Vergleich stellen: Einerseits verminderter Einkommen, andererseits erhöhte Kosten, die dazu führen müssen, daß unter dem Strich ein Minus bleibt.

In Kürze: Wie kann man hier Abhilfe schaffen? Es ist vom Abgeordneten Windsteig die Forderung aufgestellt worden: Wollen wir versuchen, hier gemeinsam positive Einflüsse geltend zu machen!

Von unserer Warte aus, meine Damen und Herren, sind wir bereit, über alle diese Probleme zu diskutieren, die Vorschläge zu unterbreiten und Sie als Regierungspartei dazu einzuladen, unsere Vorschläge so zu diskutieren und die Verhandlungen zu einem Ende zu führen, daß sie sich auch positiv für die Produktion auswirken können.

Erstens: Absatz- und Verwertungsmaßnahmen. Kein Dirigismus, sondern auch bei Wein so wie bei Obst und Gemüse — das wurde heute schon betont — gesetzliche Voraussetzungen schaffen, um hier im Zusammenhang mit einer Marktordnung die Möglichkeit eines Mindestpreises zu erreichen, um auch bei großen Ernten ein entsprechendes Einkommen der Weinbauern zu ermöglichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Regelung eines Überlagers, so wie es in Niederösterreich heuer vorgezeigt wurde.

Die Verhinderung von Importen, Export-

möglichkeiten schaffen, damit auch zu einer Verringerung des Außenhandelsdefizits beigetragen werden kann, das auf dem agrarischen Sektor noch viel, viel zu hoch ist, da in Österreich, glaube ich, alle Sparten der österreichischen Landwirtschaft bemüht sind, ihre Erzeugung so zu gestalten, daß eine Versorgung des österreichischen Marktes in jeder Weise möglich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine Entlastung auf dem Steuersektor: Hier werde ich in einem Entschließungsantrag dann näher darauf eingehen. Ich darf nur jetzt schon die freiheitliche Fraktion auffordern: Sie haben sich in Ihrem Wahlprogramm in ähnlicher Weise geäußert. Sie brauchen nur unsere Anträge, meine Damen und Herren der freiheitlichen Fraktion, zu unterstützen, und die Mehrheit in diesem Hause ist gesichert. Setzen Sie sich bei Ihrem großen Koalitionsfreund durch, dann werden wir positiv abschneiden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir danken dafür, daß die Möglichkeit gegeben wird, in der Exportregelung auf Flaschen, auf den Weinexport bei Prädikatsweinen, höheren Prädikatsweinen überzugehen. Wir wären sehr froh, wenn das bald erledigt würde. Unsere Unterstützung ist in diesem Fall sicher. Wir wünschen eine entsprechende Novellierung des Weingesetzes ohne große Forderungen, sondern beispielsweise eine Lösung des Gütesiegelproblems. Ich höre, nächste Woche wird mit einem Gespräch begonnen werden. Herr Staatssekretär, ich hoffe, wir können uns auch hier finden, damit wir gemeinsam zu einem vernünftigen Abschluß kommen.

Ich darf abschließend den Entschließungsantrag der Abgeordneten Hietl und Genossen zum Grünen Bericht 1982 (III-21 der Beilagen) in der Fassung des Ausschußberichtes (95 der Beilagen) betreffend Entlastungen für die österreichischen Weinbauern einbringen.

Herr Präsident, ich darf auf die Begründung angesichts der Zeit verzichten. Ich habe Teile davon schon ausgeführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wir aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß

Hietl

Wein als rein österreichisches Agrarprodukt steuerlich rasch entlastet wird,

die Alkohol- und Getränkesteuer abgeschaft wird,

die Werbemaßnahmen im Interesse der Exportförderung stark unterstützt werden,

Prädikatsweine nur mehr in Originalflaschenfüllung exportiert werden,

Weinimport nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß gestattet wird,

durch eine großzügige Brennweinaktion mit Zinsstützung erhebliche Mengen schwächeren Weins aus dem Markt genommen werden können und

durch Zuschüsse für eine Überlagerungsaktion der Markt entlastet wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das sind Wünsche und Forderungen, die im gemeinsamen Gespräch zweifellos zu realisieren sind, die budgetär verwirklicht werden können. Und wo ein Wille, da ist ein Weg!

Die Freiheitliche Partei hat es bereits gefordert. Meine Herren von der sozialistischen Partei, stimmen Sie gleich mit ein, und wir kommen zu einer vernünftigen Lösung, die dem österreichischen Weinbau und damit dem gesamten österreichischen Staat nützen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{17.21}

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Hietl und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen daher zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-21 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend eine Politik für die österreichischen Bauern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit abgelehnt.

Wir gelangen ferner zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutschmann, Schober, Hintermayer und Genossen betreffend Prüfung der Möglichkeit grunderwerbsteuerlicher Erleichterungen für junge Hofübernehmer.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 6.)

Wir gelangen schließlich zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Hietl und Genossen betreffend Entlastungen für die österreichischen Weinbauern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit abgelehnt.

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (38 der Beilagen): Zweite Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind (100 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Zweite Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordneter Dr. Gradišnik. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Gradišnik: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel der gegenständlichen Vorlage ist eine Fortführung der im Jahre 1979 durch eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG eingeleiteten Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Kärnten zur Beseitigung der durch die Randlage dieses Landes bestehenden Probleme auf den Gebieten des Arbeitsmarktes, des Verkehrs, des Fremdenverkehrs, der Gewerbestruktur und der Raumordnung.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 17. Oktober 1983 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des

1622

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dr. Gradišnik

Abschlusses dieser Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a B-VG zu empfehlen, welchen Antrag ich hiermit namens des Verfassungsausschusses stelle.

Verehrter Herr Präsident! Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte darüber abzuführen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Paulitsch. Ich erteile es ihm.

17.25

Abgeordneter Dr. Paulitsch (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1974 wurde in diesem Haus eine Verfassungsgesetznovelle beschlossen, die uns heute die Möglichkeit gibt, wieder über eine Vereinbarung des Bundes mit einem Bundesland zu diskutieren beziehungsweise darüber abzustimmen.

Es war damals die Absicht, mit dieser Verfassungsgesetznovelle neue Möglichkeiten zu schaffen, um gewissen Bereichen, die zwischen dem Bund und den einzelnen Bundesländern notwendigerweise geregelt werden sollten, auch tatsächlich eine verfassungsmäßige Grundlage zu geben.

Ich glaube, daß die damalige Einstimmigkeit auch dazu beigetragen hat, die Kooperation in diesem Bundesstaat zu verstärken, und ich meine, es wurde damit auch die Eigenstaatlichkeit der Länder in erheblichem Ausmaß gestärkt. Meiner Ansicht nach könnten diese Möglichkeiten, richtig angewandt, zweifellos dazu beitragen, Streitigkeiten oder gegensätzliche Auffassungen zwischen dem Bund und den Ländern zu beseitigen und Kompetenzstreitigkeiten zu überbrücken.

Ich möchte auch feststellen, daß die Länder von diesen Möglichkeiten seit diesem Zeitpunkt zuerst zwar zögernd, später aber doch regen Gebrauch gemacht haben.

Die Frage Spitalsfinanzierung zum Gegenstand eines solchen Vertrages zu machen, ist sicherlich als gut zu bezeichnen. Wien, Kärnten, Niederösterreich und gestern auch Salzburg haben einen solchen Vertrag mit dem Bund abgeschlossen, und heute steht der zweite Vertrag zwischen Kärnten und dem Bund zur Debatte.

Im Bereich des Burgenlandes wird, wie ich erfahren konnte, über den Abschluß eines solchen Vertrages verhandelt, und damit hat eine Reihe von Bundesländern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und wahrscheinlich auch das Gute eines solchen Vertrages anerkannt.

Man sollte aber dabei nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß unterschiedliche Länderbehandlungen dadurch entstehen, daß nur einzelne Länder von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen. Das sollte der Bundesgesetzgeber mit berücksichtigen, denn ich glaube — ohne Rücksicht auf Kärnten —, daß eine gleichmäßige Behandlung der Bundesländer doch gerechtfertigt wäre.

Meine Damen und Herren! Heute verhandeln wir über den zweiten Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Kärnten, der noch in der vorigen Legislaturperiode vorgelegt und vom Kärntner Landtag am 19. Mai dieses Jahres genehmigt wurde und der auch im Ausschuß uneingeschränkt die Zustimmung erhalten hat.

Der Inhalt dieses Vertrages ist zum Teil eine Fortsetzung des ersten Vertrages und mit einigen neuen Materien angereichert. Die Österreichische Volkspartei begrüßt den Abschluß dieses Vertrages, und wir werden selbstverständlich auch die Zustimmung bei der Beschlusffassung geben, und zwar aus zwei Gründen.

Der erste ist der, daß unser Bundesland gewisse Problembereiche hat, von denen wir annehmen, daß sie mit Hilfe des Bundes doch besser oder rascher gelöst werden können.

Zweitens möchte ich auch die politische Seite dabei nicht vergessen. Die Österreichische Volkspartei von Kärnten hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, daß der Bund eine gewisse Verpflichtung hat, die besondere Situation in Kärnten anzuerkennen und das Land durch entsprechende Bundeshilfe zu unterstützen. Ich meine, daß diese Zielrichtung nunmehr eingeschlagen worden ist, und wir werden gerne die Zustimmung geben.

Meine Damen und Herren! Wenn von einem Nachholbedarf gesprochen wird, so ist das sicherlich durch die besondere Lage unseres Bundeslandes bedingt. Aber ich möchte ebenso klar und ausdrücklich sagen: Es handelt sich dabei wesentlich um Fragen wirtschaftlicher Natur, was darauf zurückzuführen ist, daß die sozialistische Mehrheit in unserem Bundesland die Wirtschaftsförde-

Dr. Paulitsch

rung eher verspätet in Angriff genommen hat und wir aus dieser Sicht heraus einen gewissen Nachholbedarf haben, während andere Bundesländer schon frühzeitig die Wirtschaftsförderung in hinreichendem Ausmaß in Angriff genommen haben. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Roppert.*)

Herr Kollege Roppert, ich sage Ihnen nur folgendes: Zehn Jahre sind wir hinterhergehinkt, und niemand anderer als Landeshauptmann-Stellvertreter Suchanek war es, der uns gesagt hat, daß er für die Wirtschaftsförderung ein offenes Ohr habe, daß er es aber erst seinen Leuten einbleuen müsse. Da frage ich Sie wirklich, ob das nicht stimmt, was ich eben gesagt habe.

Und in Übertreibung der Sprache des Landeshauptmannes Wagner, meine lieben Freunde, wenn ich mich der Wortwahl des Landeshauptmannes anschließen könnte – ich tue es aber nicht –, dann würde er sicherlich, wenn es umgekehrt gewesen wäre, von einer „historischen Schuld“ sprechen. Aber eine Schuld haben Sie zweifellos in diesem Bereich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und wenn die Österreichische Volkspartei gemeint hat, daß man hier nachholen müßte, dann haben Sie das schöne Wort von der Nestbeschmutzung erfunden und geglaubt, so Ihre Politik machen zu können.

Der Staatsvertrag, der erste und der zweite, ist der lebende Beweis dafür, daß die politische Ansicht der Österreichischen Volkspartei in diesem Bereich richtig war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Manchmal glaubt man ja auch, daß Kärnten vielleicht doch etwas weit von Wien entfernt ist, denn in den Erläuternden Bemerkungen ist vermerkt – ich muß das mit Befremden feststellen –, daß wegen der kulturellen und der ethnischen Randlage Kärntens sozusagen der Abschluß eines Vertrages notwendig geworden ist.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, dazu besteht wirklich keine Veranlassung. Jeder wird wissen, daß Kärnten nach wie vor ein kulturell reiches Land ist, sicherlich nicht in einer Randlage. Wenn Sie verschiedene Veranstaltungen betrachten und Beobachter der kulturellen Szene sind, dann werden Sie feststellen, daß das sicher keine Randlage ist. Daher ist es für mich umso unverständlicher, wie man so etwas als Begründung hineinschrei-

ben kann, wenn etwas anderes damit bezeichnet worden ist.

Und als zweites muß ich mich fragen, was eigentlich unter einer ethnischen Randlage zu verstehen ist. Daß Kärnten eine Volksgruppe hat, die slowenische Volksgruppe, hat ja niemand bestritten. Aber damit kommen wir ja nicht in eine ethnische Randlage. Das wäre dasselbe, wie wenn ich die tschechische Volksgruppe in Wien für heute heranziehen und von der „ethnischen Randlage Wiens“ sprechen würde. Also was da vorgegangen ist, weiß ich nicht. Zur Begründung dieses Vertrages, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das irgendwo hergeholt, was meiner Auffassung nach einfach nicht richtig ist.

Über den Vertrag hinaus darf ich aber doch einiges aus der Sicht der Bestimmungen des Artikels 15 a hervorheben.

Ich meine, daß es sicherlich Interpretationsschwierigkeiten geben würde, wenn es doch zu konträren Auffassungen käme, denn die Verbindlichkeiten der Partner sind eher vage festgelegt. Wenn man hier Textierungen hat wie „nach Maßgabe ... entsprechend zu unterstützen“, „entsprechend zu berücksichtigen“, „verstärkte Kooperation“, dann läßt sich da ja alles hineininterpretieren, was man hineininterpretieren möchte.

Es wäre daher sinnvoller gewesen, in diesem Vertrag eine sehr klare Sprache zu führen und insbesondere auch die Verpflichtungen, seien es die des Bundes oder die des Landes, sehr konkret festzulegen, um spätere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Denn anders wäre es ja nicht erklärlich – und das finde ich halt auch in diesem Bereich nicht ganz richtig –, daß über den Vertrag hinaus Nebenvereinbarungen abgeschlossen werden, wie das ja zugegebenermaßen zwischen dem Bundeskanzler und dem Landeshauptmann geschehen ist. Das ist zwar kein Bestandteil dieses Vertrages, sondern anscheinend eine private Korrespondenz zwischen den beiden, hat aber doch immer Bezug auf den entsprechenden Vertrag.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß es richtiger wäre, auch diese Vereinbarung, die nicht bekannt ist, auch der Öffentlichkeit zu offerieren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir in einer Demokratie geheimnisvolle Verträge haben sollten, und glaube halt, daß damit das gutgemacht werden sollte, was in diesem Vertrag an schlechter Diktion drinnen ist.

1624

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dr. Paulitsch

Meine Damen und Herren! Manchmal hat man das Gefühl – und da sollte man sich nicht immer täuschen lassen –, daß halt einiges im Bereich der sozialistischen Politik zu bestimmten Zeitpunkten einfach da ist.

Es gibt ja das Sprichwort, daß man Feste feiern muß, wie sie fallen. Aber die Sozialisten – es kommt mir so vor – lassen manchmal Feste fallen, damit sie zum entsprechenden Zeitpunkt feiern können. Denn daß jeder Vertrag genau ein Jahr vor einer Landtagswahl herauskommt, hat ja wohl sicherlich seinen politischen Hintergrund. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Regen Sie sich nicht auf! Ich weiß, daß das stimmt. Aber auf der anderen Seite muß ich auch feststellen, daß das an sich nicht verboten ist. Das möchte ich sehr klar sagen. Es ist halt eine Frage, wieweit man mit Terminfragen auch politische Stilfragen mit berücksichtigt – nicht nur in diesem Fall, sondern es gibt auch andere Fälle. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zu den einzelnen Bestimmungen möchte ich mich jetzt nicht mehr verbreiten. Ich glaube, daß einiges von uns sicherlich voll und ganz unterstützt werden kann, insbesondere dort, wo die Verpflichtung des Bundes zu Leistungen an das Land sehr klar festgelegt ist und wo auch die Zielsetzung übereinstimmd ist.

Aber über weite Bereiche sind es halt bestimmte Verwendungszusagen, Absichtserklärungen, die wir natürlich entsprechend positiv interpretieren werden. Ich hoffe nur, daß bei diesem Vertrag die Aufgabe des Landeshauptmannes auch richtig verstanden wird, daß er dafür sorgt, daß dieser Vertrag doch in allen Bereichen entsprechend erfüllt wird.

Aber mit Erledigung dieser Frage, Hohes Haus, sind natürlich unsere Probleme noch nicht alle gelöst. Ich möchte nur darauf hinweisen – vielleicht als ein Anstoß für einen weiteren Vertrag –, daß halt neben der Seenreinhaltung auch die Frage der Flüssereinhaltung ein erheblicher Schwerpunkt unserer Politik im Lande sein muß.

Wir werden in zunehmendem Maße auch stärker mit dem Nahverkehr konfrontiert werden. Man weiß ja, daß die Siedlungspolitik eher Zentralräume schafft, und es geht nicht anders, als daß wir auch im Bereich des Nahverkehrs mit dem Bund eine entsprechende Abmachung treffen.

Ich glaube auch, daß die Frage der besonderen Luftbelastung über Kärnten nicht übersehen werden darf. Kärnten wird täglich von 450 bis 500 Luftfahrzeugen überflogen, die natürlich in diesem Bereich eine ständige Belastung darstellen.

Im Grunde genommen sind wir, glaube ich, sicherlich froh, einen solchen Vertrag zu haben. Wir hoffen nur, daß er auch entsprechend interpretiert wird und daß alles das, was notwendig ist, das zu erreichen, auch von der Mehrheit des Landes wahrgenommen wird. Ich weiß, jeder Kern, jeder gute Kern braucht eine entsprechende Schale, und wir hoffen nur, daß aus diesem Kern auch entsprechende Früchte entstehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{17.38}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradenegger. Ich erteile es ihm.

^{17.38}

Abgeordneter Dr. Gradenegger (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Paulitsch zurückkommen, wenn wir den Vertrag Bund/Land Kärnten hier und heute diskutieren und beschließen. Er hat einige Äußerungen gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Er hat meinen verehrten ehemaligen Chef, Landeshauptmann-Stellvertreter Landesfinanzreferent Suchanek erwähnt, dessen Sekretär ich war, und er hat gemeint, daß erst Suchanek ein Ohr für die Wirtschaft in Kärnten hatte.

Es stimmt, daß erst in den späten sechziger, Anfang der siebziger Jahre überhaupt die Budgets als Instrumentarium verwendet wurden, die Wirtschaft zu fördern. Nirgends in Österreich hat man vorher besondere Wirtschaftsförderung betrieben. Erst seit den späten sechziger, Anfang der siebziger Jahre wurde es üblich, in den Budgets auch hiefür Summen einzusetzen. Und das ist ja die ganze Problematik der heutigen Budgets, daß wir nicht mehr nur hoheitsrechtliche und sonstige privatrechtliche Aufgaben erfüllen als Staat, als Bund, als Land, als Gemeinde, sondern daß wir mit diesen Budgets auch die Wirtschaft fördern. Diesbezüglich stimmt es, Herr Abgeordneter.

Aber, und Sie wissen es genau: Seit dem Jahre 1960, also weit vor Suchanek, ehe er Landesfinanzreferent wurde, haben in Kärn-

Dr. Gradenegger

ten die beiden Kammern, die Interessenvertretungen, eine Gesellschaft gegründet, und mit dieser Gesellschaft wurden von 1960 weg 150 Kärntner Betriebe gegründet, und 43 Prozent der in der Industrie Kärtents Tätigen sind derzeit in diesen Betrieben beschäftigt. 150 Betriebe! Da war Siemens dabei, die Firma Philips in Kärnten, die Ersatzbetriebe für die LAKOG, Betriebe in der Spittaler Gegend, in der Villacher Gegend, Schuhfabriken und so weiter. Es ist also unwahr, daß Wirtschaftsförderung erst seit Suchanek gemacht wurde. Das entspricht nicht den Tatsachen, das ist für jeden Kärntner durchaus ersichtlich.

Heute haben wir die BABEG, die Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft, die in den nächsten drei Jahren dreimal 15 Millionen Schilling je vom Bund und vom Land erhalten wird, sodaß wir in Kärnten für Wirtschaftsförderung sehr, sehr viel machen.

Ich darf sagen, daß die Kärntner Wirtschaft in den letzten 15 Jahren rascher gewachsen ist als die andere österreichische Wirtschaft.

Ich muß zu dem Vorwurf, daß wir einen Aufholbedarf hatten, sagen, daß wir wirklich einen Aufholbedarf in Kärnten hatten. Ich werde Ihnen auch sagen, warum.

Wir Kärntner waren unter den schwarzen Bundeskanzlern und unter den schwarzen Bautenministern immer Stiefkinder. Ich werde Ihnen auch sagen, warum und wieso. Die roten Kärntner waren halt ein bissel Ausätzige bei der Förderung. — Herr Abgeordneter Paulitsch, es vergeht Ihnen gleich das Lachen: Und zwar sind in 25 Jahren der ÖVP-Bautenminister in Kärnten zwei Bundesschulen gebaut worden; zwei Bundesschulen in einem Vierteljahrhundert! Unter einer sozialistischen Regierung, in den ersten zehn Jahren, wurden zwölf Bundesschulen gebaut in Kärnten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das war der Nachholbedarf! Während ÖVP-Bautenminister Autobahnen in Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich bauten, war Kärnten das Schlußlicht und kam beim Bau der Autobahnen erst später dran, als andere schon die Autobahnen hatten. Auch hier hatten wir, ob der ÖVP-Bautenminister, einen Nachholbedarf.

Und so kann ich Ihnen die Seenreinhaltung und alles aufzählen, was wir da aufholen mußten.

Mit diesen Verträgen, mit dem ersten und

dem zweiten, haben wir, historisch gesehen — da können Sie valorisieren, umrechnen und vergleichen, wie Sie wollen —, noch nie zuvor in Kärnten so weitreichende finanzielle Zuwendungen für Kärnten erhalten wie unter einer sozialistischen Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil Wagner in diesem Jahr sein zehntes Jubiläum als Landeshauptmann hat, darf ich auch ein paar Sätze dazu sagen: Es wurde in diesen zehn Jahren, in denen Wagner Landeshauptmann ist, einige tausend Dauerarbeitsplätze geschaffen, es wurden zwei Staatsverträge mit dem Bund abgeschlossen in der Höhe von rund 10 Millionen Schilling insgesamt. Das heißt also, große Leistungen, die mit dem Namen Wagner verbunden sind, denn er ist der Initiator, lieber Herr Abgeordneter, von der ganzen Sache.

Seenreinhaltungsmaßnahmen erfolgten. Wir haben in Sport, Kultur, Femdenverkehr große Leistungen erbracht in diesen zehn Jahren, in denen Wagner Landeshauptmann ist, und wir haben die Wirtschaft gefördert. Das ist Anlaß, ihm zu danken dafür, was er für Kärnten getan hat. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.)

Wagner hätte Sie, die ÖVP, in diese Vertragsverhandlungen nicht einbinden müssen, Herr Abgeordneter Gorton, denn nach der Kärntner Landesverfassung kann der Landeshauptmann zum Unterschied von der Bundesregelung Verträge selbst abschließen. Er schließt sie selbst ab. Er hätte es nicht notwendig gehabt, einen Beschuß der Landesregierung fassen zu lassen. Er hätte diesen Vertrag lediglich dem Kärntner Landtag zur Kenntnis zu bringen gehabt. So ist die Verfassungslage auf der Landesebene. Er hat die ÖVP mit eingebunden in diese Verhandlungen, und Ihr Landeshauptmann-Stellvertreter Knafl war mit dabei. (Abg. Dkfm. Gorton: Das ist Ihr Demokratieverständnis!) Wagner hat Sie eingebunden, er ist ein guter Demokrat. Vielleicht ein bißchen ein besserer, als ihr es seid. Ein guter Demokrat und hat Sie mit eingebunden.

Der erste Staatsvertrag ist nahezu erfüllt. Wir haben in den Jahren statt 600 Millionen Schilling Autobahnmittel 1 Milliarde erhalten. Im ersten Jahr haben wir hier einen Nachteil gehabt, weil der ÖVP-Straßenbaureferent Knafl leider Gottes keine baureifen Projekte geplant hatte. Und damit mußten wir auf Bundesmittel verzichten, Herr Abgeordneter. Da könnten Sie diskutieren, wie Sie wollen, wir konnten nicht die ganzen Mittel ausschöpfen,

1626

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dr. Gradenegger

weil Knafl leider Gottes mit der Planung im nachhinein erst kam.

Wir haben für die Kärntner Bergbahnen- und Bergstraßengesellschaft 268 624 000 S Stammkapital. Ausständig ist noch die Rate 1984 mit je 15 Millionen Bund und Land, sodaß auch dieses Stammkapital fast voll eingezahlt ist. Für die Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft in Kärnten 200 Millionen Schilling Stammkapital. Bund und Land haben noch die letzte Rate 1984, wie vereinbart, offen, sonst ist alles eingezahlt.

Fürnitz wird fertiggebaut. Große Aufträge sind an die Kärntner Wirtschaft gegangen mit Hunderten Millionen Schilling. Die Realisierung der Bundeshochbauten und die Nebenabreden wie im Briefwechsel — Grenzlandförderung je 15 Millionen seit 1979 — erfolgten beziehungsweise erfolgen.

Im zweiten Staatsvertrag haben wir projektbezogene Arbeitsplatzförderungsmaßnahmen, 15 Millionen Schilling Bund und Land ab 1983 für drei Jahre.

Die Braunkohlenerschließungsfinanzierung im Lavanttal. Und wir haben auch die Landwirtschaft eingebunden, nicht, wie der Herr Abgeordnete Türscher früher meinte, die Kärntner tun nichts für die Bauern, nichts für die Bergbauförderung. Wir haben ein Sonderprogramm landwirtschaftliche Problemgebiete. Ab 1984 10 Millionen Schilling durch fünf Jahre mit Bund und Land zusammen. (*Abg. D e u t s c h m a n n: Stimmt nicht! 5 Millionen!*) Wir haben Grenzlandförderungsmaßnahmen aus der Nebenabrede, Herr Abgeordneter. Sie müssen die Nebenabreden zwischen Bund und Land auch lesen, dann werden Sie sehen, was finanziell vereinbart ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wir haben eine Grenzlandförderung aus der Nebenabrede, wie im ersten Staatsvertrag, die läuft weiter mit je 15 Millionen Bund und Land.

Fremdenverkehrsmittel und Autobahnmittel stehen bereit. Verkehrsentflechtungsprobleme werden also gelöst, beispielsweise die Draubrücke in Villach. Und für den Nationalpark sind auch Mittel, 1982 1,9 Millionen Schilling und 1983 2,2 Millionen Schilling, vorhanden.

Ich muß also zu dieser ganzen Situation auch insofern Stellung nehmen, als wir von Seite der ÖVP zwar immer die Zustimmung und den guten Willen erhalten haben, daß Sie an diesen Verträgen mitmachen. Es hat in

Kärnten Vorwürfe gegeben, der Bund tut ja ohnedies nur das, was er tun muß.

Ich darf also sagen, daß sich etliche Landeshauptmänner der ÖVP aus anderen Bundesländern bemüht haben, solche Verträge zu bekommen, und daß sie diesen Verträgen nachlaufen. Wir hätten, wenn wir diese Verträge nicht hätten, keine Kärntner Bergstraßen- und Bergbahnenfinanzierung gehabt, denn der Bund ist auf Grund des Gesetzes dazu nicht verpflichtet, Grenzlandförderung, landwirtschaftliche Zuschußförderung für den Naturpark und sonstige Brückenprojekte zu betreiben.

Das also waren Vorwürfe, die wir von der ÖVP hatten. Ein weiterer Vorwurf war: 1974 kommt ein ÖVP-Politiker, und wir haben das in Kärnten immer wieder gehört: Kärnten braucht eine Aufholmilliarde! Und diese Aufholmilliarde 1974, die die ÖVP gefordert und nie zustande gebracht hat, die haben wir inzwischen ein x-faches Mal erhalten.

Wir haben Bauaufträge für 10 Milliarden bei der Tauern Autobahn vergeben, nicht 1 Milliarde. 9 Milliarden für Kraftwerksbauten, die an die Kärntner Wirtschaft gegangen sind, nicht 1 Milliarde, Herr Abgeordneter. Je 5 Milliarden, also rund 10 für die beiden Staatsverträge, für Schulbauten, für Wirtschaftsförderung. Über 2 Milliarden für die Seenreinhaltung. Also mehr als 40 Milliarden Schilling. Da können Sie valorisieren, wie Sie wollen, das ist das, was Sozialisten für Kärnten getan haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und jetzt darf ich Ihnen eines sagen zum Doppelspiel der ÖVP, zum Doppelspiel der ÖVP in den Fragen der Staatsverträge. ÖVP-Abgeordnete gehen an dieses Rednerpult und erklären hier dezidiert, sie seien für diese Staatsverträge, ob für den Niederösterreichischen Staatsvertrag, für den Kärntner Staatsvertrag, und sie sprechen glühend dafür, wie sie sich für ihr Land einsetzen und was sie für ihr Land tun. Die Wahrheit sieht anders aus.

Der Herr Abgeordnete Paulitsch fordert auch hier, daß noch die Spitalsfinanzierung mit so einem Staatsvertrag gemacht wird. Er hat weiters gesagt, daß man auch noch auf anderen Ebenen solche Staatsverträge machen sollte, daß er für diese Staatsverträge ist und daß er ihnen zustimme, weil Probleme des Bundeslandes gelöst werden und weil der Bund gewisse Verpflichtungen dem Land Kärnten gegenüber hat.

Die Wahrheit, meine Damen und Herren,

Dr. Gradenegger

sieht anders aus. Die ÖVP spielt hier ein Doppelspiel, ein Doppelspiel hier an diesem Pult. Und die ÖVP spielt ein Doppelspiel in der Öffentlichkeit. Es ist eine ungeheuerliche Unehrlichkeit, hier herauszugehen und blauäugig (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), blauäugig und treuherzig zu sagen: Ich bin für den Vertrag Bund – Land Kärnten!, und dann, meine Damen und Herren, bei den Budgetdebatten und bei den Budgetbeschlüssen gegen diese Mittel zu stimmen. Hier verbal für die Staatsverträge zu sein, aber für die finanzielle Bedeckung nicht zu sein, dagegenzustimmen! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ*)

1981 hat die ÖVP gegen Kärntner Interessen gestimmt: Bahnhof Villach-Süd, Ansatz 1/79313, 141 Millionen Schilling. ÖVP stimmte dagegen. Ein Jahr später gegen 199 Millionen Schilling.

Sie müssen sich eben eine differenziertere Abstimmung zurechtlegen, daß Sie gewissen Sachen zustimmen und gewissen nicht. Aber hier verbal herauszugehen und – noch einmal: blauäugig und treuherzig – zu sagen: Ich bin für den Staatsvertrag!, aber dann gegen alle Budgetansätze zu stimmen, daß kein Groschen Geld nach Niederösterreich und nach Kärnten geht. So geht es, meine Damen und Herren, nicht! So werden wir mit euch künftig nicht Staatsverträge machen. Das sage ich in aller Deutlichkeit! (*Abg. Graf: Was heißt „euch“?!*)

Bei den Autobahnen: 989 Millionen Schilling 1981. Die ÖVP stimmt gegen Kärntner Interessen. 1982: 996 Millionen Schilling. Die ÖVP ist verbal dafür, sie stimmt aber beim Budget dagegen.

Kärntner Bergbahnen-GesmbH: Ansatz 1/54093, 20 Millionen Schilling im Jahr 1981. Die ÖVP stimmt gegen Kärntner Interessen. Ein Jahr später stimmt sie gegen 15 Millionen Schilling.

So geht es nicht, daß man hier verbal für Staatsverträge ist und dann den budgetären Bedeckungen, die ja das Wichtigste sind, die Zustimmung verweigert! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP*.)

Ich darf also sagen, daß wir diese Vorgangsweise bei Staatsverträgen, die mit ÖVP-dominierten Bundesländern abgeschlossen werden, berücksichtigen werden und daß Sie auf jeden Fall mit dieser Vorgangsweise kein Glück haben werden, weil wir das in der Öffentlichkeit aufzeigen.

Das also zu Ihrer Doppelstrategie, zu Ihrer Vorgangsweise, die ich als Unehrlichkeit bezeichne habe.

Ich darf jetzt abschließend danken dem Initiator für diesen Vertrag, Landeshauptmann Wagner, und darf danken Altbundeskanzler Dr. Kreisky sowie Bundeskanzler Dr. Sino-watz.

Weiters erkläre ich, daß die Sozialisten diesem Staatsvertrag die Zustimmung geben und auch dafür sorgen werden, und dies gegen die Intentionen der ÖVP-Abgeordneten, daß dieser Staatsvertrag eine finanzielle Bedeckung haben wird und daß diese Millionen nach Kärnten gehen werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*) 17.53

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Dr. Paulitsch zum Wort gemeldet. Ich weise auf die Fünf-Minuten-Begrenzung hin und erteile ihm das Wort.

17.54

Abgeordneter Dr. Paulitsch (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich muß zur tatsächlichen Berichtigung zuerst eine Zustimmung festhalten: Der Kollege Gradenegger hat ja bestätigt, daß es einen Aufholbedarf gegeben hat. Mehr wollte ich ja nicht haben.

Was die Projektierung und den Anteil am Straßenbudget im Rahmen des ersten Staatsvertrages betrifft, Herr Kollege Gradenegger, hat Landeshauptmann-Stellvertreter Knafl mehrmals erzählt und festgehalten, daß man eben Autobahnen nicht in drei Wochen projektiert kann, um das Geld zu verbrauchen. Aber es ist jetzt sichergestellt, daß das Geld in den Folgejahren zur Verfügung gestanden ist. Daher ist das eine glatte Lüge. – Entschuldigung. (*Beifall bei der ÖVP. – Rufe bei der SPÖ: Lüge!*)

Zweitens: Ich habe nie davon gesprochen, daß im Rahmen des Staatsvertrages eine Spitalsfinanzierung mit Kärnten durchgeführt werden sollte oder müßte. Daher ist auch das unrichtig.

Und das dritte, was die Seenreinhaltung betrifft, Herr Abgeordneter Gradenegger: Die Österreichische Volkspartei hat in Kärnten im Jahre 1972 eine Sondersitzung des Kärntner Landtages in Fragen Seenreinhaltung verlangt, und dann erst ist die Sozialistische Partei aufgewacht, daß es dieses Problem gibt. – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP*) 17.55

1628

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Präsident Mag. Minkowitsch: Zunächst erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Pauflitsch für „glatte Lüge“ einen Ordnungsruß.

Ich erteile Herrn Mag. Ortner das Wort.

17.55

Abgeordneter Mag. Ortner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist es recht so. Unangenehm wäre es mir, wenn es umgekehrt wäre.

Ich möchte mich in Anbetracht der Zeit zum Gesamteinheit dieser Regierungsvorlage nicht mehr äußern. Ich glaube aber, daß die Vertreter der Österreichischen Volkspartei bei den heurigen Budgetverhandlungen sicherlich Gelegenheit haben werden, ihrer verbalen Zustimmung dann auch die tatsächliche Zustimmung folgen zu lassen.

Wir werden sehen, wie die Österreichische Volkspartei hier, nachdem sie ja von meinem Vorredner auf dieses Manko, auf dieses schwerwiegende Manko aufmerksam gemacht wurde, reagieren wird.

Ich möchte aber diese Gelegenheit ergreifen, um auf ein spezielles Problem hinzuweisen, weil es sich gerade in den letzten Wochen sehr stark aktualisiert hat. Alle, vor allem auch die Kärntner Abgeordneten — egal, welcher Parteizugehörigkeit —, sollten mir etwas genauer zuhören.

Diese Regierungsvorlage spricht davon, daß das Land Kärnten und der Bund gemeinsame Interessen haben, unter anderen an der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern in Kärnten. Die Regierungsvorlage spricht davon, daß der Region des Nationalparks Hohe Tauern in Kärnten — das ist das Gebiet der Gemeinden Heiligenblut, Großkirchheim und Winklern — eine entsprechende Weiterentwicklung ermöglicht und diese gefördert werden sollte.

Nun haben wir vor einigen Wochen einen Antrag der Kärntner Landeselektrizitätsgesellschaft bekommen um wasserrechtliche Bewilligung der Ableitung jener drei letzten ostseitigen Bäche im Bereich der Oberen Möll, die für die betroffenen Gemeinden eine echte Gefährdung ihres eigenen öffentlichen Bedarfes nach sich zieht.

Wir haben uns in diesem Bereich mit diesem Thema auseinandergesetzt und stehen

auf dem Standpunkt, daß es für die betroffenen Gemeinden keine Fragen der Ökologie sind und auch nicht Fragen des Naturschutzes im Vordergrund stehen, sondern daß für diese Gemeinden die im § 105 des Wasserrechtsgesetzes aufgezählten öffentlichen Interessen schwerstens gefährdet sind.

Ich möchte zur Erklärung nur einen einzigen Satz bringen: Wir haben im Bereich des Möllflusses in den Wintermonaten Wassermengen von nur noch 1,7 Kubikmeter pro Sekunde. Das ist, wenn Sie sich ein bissel mit der Materie beschäftigen, fast nichts mehr. Die KELAG will diese drei Bäche im Oberlauf auf einer Seehöhe von 1 800 m ableiten und spricht von einer durchschnittlichen Jahresmenge von 5 Kubikmetern pro Sekunde.

Mir ist unklar, wie die ganze Geschichte funktioniert. Aber wie immer auch: Ich bitte Sie — das ist, möchte sagen, keine politische Angelegenheit, sondern sollte doch eine Angelegenheit der Kärntner Abgeordneten sein —, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß es nicht zur Ableitung dieser drei letzten Bäche kommt, weil die Vorteile für die Energiewirtschaft so gering sind, während die Nachteile für die betroffenen Gemeinden ganz erheblich sind.

Ich habe davon einige Ministerien bereits die entsprechenden Unterlagen geliefert und bitte die Abgeordneten aller Parteien hier in diesem Hohen Hause, diesem berechtigten Anliegen dieses Oberkärntner Raumes ihre Unterstützung zu geben. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 17.58

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß der gegenständlichen Vereinbarung in 38 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angekommen.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (47 der Beilagen):

Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe (101 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé. Ich bitte sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatterin Dr. Helene Partik-Pablé: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Vorliegendes Protokoll zur Konvention zu Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sieht die absolute Abschaffung der Todesstrafe für Friedenszeiten in den Mitgliedstaaten des Europarates vor. Für Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr soll eine Durchbrechung dieses Grundsatzes möglich sein. Die weitergehende österreichische Verfassungslage wird infolge des anzuwendenden Günstigkeitsprinzips der europäischen Menschenrechtskonvention nicht geändert.

Der Verfassungsausschuß hat den gegenständlichen Staatsvertrag am 17. Oktober 1983 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz hält der Verfassungsausschuß im gegenständlichen Fall für entbehrlich.

Der gedruckte Ausschußbericht ist um die Feststellung zu vervollständigen, daß der vorliegende Staatsvertrag 47 der Beilagen verfassungsergänzend ist.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe, 47 der Beilagen, der verfassungsergänzend ist, wird genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die General- und Spezialdebatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke der Frau Berichterstatter für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

18.02

Bundesminister für Justiz Dr. Ofner: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Todesstrafe wurde in Österreich erstmals unter Joseph II. im Jahre 1787 abgeschafft, wenige Jahre später aber wieder eingeführt. Gegen Ende der Monarchie wurde in immer stärkerem Maß vom Gnadenrecht des Kaisers Gebrauch gemacht und zum Beispiel im Gebiet der heutigen Republik Österreich nach 1902 kein Todesurteil mehr vollstreckt.

Am 3. April 1919 hat die Konstituierende Nationalversammlung die Todesstrafe im ordentlichen Verfahren einstimmig abgeschafft. Im Jahre 1933 wurde die Todesstrafe zuerst im standgerichtlichen Verfahren angewendet und dann auch im ordentlichen Verfahren wieder eingeführt.

Am 24. Mai 1950 wurde die Todesstrafe vom Nationalrat in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit neuerlich für das ordentliche Strafverfahren abgeschafft.

Mit dem einstimmig beschlossenen Bundesverfassungsgesetz vom 7. Februar 1968 ist auch das standgerichtliche Verfahren und damit die Möglichkeit der Verhängung der Todesstrafe im außerordentlichen Verfahren beseitigt worden. Die Bundesverfassung schließt seither die Todesstrafe absolut aus.

Die Kriminalstatistik zeigt keinen Zusammenhang zwischen der Abschaffung beziehungsweise Wiedereinführung der Todesstrafe und der Zahl der vorsätzlichen Tötungsdelikte. Nach der Abschaffung im Jahre 1950 war die Zahl der Tötungsdelikte niedriger als vorher.

Österreich ist in den letzten Jahren wiederholt auf internationaler Ebene – vor der UNO, vor dem Europarat – im Sinne der Zielsetzung einer weltweiten Abschaffung der Todesstrafe aktiv geworden und hat zum Beispiel mehrere Resolutionen der UNO-Generalversammlung miteingebracht, in denen das Ziel der „fortschreitenden Einschränkungen in der Anwendung der Todesstrafe im Hinblick auf ihre schließlich Abschaffung in allen Ländern“ proklamiert worden ist. Darauf können wir Österreicher stolz sein.

Der 11. Europäischen Justizministerkonfe-

1630

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Bundesminister Dr. Ofner

renz in Kopenhagen hat im Juni 1978 der österreichische Justizminister ein Memorandum zur Frage der Todesstrafe vorgelegt. Diese Initiative hat im Zusammenhang mit einer parallelen Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom April 1980 zugunsten der Abschaffung der Todesstrafe zur Ausarbeitung des nun zur Ratifikation vorliegenden 6. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe geführt. Auch auf diese österreichische Initiative und auf ihren Erfolg sind wir stolz, meine Damen und Herren.

Das 6. Zusatzprotokoll ist das erste völkerrechtliche Instrument, durch das die Abschaffung beziehungsweise Nichtwiedereinführung der Todesstrafe für Mitgliedstaaten zu einer internationalen Verpflichtung wird. Diese völkerrechtliche Verpflichtung steht unter der Kontrolle des Rechtsschutzinstrumentariums der Europäischen Menschenrechtskommision.

Als überzeugter Gegner der Todesstrafe freue ich mich mit Ihnen, meine Damen und Herren, über diese Entwicklung und auch darüber, daß es gerade Österreich gewesen ist, das ihr Pate gestanden ist. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 18.06

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des vorliegenden Staatsvertrages, der verfassungsgänzend ist, in 47 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Mit Rücksicht darauf, daß der Staatsvertrag im Verfassungsrang steht, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Ziffer 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen. Ausdrücklich stelle ich die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

4. Punkt: Bericht des Justizausschusses über

die Regierungsvorlage (3 der Beilagen): Bundesgesetz über die Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindesrechts (78 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindesrechts.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger. Ich bitte sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatterin Edith Dobesberger: Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (3 der Beilagen): Bundesgesetz über die Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindesrechts.

In diesem Bericht, der Ihnen schriftlich vorliegt, ist das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses und des darauffolgenden Ausschusses enthalten.

Ich stelle daher im Namen des Justizausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angelassenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke der Frau Berichterstatter für ihre Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Michael Graff. Ich erteile es ihm.

18.08

Abgeordneter Dr. Graff (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn die Abgeordnetenklubs aus Gründen der Zeitökonomie vereinbaren, daß zu einem Punkt niemand das Wort ergreift, dann haben wir immer noch die Regierung, die einen Redner stellt.

An alles denkt aber die Regierung doch nicht, und insofern ist es ganz gut, daß sie auch ein Parlament zur Seite oder vis-à-vis hat, und das ist gerade hier bei dieser Vorlage, über die wir jetzt sprechen, besonders interessant.

Das Bundesgesetz über die Änderung des Personen-, Ehe- und Kindesrechts bedürfte keiner weiteren Erörterungen und Erwähnungen, aber ich möchte zu einem Teil davon einige Worte sagen, weil wir von der

Dr. Graff

Volkspartei es waren, die diese Regelungen hineinreklamiert haben.

Es geht um das streitige Eheverfahren, also den Eheprozeß, der bis jetzt, man staune, geregelt war — geltendes Recht — durch ein Hofdekret vom 23. August 1819 und durch eine auf Gesetzesstufe stehende Justizministerialverordnung aus dem Jahre 1897.

Nun haben wir es als Mangel empfunden, daß nach diesen obsoleten Rechtsvorschriften heute am laufenden Band Ehen geschieden werden, und waren der Meinung, daß man diese Bestimmungen in die Zivilprozeßordnung entsprechend adaptiert einbauen sollte. Es ist uns das nach einigem anfänglichen Widerstreben des Herrn Bundesministers auch gelungen. Ich möchte auch nicht versäumen, den Beamten des Ministeriums für die Formulierungshilfe zu danken, die sie uns in diesem Zusammenhang zuteil haben werden lassen.

Dieses neue Eheverfahren sollte ursprünglich ab 1986 von den Bezirksgerichten angewendet werden; inzwischen wird dazu ein Dreiparteienantrag kommen, der das sofortige Inkrafttreten vorsieht. Warum 1986? Weil in diesem Jahr das streitige Eheverfahren von den Gerichtshöfen, also von den Landes- und Kreisgerichten, zu den Bezirksgerichten kommen soll.

Wir begrüßen diese Entwicklung, wir sind für eine Stärkung der Bezirksgerichte. Umso weniger verstehen wir, daß ebenfalls ab 1986 das arbeitsgerichtliche Verfahren von der Bezirksgerichtlichen Ebene weg, zentralisiert, zu den Landes- und Kreisgerichten gebracht werden soll. Dazu später noch ein paar Sätze.

Es ist aber trotzdem noch nicht alles in Ordnung, denn Bezirksgericht ist heute nicht Bezirksgericht. Es gibt „bessere“ und weniger gute Bezirksgerichte: Es gibt Bezirksgerichte, die eine familienrechtliche Abteilung haben, und solche, die sie nicht haben.

Der Gedanke war damals nicht schlecht — man wollte durch solche Schwerpunktgerichte die Kompetenzen konzentrieren und nicht voll arbeitsfähige Bezirksgerichte gewissermaßen absterben lassen. Es ist nun aber keineswegs so, daß alle Bezirksgerichte, die keine familienrechtliche Abteilung haben, etwa Zwergerichte oder nicht ausgelastete Gerichte wären, sondern es gibt ganz normale Vollblutbezirksgerichte, die in Familienrechtssachen nicht zuständig sind. „Diese Regelung“ — meine Damen und Herren, ich

zitiere jetzt eine Stellungnahme der Richtervereinigung vom 16. Juni 1983 — „hat sich nicht bewährt.“ Es besteht derzeit die Gefahr — so sagt die Richtervereinigung —, daß ein Familienrichter entscheidet, „der die Betroffenen nur kurz oder überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hat“.

Wie spielt sich das ab? — Nehmen wir an, eine familienrechtliche Sache hat ihren Schwerpunkt in einem Ort, wo ein Bezirksgericht besteht, das aber keine familienrechtliche Abteilung hat. Jetzt gehen die Parteien zum Gericht, stellen dort ihren Antrag, der Richter muß das protokollieren und schickt den Akt — obwohl er die Parteien gut kennt, obwohl er den Ort gut kennt — zum Familiengericht. Der Familienrichter schaut sich das an und sagt: Sehr interessant, da müssen diese Parteien jetzt vernommen werden. Also schreibt er: Allgemeines Bezirksgericht, bitte vernimm die Parteien im Rechtshilfeweg. Schon geht der Akt wieder dorthin zurück, wo er war, und der Richter, der den Antrag aufgenommen hat, vernimmt jetzt die Parteien. Der Familienrichter denkt sich vielleicht: Kehrt zurück der Wanderer, kriegt ihn vielleicht ein anderer; aber vielleicht bleibt er auch am Ball, bekommt den Akt wieder und fällt dann eine Entscheidung auf Grund einer papierenen Aktenlage über einen Fall, den er nicht gesehen hat.

Das ist ein unzweckmäßiger und unerträglicher Zustand, der mit Recht kritisiert wird. Das war der Anlaß, warum wir von der Österreichischen Volkspartei vor kurzem einen Antrag eingebracht haben, der für alle Bezirksgerichte familienrechtliche Abteilungen vorsehen soll. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich würde Sie, Herr Bundesminister, bitten, uns in Ihrer Wortmeldung, die sicher nicht ausbleiben wird, zu diesem Grundgedanken Ihre Meinung zu sagen.

Damit ist aber die Rechtslage noch nicht erschöpfend umschrieben, wenn wir sagen: Es gibt Familiengerichte und andere Bezirksgerichte. Der Akt kann nämlich nicht nur zwischen diesen beiden Gerichten herumwandern, sondern es kann noch viel komplizierter werden. Ich zitiere ein Beispiel aus dem „Notstandsbericht zur Lage der Justiz in Österreich“ von der Vereinigung der österreichischen Richter aus dem Jahr 1981: „Wenn nämlich zum Beispiel in Kirchberg/Wagram jemand mit seinen ‚gewöhnlichen Streitigkeiten‘ zum dortigen Bezirksgericht geht, dessen Rechtsmittelinstanz das Kreisgericht Krems ist, er aber in Familiensachen nach Tulln und

1632

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dr. Graff

bei einem allfälligen Rechtsmittel sodann nach St. Pölten reisen muß, so kann dies wohl niemand als befriedigend empfinden.“

Oder noch toller: Das Beispiel einer Familie, von der etwa die Mutter und das Kind in Obernberg wohnen – ich weiß nicht, wo das ist, aber hier steht Obernberg, die Richter wissen es –, der Vater aber in Mayrhofen, das ist in Tirol. Wenn nun der Anspruch auf Unterhalt für das Kind beim Bezirksgericht Obernberg, der Anspruch auf Unterhalt für die Ehefrau aber beim Bezirksgericht Schwaz – das ist das Familiengericht des Vaters –, die Ehescheidung beim Kreisgericht Ried im Innkreis, die Hausratsteilung beim Bezirksgericht Ried im Innkreis, die Exekution zur Herabbringung der Unterhaltsbeiträge schließlich beim Bezirksgericht Zell am Ziller und eine allfällige Klage auf Bestreitung der Ehelichkeit wiederum beim Bezirksgericht Ried im Innkreis anhängig zu machen sind, dann muß man sich wirklich fragen, ob dem hehren Gedanken der Rechtsbereinigung und Rechtsvereinfachung, mit anderen Worten: des leichteren Zuganges zum Recht, durch die geltende Rechtslage bereits hinreichend Rechnung getragen ist. Diese Frage ist zu verneinen.

Es ist auch nicht so, daß alle Familienrechtssachen nun bei einem Familiengericht konzentriert werden. Es gibt einen Aufsatz von Daphne-Ariane Simotta in der „Österreichischen Juristenzeitung“, Seite 29 aus dem Jahr 1982, wo sie folgenden Fall hennimmt: „Die Ehegatten haben keinen gewöhnlichen Aufenthalt mehr, der klägerische Ehemann hält sich in Mondsee, die Ehefrau in Lambach auf, die Scheidungsklage wurde“ – eingebracht nach neuer Rechtslage – „bei der familienrechtlichen Abteilung des Bezirksgerichtes Wels eingebrochen. Das Kind hat den gewöhnlichen Aufenthalt bei seiner Großmutter in Döbling.“

Jetzt sind zuständig:

für den Eheprozeß: Bezirksgericht Wels als Familiengericht,

für die Zuteilung der elterlichen Rechte und Pflichten: Bezirksgericht Döbling,

für den Unterhalt eines volljährigen Kindes, wenn der Vater beklagt ist: Bezirksgericht Vöcklabruck, wenn die Mutter beklagt ist: Bezirksgericht Wels.

Es besteht aber auch eine Wahlgerichtsbar-

keit: beim Vater: Bezirksgericht Mondsee, bei der Mutter: Bezirksgericht Lambach.

Für die Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens, wenn der Mann Antragsgegner ist: Bezirksgericht Vöcklabruck, wenn die Frau Antragsgegner ist: Bezirksgericht Wels, bei einem gemeinsamen Antrag: Bezirksgericht Innere Stadt Wien.

Ehegattenunterhalt: Mondsee, Lambach, Wels, Vöcklabruck.

Ehegüterrechtliche Ansprüche wieder woanders.

Schuld an diesem chaotischen Zustand, an dieser Kompetenzzersplitterung zwischen Ehe- und Ehefolgesachen sind nach diesem Aufsatz im wesentlichen folgende Umstände:

1. daß die außerstreitigen Familiensachen noch immer nicht in die Familiengerichtsbarkeit einbezogen sind;

2. daß die sachliche Wahlzuständigkeit des § 49 Abs. 4 der Jurisdiktionsnorm es ermöglicht, Unterhaltsklagen auch vor das allgemeine Bezirksgericht zu bringen;

3. daß nur für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus dem Eheverhältnis die Möglichkeit einer Verbindung mit einer Ehesache besteht, nicht aber für die nicht vermögensrechtlichen, und

4. die unterschiedliche örtliche Zuständigkeit in Ehe- und Ehefolgesachen, die, wenn sie mit einer unterschiedlichen sachlichen Zuständigkeit zusammenfällt, meist darauf zurückzuführen ist, daß es nicht bei jedem Bezirksgericht eine familienrechtliche Abteilung gibt.

Hohes Haus! Ich bitte um Entschuldigung, ich bin jetzt schon fertig mit der trockenen Juristerei. Aber auch der, der dem im einzelnen nicht folgen wollte – ich gestehe es, ich bin auch nur nach gründlichem Studium in der Lage, das völlig nachzuvollziehen –, sieht, daß eine solche Zuständigkeitsvielfalt nicht sachgerecht ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Deshalb bitte ich Sie, Herr Minister, als ersten Schritt der Vereinfachung zuzustimmen, daß die familienrechtlichen Abteilungen wieder zu allen Bezirksgerichten kommen.

Ich mache Ihnen auch fairerweise ein Gegenangebot: Wir können im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern durchaus dar-

Dr. Graff

über reden, daß wirkliche Zwergerichte, die nicht ausgelastet sind, im Sinne einer Bereinigung der Gerichtsorganisation endlich abgeschafft werden. Die Volkspartei bietet Ihnen für die Verhandlungen mit den Landeshauptleuten ehrlich ihre guten Dienste an.

Wir wollen ein starkes, voll kompetentes Bezirksgericht, das die streitigen Ehesachen jetzt dazubekommen soll, das nach unserer Auffassung auch die Arbeitsgerichtsbarkeit bekommen soll und das als Eingangsgericht, bürgernah und mit den örtlichen Verhältnissen vertraut, dem Rechtsuchenden im Sinne des erleichterten Zuganges zum Recht zur Verfügung steht.

Sie wissen, Herr Bundesminister, wir haben alle Arbeitsgerichtsgemeinden angeschrieben, um zu erfahren, was die Bürgermeister und Gemeinderäte davon halten, daß Sie ihnen die Arbeitsgerichte wegnehmen wollen. Sie haben eine ganze Fülle von Zuschriften erhalten, und wir werden darüber demnächst im Unterausschuß weiterreden. Ich fasse mich ganz kurz. Ich richte an Sie den Appell: Geben Sie den Bezirksgerichten die Arbeitsgerichtsbarkeit, geben Sie ihnen ohne Diskriminierung die Familiengerichtsbarkeit und ermöglichen Sie damit, daß in Österreich jeder Bürger in seiner Nähe ein Gericht hat und in Anspruch nehmen kann, das die örtliche Situation, die Lebensverhältnisse und Lebensgewohnheiten der betroffenen Menschen kennt, denn um die Menschen geht es ja letztlich in der Justiz. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{18.20}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller. Ich erteile es ihm.

^{18.21}

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Keppelmüller** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Nach dem sicher recht interessanten rechtlichen Zukunftsausflug des Kollegen Dr. Graff möchte ich ausschließlich zum vorliegenden Gesetzentwurf sprechen, wobei ich wieder das Pech wie bei meiner ersten Rede habe — es ist dies meine zweite Rede —, daß ich der vorletzte Redner an einem Freitag bin, und ich werde es daher kurz machen.

Hohes Haus! Zunächst möchte ich doch einmal klar feststellen, daß die heutige Beschlufsfassung über diesen Gesetzentwurf undenkbar wäre, hätte es nicht die großen Rechtsreformen, insbesondere die Familienrechtsre-

formen, unter Christian Broda gegeben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Diese Rechtsreformen, Hohes Haus, haben auf das gesellschaftliche Bewußtsein zurückgewirkt und haben das Verständnis für Liberalisierungen, wie sie das auch heute zu beschließende Gesetz enthält, vorbereitet und entwickelt; eine Liberalisierung, die in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung sicher undenkbar gewesen wäre, eine Liberalisierung, der sich selbst die ÖVP heute nicht mehr entziehen kann, wie die einstimmigen Beschlüsse über dieses Gesetz im Justizausschuß gezeigt haben.

Der Nationalrat hat am 19. 1. 1983 das Personenstandsgesetz beschlossen, das damals in der Debatte sogar als Jahrhundertgesetz bezeichnet wurde. Durch dieses Gesetz sind die in zahlreichen Rechtsvorschriften verstreut gewesenen Bestimmungen zu einem einheitlichen Gesetzeswerk zusammengefaßt worden. Die Konsequenz ist eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei der Führung der Personenstandsbücher und eine Entbürokratisierung der entsprechenden Verfahren im Interesse der Bevölkerung.

Um nun die Vollziehung des neuen Personenstandsgesetzes zu gewährleisten, bedurfte es verschiedener legislativer Anpassungen auf dem Gebiet des Zivilrechtes. Darüber hinaus wurde mit dem vorliegenden Gesetz die Gelegenheit ergriffen, das geltende Ehorecht, vor allem das Recht der Eheschließung und die zivilprozessualen Regelungen über das Eheverfahren, zu durchforsten, zusammenzufassen und zu vereinheitlichen sowie überholte und nicht mehr zeitgemäße Vorschriften zu streichen. Mit diesem Gesetz wird es zu einer weiteren Entlastung der Personenstandsbehörden und der Gerichte kommen, und die Bürgernähe wird verbessert. Es werden aber auch, Hohes Haus, gewisse Diskriminierungen beseitigt, und es wird eine weitere Angleichung an bestehende gesellschaftliche Realitäten erreicht.

Die wichtigsten Neuerungen lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen: Nach dem noch geltenden Personenstandsrecht hat der Standesbeamte die Verlobten zu fragen, ob sie gemeinsame voreheliche Kinder haben. Ist dies der Fall, so verständigt der Beamte das Vormundschaftsgericht, das den Eintritt der Legitimation festzustellen hat und deren Vermerk im Geburtenbuch anzuordnen hat.

Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, wurde in Österreich pro Jahr etwa

1634

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller

8 000mal durchgeführt und ist sicher mit viel bürokratischem Aufwand verbunden. Künftig soll nun der Standesbeamte nach Befragung nach gemeinsamen vorehelichen Kindern und gegebenenfalls nach Aufnahme einer Anerkenntnis der Vaterschaft die Unterlagen direkt an seinen Kollegen, der das Geburtenbuch führt, übermitteln. Dieser vermerkt dann die Legitimation. Dies ist ein Weg, der einfacher ist und dem neuvermählten Paar den Gang zu den Gerichten erspart.

Ein weiterer Punkt: Nach dem bisher geltenden Eherecht hatte einer Eheschließung ein Aufgebot voranzugehen, und hiezu gehörte es, daß die Verlobten dem Standesbeamten alle notwendigen Unterlagen vorlegen mußten. Nach Klärung, daß keine Ehehindernisse vorliegen, wird die beabsichtigte Eheschließung eine Woche auf der Amtstafel angeschlagen. Damit sollte jedermann die Möglichkeit gegeben werden, ihm bekannte Ehehindernisse dem Standesbeamten zu nennen.

Es hat sich nun in der Praxis gezeigt, daß diese Bekanntmachungen hinsichtlich dieses Ziels überhaupt keine Beachtung gefunden haben, daß es praktisch nicht vorgekommen ist, daß jemand ein Ehehindernis gemeldet hat. Dafür flatterte den Verlobten jede Menge Werbematerial ins Haus, und auch der Wunsch vieler Verlobter, ihre bevorstehende Vermählung aus persönlichen oder anderen Gründen nicht an die große Glocke zu hängen, wurde durch diese öffentliche Ankündigung ad absurdum geführt.

An die Stelle des Aufgebotes tritt nun die lückenlose ordnungsgemäße Verzeichnung des Personenstandes der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß eine Diskriminierung von Ausländern, die eine Ehe bei uns schließen wollen, wegfällt. Sie werden künftig keine Ehefähigkeitszeugnisse mehr beibringen müssen, was bisher zu umständlichen Wegen und Verzögerungen geführt hat, weil es ja viele Länder gibt, die derartige Zeugnisse überhaupt nicht ausstellen.

Das geltende Eherecht hat bisher vorgesehen: die Eheverbote der Wartezeit der Frau, der Schwägerschaft und des Ehebruches, die einen weiteren unzeitgemäßen Bürokratieaufwand vorsahen. Es ist nämlich durchaus möglich, von all diesen Eheverboten Befreiung zu begehren und diese Befreiung auch meist zu erhalten. Das Eheverbot „Wartezeit der Frau“ sollte zwar sicherstellen, daß kein Zweifel über die Abstammung eines Kindes entsteht,

doch hat das im Hinblick auf die naturwissenschaftlichen Fortschritte bei der Vaterschaftsfeststellung und die darauf beruhenden Rechtsänderungen zu oft sehr unsinnigen Ergebnissen geführt.

Eine weitere wesentliche und bedeutende Neuordnung: Im Zusammenhang mit der Reform werden die in mehreren Rechtsvorschriften verstreuten Regelungen über das streitige Eheverfahren zusammengefaßt und in übersichtlicher Weise in die Zivilprozeßordnung überstellt. Dabei wurden auch inhaltliche Neuregelungen vorgenommen. So wird der zum bloßen Protokollausfüllen verkümmerte Sühneversuch in wirksamere Versöhnungsversuche umgewandelt. Das Gericht hat in jeder Phase des Verfahrens künftig auf eine Versöhnung der Ehegatten hinzuwirken.

Weiters wurden Regelungen geschaffen, um die lange Dauer der für die Betroffenen oft so nervenaufreibenden und kostspieligen Ehescheidungsprozesse auf ein doch erträgliches Maß zu senken. Ursache dieser langwierigen Verfahren war eben vielfach, daß bisher auch noch im Verfahren zweiter Instanz weitere Klagegründe und Behauptungen zur Abwehr der Klage vorgebracht werden konnten. Hierdurch wurde das Berufungsgericht zur weiteren Beweisaufnahme gezwungen, was das Verfahren eben so wesentlich verzögert hat. Nun werden alle Tatsachenbehauptungen vollständig im Verfahren der ersten Instanz einzubringen sein.

Abschließend sei vermerkt, daß durch den vorliegenden Gesetzentwurf rund 100 Paragraphen wegfallen, darunter sehr alte Verordnungen und Gesetze wie das schon erwähnte Hofdekret von 1819 oder eine Verordnung des Justizministeriums von Jahre 1897, daß zahlreiche sinnlose, bürokratische und inhaltsleer gewordene Regelungen aufgehoben werden, daß eine Vereinheitlichung und bessere Übersichtlichkeit der Rechtsmaterie erfolgt, daß eine Entlastung der Gerichte und Verwaltungsbeamten eintritt, daß durch eine weitere Liberalisierung im Einklang mit den gesellschaftlichen Realitäten verschiedene Diskriminierungen beseitigt und der betroffenen Bevölkerung Kosten, Ärger und Behördewege erspart werden. Ich möchte namens meiner Fraktion allen am Werden des Gesetzes Beteiligten, aber insbesondere den Beamten des Justizministeriums für die geleistete vorzügliche Arbeit sehr herzlich danken.

Wir werden mit der Beschußfassung dieses Gesetzes das Eherecht weiter liberalisieren. Wir werden eine Anpassung verschiedener

Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller

Vorschriften an das neue Personenstandsge-
setz erreichen und das Scheidungsrecht ver-
einheitlichen. Daher werden wir Sozialisten
diesem Gesetz mit Freude zustimmen. (*Bei-
fall bei der SPÖ.*) ^{18.27}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster
zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr.
Gugerbauer. Ich erteile es.

^{18.28}

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr
Präsident! Hohes Haus! Mit dem dem Natio-
nalrat nunmehr vorliegenden Bundesgesetz
über Änderungen des Personen-, Ehe- und
Kindschaftsrechtes sind wesentliche Neu-
erungen verbunden. Dieses Gesetz beziehungs-
weise dieses Reformvorhaben verdient aus
mehreren Gründen die Beachtung dieses
Hauses. Auf der einen Seite wird die Abstim-
mung des Zivilrechtes mit dem neuen Perso-
nenstandsgesetz vom 1. 1. 1983 bereits
erreicht. Beide Gesetze stellen das Perso-
nenstandsverzeichnis auf eine neue Grundlage.
Besonderes Gewicht wird dabei der einfachen
Vollziehung zugemessen. Ich denke dabei
etwa an die Feststellung des Eintrittes der
Legitimation durch die nachfolgende Ehe.
Diese Feststellung entfällt, und dadurch kann
man jährlich bis zu 8 000 Gerichtsbeschlüsse
sparen.

Ähnlich der Entfall der bisherigen Form
des Ehefähigkeitszeugnisses für Ausländer.
Damit können jährlich etwa 1 500 Aktenvor-
gänge bei Gerichten und bei Standesämtern
eingespart werden. Einsparungen in der Ver-
waltung, Hohes Haus, bewegen sich nicht
immer bloß in Millionen- und Milliardenbeträ-
gen, sondern diese Einsparungen müssen oft
auch in der subtilen Form derartiger Geset-
zesmaßnahmen getroffen werden.

Für Bürger wird durch dieses Gesetz eben-
falls eine wesentliche Verbesserung erreicht.
Ich denke hier an die Vaterschaftsanerken-
nung vor dem Eheschließungs-Standesbeam-
ten. Damit wird dem einzelnen Betroffenen
der Weg zum Gericht oder der Weg zum
Jugendamt erspart. Auch das formelle Auf-
botsverfahren entfällt, das ja von manchen
unserer Mitbürger doch als sehr unbequem
und unangenehm empfunden wurde. Insgesamt
also eine sehr positive Neuerung.

Zweitens kommt es mit diesem Bundesge-
setz auch zu einer sinnvollen Weiterentwick-
lung der Familienrechtsreform. Mein Vorredner
Dr. Keppelmüller hat auf diesen Umstand
bereits ausgiebig hingewiesen:

So wird die Änderung des Familiennamens
des Ehegatten oder der Nachkommen des
Legitimierten jetzt nur mehr bei Zustimmung
des Ehegatten oder der Nachkommen des
Legitimierten eintreten, und damit wird nicht
zuletzt einer Anregung des Volksanwaltes
Gustav Zeillinger entsprochen, der mit Nach-
druck darauf hingewiesen hat, daß nach der
bisherigen Regelung nur über den kostspieligen
Umweg einer Namensänderung durch die
Landesregierung den Interessen der Betroffe-
nen Rechnung getragen werden konnte.

Auch bei dem streitigen Verfahren zur Ehe-
scheidung wurde nunmehr durch eine Ergän-
zung der Zivilprozeßordnung eine Neurege-
lung vorgenommen. Künftig werden etwa
Richter nicht mehr alle Umstände von Amts
wegen zu untersuchen haben, und im Rechts-
mittelverfahren wird es ein Neuerungsverbot
geben. Das heißt, es können in der zweiten
Instanz künftig keine neuen Tatsachen
behauptet, keine neuen Beweismittel bean-
tragt werden. Das ist, wie die Praxis erweist,
für alle Beteiligten von großem Vorteil, weil
einerseits bisher üblichen Verschleppungs-
taktiken vorgebeugt wird, andererseits aber
auch von den Parteien ein gewisser Ver-
gleichsdruck genommen wird, weil man ja
unter Hinweis auf das möglicherweise sehr
langwierige Verfahren — in zweiter Instanz
konnten noch neue Tatsachen angegeben
werden — die Parteien zu einem vorschnellen
Vergleich bewegen konnte.

Drittens kommt es durch dieses Bundesge-
setz zu einer generellen Vereinfachung. Wie
schon erwähnt: 100 Paragraphen wurden auf-
gehoben, an deren Stelle treten nur acht neue.
Drei Rechtsvorschriften wurden überhaupt
aufgehoben: das Hofdekret von 1819, die
Justizministerialverordnung von 1897 und die
5. Durchführungsverordnung zum Ehegesetz
1943. Weitere Gesetze wurden von überholten
Bestimmungen befreit.

Das ist, meine Damen und Herren, ein ganz
wesentlicher Beitrag zur Rechtsbereinigung,
und das ist nicht zuletzt ein gutes Beispiel für
die Vereinfachung weiterer Gesetze in Staat
und Verwaltung. (*Zustimmung bei FPÖ und
SPÖ.*)

Auch ich möchte daher meinen Dank an die
Beamten des Hauses richten und möchte in
diesen Dank aber ausdrücklich auch den Bun-
desminister für Justiz einbeziehen, der durch
sein Verständnis wesentlich dazu beigetragen
hat, daß dieses Bundesgesetz nunmehr in der
vorliegenden Form verabschiedet werden
kann. Herzlichen Dank. (*Beifall bei FPÖ und*

1636

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dr. Gugerbauer

SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)

Das heutige Gesetz, Kollege Steinbauer, wird wohl einstimmig beschlossen werden. Es stellt sich damit aber die Frage, ob mit dieser Tradition der Konsenspolitik im Justizbereich auch eine Tradition der liberalen Rechtspolitik fortgesetzt wird. Ich erinnere an den langjährigen Justizsprecher der Österreichischen Volkspartei, an den Abgeordneten Dr. Hauser, der es stets verstanden hat, auch sich und seine Fraktion zu einer liberalen Rechtspolitik hinzu bewegen. Findet diese liberale Rechtspolitik der Österreichischen Volkspartei nunmehr mit dem Sprecher Michael Graff eine Fortsetzung? — Hohes Haus! Ich habe gewisse Zweifel.

Ich gehe davon aus, daß im Bereich der liberalen Rechtsreformen mit dem vorliegenden Gesetz gerade noch der kleinste gemeinsame Nenner gefunden wurde. Ich verweise auf den Einbau des streitigen Eheverfahrens in die Zivilprozeßordnung: Da liegt ja ein Entwurf des Justizministeriums vor, der im Protokoll der Scheidungsverhandlung bestimmte personenbezogene Daten vorsieht. Bei der Scheidungsverhandlung müssen also in das Protokoll wesentliche sachbezogene Daten aufgenommen werden: das Geburtsdatum etwa der am Scheidungsverfahren Beteiligten zur näheren Identifizierung der Beteiligten, das Datum der Eheschließung, damit man eine genaue Bezeichnung jener Ehe hat, die dann geschieden werden soll; auch die Anzahl und das Alter der Kinder der Scheidungsteile und allfällige Ehepakte. Das ist wieder wichtig für mögliche Scheidungsfolgen. All diese Daten, die im Entwurf des Bundesministeriums vorgesehen waren, haben ihre sachliche Berechtigung. Die Österreichische Volkspartei hat aber vorgeschlagen, daß zusätzlich auch die Religionszugehörigkeit in das Protokoll aufgenommen wird.

Ich muß doch anmerken, daß durch die Aufnahme der Religionszugehörigkeit in das Scheidungsverfahrensprotokoll sicher nicht weniger Ehescheidungen durchgeführt werden und daß durch die Aufnahme der Religionszugehörigkeit auch keine anderen oder weniger drückenden Scheidungsfolgen eintreten werden.

Die Freiheitliche Partei hat diesem Wunsch des Herrn Abgeordneten Graff schließlich zugestimmt, um einen Konsens zu ermöglichen. Aber, Hohes Haus, mit einer liberalen Rechtspolitik hat dieser Vorschlag der Öster-

reichischen Volkspartei doch recht wenig zu tun. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Zweitens hat der Ministerialentwurf den Verzicht auf den Sühneversuch im Scheidungsverfahren vorgesehen. Mit gutem Grund, meine ich. Der Sühneversuch in der überkommenen Form verläuft ja am Beginn des Scheidungsverfahrens meist ergebnislos und muß als bloßer Formalakt bezeichnet werden. Zusätzlich ist auch noch ein Prozeßaufwand in der Form einer eigenen Niederschrift notwendig, und dieser Prozeßaufwand könnte vermieden werden. Daher also der Vorschlag des Justizministeriums, auf diesen Formalakt Sühneversuch künftig zu verzichten.

Das wurde zunächst auch von der Opposition durchaus begrüßt. Ich zitiere einen Pressedienst der Österreichischen Volkspartei vom 22. 9. 1983, dessen Überschrift lautet: „Prozeßreform vorangetrieben. Sühneversuch abgeschafft.“ Die Österreichische Volkspartei hat in diesem Pressedienst den Entfall des Sühneversuches ausdrücklich begrüßt, und man hat darauf hingewiesen, daß dieser bisherige Sühneversuch bloß eine Parteien und Gericht belästigende leere Formalität darstelle. (Abg. Dr. Graff: Das stimmt ja!)

Nach Tisch, Herr Abgeordneter Graff, hat man es anders gelesen. Im Justizausschuß vom 11. Oktober haben Sie die Bremse ganz deutlich gezogen und haben erklärt, daß mit der Abschaffung des Sühneversuches ein Signal gesetzt würde, welches ja niemand wolle. Und diese Anregung von Ihnen im Justizausschuß vom 11. Oktober, den Sühneversuch zu konservieren, vielleicht in anderer Formulierung, diese Anregung wurde schließlich auch wieder aufgenommen, nur um einen Konsens zu erreichen. Die Reform des Sühneversuches in diesem Bereich wurde schließlich darauf reduziert, daß der Sühneversuch in Versöhnungsversuch umbenannt wurde.

Die einst unter dem Justizsprecher, Abgeordneten Dr. Hauser, durchaus liberale Rechtspolitik der Opposition, diese durchaus liberale langjährige Rechtspolitik der Österreichischen Volkspartei steht jetzt in Gefahr, auf den Graff zu kommen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Hohes Haus! Um zu ermöglichen, daß dieses Bundesgesetz zur Gänze ab dem 1. Jänner 1984 in Kraft tritt, wurde der folgende Abänderungsantrag eingebracht:

Dr. Gugerbauer**A b ä n d e r u n g s a n t r a g**

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Graff, Dr. Keppelmüller zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz über die Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindchaftsrechts (3 d. B.), in der Fassung des Ausschußberichtes (78 d. B.)

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz über die Änderungen des Personen-, Ehe- und Kindchaftsrechts (3 d. B.), in der Fassung des Ausschußberichtes (78 d. B.) wird wie folgt geändert:

Art. X Z 4 hat zu lauten:

„4. Auf Eheverfahren, in denen die mündliche Streitverhandlung erster Instanz nach dem 31. Dezember 1983 geschlossen wird, ist die Zivilprozeßordnung in der Fassung dieses Bundesgesetzes einschließlich der §§ 27 und 29 in der Fassung der Zivilverfahrens-Novelle 1983, BGBl. Nr. 135, anzuwenden, wobei auch Verfahren, für die nach dem Art. XVII § 2 Abs. 1 Z 13 der Zivilverfahrens-Novelle 1983 die Gerichtshöfe erster Instanz weiter zuständig sind, von diesen nach den Bestimmungen über das Verfahren vor den Bezirksgerichten durchzuführen sind. Auf Eheverfahren, in denen die mündliche Streitverhandlung erster Instanz vor dem 1. Jänner 1984 geschlossen worden ist, sind die bisher geltenden Verfahrensvorschriften weiter anzuwenden.“

Soweit der Text dieses Abänderungsantrages.

Ich ersuche Sie daher, dem Bundesgesetz in der Fassung dieses Abänderungsantrages die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) ^{18.43}

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben eingeführte Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Graff, Dr. Keppelmüller und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Khol. Ich erteile es ihm.

^{18.43}

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich ganz kurz nur mit einem einzigen Aspekt beschäftigen, den auch mein Vorredner angesprochen hat, nämlich mit dem Versöhnungsversuch im streitigen Eheverfahren. Für uns ist der Ver-

söhnungsversuch im Eheverfahren eine eminent gesellschaftspolitische Frage. Der bisherige Sühneversuch war weitgehend eine Formsache, da stimme ich mit dem Abgeordneten Gugerbauer überein, eine reine Formalität, weil er am Beginn des Verfahrens gesetzt war, eine eigene Tagsatzung verlangte und sehr schnell erledigt wurde.

Die Pressepolemik über den Sühneversuch, der jetzt Versöhnungsversuch heißt, ist bis in die „Arbeiter-Zeitung“ gedrungen, die noch am 5. November davon gesprochen hat, daß dieser für uns sehr wichtige Abschnitt des Verfahrens gefallen sei und einstimmig abgeschafft worden sei.

Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil: Wir haben infolge unserer grundsätzlichen Ausrichtung eine bessere Regelung durchgesetzt. Wir haben einen Antrag im Ausschuß eingebracht, daß die Versöhnung der Eheleute im ganzen Verfahren, wenn tunlich von Amts wegen, vom Richter noch versucht werden soll.

Meine Damen und Herren! Wenn also eine Chance besteht, die Ehe aufrechtzuerhalten, dann soll der Richter dazu beitragen, was er beitragen kann, und zwar nicht nur am Beginn des Verfahrens, wo die Streithähne noch hitzig sind, sondern während der gesamten Dauer des Scheidungsprozesses.

In der Polemik und in der Auseinandersetzung um den Versöhnungsversuch wurde hin und wieder auch angeregt, man möge eine verpflichtende psychologische Beratung vorgängig vornehmen. Ich glaube, daß dies der falsche Weg wäre. Zwang in dieser Frage wäre mit meinen Auffassungen von der Menschenwürde nicht vereinbar. Die derzeitige Regelung ermöglicht es aber durchaus, daß der Richter dann, wenn er glaubt, daß psychologische Assistenz und Beratung sinnvoll sind, diese anordnet und solche Experten einschaltet.

Wir glauben, daß diese Regelung besser ist. Wir nehmen mit Recht in Anspruch, daß die Volkspartei eine Familienpartei ist, und daher spielt bei uns die Ehe eine besondere Rolle. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! In unserem Salzburger Programm haben wir in mehreren Abschnitten festgehalten, daß die Familie für uns unersetzlich ist, daß sie eine besondere Rolle spielt und daß wir die partnerschaftliche Ehe als eine besondere Form des menschlichen Zusammenlebens sehen und nicht als

1638

Nationalrat XVI. GP — 20. Sitzung — 11. November 1983

Dr. Khol

einen Vertrag wie jeden anderen, den man nach Möglichkeit im abgekürzten Verfahren vor einem Notar aufkündigen kann. Daran werden wir uns auch in Zukunft halten.

Abschließend möchte ich sagen: Es wurde unlängst beim Parteitag der SPÖ von Dr. Kreisky und anderen der Satz geprägt: Ohne Partei sind wir nichts, durch die Partei sind wir alles. (*Abg. Dr. Reinhardt: Jawohl!*) Wir von der Volkspartei sagen: Ohne Familie sind unsere Kinder nichts, und mit Familie sind sie alles! (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{18.46}

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Graff, Dr. Kepelmüller und Genossen vor.

Da nur dieser gemeinsame Abänderungsantrag vorliegt, lasse ich sogleich über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 78 der Beilagen in der Fassung des erwähnten Antrages abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Damit ist der Gesetzentwurf auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (24 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über Konkurs und Ausgleich (77 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über Konkurs und Ausgleich.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter

Dr. Khol. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Khol: Hohes Haus! Es geht bei diesem Abkommen darum, eine Lücke, die in den internationalen rechtlichen Situationen besteht, zu schließen.

Der Justizausschuß hat dieses Abkommen in seiner Sitzung am 11. Oktober 1983 der Vorberatung unterzogen und dem Hohen Haus den Abschluß des gegenständlichen Abkommens empfohlen.

Weiters war der Justizausschuß der Meinung, daß im vorliegenden Fall die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz, also die spezielle Transformation, entbehrlich erscheint.

Als Ergebnis der Beratungen stellt der Justizausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über Konkurs und Ausgleich (24 der Beilagen) wird genehmigt.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzutreten.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 24 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 40/A der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 17. Juni 1982, BGBl. Nr. 316/1982, über Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung geändert wird (107 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Abänderung des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1982, BGBl. Nr. 316/1982, über Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung.

Präsident Mag. Minkowitsch

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dkfm. Löffler. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dkfm. Löffler: Hohes Haus! Dieser Initiativantrag will im Interesse der Sicherung der Jugendbeschäftigung die Ausbildung von Lehrlingen auch solchen Betrieben ermöglichen, die keine Möglichkeiten mehr hätten, ab 1. Jänner 1984 ohne erfolgreiche Ablegung einer Prüfung Lehrlinge neu aufzunehmen.

Der Handelsausschuß hat den Initiativantrag am 25. Oktober 1983 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde der Initiativantrag in der Fassung eines gemeinsamen Abänderungsantrages der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Heindl und Mag. Kabas mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Namens des Handelsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht ange schlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen, falls Wortmeldungen vorliegen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 107 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Damit ist der Gesetzentwurf auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 65/A eingeführt worden ist.

Ferner sind die Anfragen 286/J bis 293/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 29. November 1983, um 11 Uhr in Aussicht genommen worden ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 55 Minuten